
PROLETARIER ALLER LÄNDER,
VEREINIGT SICH!

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIVKOMITEES DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

ERSCHEINT GLEICHZEITIG IN DEUTSCHER, RUSSISCHER, FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE.

Die Zeitschrift wird redigiert von G. Sinowjew und erscheint unter nächster Teilnahme von Bucharin, Kamenew, Lenin, Lunatschski, Pokrowski, Rjasanow, Trotzki (Russland), Kuusinen, Manner, Sirola (Finnland), Grimlund, Höglund, Kilbom, Ström (Schweden), Tranmael (Norwegen), Gorter, Pannekoek, Ravesteyn, Roland-Holst, Rutgers, Wijnkoop (Holland), Gruber, Tomann (Oesterreich), A. Albert, Levi, Radek, K. Zetkin (Deutschland), Pankhurst, Rolstein (England), Guillebaux, Lorient, Péricat, Sadoul, Saumoneau (Frankreich), Balabanowa, Serrati (Italien), Humbert-Droz, Münzenberg, Platten (Schweiz), Bela Kun, Rudas, Rudnyanszky (Ungarn),
□ □ □ □ Marchlewski-Karski (Polen) u. a. □ □ □ □ □

№ 9

ZWEITER JAHRGANG

VERLAG:
PETROGRAD, SMOLNY, ZIMMER 62.
Tel. 1-19.

REDAKTION:
PETROGRAD, SMOLNY.
KABINETT G. SINOWJEW.

313396B

*Verlag der
Kommunistischen Internationale.*

*In Kommission:
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf.
Louis Cahnbley, Hamburg 11*

*Neustädtische Vereinsdruckerei G. m. b. B.
Neustadt*

1920

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
N. Lenin. Notizen eines Publizisten	1
F. Lorient. Immer sachte, Longuet!	11
G. Sinowjew. Brennende Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung. Die Partei und die Gewerkschaften	13
K. Radek. Die Lehren eines Putschversuchs	29
Y. Sirola. Die Nationalitätenfrage in der Erfahrung des finnischen Proletariats	39
S. Katajama. Japan und Sowjetrußland	49
J. Reed. Die revolutionäre Bewegung in Amerika (Forts.)	53
F. Platten. Offener Brief an die schweizerischen Gesinnungsgenossen und Arbeiter	67
M. Rafes. Die jüdische kommunistische Bewegung	71
N. Semaschko. Gesundheitsschutz in Sowjetrußland	82
A. Winokurow. Soziale Fürsorge in Sowjetrußland	94
H. Blonina (Inessa). Die Arbeiterinnen in Sowjetrußland	107

Korrespondenzen der „Kommunistischen Internationale“.

Ein Soldat der Revolution. Brief aus Finnland	116
--	-----

Dokumente der Internationalen Kommunistischen Bewegung.

Schreiben des Zentralausschusses der Kommunistischen Partei Ungarns an alle Proletarier Frankreichs	120
--	------------

	Seite
Antwort des Zentralaussschusses der Britischen Sozialistischen Partei auf das Schreiben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	123
Mühsam an die Kommunistische Partei	125
Aufruf an die Arbeiter der Lederbranche aller Länder	128
Agrarprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands	129

Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Schreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an den Verband der Industriearbeiter der Welt	136
An alle Arbeiter Deutschlands, an die Reichszentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands und an den Zentralaussschuß der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	152
An die Arbeiter aller Länder. Zur polnischen Frage	166
An die Proletarier aller Länder. Zum weißen Terror in Ungarn	173
An den Kongreß der französischen Sozialisten in Straßburg	176
An die Arbeiterinnen aller Länder von der Kommunistischen Internationale. Zum Frauentag	176
An die Arbeiter der ganzen Welt	178
An die skandinavischen Arbeiter, an die Arbeiterklasse Norwegens, an die Norwegische Arbeiterpartei	179
Gruß an den internationalen Kongreß der Transportarbeiter	180
An das Proletariat der Balkan- und Donauländer, an die kommunistischen Parteien Bulgariens, Rumäniens, Serbiens und der Türkei	181
Abkommen über die Vereinigung der Kommunistischen Partei Amerikas und der Kommunistischen Arbeiterpartei Amerikas	188

Die Internationale der Kommunistischen Jugend.

Manifest des ersten Kongresses der Kommunistischen Jugend-internationale	190
Der internationale Kongreß der Jugendorganisationen	196

	Seite
O. W. Kuusinen	202

**Helden und Märtyrer der proletarischen
Revolution.**

A. Balabanoff. Mark Nathanson	203
L. Trotzki. Dem Gedenken des Generals A. P. Nikolajew	206

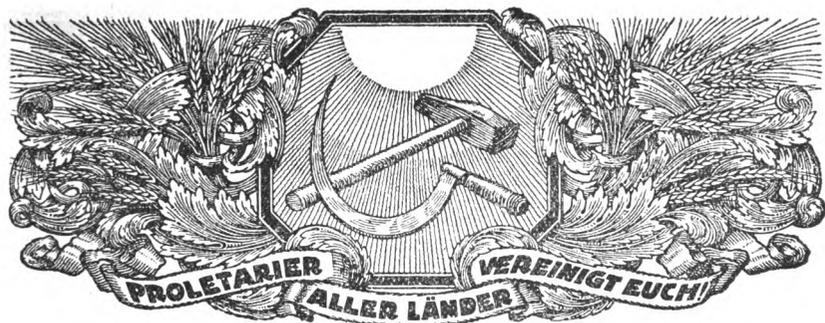
Berichte und Chronik.

V. S. Frankreich	207
— Spanien	212
A. Kemerer (V. Taratouta). Brief an Jean Longuet und an das „Komitee zur Wiederaufrichtung der Internationale“	215
Grüße an die Dritte Kommunistische Internationale	222

Illustrationen:

O. W. Kuusinen, Mark Nathanson, General Nikolajew, Karl Liebknecht.
--





Notizen eines Publizisten.

I.

Der Bürger Jean Longuet hat mir einen Brief geschrieben, dessen Hauptinhalt die gleichen Klagen bilden, die der Artikel Longuets enthält: „Wie die Russen betrogen werden“ („Populaire“ vom 10. Januar 1920). Diese Nummer seines Blattes hat mir Longuet auch zugesandt, sowie ein Flugblatt des „Komitees zur Wiederaufrichtung der Internationale“ („Comité pour la Réconstruction de l'Internationale“). In dem Flugblatt sind zwei Entwürfe von Resolutionen zu dem bevorstehenden Straßburger Kongreß der Französischen Sozialistischen Partei enthalten. Das Blatt ist im Namen des „Komitees zur Wiederaufrichtung der Internationale“ von 24 Personen unterzeichnet:

Amédie Dunois, Fanny Clar, Caussy, Délepine, Paul Faure, L. O. Frossard, Eugène Frot, Gourdeaux, Leiciaque, Le Troquer, Paul Louis, Jean Longuet, Maurice Maurin, Mayéras, Mouret, Mauranges, Palicot, Pécher, Marianne Rauze, Daniel Renoult, Servantier, Sixte, Quenin, Tomasi, Verfeuil.

Auf die Klagen und Ausfälle Jean Longuets zu antworten scheint mir überflüssig; eine genügende Antwort sind der Artikel F. Loriots in der „Vie Ouvrière“ vom 16. Februar 1920 unter dem Titel: „Immer sachte, Longuet“ (Tout doux, Longuet!) und der Artikel von Trotzki „Jean Longuet“ in Heft 7/8 der „Kommunistischen Internationale“. Es ist dem wenig hinzuzufügen; vielleicht wäre es notwendig, das Material über die Geschichte der Sprengung des Streiks vom 21. Juli 1919 zu sammeln. Doch von Moskau aus bin ich nicht imstande, das zu tun. Ich habe nur in einem österreichischen kommunistischen Blatt einen Auszug aus dem „Avanti“ gesehen, in dem die schändliche Rolle eines der schändlichsten Sozialverräter (oder Anarchoverräter?), des früheren syndikali-

stischen und antiparlamentarischen Schreihalses Jouhaux, enthüllt wird. Weshalb sollte Longuet nicht irgend jemand mit dieser Arbeit beauftragen, die sich in Paris leicht tun läßt? Es sollten alle Dokumente, alle Notizen und Artikel der europäischen kommunistischen Blätter, alle besonderen Interviews, aller daran interessierten Führer und Teilnehmer über die Frage der Sprengung des Streiks vom 21. Juli 1919 gesammelt werden. Die „sozialistische Erziehung“, über die die „Zentrumsmänner“ der ganzen Welt (die Unabhängigen in Deutschland, die Longuetisten in Frankreich, die I. L. P. in England und dgl.) so viel und so gern reden, soll nicht als pedantisch-doktrinaire Wiederholung allgemeiner Phrasen des Sozialismus aufgefaßt werden, deren alle überdrüssig sind und die nach den Jahren 1914—1918 niemandem Vertrauen einflößen, sondern sie ist zu verstehen als standhafte Entlarvung der Fehler der Führer und der Fehler der Bewegung.

Ein Beispiel. Alle Führer, alle hervorragenden Vertreter der sozialistischen Parteien, der Gewerkschaften und der Arbeiterkonsumgenossenschaften, die während des Krieges von 1914—1918 für „Vaterlandsverteidigung“ waren, handelten als Verräter des Sozialismus. Ihren Fehler standhaft aufdecken, systematisch erklären, daß dieser Krieg beiderseits ein Krieg von Räubern um die Teilung der zusammengeraubten Beute war, daß die Wiederholung eines ähnlichen Krieges ohne revolutionären Sturz der Bourgeoisie durch das Proletariat unvermeidlich ist, das heiße in der Tat die Arbeit „sozialistischer Erziehung“ leisten.

Gerade die von mir genannten Resolutionen reden über eine solche Erziehung, leisten aber in der Tat die Arbeit sozialistischer Demoralisierung, denn sie verdecken und verschweigen den Betrug und Verrat, die Routine und Trägheit, die Feigheit und Spießbürgerlichkeit und alle die Fehler, in deren Ueberwindung, in deren bewußter Vermeidung eben die wahre Erziehung besteht.

II.

Die Resolutionen der Longuetisten taugen beide nichts. Uebrigens taugen sie beide sehr gut zu einem besonderen Zweck: zur Illustration des vielleicht gefährlichsten Uebels für die Arbeiterbewegung des Westens im gegenwärtigen Augenblick. Dieses Uebel besteht darin, daß die alten Führer, da sie das unaufhaltsame Streben der Massen zum Bolschewismus und zur Sowjetmacht sehen, einen Ausweg in dem Lippenbekenntnis zur Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht suchen (und oft finden!). In der Tat bleiben sie aber entweder Feinde der Diktatur des Proletariats, oder sie erweisen sich unfähig und nicht gewillt, ihre Bedeutung zu erfassen und durchzuführen.

Wie ungeheuer, wie unermeßlich groß die Gefahr eines derartigen Uebels ist, das beweist besonders anschaulich der Untergang der ersten Räterepublik in Ungarn (der ersten zugrunde gegangenen wird die siegreiche zweite folgen). Eine Reihe von Artikeln in der „Roten Fahne“ (Wien), dem Zentralorgan der österreichischen kommunistischen Partei, hat eine der Hauptursachen dieses Untergangs aufgedeckt: den Verrat der „Sozialisten“, die erklärten, daß sie zu Bela Kun übergehen und sich für Kommunisten erklärten, in der Tat aber nicht eine der Diktatur des Proletariats entsprechende Politik durchführten, sondern zauderten, kleinmütig waren, mit der Bourgeoisie anbandelten, oft direkt die proletarische Revolution sabotierten und sie verrieten. Die die ungarische Räterepublik umgebenden, mächtigen Räuber des Weltimperialismus (d. h. die bürgerlichen Regierungen von England, Frankreich usw.) verstanden natürlich diese Schwankungen in der halber Regierung der ungarischen Rätewacht auszunutzen und erwürgten sie aufs grausamste durch die Hand der rumänischen Henker.

Es ist zweifellos, daß ein Teil der ungarischen Sozialisten aufrichtig zu Bela Kun überging und sich aufrichtig zu den Kommunisten bekannte. Doch das Wesen der Sache ändert sich dadurch durchaus nicht: ein Mensch, der sich „aufrichtig“ zum Kommunismus bekannt hat, der aber in Wirklichkeit zaudert, anstatt eine erbarmungslose feste, standhaft entschiedene, hingebend kühne und heldenmütige Politik zu vertreten — (nur eine solche Politik entspricht der Anerkennung der proletarischen Diktatur) — ein solcher Mensch vollzieht durch seine Unentschlossenheit den gleichen Verrat wie ein unmittelbarer Verräter. In persönlichem Sinne ist der Unterschied zwischen einem Verräter aus Schwäche und einem Verräter aus Absicht und Berechnung sehr groß; in politischer Beziehung gibt es diesen Unterschied nicht, denn die Politik ist das tatsächliche Geschick von Millionen Menschen, und dieses Geschick ändert sich nicht dadurch, ob Millionen Arbeiter und armer Bauern von Verrätern aus Schwäche oder Verrätern aus Eigennutz verraten wurden.

Welcher Teil der Longuetisten, die die von uns betrachteten Resolutionen unterzeichnet haben, sich als Leute der ersten oder zweiten der sogenannten Kategorien oder irgend einer dritten Kategorie erweisen werden, das kann man eben noch nicht wissen, und ein Versuch, diese Frage zu lösen, wäre nutzlos. Wichtig ist, daß diese Longuetisten als politische Richtung eben gerade die Politik der ungarischen „Sozialisten“ und „Sozialdemokraten“ führen, die die Rätewacht in Ungarn ins Verderben stürzten. Die Longuetisten führen eben die gleiche Politik, denn in Worten er-

klären sie sich für Anhänger der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht, in der Tat fahren sie aber fort, sich wie bisher zu benehmen, sie setzen in ihren Resolutionen die Verteidigung und im Leben die Verwirklichung der bisherigen Politik kleiner Konzessionen an den Sozialchauvinismus, den Opportunismus, die bürgerliche Demokratie, die Politik der Schwankungen, der Unentschlossenheit, des Ausweichens, der Ausflüchte, des Verschweigens und dergleichen fort. Diese kleinen Nachgiebigkeiten, Schwankungen, die Unentschlossenheit, das Ausweichen, die Ausflüchte und das Verschweigen ergeben insgesamt unvermeidlich den Verrat der proletarischen Diktatur.

Diktatur ist ein großes, hartes, blutiges Wort, ein Wort, das den erbarmungslosen Kampf zweier Klassen, zweier Welten, zweier weltgeschichtlichen Epochen um Leben und Tod ausdrückt.

Solche Worte darf man nicht in den Wind streuen.

Die Diktatur des Proletariats an die Tagesordnung stellen und zugleich „fürchten“, die Albert Thomas, die Herren Bracke, Sembat und andere Ritter des gemeinsten französischen Sozialchauvinismus, die Helden der verräterischen Blätter „L'Humanité“, „La Bataille“ und dergl. zu „beleidigen“, das heißt Verrat an der Arbeiterklasse begehen aus Leichtsinne, aus Mangel an Klassenbewußtsein, aus Charakterlosigkeit oder aus anderen Gründen, jedenfalls heißt das aber Verrat an der Arbeiterklasse begehen.

Der Zwiespalt der Worte und Taten hat die zweite Internationale zugrunde gerichtet. Die Dritte ist noch nicht ein Jahr alt, und schon wird sie Mode, wird zur Lockspeise für Politikaster, die dorthin gehen, wohin die Masse geht. Der III. Internationale beginnt bereits der Zwiespalt von Wort und Tat zu drohen. Um jeden Preis, überall und allenthalben, soll diese Gefahr aufgedeckt, jede Aeußerung dieses Uebels mit der Wurzel ausgerottet werden.

Die Resolutionen der Longuetisten (ebenso die Resolutionen des letzten Parteitags der deutschen Unabhängigen, dieser deutschen Longuetisten) verwandeln die „Diktatur des Proletariats“ in ein gleiches Heiligenbild, wie es die Resolutionen der zweiten Internationale für die Führer, für die Beamten der Gewerkschaften, für die Parlamentarier, für die Angestellten der Konsumgenossenschaften waren: vor einem Heiligenbilde soll man beten, vor einem Heiligenbilde kann man sich bekreuzigen und das Knie beugen, aber ein Heiligenbild ändert durchaus nicht das praktische Leben, die praktische Politik.

Nein, meine Herren, wir lassen es nicht zu, daß die Losung „Diktatur des Proletariats“ zu einem Heiligenbilde wird. Wir gehen nicht darauf ein, daß die III. Internationale den Zwiespalt von Wort und Tat erleidet.

Wenn ihr für die Diktatur des Proletariats seid, so führt nicht jene ausweichende, zur Halbheit neigende Kompromißpolitik gegenüber dem Sozialchauvinismus, die ihr führt, und die sich in den ersten Zeilen eurer ersten Resolution äußert: der Krieg, bitte schön, hätte die II. Internationale „zerrissen“, sie dem Werk der „sozialistischen Erziehung“ entfremdet, und „einige Teile dieser Internationale“ hätten sich dadurch „geschwächt“, daß sie mit der Bourgeoisie die Macht geteilt hätten usw.

So reden nicht Leute, die bewußt und aufrichtig die Idee der proletarischen Diktatur anerkennen. So reden entweder Leute, die einen Schritt vorwärts und zwei rückwärts tun, oder Politikaster. Wenn ihr eine solche Sprache führen wollt, richtiger gesagt, solange ihr eine solche Sprache führt, solange eure Politik eine derartige ist, bleibt in der II. Internationale, euer Platz ist dort. Oder mögen die Arbeiter, die euch durch ihren Massendruck zur III. Internationale drängen, euch in der II. Internationale lassen, und selbst, ohne euch, zur III. Internationale übergehen. Solchen Arbeitern, sowohl der Französischen Sozialistischen Partei, als auch der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sowie der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands sagen wir, — unter der gleichen Bedingung: — Willkommen!

Wenn man die Diktatur des Proletariats anerkennt, wenn man dabei über den Krieg von 1914 bis 1918 redet, dann muß man anders reden: dieser Krieg war ein Krieg der Räuber des englisch-französisch-russischen Imperialismus gegen die Räuber des deutsch-österreichischen Imperialismus um die Teilung der Beute, der Kolonien, der „Sphären“ des finanziellen Einflusses. Das Predigen von „Vaterlandsverteidigung“ in einem solchen Kriege war Verrat am Sozialismus. Wenn man diese Wahrheit nicht von Grund aus erklärt, wenn man diesen Verrat nicht aus den Köpfen, aus den Herzen, aus der Politik der Arbeiter ausrottet, kann man sich nicht vor dem Elend des Kapitalismus retten, kann man sich nicht vor neuen Kriegen bewahren, die unvermeidlich sind, solange sich der Kapitalismus hält.

Ihr wollt nicht, ihr könnt nicht eine solche Sprache sprechen, eine solche Propaganda machen. Ihr wollt euch oder eure Freunde „schonen“, die gestern in Deutschland unter Wilhelm und unter Noske, in England und in Frankreich unter der Macht der Bourgeoisie „Vaterlandsverteidigung“ gepredigt haben. Dann verschont die III. Internationale! Beglückt sie durch eure Abwesenheit!

III.

Ich habe bisher von der ersten der beiden Resolutionen gesprochen. Die zweite ist nicht besser. Die „feierliche“ Verurteilung des „Konfusionismus“ und sogar „jedes Kompromisses“ ist — eine leere revolutionäre Phrase (denn man kann nicht gegen jeden Kompromiß, sein) und daneben der ausweichende, zur Halbheit neigende, nicht aufklärende Begriff der „Diktatur des Proletariats“, und die ihn trübende Wiederholung allgemeiner Phrasen, Ausfälle gegen die „Politik Herrn Clemenceaus“ (die gewöhnliche Methode bürgerlicher Politikaster in Frankreich, die den Wechsel der Cliques durch den Wechsel des Regimes darstellen), Auslegung des Programms, das von Grund aus reformistisch ist — Steuern, „Nationalisierung der kapitalistischen Monopole“ und dergl.

Die Longuetisten haben nicht verstanden, sie wollen nicht verstehen und (sind zum Teil unfähig zu verstehen), daß der durch die revolutionäre Phrase verdeckte Reformismus das Hauptübel der II. Internationale, die Hauptursache ihres schmachvollen Zusammenbruches, der Unterstützung des Krieges durch die „Sozialisten“ war, — jenes Krieges, in dem zehn Millionen Menschen hingeschlachtet wurden zur Entscheidung der großen Frage, ob die englisch-russisch-französische oder die deutsche Gruppe der kapitalistischen Räuber die ganze Welt plündern soll.

Die Longuetisten sind in der Tat die früheren Reformisten geblieben, die ihren Reformismus durch revolutionäre Phrasen bemänteln und nur ein neues Wörtchen zur revolutionären Phrase machen — die „Diktatur des Proletariats“. Solche Führer wie die Führer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wie die Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands hat das Proletariat nicht nötig. Mit solchen Führern kann das Proletariat seine Diktatur nicht verwirklichen.

Die Diktatur des Proletariats anerkennen, das heißt nicht: um jeden Preis jeden beliebigen Augenblick zum Sturm, zur Revolte schreiten. Das ist Unsinn. Zum erfolgreichen Aufstand bedarf es einer langen, geschickten, hartnäckigen, große Opfer heischenden Vorbereitung.

Die Diktatur des Proletariats anerkennen, das heißt: entschiedener, erbarmungsloser und hauptsächlich völlig bewußter, durchaus konsequent durchgeführter Bruch mit dem Opportunismus, dem Reformismus, der Halbheit, der Ausweichung der II. Internationale; — Bruch mit den Führern, die sich von den alten Traditionen nicht lossagen können, mit den alten Parlamentariern, (nicht dem Alter, aber den Methoden nach) den alten Beamten der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaften u. dgl.

Mit ihnen muß gebrochen werden. Es ist ein Verbrechen, sie zu bedauern: das heißt wegen kleinlicher Interessen von zehn oder hunderttausend die tiefgehendsten Interessen vieler Millionen Arbeiter und Kleinbauern verraten.

Die Diktatur des Proletariats anerkennen, das heißt: von Grund aus die Werktagstätigkeit der Partei umbauen, sich in die Massen begeben, zu jenen Millionen von Arbeitern, Knechten und Kleinbauern, die nicht ohne Sowjets, ohne Sturz der Bourgeoisie vor dem Elend des Kapitalismus gerettet werden können. Darüber konkret, einfach, deutlich die Massen, viele Millionen aufklären, ihnen sagen, daß ihre Sowjets alle Macht in ihre Hände nehmen sollen, daß ihre Vorhut, die Partei des revolutionären Proletariats den Kampf leiten soll, — das ist die Diktatur des Proletariats.

Bei den Longuetisten finden wir keine Spur des Verständnisses für diese Wahrheit, keine Spur von Wunsch und Fähigkeit, sie alltäglich durchzuführen.

IV.

In Oesterreich hat der Kommunismus die schwierigste Periode durchlebt, die, wie es scheint, noch nicht ganz überstanden ist: die Krankheiten des Wachstums, die Illusion, als ob eine Gruppe, wenn sie sich für kommunistisch erklärt, zur Kraft werden könne, ohne tiefgehenden Kampf um den Einfluß unter den Massen, Irrtümer in der Wahl von Personen (Irrtümer, die am Anfang jeder Revolution unvermeidlich sind; wir haben eine ganze Menge solcher Irrtümer begangen).

Das Blatt der Kommunisten „Rote Fahne“, redigiert von Koritschoner und Tomarr, bezeugt, daß die Bewegung einen ernstesten Weg betreten hat.

Bis zu welchem Stumpfsinn, welcher Niedrigkeit und Gemeinheit die österreichischen Sozialdemokraten gehen, das beweist allzu augenscheinlich die gesamte Politik Renners und ähnlicher österreichischer Scheidemänner, die — zum Teil aus äußerster Dummheit und Charakterlosigkeit — von den Otto Bauer und Friedrich Adler unterstützt werden, die zu Dutzendverrättern geworden sind.

Hier ein Beispiel, die Broschüre von Otto Bauer: „Der Weg zum Sozialismus“. Vor uns liegt die Berliner Ausgabe des Verlags „Freiheit“, vermutlich der Unabhängigen Partei, die ja völlig auf dem gleichen elenden, gemeinen und niederträchtigen Niveau steht wie diese Broschüre.

Es genügt, einige Zitate aus § 9 „Expropriation der Expropriateure“ anzuführen:

... „Die Expropriation kann und soll sich nicht vollziehen in der Form einer brutalen Konfiskation des kapitalistischen und

grundherrlichen Eigentums; denn in dieser Form könnte sie sich nicht anders vollziehen, als um den Preis einer gewalttätigen Verwüstung der Produktionsmittel, die die Volksmassen verelenden, die Quellen des Volkseinkommens verschütten würde. Die Expropriation der Expropriateure soll sich vielmehr in geordneter, geregelter Weise vollziehen“ . . . durch Besteuerung.

Und der gelehrte Mann erklärt beispielsweise, wie man den besitzenden Klassen durch Besteuerung „vier Neuntel“ ihrer Einkünfte nehmen könne . . .

Das genügt wohl? Was mich betrifft, so habe ich nach diesen Worten (ich begann die Broschüre von § 9 an zu lesen) nichts mehr gelesen, und ohne besondere Notwendigkeit beabsichtige ich die Broschüre des Herrn Otto Bauer nicht zu lesen. Denn es ist klar, daß dieser beste unter den Sozialverrättern im besten Fall ein gelehrter Narr bleibt, an dem Hopfen und Malz verloren ist.

Das ist das Muster eines Pedanten, der durch und durch Kleinbürger ist. Er schrieb vor dem Kriege nützliche gelehrte Bücher und Artikel und gab „theoretisch“ zu, daß der Klassenkampf sich bis zum Bürgerkrieg zuspitzen könne. Er nahm sogar (wenn ich recht informiert bin) an der Verfassung des Baseler Manifests von 1912 teil, das die proletarische Revolution in Verbindung mit demselben Kriege, der 1914 ausbrach, direkt voraussieht.

Als es aber in der Tat zu dieser proletarischen Revolution kam, da nahm die Natur des Pedanten, des erschreckten Philisters die Oberhand, der bestrebt ist, die lodernde Revolution mit dem Wasser reformistischer Phrasen zu löschen.

Er hat gut auswendig gelernt (Pedanten können nicht denken, sie können nur behalten, können auswendig lernen), daß die Expropriation der Expropriateure ohne Konfiskation theoretisch möglich ist. Er hat das auswendig gelernt. Er wußte das 1912 auswendig. Er wiederkäute es 1919.

Er versteht nicht zu denken. Nach dem imperialistischen Kriege und zudem nach einem solchen Kriege, der sogar die Sieger an den Rand des Verderbens geführt hat, nach dem Beginn des Bürgerkrieges in einer Reihe von Ländern, nachdem durch Tatsachen im internationalen Maßstabe die Unvermeidlichkeit der Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg bewiesen ist, im Jahr 1919 nach Christi Geburt in Wien die „geregelt“ und „geordnete“ Abnahme von „vier Neunteln“ des Einkommens der Kapitalisten zu predigen — dazu muß man entweder geisteskrank oder ein alter Held der alten großen deutschen Poesie sein, der mit Entzücken „von einem Büchlein wandert zum anderen“.

Der liebe gute Mann, der wahrscheinlich der tugendhafteste

Familienvater, der ehrlichste Bürger, der gewissenhafteste Leser und Verfasser gelehrter Bücher ist, hat eine unbedeutende Kleinigkeit ganz übersehen: er hat übersehen, daß solch ein „geordneter“ und „geregelter“ Uebergang zum Sozialismus (ein Uebergang, der für das „Volk“, abstrakt genommen, am vorteilhaftesten ist) eine absolute Festigkeit des Sieges des Proletariats, eine absolute Hoffnungslosigkeit der Lage der Kapitalisten, eine absolute Notwendigkeit für diese und ihre Bereitwilligkeit, den gewissenhaftesten Gehorsam an den Tag zu legen, voraussetzt.

Ist eine solche Verknüpfung von Umständen möglich?

Theoretisch, d. h. im entsprechenden Fall ganz abstrakt genommen: ja, gewiß. Nehmen wir zum Beispiel an, daß in neun Ländern, darunter in allen Großstaaten, die Wilson, Lloyd George, Millerand und andere Helden des Kapitalismus sich bereits in einer solchen Lage befinden, wie bei uns Judenitsch, Koltschak und Denikin mit ihren Ministern. Nehmen wir an, daß in einem zehnten kleinen Lande die Kapitalisten darauf den Arbeitern vorschlagen: hört, wir wollen euch gewissenhaft helfen, und uns euren Beschlüssen unterordnen, um eine „geregelte“ und friedliche „Expropriation der Expropriateure“ (ohne Zerstörung!) durchzuführen, und dabei fürs erste Jahr fünf Neuntel unseres früheren Einkommens beibehalten, fürs zweite Jahr vier Neuntel.

Es ist wohl denkbar, daß die Kapitalisten unter Umständen in einem der kleinsten und „friedlichsten“ Länder ein solches Anerbieten machen, und es wird gewiß nicht schlimm von seiten der Arbeiter dieses Landes sein, wenn sie dieses Anerbieten, wie es sich gehört, erörtern und (nachdem sie gefeilscht haben: der Kaufmann fordert halt stets mehr, als er haben will) annehmen.

Vielleicht werden jetzt, nach dieser populären Erklärung sogar der gelehrte Otto Bauer und der Philosoph (der in der Philosophie ebenso tüchtig ist wie in der Politik) Friedrich Adler verstehen, um was es sich handelt.

Noch nicht? Noch immer unverständlich?

Ueberlegen Sie, bester Otto Bauer, bester Friedrich Adler, ist die Lage des Weltkapitalismus und seiner Führer im gegenwärtigen Augenblick etwa der Lage der Judenitsch, Koltschak und Denikin in Rußland ähnlich?

Nein, sie ist nicht ähnlich. In Rußland sind die Kapitalisten nach verzweifelterm Widerstand ihrerseits geschlagen. In der ganzen Welt stehen sie noch an der Macht. Sie sind die Herren.

Wenn Sie, bester Otto Bauer und Friedrich Adler, auch jetzt noch nicht verstanden haben, um was es sich handelt, so will ich es noch populärer erklären.

Stellen Sie sich vor, daß damals, als Judenitsch vor Petrograd

stand, Koltschak vom Uril Besitz ergriffen hatte, Denikin in der ganzen Ukraine waltete, als alle diese drei Helden die Taschen voll von Telegrammen Wilsons, Lloyd Georges, Millerands und Konsorten hatten, in welchen die Sendung von Geld, Geschützen, Offizieren, Soldaten versprochen wurde, stellen Sie sich vor, daß damals zu Judenitsch, Koltschak oder Denikin ein Vertreter der russischen Arbeiter gekommen wäre und gesagt hätte: wir Arbeiter sind in der Mehrheit, wir geben euch fünf Neuntel eurer Einkünfte, und später nehmen wir auch das übrige „geregelt“ und friedlich. Auf Handschlag, „ohne Zerstörung“, einverstanden?

Wenn dieser Vertreter der Arbeiter einfach gekleidet wäre und ihn nur ein russischer General in der Art von Denikin empfangen würde, so schickte er den Arbeiter wahrscheinlich ins Irrenhaus oder jagte ihn einfach hinaus.

Wenn dieser Vertreter der Arbeiter aber ein Intellektueller in anständiger Kleidung, zudem der Sohn eines würdigen Vaters wäre (wie zum Beispiel der liebe gute Friedrich Adler), wenn Denikin nicht allein wäre, sondern in Gegenwart eines französischen „Beraters“ ihn empfangt, so würde dieser Berater zweifellos zu Denikin sagen:

„Hören Sie, General, dieser Vertreter der Arbeiter ist ja so klug, daß er gerade dazu paßt, um bei uns Minister zu werden, wie Henderson in England, Albert Thomas in Frankreich, Otto Bauer und Friedrich Adler in Oesterreich.“

N. Lenin.

14. Februar 1920.



Immer sachte, Longuet!

„Du zürnst, also bist du im Unrecht“.
(Volkswisheit).

Kein Zweifel, unsere Freunde vom „Populaire“ haben ihre beschauliche Ruhe eingebüßt und geben die etwas hochmütige Gleichgültigkeitspose auf, die sie bis dahin uns gegenüber behauptet hatten. Es ist ihnen weder gelungen, uns für sich zu gewinnen, noch auch uns der Tatkraft zu berauben. Vielmehr müssen sie einsehen, daß die kämpfende Masse, durch die Ereignisse unwiderstehlich gedrängt, die verschiedenen, vor die Partei tretenden politischen Richtungen kritisch prüft und sich der unsrigen anschließt. Sie stürzen daher in roher Weise über uns her mit Beweisführungen, wie sie die Verteidiger einer ungerechten Sache zu gebrauchen pflegen.

Die in der „Vie Ouvrière“ veröffentlichte Antwort Lenins auf einen Brief, den ich an ihn gerichtet hatte, hat diesmal Jean Longuet die Zornesröte ins Gesicht getrieben und ihn veranlaßt, im „Populaire“ einen Artikel zu „verbrechen“, der stellenweise gleichzeitig die polemischen Methoden des würdigen Loriquet und Daudet aufweist. Ich übergehe seine Ausführungen über die verachtungswürdige Annäherung gewisser Genossen von der äußersten Linken, „mürrisch, abgesondert, tatunfähig wie sie sind“, an die Claude Anet und Naudeau; über die rückhaltlose Sucht der ersteren, „einen geheimten Schriftwechsel, verstohlene diplomatische Beziehungen mit Moskau zu unterhalten, die Sachlage bei uns zu entstellen und diejenigen anzuschwärzen, die am meisten für die russische Revolution gekämpft haben.“

Genossen, die uns kennen und über die Dinge nachdenken, haben sich bereits über Grundlage und Vorgehen ein Urteil gebildet. Ich will bloß bemerken, daß es zur Verteidigung der russischen Revolution nicht genügt zu erklären, die Bolschewiki hätten „bei sich im Lande“ recht. Wir müssen danach streben, zu zeigen, daß sie auch „bei uns“ recht haben.

Longuet spricht von einer unbegreiflichen, gefährlichen geistigen Isolierung der Genossen in Rußland, einer Isolierung, mit der er die befremdenden Ansichten erklärt, die sie seiner Meinung nach über die Lage in Frankreich hegen.

Gewiß, die Verkehrsschwierigkeiten bieten ein Hindernis, das die Wahrheit manchmal nur schwer überwinden kann. Eine Reihe von Genossen von der Richtung Longuet in Frankreich und auch in anderen Ländern bedienen sich sogar absichtlich dieses Hindernisses, um dem Bolschewismus gegenüber in weiser Abwartung zu verharren und sich der III. Internationale fernzuhalten.

Allein keine Grenze vermag die Verbreitung der Ideen zu hemmen, und Lenin und Trotzki sind auf das beste über alles unterrichtet, was in anderen Ländern vorgeht.

Longuet gesteht, daß Litwinow aus London und Kemerer aus Paris Moskau bis Ende 1918 informierten. Er scheint sogar davon überzeugt, daß diese Information der von ihm vertretenen Politik günstig war. Wen will er denn aber glauben machen, daß ein gewöhnliches Schreiben von mir im Jahre 1919, falls es der bereits gebildeten Ansicht Lenins nicht entsprach, den Eindruck der Berichte Kemerers und Litwinows wegwischen und die Ueberzeugung des Oberhauptes der Sowjetregierung dermaßen ändern konnte, daß es seine Antwort an mich inspirierte?

In Wahrheit sind unsere russischen Genossen ganz vorzüglich über die Politik, die die gewesenen Minderheiten Frankreichs seit Ausbruch des Krieges geführt haben, informiert. Ich brauche sie nicht erst zu erinnern, daß die Auserwählten dieser Richtung bis zum Schluß der Feindseligkeiten für die Kriegskredite stimmten, die ihre Vertreter in demokratischen Utopien stets bewilligten; daß sie viel dazu beigetragen haben, den französischen Sozialismus zu einer gewissen Zeit Wilson zur Verfügung zu stellen.

Tatsächlich wurde die bedauernswerte Politik Longuets und seiner Freunde, die übrigens nicht nur in Frankreich, sondern, mehr oder minder unter revolutionären Redensarten verschleiert, allorts zu finden ist, von den Bolschewiki stets verurteilt und bekämpft. Sollte es wiederum mein Brief sein, der die Sowjetregierung veranlaßte, Kautsky und Fritz Adler als Verräter der proletarischen Revolution bloßzustellen?

Uebrigens ist es recht unvorsichtig von Longuet, sich auf Kemerer zu berufen. Es wäre uns ein Leichtes, die Beziehungen in Erinnerung zu bringen, die wir selbst mit diesem Genossen unterhielten, und die Ansicht, die er über das Vorgehen unserer Zentristen hegte.

Wir ziehen jedoch vor, zu warten, bis Kemerer selbst sagen kann, welcher Ansicht er war und wie er sie der Sowjetregierung darlegte.

Wir werden sicherlich nicht im Nachteil sein, wenn wir warten.

F. Loriot.



Brennende Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung.

Unter diesem Titel beabsichtigen wir in der „Kommunistischen Internationale“ eine Reihe von Abhandlungen zu bringen, in denen die brennenden Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung berührt werden, die unter den Anhängern des Kommunismus eine gewisse Spaltung hervorrufen.

Die Gewerkschaftsfrage gehört zweifellos zu den wichtigsten dieser Fragen. Sie ist z. B. in Deutschland zum Gegenstand leidenschaftlichster Debatten geworden.

Der Gewerkschaftsfrage in internationalem Masstabe widmen wir die folgende Abhandlung. In vorliegendem Heft wollen wir unsere Genossen damit bekannt machen, wie diese Frage in Sowjetrußland gestellt wird. Die unten angeführten Thesen werden auf dem bevorstehenden IX. Kongress der Kommunistischen Partei Russlands von dem Verfasser in Vorschlag gebracht.

Die Partei und die Gewerkschaften.

Thesen über die wirtschaftlichen Aufgaben, die Organisations- und Propagandaziele der Partei und der Produktionsverbände in der gegenwärtigen Epoche.

1. Was ist die Gewerkschaft?

Um sich die Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften richtig klar zu machen, ist es notwendig, vor allen Dingen eine genaue Definition des Begriffs „Gewerkschaft“ zu geben.

Vom Standpunkt des revolutionären Marxismus ist die Gewerkschaft durchaus nicht nur eine Vereinigung der Arbeiter, „zum Zweck der Aufrechterhaltung und Steigerung der Arbeitslöhne“ (Definition des Ehepaars Webb), oder ein Arbeiterverein, „der sich zum Ziel setzt, seinen Mitgliedern während der Arbeitslosigkeit Unterstützung zu gewähren und beim Abschluß des Lohnvertrags ihre Interessen zu verteidigen“ (Definition von Brentano und Sombart). Ebenso ist der Bolschewismus niemals mit der gangbarsten Formel der Zweiten Internationale einverstanden gewesen — mit der Formel, die die Gewerkschaften definiert als „Vereinigung der Lohnarbeiter eines gewissen Berufs zwecks Aufbesserung der Arbeitsbedingungen und zum Kampf gegen ihre Verschlechterung im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ (Definition des Führers der österreichischen Gewerkschaftsbewegung Adolf Braun, der sich Legien und sogar zum Teil Bebel anschließen). Bereits 1913 gab der Bolschewismus in der Polemik gegen die Menschewiki folgende Definition des Begriffs der Gewerkschaften: „Die Gewerkschaft ist eine dauernde Vereinigung der Arbeiter eines gewissen Pro-

duktionszweiges (und durchaus nicht nur eines gewissen Berufs) zur Leitung in erster Linie des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter und zur ständigen Teilnahme, Hand in Hand mit der politischen Partei des Proletariats an dem gesamten Befreiungskampf der Arbeiterklasse für die Vernichtung der Lohnsklaverei und die Errichtung des Sozialismus“. (Siehe unsere Artikel in der damaligen „Prawda“, gesammelt in dem Büchlein „Die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften“, erschienen im Verlag des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Rotarmistendeputierten 1918).

Diese Formel soll jetzt weiter ausgebaut werden.

Seit 1913 haben sich in Rußland die größten Veränderungen vollzogen. Die Macht ist in die Hände der Arbeiterklasse übergegangen. Die Bourgeoisie ist entelgnet.

Im Zusammenhang damit haben sich selbstverständlich die Aufgaben der Gewerkschaften in Rußland in bedeutendem Maße geändert. „Die Oktoberrevolution, die die Macht aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände der Arbeiterklasse und der ärmsten Bauernschaft übergab, hat völlig neue Bedingungen für die Wirksamkeit aller Arbeiterorganisationen überhaupt geschaffen, darunter auch für die Gewerkschaften“. So lautet die Resolution des Ersten Gesamtrussischen Gewerkschaftskongresses, der Anfang 1918 stattfand. Vor allen Dingen haben sich die Gewerkschaften gegenwärtig nicht als Verteidiger der Arbeiter beim Verkauf ihrer Arbeitskraft zu betrachten. Der frühere Unternehmer, der Käufer der Arbeitskraft, existiert nicht mehr. Gegen die Ausbeutung seitens des mittleren und kleinen Unternehmers und dergl. kämpft nicht nur die Gewerkschaft, sondern der gesamte Sowjetapparat. Die Gewerkschaften haben bei der gegenwärtigen Lage der Dinge in Rußland keine Streikfonds anzusammeln, keine ökonomischen Ausstände zu organisieren usw.

Welches sind denn gegenwärtig die wahren Aufgaben der Gewerkschaften in Rußland?

„Der Schwerpunkt der Arbeit der Gewerkschaften soll gegenwärtig auf das organisatorisch-wirtschaftliche Gebiet übertragen werden.“ So lautet dieselbe Programmresolution des Ersten Gesamtrussischen Gewerkschaftskongresses, die wir im Namen des Zentralkomitees unserer Partei verfochten.

Auf die Frage, was die Gewerkschaft in Rußland gegenwärtig ist, kann folgende Antwort gegeben werden:

„Der Produktionsverband ist in Rußland in der jetzigen Epoche eine dauernde Vereinigung aller Werktätigen eines gewissen Produktionszweigs, die eine der organisatorisch-wirtschaftlichen Hauptbasen der Diktatur des Proletariats bildet.“

Der heutige Produktionsverband, der sich eine energische Teilnahme — unter der Leitung der Kommunistischen Partei — an dem gesamten Kampf des Proletariats für die kommunistische Umgestaltung der Gesellschaft und die Vernichtung der Klassen zum Ziel setzt, überträgt den

Schwerpunkt seiner Arbeit auf das organisatorisch-wirtschaftliche Gebiet: 1. allseitige Teilnahme an der Organisation der Produktion auf kommunistischer Grundlage durch die Sektionen der Volkswirtschaftsräte u. a.; 2. die gleiche Teilnahme an der Wiedererschaffung der durch den Krieg und alle Krisen der Jetztzeit untergrabenen Produktivkräfte des Landes; 3. Registrierung und Verteilung der Arbeitskraft im ganzen Lande; 4. Teilnahme an der Organisation des Austausches zwischen Stadt und Land durch die Verteilungsorgane; 5. das gleiche auf dem Gebiet der Durchführung der allgemeinen Arbeitspflicht; 6. Unterstützung der staatlichen Verpflegungsorgane — der Verpflegungskommissariate und der Konsumkommunen; 7. das gleiche auf dem Gebiet der Lösung der Verkehrs-, Brennstoffmaterialkrise und dergl.; 8. allseitige Unterstützung des Aufbaus der proletarischen Roten Armee; 9. völlige und unbedingte Unterstützung der Arbeitsarmee; 10. neben der Sorge für gebührenden Arbeitsschutz (laut dem Arbeitskodex) — Kampf gegen egoistische, enge Gruppentendenzen jenes Teils der Werktätigen, der infolge seiner Rückständigkeit den proletarischen Staat noch als gewöhnlichen Unternehmer betrachtet. Das sollen beispielsweise die Funktionen unserer Verbände sein.

Die modernen Produktionsverbände, die praktische Schulen des Kommunismus für die breitesten Schichten des Proletariats und des Halbproletariats sind, treten gleichzeitig nach und nach als Bestandteile in den allgemeinen Mechanismus der Staatsmacht; sie werden zu einem Organ des Arbeiterstaats und ordnen sich den Sowjets unter als einer historisch gegebenen Form der Diktatur des Proletariats.

Jegliche Versuche, die Bedeutung der Produktionsverbände herabzusetzen und sie sogar direkt zu vernichten als Organisationen, die sich angeblich überlebt hätten, soll die Partei aufs entschiedenste zurückweisen.

Unser Programm hat vollkommen richtig darauf hingewiesen, daß „der Organisationsapparat der vergesellschafteten Industrie sich vor allem auf die Gewerkschaften stützen müsse“. Ferner hat das Programm betont, daß die Verbände, um dieser Aufgabe gerecht zu werden, „sich immer mehr von zünftiger Beengtheit freimachen müssen“. Hierauf soll eben die Aufmerksamkeit der Partei gerichtet werden; nur durch hartnäckige erzieherische Arbeit innerhalb der Verbände hilft die Partei ihnen, die zünftige Beengtheit und andere negative Seiten der Bewegung überwinden.

2. Organisation nach Berufen oder Organisation nach Produktionszweigen.

Schon in der Epoche vor der Revolution kämpften in der internationalen Arbeiterbewegung zwei Richtungen: 1. für die Organisation der Arbeiterverbände nach Berufen und 2. für die Organisation der Arbeiterverbände nach Produktionszweigen. Die erste wurde von den Opportunisten verfochten, die zweite — von den revolutionären Marxisten.

Die Produktionsverbände sind auch unter dem Kapitalismus für das Proletariat vorteilhafter, denn sie bieten der Arbeiterklasse ungeheure Vorteile im Streikkampf: ein Produktionsverband der Arbeiter hält nicht nur einen Beruf in Händen, sondern den gesamten Produktionszweig, um ein solcher Verband kann, wenn er den Kern der Arbeiter eines gewissen Produktionszweiges umfaßt, leichter die ganze Produktion aufhalten und dadurch den Kapitalisten und den kapitalistischen Staat zum Nachgeben zwingen.

Die revolutionären Marxisten verfochten die Organisation der Verbände nach Produktionszweigen aber auch noch deshalb, weil sich die Verbände in dieser Form am besten zu ihrer künftigen Rolle in der Organisation der Produktion auf kommunistischen Grundlagen vorbereiten konnten. Der Produktionsverband übersieht den Gang der Dinge in der gesamten Produktion, während die Zersplitterung der Verbände nach einzelnen Berufen das verhindert.

Wenn wir in den Metallarbeiterverband auch den Holzarbeiter aufnehmen, der in der metallurgischen Produktion arbeitet, helfen wir dadurch sowohl diesem wie jenem die zünftige Beengtheit loszuwerden. Wir lehren sie vom Standpunkt der Interessen der Staatswissenschaft als ganzem auszugehen, und wir schwächen die negativen Einflüsse der Verteilung der Arbeit in den Fabriken ab.

In Sowjetrußland, wo der Umbau der Wirtschaft auf kommunistischen Grundlagen bereits in vollem Gange ist, erscheint die Organisation der Verbände nach Produktionszweigen besonders notwendig. Dieses Prinzip wurde auch der Gewerkschaftsbewegung in Rußland zugrundegelegt. Es ist jedoch notwendig, dies konsequent zu Ende zu führen. Gegenwärtig sind unsere Verbände in 34 gesamtrossische Gewerkschaftsvereinigungen eingeteilt: 1. Apothekerangestellte; 2. Seeleute; 3. mediko-sanitäre Angestellte; 4. Angestellte von Finanzinstitutionen; 5. Bergarbeiter; 6. Holzarbeiter; 7. Eisenbahner; 8. Hausangestellte; 9. Landarbeiter; 10. Künstler; 11. Lederarbeiter; 12. Forstarbeiter; 13. Metallarbeiter; 14. Angestellte der Municipälitäten; 15. Arbeiter auf dem Gebiet der Aufklärung und sozialistischen Kultur; 16. Post- Telegraphen- und Telephonangestellte; 17. Friseure; 18. Druckereiarbeiter; 19. Papierarbeiter; 20. Lebensmittelarbeiter; 21. Feuerwehr; 22. Bauarbeiter; 23. Zuckerindustriearbeiter; 24. Angestellte; 25. Glas- und Porzellanarbeiter; 26. Tabakarbeiter; 27. Textilarbeiter; 28. Transportarbeiter; 29. Arbeiter auf dem Gebiet der Volksernährung; 30. Chemiker; 31. Zementarbeiter; 32. Nähindustriearbeiter; 33. Waldarbeiter; 34. Borstenarbeiter.

Die Tagesaufgabe ist die organisatorische Integration unserer Gewerkschaftsbewegung. Die Einteilungen sollen auf ein Minimum reduziert werden, beispielsweise auf zwanzig gesamtrossische Hauptvereinigungen.

Zudem muß ein für allemal auch die Benennung geändert werden: unsere Verbände sollen nicht Gewerkschaften heißen, sondern Produktionsverbände.

3. Zentralisation oder Dezentralisation.

In der internationalen Gewerkschaftsbewegung wird gleichfalls von alters her die Frage des Zentralismus oder Dezentralismus diskutiert. Die Opportunisten der ganzen Welt verfechten das Prinzip kleiner „selbständiger“ Verbände und zerbröckeln dadurch die Bewegung in eine große Anzahl kleiner Einheiten, die dem Zentrum ungenügend untergeordnet sind und die sich daher als kraftlos erweisen, ihre Aufgaben im Kampf gegen die Kapitalisten zu lösen. Die revolutionären Marxisten verfochten im Gegenteil überall die Notwendigkeit möglichst großer Zentralisation.

Wenn die größtmögliche Zentralisation der Produktionsverbände in den kapitalistischen Ländern zu erfolgreicherem Kampf gegen die Arbeitgeber und ihre kapitalistischen Regierungen notwendig ist, so bedarf es in Sowjetrußland nicht minder einer maximalen Zentralisation — im Interesse der plangemähesten Teilnahme der Produktionsverbände an der Organisation der Volkswirtschaft in gesamtrossischem Maßstabe.

Der Prozeß einer allseitigen Zentralisation der Produktionsverbände in gesamtrossischem Maßstabe hat begonnen. Dieser Aufgabe muß weit mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden, als es bisher der Fall war.

4. Die Verstaatlichung der Gewerkschaften.

Bereits in der Resolution des Ersten Gesamtrussischen Kongresses der Gewerkschaften, der im Januar 1918 stattfand, hieß es: „Der Kongreß ist überzeugt, daß die Gewerkschaften sich im Ergebnis des sich andeutenden Prozesses unvermeidlich in Organe des sozialistischen Staates verwandeln, an denen alle Personen, die in einem gewissen Beruf beschäftigt sind, staatlich obligatorisch teilnehmen müssen“ (Punkt 9 der Resolution). Diese Ueberzeugung des gesamtrussischen Kongresses wurde durch die Praxis gerechtfertigt. Die Gewerkschaften übernahmen nach und nach die Aufgabe staatlicher Organe. Wenn die Gewerkschaften die Mobilisierung ihrer Mitglieder durchführen, wenn sie die Arbeiter an eine gewisse Stadt binden, wenn sie die Arbeitskräfte aus einem Punkt Rußlands an einen anderen versetzen, wenn sie ein entscheidendes Wort in den Tariffragen sprechen und dergl., wenn sie durch ihre Vertreter einen entscheidenden Einfluß auf die Tätigkeit der Volkswirtschaftsräte ausüben, treten sie im Grunde genommen als Organe der Staatsmacht auf.

Aber gerade deshalb, weil der Verstaatlichungsprozeß der Gewerkschaften sich nach und nach und völlig normal entwickelt, ist es durchaus nicht notwendig, diesem Prozeß vorzugreifen und die formelle Verstaatlichung der Verbände sofort zu proklamieren. Die in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Kommunisten können sich in dieser Frage völlig mit den Resolutionen des ersten und zweiten gesamtrussischen Gewerkschaftskongresses solidarisierten und nach und nach zur unvermeidlichen völligen Verstaatlichung schreiten.

5. Die Partei, die Verbände und die Hinzuziehung von Fachleuten.

Die Partei des Proletariats soll die Motive zu jenem zurückhaltend-vorsichtigen Verhalten vieler Arbeiter in der Frage der Hinzuziehung von Fachleuten zur persönlichen Verwaltung einsehen, zu seinem Verhalten, das sich in manchen Arbeiterkreisen, die instinktiv befürchten, daß sich die Macht der uns sozial feindlichen Schicht unbemerkt verstärkt, geltend macht. Und die Partei des Proletariats soll sich durch die Organisation sichere Garantien schaffen, damit das nicht geschieht, und damit zugleich die Kräfte der Fachleute auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik ausgenutzt werden.

Zu diesem Zweck muß das System Kommissäre aus der Mitte der Arbeiter zur Kontrolle der Fachleute (auf den Eisenbahnen) u. a. hierzu wählen, in weitem Umfang durchgeführt werden.

Auf diesem Gebiet werden den Gewerkschaften bestimmte Aufgaben zugeteilt.

Eine der wichtigsten auf der Tagesordnung stehenden Aufgaben der Produktionsverbände ist die Durchführung der Forderungen unseres Programms, das die Ausnutzung der „wissenschaftlichen und technischen Fachleute, die uns der Kapitalismus hinterlassen hat“, voraussetzt, damit die Arbeiter neben diesen Fachleuten im Milieu kameradschaftlicher gemeinsamer Arbeit eine gründliche Schule durchmachen.

Zu diesem Zweck sollen die Fachleute ihrer Spezialität nach als Mitglieder in die Produktionsverbände aufgenommen werden. Nötigenfalls werden in den Verbänden Sektionen und Untersektionen dieser Fachleute gebildet, und nach und nach, je nachdem diese Fachleute sich mit den Arbeitern einarbeiten, werden alle Einschränkungen ihrer Rechte, die eine Folge der Uebergangszeit sind, abgeschafft.

Wo eine Opposition gegen die Notwendigkeit der Hinzuziehung der Fachleute zur tätigen Teilnahme an der Wiedererrichtung und Verwaltung der Industrie entstehen könnte, sollte die Partei solchen Tendenzen aufs entschiedenste entgegenzutreten, da sie den Interessen des kommunistischen Aufbaus in der gegenwärtigen Epoche widersprechen und mit dem Programm der Partei nicht im Einklang sind.

Die Partei ist bestrebt, sich alle wissenschaftlich-technischen Kräfte Sowjetrußlands dienstbar zu machen — unter strenger Kontrolle der Arbeiterklasse, wie es auch auf dem Gebiet des Aufbaus der Roten Armee getan wurde.

Zugleich soll die Partei im Auge behalten, daß es auf dem Gebiet der Wirtschaftsführung leichter als im Kriegsgewerbe sein wird, aus der Mitte der Arbeiter, die den Hauptbestand der Mitglieder der Kommunistischen Partei Rußlands bilden, Schicht um Schicht von Proletariern abzusondern, die fähig wären, die Sache in ihre Hände zu nehmen. Die Aufgabe der Partei besteht darin, mit allen Mitteln die Bildung eines Netzes technischer

Kurse und Schulen, Arbeiterpolytechniken u. dergl. zu fördern, um den begabteren Arbeitern und Bauern die Möglichkeit zu bieten, sich möglichst bald zur Rolle von Technikern, Fabrikleitern, Grubenaufsehern, Verwaltern von Sowjetwirtschaften vorzubereiten. Wie wir für die Armee Hunderte von Kursen zu schaffen vermochten, so sollen wir jetzt in noch weit größerem Maße das Land mit einem Netz von Kursen bedecken, wo sich unsere roten Techniker, unsere roten Fachleute und unser roter Kommandobestand zur Verwaltung von Wirtschaft und Industrie heranbilden könnten. Eine der wichtigsten Aufgaben unserer Parteiorganisationen und Produktionsverbände soll sein — die aufmerksamste Behandlung jedes Arbeiters und Bauern, der Begabung und Fähigkeit auf wirtschaftlichen Gebieten an den Tag legt, allseitige Unterstützung und Anspornung der Organisatoren aus dem Volke, der Organisatoren, die sich aus den „Unterschichten“ hervortun. Und endlich ist es notwendig, daß die „Verarbeitung“ der Staatskontrolle (der Arbeiter- und Bauerninspektion), die von dem Allrussischen Zentralexekutivkomitee beschlossen wurde, baldmöglichst und energisch durchgesetzt werde.

6. Partei und Verbände.

Die Gewerkschaften wirken neben der Partei und den Sowjets. Um sich die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der Arbeiterpartei recht klar zu machen, soll man nicht vergessen, daß die Sowjets im jetzigen Rußland noch mehr Massenorganisationen sind als die Gewerkschaften, und sich in ihren Funktionen mit einigen Funktionen der Gewerkschaften verflechten.

Der 8. Parteikongreß der Kommunistischen Partei Rußlands gab folgende Definition:

„Die Sowjets sind staatliche Organisationen der Arbeiterklasse und der ärmsten Bauernschaft, die die Diktatur des Proletariats im Laufe der Zeit durchführen, bis jedweder Staat abstirbt. Die Sowjets vereinigen in ihren Reihen Millionen Werktätiger und sollen bestrebt sein, die gesamte Arbeiterklasse und die gesamte ärmste Bauernschaft in ihren Reihen zu einigen. Die Kommunistische Partei ist eine Organisation, die in ihren Reihen nur die Vorhut des Proletariats und der ärmsten Bauernschaft vereinigt, — jenen Teil dieser Klassen, der bewußt nach der Verwirklichung des kommunistischen Programms strebt. Die Kommunistische Partei macht sich zur Aufgabe, in allen Organisationen der Werktätigen, in den Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften, Dorfkommunen usw. einen entscheidenden Einfluß und eine unbegrenzte führende Rolle zu erobern. Die Kommunistische Partei erstrebt insbesondere die Verwirklichung ihres Programms und ihrer völligen Herrschaft in den staatlichen Organisationen der Gegenwart, wie es die Sowjets sind.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß in Zukunft alle Formen der Arbeiterorganisationen verschmolzen werden. Welche von den jetzigen Formen sich als dauernd erweisen wird, darüber zu debattieren wäre nutzlos.

7. Ueber die Theorie der Gleichberechtigung.

In der Zweiten Internationale, selbst unter ihrem besten Teil, war die Meinung weit verbreitet, daß die Partei einerseits, die Gewerkschaft andererseits gleichberechtigte und gleichwertige Organisationen sind, die bei der Aufstellung großer Fragen als zwei Kontrahenten auftreten. Der Partei gehöre die politische Führung, den Gewerkschaften — die ökonomische. So nahm z. B. die deutsche Sozialdemokratie unter Zustimmung August Bebels eine Resolution darüber an, daß, wenn die Frage über die Notwendigkeit eines Generalstreiks entsteht, dieselbe nicht anders entschieden werden könne, als durch Vereinbarung zwischen dem Zentralausschuß der Partei und dem Zentralrat der Gewerkschaften.

Vom Standpunkt des Kommunismus kann eine solche Ansicht nicht für richtig anerkannt werden. Die revolutionären Marxisten haben immer diese Theorie der Gleichberechtigung abgelehnt.

Vom Standpunkt des revolutionären Marxismus ist die Partei die Synthese aller Seiten des Kampfes der Arbeiterklasse für ihre Befreiung von der kapitalistischen Knechtschaft. Die Kommunistische Partei verfügt über ein ganzes Arsenal von Kampfmitteln zur Befreiung des Proletariats. Den politischen Kampf verbindet sie untrennbar mit dem ökonomischen, sie beleuchtet und leitet sowohl den ökonomischen als auch den politischen Kampf des Proletariats. Sie ist die Vorhut des gesamten Proletariats, mit der Fackel des Kommunismus beleuchtet sie alle Windungen seines Weges. Die Partei ist das Gehirn der Arbeiterklasse. Daher ist die Tätigkeit, die die Kommunisten im Schoße der Gewerkschaften entfalten, nur ein Teil der gesamten Arbeit der Kommunistischen Partei als Ganzes.

In der Epoche der Diktatur, die wir eben durchleben, kann um so weniger von irgendwelchen Konzessionen an die Theorie der „Gleichberechtigung“ die Rede sein. Die geringste Abweichung in dieser Richtung soll den erbarmungsloßesten Widerstand seitens der Partei finden.

8. Ueber die Parteilosigkeit der Gewerkschaften.

Die jetzigen Gewerkschaften sind der Partei der Kommunisten formell nicht untergeordnet. In die Gewerkschaften werden alle Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied der Partei und der religiösen Ueberzeugung aufgenommen. Die parteilosen Arbeiter können gewiß in unsere Gewerkschaften eintreten. Doch zugleich sollen die Kommunisten, die in den Gewerkschaften tätig sind, keinesfalls die konservativen Seiten der Parteilosigkeit vertuschen. Die Kommunisten und die kommunistischen Fraktionen der Gewerkschaften sollen offen den Kommunismus propagieren. Die Gewerkschaften im großen und ganzen sollen sich als Schulen des Kommunismus betrachten. Die Führer der Gewerkschaften sollen die Arbeiter unermüdlich darauf aufmerksam machen, daß die Feinde des Kommunismus mit Parteilosigkeit spekulierend die Arbeiter betrügen, und sie sollen ihnen erklären, warum die formell parteilosen Gewerkschaften die Kommu-

nistische Partei unterstützen, warum sie die Diktatur des Proletariats und die Sowjetmacht und die Weltrevolution anerkennen.

Die Kommunistische Partei erlangt einzig und ausschließlich durch alltägliche selbstaufopfernde praktische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, durch Besetzen aller Posten in den Gewerkschaften durch ihre standhaftesten und ergebensten Mitglieder, Einfluß in den Gewerkschaften. Nur ein solcher Einfluß, der durch langjährige praktische Arbeit erworben wurde, kann dauernd sein.

9. Die Fraktion der Gewerkschaften und die örtlichen Organisationen der Partei.

In jeder Gewerkschaft soll eine streng organisierte und disziplinierte Fraktion der Kommunisten gebildet werden. Die örtlichen Fraktionen der Kommunisten führen in allen Fragen der ökonomischen Politik den Beschluß der Zentralfraktion und des gesamtrussischen Gewerkschaftsrats durch. Keinerlei Konzessionen an den sogenannten Lokalismus sind zulässig. Die Tarifpolitik, die den Arbeitstag betreffenden Fragen, die Verpflegungspolitik und dergl. werden bedingungslos in gesamtrussischem Maßstabe entschieden.

Zugleich ist jede Parteifraktion der Gewerkschaft nichts anderes, als eine Parteizeile der örtlichen Organisation. Die Stadtfraktion der örtlichen Gewerkschaften ist völlig dem örtlichen Parteikomitee unterstellt, die gesamtrussische Fraktion der Gewerkschaften untersteht aber dem Zentralkomitee der Partei.

Die Verteidigung der Funktionäre, ihre Mobilisierung für die Rote Armee wird in jeder entsprechenden Stadt ausschließlich von der örtlichen Parteiorganisation unter der allgemeinen Leitung des Zentralkomitees der Partei durchgeführt. Im Fall der Mobilisierung von Funktionären der Gewerkschaftsbewegung soll das Parteikomitee sich mit den Fraktionen der entsprechenden Gewerkschaft verabreden, das entscheidende Wort gehört jedoch ausschließlich der Parteiorganisation.

Das Parteikomitee, das die ideelle Seite der Arbeit in den Gewerkschaften voll und ganz leitet, schreitet niemals zu kleinlicher Vormundschaft über die Gewerkschaften und überläßt die alltägliche praktische Arbeit der Leitung der Gewerkschaftsfraktion.

10. Ueber die Organisation des landwirtschaftlichen Proletariats und Halbproletariats.

Eine der wichtigsten Aufgaben der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Bewegung in Rußland ist die Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiter. Der bestehende Verband der landwirtschaftlichen Proletarier muß mit allen Kräften unterstützt werden. Die Kommunisten, die in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind, sollen sich die Organisation

der landwirtschaftlichen Arbeiter zur Hauptaufgabe machen. Dieser Aufgabe soll die gebührende Anzahl von Kräften zugeteilt werden.

11. Die Werkkomitees und die Gewerkschaften.

Die Werkkomitees haben im Laufe der letzten Jahre eine große Evolution durchgemacht. Ihre Rolle vor der Februarrevolution als große politische Kristallisierungspunkte ist allgemein bekannt. Zwischen der Februar- und Oktoberrevolution spielten sie die Rolle jener ersten Arbeiterorganisationen, die in der Tat zur Einführung der Kontrolle über die Produktion schritten. Nach der Oktoberrevolution dienten sie als ursprüngliche Organisationsbasis bei der Verwirklichung der Nationalisierung der Industrie. Aus ihrer Mitte tat sich eine ganze Schicht der besten Arbeiter hervor, die in die Leitung der nationalisierten Unternehmen und in unsere Haupt- und Zentralorganisationen traten. Als die gesamtrossische Vereinigung der Fabrik- und Werkkomitees aufgehoben wurde, veränderte sich die Rolle der Werkkomitees sehr. Diese wurden zu Zellen der Gewerkschaften, was sie auch bis heute geblieben sind.

Die Fabrikkomitees können an der Organisation der Produktion nur in dem Maße und in den Formen teilnehmen, wie es die Gewerkschaften tun. Wie die Gewerkschaft nicht den Volkswirtschaftsrat ersetzt, sondern nur einen Teil ihrer Mitglieder in die entsprechenden Sektionen des Volkswirtschaftsrats entsendet, ebenso soll das Fabrikkomitee nicht die Leitung des Unternehmens ersetzen, sondern nur als deren Stützpunkt dienen.

Die Fabrikkomitees haben noch eine andere große Bedeutung. Unsere Partei leidet am meisten darunter, daß sie noch keinen Organisationsapparat hat, der mechanisch aus den „Unterschichten“, aus den Durchschnittsmitgliedern, neue Funktionäre für eine mehr verantwortungsvolle Arbeit ausscheidet. Vorläufig verteilt die Partei nur etwa 1000 Mitglieder über ganz Rußland. Und doch soll jetzt, da der Kampf gegen den wirtschaftlichen Verfall die Hauptaufgabe der Partei bildet, aus der Mitte der Durchschnittsarbeiter, die Mitglieder der Partei sind, eine große Anzahl Schöpfer und Organisatoren ausgeschieden werden. Das Werkkomitee ist jene Zelle, die Hand in Hand mit dem Kollektiv am ehesten zu jenem Apparat werden könnte, der Tausende und Abertausende von Arbeitern aus den Fabriken und Werken ausscheiden und sie auf dem Gebiet wirtschaftlich-organisatorischer Funktionen verteilen könnte.

In Anbetracht alles dessen steht die Partei entschieden für das Erhalten der Werkkomitees ein, hält es jedoch für notwendig, daß ihre Funktionen noch einmal genau durch ein besonderes Dekret definiert werden. Wenn allmählich die Einführung der persönlichen Verwaltung in den Unternehmungen beginnt, dann werden die Fabrikkomitees durchaus nicht überflüssig, sondern gerade diese notwendige Reform macht im Gegenteil die Erhaltung der Fabrikkomitees noch nötiger.

Es ist bloß notwendig, daß die Partei den Fabrikkomitees eine größere

Aufmerksamkeit zuwendet. Im Laufe des letzten Jahres wurde in den Fabrikkomitees fast gar keine Parteiarbeit geleistet.

Es ist ebenfalls notwendig, daß die Gewerkschaften die Fabrikkomitees nicht nur formell für ihre Zellen halten, sondern auch organisch mit ihnen verwachsen, ihre reguläre Erneuerung und ihre gesamte Arbeit überwachen.

Die Gewerkschaften und die Arbeitspflicht.

Der Uebergang zur Arbeitspflicht stellt unseren Gewerkschaften neue Aufgaben.

In der Epoche des Bürgerkrieges und der Diktatur waren die Gewerkschaften in Rußland bereits so manches Mal veranlaßt, Zwang gegen ihre Mitglieder anzuwenden. Die Gewerkschaften führten zwangsweise Mobilisierungen ihrer Mitglieder an die Front, in die Verpflegungskolonnen und dergl. durch. Die Gewerkschaften banden ihre Mitglieder an einen bestimmten Ort der Arbeit und entzogen ihnen das Recht auf Freizügigkeit und dergl. Alles das war absolut notwendig zum Sieg über die grimmigsten Feinde der Arbeiterklasse.

Jetzt, beim Uebergang zum entscheidenden Kampfe gegen den wirtschaftlichen Verfall, wird den Gewerkschaften die Notwendigkeit zuteil, noch mehr Zwang anzuwenden, um das Land vor Kälte und Hunger zu retten.

Gegen das Zaudern, das sich in diesen Fragen in der gewerkschaftlichen Bewegung andeutet, soll die Partei auf das entschiedenste einschreiten, denn das geringste Zaudern auf diesem Gebiete kann die proletarische Revolution zugrunde richten.

Die Schaffung der Arbeitsarmee war der erste ernste Schritt zur Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht, — vorläufig in der Form eines Beginns zur Militarisation der Arbeit.

Im Zusammenhang mit dem Uebergang zu den Arbeitsarmeen machte sich ein gewisser Rückfall in den Trade-Unionismus geltend.

Der Trade-Unionismus kann verschiedene Formen annehmen. Der Trade-Unionismus findet seinen Ausdruck in der Unterstützung der liberalen „Arbeiterpolitik“ in den Parlamenten, in der Ignorierung nicht qualifizierter Arbeiter und in der Kultivierung einer Arbeiteraristokratie, in ungewöhnlich hohen Mitgliedsbeiträgen, die den Beitritt zum Verband für den Tagelöhner unmöglich machen, in Verbreitung von Illusionen, als ob der gewerkschaftlich-ökonomische Kampf allein ohne die revolutionäre Eroberung der Macht durch das Proletariat zum allmählichen Hineinwachsen in das Reich des Sozialismus führen könne und dergl. Das sind die schablonenhaftesten Aeußerungen der trade-unionistischen Spießbürgerlichkeit. Ein gleicher Trade-Unionismus ist es, im gegenwärtigen Sowjetrußland die „Freiheit der Arbeit“ zu predigen. Ein gleicher Trade-Unionismus ist die Unterschätzung der ganzen Bedeutung der Arbeitsarmee und

der Militarisierung der Arbeit überhaupt. Eine gleiche trade-unionistische Kurzsichtigkeit wäre es, wenn die Gewerkschaften nicht an der strengsten Durchführung der allgemeinen Arbeitspflicht teilnehmen wollten, ohne die man nicht mit dem jetzigen Verfall fertig werden und den Kommunismus errichten kann.

Die Kommunistische Partei Rußlands ist aufs festeste überzeugt, daß diese Schwankungen einen bald-vorübergehenden Charakter tragen, daß sie nur der Uebergang zu einer neuen Epoche und zu neuen Aufgaben der proletarischen Diktatur sind. Dort aber, wo diese Schwankungen noch nicht überstanden sind, soll die Partei unverzüglich ihr Machtwort sprechen.

13. Die Hauptmängel in der gegenwärtigen Gewerkschaftsbewegung.

Die gegenwärtigen Gewerkschaften leisten eine ungeheure Arbeit und erleichtern in größtem Maße den Kampf der Kommunistischen Partei und der Sowjetmacht für den Sozialismus. Gleichzeitig machen sich aber in der jetzigen Uebergangsepoche in der Tätigkeit einiger Gewerkschaften schwerwiegende Mängel bemerkbar. Wenn z. B. einige Funktionäre des Lastarbeiterverbandes an der Wolga die eng-egoistischen Forderungen der Mitglieder ihres Verbandes auf dem Gebiet des Arbeitslohns in Schutz nehmen und nicht der Sowjetmacht helfen, gegen die unerhörten Entwendungen anzukämpfen, so äußern sie dadurch ihre Rückständigkeit, ihre Unfähigkeit, sich über die eng-zünftigen Interessen zu erheben. Wenn einige Verbände der Angestellten den Sowjetinstitutionen Leute aufhalsen, die nicht imstande sind, mit ihrer Arbeit fertig zu werden, wenn diese Verbände jede beliebige Forderung ihrer Mitglieder in Schutz nehmen und vergessen, daß sie es nun nicht mit den früheren Privatunternehmen zu tun haben, legen sie ihre professionelle Engherzigkeit an den Tag. Wenn die Verbände der Druckereiarbeiter die schlimmsten Seiten des Trade-Unionismus wieder aufleben lassen, vollführen sie ein direkt gegenrevolutionäres Werk.

Der Kampf gegen diese negativen Seiten in der Gewerkschaftsbewegung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten, die in den Gewerkschaften tätig sind.

Zugleich ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß auch den Gewerkschaften die Gefahr der Verbürokratisierung droht.

Die Generalversammlungen der Verbände werden nur von einer unbedeutenden Zahl der Mitglieder besucht. Aktiven Anteil an dem Leben des Verbandes nehmen verhältnismäßig wenige Elemente. Die Leitung der Verbände steht nicht immer in genügend lebendigem Kontakt mit den Massen, und nicht selten verlaufen ökonomische Konflikte ohne die Verbände.

Nicht selten sind Fälle, wo die Tarife einzelner Gruppen wenig qualifizierter Arbeiter und Arbeiterinnen überaus niedrig sind, die Verbände

jedoch keine Maßnahmen treffen, um diese Lage zu verbessern, da sie nicht in genügend naher organisatorischer Beziehung zu diesen Arbeitergruppen stehen.

In Anerkennung dessen, daß diese Mängel bisher in bedeutendem Maße von den unerhört schwierigen äußeren Bedingungen (ständige Mobilisierung der Gewerkschaftsfunktionäre an die Fronten und dergl.) abhängig waren, beauftragt der Kongreß die Kommunisten, die in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind, systematisch gegen die genannten Mängel anzukämpfen.

14. Ueber die Konzessionen an den Syndikalismus.

Der Kern der Syndikalisten in der dem Krieg vorausgehenden Zeit (die Führer der Allgemeinen Konföderation der Arbeit in Frankreich) verrieten 1914 die Sache der Arbeiter ebenso schmachlich, wie die Sozialchauvinisten Jouhaux und Konsorten sich als gewöhnlichste kleinbürgerliche Reformisten erwiesen.

Der linke Flügel des Syndikalismus macht eine große Evolution zum Kommunismus durch.

Während die besten Elemente des französischen Syndikalismus sich von ihren früheren Irrtümern lossagen und sich auf den Boden des Kommunismus stellen, indem sie die Forderung: „alle Macht den Sowjets“ proklamieren, versuchen in Rußland einzelne Gruppen, die schlimmsten Seiten des Syndikalismus wiederzuerwecken. Die berüchtigte Partei der linken Sozialrevolutionäre beschloß kürzlich auf ihrem Kongreß in der Resolution über die Arbeiterpolitik, daß ihre Forderungen in folgendem bestehen: „Die Uebergabe der gesamten Verwaltung der Industrie und der Verkehrsmittel an die Gewerkschaften in Person ihres gesamtrussischen Zentralgewerkschaftsrats“ (Punkt 3 der Resolution) und „Eintritt in die gewerkschaftliche Organisation der ganzen Welt auf föderativer Grundlage, um bereits im Verlauf der gegenwärtigen Weltrevolution das Uebergehen der Verwaltung der Industrie und der Verkehrsmittel in die Hände der syndikalistisch-gewerkschaftlichen Vereinigungen zu erlangen“ (Siehe Broschüre: Resolutionen des 2. Parteikongresses der linken Sozialrevolutionäre. Verlag „Revolyonyy Sozialism“ Moskau 1919).

Wenn in Amerika oder in England gegen den alten Trade-Unionismus und gegen die Regierungsozialdemokratie die Losung „alle Macht den Sowjets“ aufgestellt wird und für die Pläne der Bildung eines „Einheitlichen Großen Verbandes“ (One Big Union), den Dreibund der größten Verbände und dergl. Propaganda gemacht wird, — so ist das ein Schritt vorwärts im Vergleich mit dem opportunistischen Standpunkt der II. Internationale. Wenn aber in Rußland, wo die Macht zwei Jahre lang den Sowjets der Arbeiter- und Bauerdeputierten gehört und wo die Erfahrung mit völliger Klarheit bewiesen hat, daß nur eiserne Diktatur in Form der Sowjets und in gesamtstaatlichem

Maßstabe fähig ist, die Macht zu halten, alle Ueberfälle zurückzuschlagen und das Land vor Verfall zu retten, — wenn in Rußland Pläne zu entstehen beginnen, die Eisenbahnen dem Eisenbahnverbande, die metallurgische Industrie den Metallarbeitern zu übergeben und dergl., so ist das ein ungeheurer Schritt zurück. Die Aufgaben der Produktionsverbände Sowjetrußlands in der gegenwärtigen Epoche sind in dem Programm der Kommunistischen Partei Rußlands richtig gekennzeichnet, wo darauf hingewiesen wird, daß die Verbände berufen sind, „ein unlösbares Band zwischen der zentralen Staatsverwaltung, der Volkswirtschaft und den breiten Massen der Werktätigen“ zu sichern, um allmählich im Ergebnis dauernder Entwicklung nach dem völligen Sieg des Kommunismus zur tatsächlichen Konzentrierung der gesamten Verwaltung, der ganzen Volkswirtschaft in ihren Händen zu gelangen. Die Kommunisten, die in den Gewerkschaften tätig sind, müssen aufs entschiedenste gegen solche syndikalistische Tendenzen ankämpfen und keinerlei Konzessionen an sie zulassen.

15. Ueber den sogenannten „Industrialismus“.

Ebenso notwendig ist, den Tendenzen des sogenannten Industrialismus Widerstand zu leisten, den einige Funktionäre der Gewerkschaftsbewegung in Rußland verteidigen. Die Industrialisten wollen unsere ganze Tätigkeit auf die industriellen Gewerbearbeiter aufbauen und von oben nach unten die gesamte Masse des nichtqualifizierten Proletariats traitieren. Der Krieg und die Revolution haben zweifellos bedeutende Veränderungen in dem sozialen Bestand des Proletariats in Rußland zur Folge gehabt. Das ist richtig. Die jetzigen qualifizierten Arbeiter der Fabriken und Werke sind zweifellos der vorgeschrittenste Teil des Proletariats. Doch die Aufgabe der kommunistischen Funktionäre der Gewerkschaftsbewegung kann keinesfalls darin bestehen, die qualifizierten Arbeiter, die in der Arbeiterklasse die Minderheit bilden, in eine besondere Gruppe auszuscheiden und zusammenzuschließen. Die Idee des Kommunismus hat mit der Politik, sich nur auf die Arbeiteraristokratie zu stützen, nichts gemein. Die Aufgabe der kommunistischen Funktionäre der Gewerkschaften besteht darin, mit Hilfe des vorgeschrittenen Teils der industriellen Arbeiter die gesamte proletarische Masse, auch die Tagelöhner mit einbegriffen, zu organisieren und in die Arbeit des Staatsaufbaus hineinzuziehen.

16. Die Gewerkschaften und die Internationale.

Die Erfahrung Deutschlands hat gezeigt, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften nach der Revolution ungewöhnlich steigt (von 3 auf 8 Millionen) und daß die Verbände revolutionär gestimmt werden. Das Beispiel Rußlands hat anschaulich bewiesen, wie geschickt die Verbände

die Sowjets ergänzen, die als eine der wichtigsten Organisationsbasen zum Umbau der Wirtschaft auf kommunistischen Grundlagen dienen. Ein Teil der deutschen Kommunisten, der in Opposition zu seiner Partei ist, macht gerade in der Frage betreffs der Verbände einen Fehler und reißt sich von den Massenorganisationen des Proletariats los (dieser Teil der Kommunisten fordert Massenaustritt aus den Gewerkschaften, sagt sich los vom Kampf um den Einfluß innerhalb der Verbände und hält die Gewerkschaften eigentlich für unnötig.)

Kraft der Eigentümlichkeiten in der Entwicklung der Arbeiterbewegung des Westens hat unter den deutschen Kommunisten und den Kommunisten anderer Länder ein Vorurteil gegen die Gewerkschaften als solche Fuß gefaßt. Unsere Partei ist der Ansicht, daß wir uns nicht von den Gewerkschaften lossagen dürfen. Im Verlauf der proletarischen Revolution werden sich die Gewerkschaften ebenso spalten, wie sich die alten sozialdemokratischen Parteien gespalten haben. Die Erfahrung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland hat gezeigt, daß die Gewerkschaften in Berlin sich schon jetzt von dem zersetzenden Einfluß der Sozialdemokratie Scheidemanns freigemacht haben. Die gewerkschaftliche Bewegung Rußlands soll die Initiative des Zusammenschließens einer Roten Gewerkschaftsinternationale auf sich nehmen, wie es die Kommunistische Partei Rußlands bei der Gründung der III. Internationale getan hat. An den Kongressen der Kommunistischen Internationale sollen nicht nur die Parteiorganisationen der Kommunisten teilnehmen, sondern auch die Gewerkschaften, die durch ihre gesamte Tätigkeit bewiesen haben, daß sie auf dem Boden der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht stehen. Zugleich ist bereits jetzt notwendig, zur Organisation einer internationalen Vereinigung der einzelnen Gewerkschaften zu schreiten, die sich den Richtlinien der Kommunistischen Internationale anschließen.

G. Sinowjew.





... Unter Sozialisten verstand man 1847 zweierlei Art von Leuten. Einerseits die Anhänger der verschiedenen utopistischen Systeme, speziell die Owenisten in England und Fourieristen in Frankreich, die beide schon damals zu blossen, allmählich aussterbenden Sekten zusammengeschrumpft waren. Andererseits die mannigfaltigsten sozialen Quacksalber, die mit ihren verschiedenen Allerweltsheilmitteln und mit jeder Art von Flickarbeit die gesellschaftlichen Mißstände beseitigen wollten, ohne dem Kapital und dem Profit im geringsten wehe zu tun. In beiden Fällen: Leute, die ausserhalb der Arbeiterbewegung standen und die vielmehr Unterstützung suchten bei den „gebildeten“ Klassen.

Derjenige Teil der Arbeiter dagegen, der, von der Unzulänglichkeit blosser politischer Umwälzung überzeugt, eine gründliche Umgestaltung der Gesellschaft forderte, der Teil nannte sich damals „kommunistisch“. Es war ein nur im Rahmen gearbeiteter, nur instinktiver, manchmal etwas roher Kommunismus; aber er war mächtig genug, um zwei Systeme des utopischen Kommunismus zu erzeugen, in Frankreich den „ikarischen“ Cabets, in Deutschland den von Weitling. Sozialismus bedeutete 1847 eine Bourgeoisbewegung, Kommunismus eine Arbeiterbewegung. Der Sozialismus war, auf dem Kontinent wenigstens, salonfähig, der Kommunismus war das gerade Gegenteil. Und da wir schon damals sehr entschieden der Ansicht waren, daß „die Emanzipation der Arbeiter das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muss“, so konnten wir keinen Augenblick im Zweifel sein, welchen der beiden Namen zu wählen. Auch seitdem ist es uns nie eingefallen, ihn zurückzuweisen. . . .

Fr. Engels.

Vorrede zum „Kommunistischen Manifest“.

London, am 1. Mai 1890.

Die Lehren eines Putschversuchs.

*(Die Krise in der Deutsch-Oesterreichischen
Kommunistischen Partei.)*

1. Die „Enthüllung“ Bettelheims.

Seit Monaten war es jedem Beobachter der kommunistischen Bewegung in Deutsch-Oesterreich (auch wenn er sie nur in der Presse verfolgen konnte) klar, daß sie eine tiefe Krise erlebe. Seit dem ersten Tage der ungarischen proletarischen Revolution sah man in Wien Kräfte am Werke, die auf einen Putsch hinarbeiteten, in dem Irrwahn, dadurch der ungarischen Räterepublik helfen zu können, und die, um zu ihrem Ziel zu gelangen, die österreichische kommunistische Bewegung durch Herumschmeißen von Geld direkt zersetzten. Diese Politik mußte zur Folge haben, daß alle Genossen, die unter keinen Umständen für die Zersetzung der Partei mit verantwortlich sein wollten, es jedoch angesichts der Schwierigkeit der Lage der ungarischen Räterepublik für unmöglich hielten, gegen ihre Agenten öffentlich vorzugehen, sich von der Bewegung zurückzogen. Das Resultat war, daß nach dem Zusammenbruch der ungarischen Räterepublik in der deutsch-österreichischen Bewegung eine Atmosphäre der gegenseitigen politischen und persönlichen Anklagen entstand, die weitere Genossen zum Rücktritt veranlaßte und die Arbeitskraft der übrigen lähmte. Durch Eingreifen führender Genossen aus anderen Teilen der Kommunistischen Internationale ließ sich die Lage soweit klären, daß auf ein gemeinsames Wirken der verschiedenen Richtungen in der österreichischen Partei zu hoffen ist. Die Schwierigkeit bestand aber weiter darin, daß die in intimen Kreisen erreichte Klärung nicht ohne weiteres zum Gegenstand einer öffentlichen Aussprache gemacht werden konnte, da auf ungarische Genossen, wie Dr. Bettelheim, die in der Krise eine ausschlaggebende Rolle gespielt hatten und in Wien verhaftet waren, Rücksicht genommen werden mußte. Diese Schwierigkeiten sind jetzt aus der Welt geschafft. Dr. Friedrich Adler veröffentlicht im Wiener „Kampf“ vom 4. Oktober eine bei Bettelheim beschlagnahmte Darstellung der Ereignisse, um „in den Sumpf, der sich kommunistische Partei nennt“ hineinzuleuchten. Man kann Fritz Adler für seine Veröffentlichungen nur dankbar sein, obwohl es seine, des früheren Anklägers der Lumperei und Korruption in der österreichischen Sozialdemokratie (man lese seine Anklagerede, sogar in der von ihm retouchierten Berliner Ausgabe seines Prozeßprotokolls), Aufgabe wäre, in den Sumpf hineinzuleuchten, den die österreichische Sozialdemokratie nach ihrer Koalition mit den Antisemiten ganz

gewiß jetzt in noch höherem Maße darstellt als 1916. Aber wie gesagt, man kann Bettelheim und Adler nur dankbar sein, daß sie die Möglichkeit der offenen Aussprache verschafft haben. Wir wollen sie ausnutzen.

2. Die Entstehung der deutsch-österreichischen Kommunistischen Partei.

Um die Krise der Monate Mai bis August zu verstehen, muß man bedenken, daß die deutsch-österreichische Kommunistische Partei viel schwächer als die deutsche ist. In Deutschland bestand schon vor dem Kriege die linksradikale Richtung in der Sozialdemokratie, die im Kampfe gegen den offenen und maskierten Opportunismus (Richtung Kautsky—Haase) die geistigen Grundlagen für die zukünftige Kommunistische Partei Deutschlands schuf. Im Kriege vertiefte diese Richtung ihre selbständige Ideologie, sie schulte trotz aller Hindernisse unter den größten Opfern Kaders von Anhängern und bildete illegale Organisationen, die nach dem Ausbruch der Revolution legal wurden und bald große Massen umfaßten. Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1917 erleichterte diese Arbeit. Die Gründung der selbständigen Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1918 war das Resultat der achtjährigen geistigen und vierjährigen organisatorischen Tätigkeit von Hunderten erprobter Genossen. In Deutsch-Oesterreich bestand vor dem Kriege überhaupt keine marxistische Opposition in der Sozialdemokratie. Mit Ausnahme des Reichenberger Redakteurs Joseph Straßer hielten die österreichischen Marxisten mit Otto Bauer und Fritz Adler an der Spitze nicht den Kampf gegen den Opportunismus für ihre Aufgabe, sondern seine Erklärung. Die Tatsache, daß die deutsch-österreichische Partei gar nicht in die Lage kam, die Kredite zu bewilligen, weil das österreichische Parlament gar nicht einberufen wurde, erlaubte den Führern der Sozialdemokratie, die in Oesterreich in der Person Viktor Adlers eine große und verdiente moralische Autorität, in der Person Renners eine politisch mit allen Wassern gewaschene Leitung besaß, die Gegensätze zu vertuschen und zu verwischen. Wie schwach sich die im Kriege entstandene gemäßigte Opposition in der österreichischen Partei fühlte, beweist am besten das Attentat Fritz Adlers, der zum Revolver griff, weil er keine Massen hinter sich hatte und sich zu einer politischen Aktion nicht fähig fühlte. Die im Kriege entstandene linksradikale Opposition, die sich um den Genossen Franz Koritschoner gruppierte, zählte nur sehr wenige Anhänger.

Als die Revolution ausbrach, bestanden die Elemente, die sich bald zur Kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs zusammenschlossen, aus einer sehr kleinen Gruppe sehr junger Intellektueller, die der Krieg aufgerüttelt und mit dem Willen zur revolutionären, proletarischen Politik erfüllt hatte, die aber jeder politischen Erfahrung bar waren; ihnen gesellten sich aus Rußland zurückgekehrte Kriegsgefangene zu, die den deutsch-österreichischen Zuständen naturgemäß ent-

fremdet waren. Daß eine so zusammengesetzte Partei, die nicht organisch entstanden war, nur langsam zum Zentrum der revolutionären Bestrebungen werden konnte, die im Proletariat entstanden, als die deutsch-österreichische Sozialdemokratie unter Führung von Renner und Seitz und mit Hilfe von Fritz Adler (er entpuppte sich in der Revolution als zahmer Kleinbürger, der nur im Jahre 1916 unter den Eindrücken des Krieges wild geworden war) das Bündnis mit der Bourgeoisie schloß, ist klar. Die junge deutsch-österreichische Partei mußte viele Fehler machen, bis sie den sicheren Weg des Kampfes finden konnte. Die kommunistische Politik ist keine Anwendung in Moskau erfundener und patentierter Grundsätze, sie besteht in der Führung des revolutionären Massenkampfes, für den die Bedingungen in jedem Lande in vielem verschieden sind. Nur dadurch, daß die Arbeitermassen in ihrem spontanen Kampfe Erfahrungen sammeln und sie verstehen lernen, bahnen sie sich den Weg zum Kommunismus. Je gebildeter und erfahrener die Vorkämpfer des Proletariats sind, desto schneller sehen sie die Lehren des Kampfes ein und helfen dem Proletariat sich zu orientieren. Bei der Jugend und bei der Zusammensetzung der deutsch-österreichischen kommunistischen Führerschaft konnte die kommunistische Partei in den ersten Monaten ihrer Existenz nur die ersten Schritte auf dem Wege der Agitation und Organisation machen. Wie weit der Weg zum Ziel sei, wie viele Wendungen er noch haben werde, konnte sie schwer ahnen. Der stürmische Charakter der deutschen Bewegung in der Zeit vom Januar bis April, die Streiks in England, alles dies schien ihr auf den baldigen Sieg der Weltrevolution hinzudeuten. In die durch diese Hoffnungen erzeugte Stimmung fiel die Proklamierung der ungarischen und bald darauf der Münchener Räterepublik.

3. Die ungarische Putschtaktik in Wien.

Die revolutionären Arbeiter Wiens waren durch die Ereignisse elektrisiert. Nicht nur die kommunistischen, sondern auch die der sozialdemokratischen Partei. Die kommunistischen Führer hielten sich für verpflichtet, mit aller Kraft für die Proklamierung der Räterepublik zu agitieren. Sie hatten vollkommen recht, wenn sie den Sozialdemokraten entgegenhielten, daß die Errichtung der Räterepublik in Wien das Kampffeld ausbreiten und dadurch auch die Möglichkeit schaffen werde, die sehr großen Lebensmittelschwierigkeiten zu überwinden, die die Adlers als Hauptargument gegen die Errichtung der Räterepublik in Deutsch-Oesterreich ins Feld führten. Die Errichtung der Deutsch-Oesterreichischen Republik bedeutete nicht nur die Notwendigkeit, so und so viele Menschen zu ernähren, was die Sozialdemokraten für unmöglich hielten, sondern er bedeutete, daß sie dem stürmischen ungarischen Proletariat Hunderttausende organisatorisch geschulter deutsch-österreichischer Arbeiter würde zugesellen können, was den verbündeten Räterepublik eine ganz andere militärische Kraft und dadurch die Möglichkeit geben würde, die kornreichen Territorien Ungarns

zu besetzen. Der aufrüttelnde Einfluß des Sieges des deutschen und ungarischen Proletariats Oesterreichs auf die technischen Arbeiter und die Einschüchterung der Entente wäre dabei ganz anders ins Gewicht gefallen, als bei der Isolierung von Budapest. Deshalb erfüllten die deutsch-österreichischen Kommunisten nur ihre Pflicht, wenn sie das Proletariat Deutsch-Oesterreichs mit aller Kraft für die Diktatur der Räte zu gewinnen suchten.

Die „Realisten“ um Fritz Adler und Bauer, die mit allen Kräften das Proletariat vor dem „Experiment“ warnten, verrieten praktisch das Proletariat. Sie halfen den Renner und Ellenbogen, das Proletariat an die Bourgeoisie ausliefern, und es ist nur das Resultat ihrer jeden Kampf vermeidenden Taktik, wenn sie jetzt von den Renner und Ellenbogen an die Bourgeoisie verkauft werden. Ihre Schicksale bilden die Wiederholung der Geschehnisse der Haase und Dittmann, deren Brüder sie sind. Aber die Agitation für die Räterediktatur scheint einem Teil der ungarischen Genossen keine genügende Hilfe seitens der deutsch-österreichischen zu sein. Es muß bemerkt werden, daß auch in Ungarn die kommunistische Partei über sehr wenige erfahrene, gebildete Führer verfügte, und daß sie nach ihrem leichten Sieg viele wichtige Posten mit vollkommen unerfahrenen Genossen besetzen mußte, ganz davon zu schweigen, daß sich an sie, die Siegerin, abenteuerliche, auf eigenen Nutzen ausgehende Elemente herandrängten. Es ist schwer, von der Ferne zu unterscheiden, in welchem Grade in der ausländischen Propaganda der ungarischen Räterepublik die Unerfahrenen, die Abenteurer und Hyänen des Schlachtfeldes beteiligt waren. Tatsache ist, daß diese Elemente in Wien die junge kommunistische Partei zum Putsch zu treiben begannen. Mitte Mai kam als ungarischer Emissär Dr. Bettelheim nach Wien. Er spielte sich auf als Bevollmächtigter der III. Internationale, die ihm den Auftrag gegeben haben sollte, die Räterepublik möglichst schnell auszurufen. In Wirklichkeit wußte die Exekutive der Kommunistischen Internationale von Dr. Bettelheim, einem in der Bewegung vollkommen neuen Kerlchen, so viel wie Dr. Bettelheim von der Kommunistischen Internationale, d. h. nichts. Wir wissen nicht, ob Dr. Bettelheim sich selbst das Mandat zusammenphantasiert hat, um die unerfahrenen Wiener Genossen um so leichter zu Putsch treiben zu können, oder ob ihm irgend welche Propagandastelle der ungarischen Räterepublik diesen Bären aufgebunden hat, um ihm mehr Kourage zu seiner Messiasrolle zu geben. Tatsache aber ist, daß die „Moskauer Mandate“ Dr. Bettelheims ein Produkt der Phantasie eines jungen Genossen sind, der keine Ahnung vom Kommunismus hat, oder ein Schwindelmanöver eines Abenteurers. Niemals hat die Kommunistische Partei Rußlands weder vor der Gründung der Kommunistischen Internationale, noch nach ihr, irgend einem Genossen Mandate gegeben, in ein bestimmtes Land zu gehen und

dort zu bestimmter Zeit die Räterepublik auszurufen.“ Wenn russische Genossen, die lange in bestimmten Ländern gearbeitet haben, oder Genossen aus diesen Ländern, die als Kriegsgefangene in Rußland lebten, von Rußland weggingen, um in Oesterreich, Deutschland, Frankreich oder in irgend einem anderen Lande zu wirken, so half die Kommunistische Partei Rußlands ihnen materiell — die Hilfe war gewöhnlich sehr bescheiden — ebenso half sie sozialistischen Gruppen und Parteien des Auslands, die sich an sie wandten. Die einzige selbstverständliche Gegenleistung bestand in der Verbreitung der Lehren des Kommunismus und der Nachrichten über die proletarische Revolution. Niemand bildete sich die Kommunistische Partei Rußlands und dann die in ihren Händen liegende Exekutive der Kommunistischen Internationale ein, sie könne von Moskau aus die konkrete Politik der kommunistischen Parteien im Auslande, das Tempo der ausländischen Bewegung bestimmen. Wie der Schreiber dieser Zeilen, der doch die Auslandspropaganda der Bolschewiki bis zum Dezember 1918 leitete, in seinem im Februar 1919 geschriebenen und im November 1919 aus Anlaß der Parlamentarismusdebatten von der „Kommunistischen Rätekorrespondenz“ veröffentlichten Briefe mitteilt, hat er in seiner Rücksprache mit den im Oktober 1918 illegal nach Oesterreich-Ungarn reisenden deutschen, ungarischen, tschechischen und südslawischen Kommunisten im Namen der Kommunistischen Partei Rußlands direkt gewarnt, die Resultate der russischen Revolution in dem Anfangsstadium der österreichisch-ungarischen Revolution zu kopieren zu suchen. Selbst die Stellungnahme zur Nationalversammlung riet er an Ort und Stelle zu entscheiden, je nach dem Grade der Gegensätze und der schon erreichten Stufe der Bewegung.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale, die in den Händen so vorsichtiger Taktiker wie Sinowjew und Worowski liegt, gebildeter Marxisten, die wie Worowski 25, Sinowjew 17 Jahre in der Bewegung stehen, führt selbstverständlich keine andere Politik. Die Kommunistische Partei Rußlands weiß, daß die russische Revolution nur dann endgültig siegen kann, wenn die Weltrevolution siegt. Aber die Weltrevolution kann sich nur entwickeln als Bewegung, die vom Proletariat jedes Landes, nicht von „Emissären“ gemacht wird. Setzt sich die proletarische Revolution in den anderen Ländern in absehbarer Zeit nicht soweit durch, um den Ententeimperialismus zu lähmen, so droht der russischen Sowjetrepublik das Geschick, daß sie verblutet; denn der Abwehrkrieg gegen die Entente lähmt alle auf die wirtschaftliche Reorganisation gerichteten Kräfte. Diesem Geschick ist Räteungarn mit seiner schmalen Basis erlegen. Aber das Bewußtsein dieser Gefahr darf nicht die Erkenntnis aus der Welt schaffen, daß den bedrohten Räterepublikern nur durch die Entwicklung der proletarischen Revolution, nicht durch die künstliche Erzeugung von Putschen geholfen wird, die nur zur Schwächung der Bewegung in anderen Ländern führen, also auch Sowjetrußland und jedes andere revolutionäre Zentrum schädigen, ganz abgesehen davon, daß sie die Idee

des Kommunismus überhaupt kompromittieren. Würde in Deutsch-Oesterreich das Proletariat in seiner Mehrheit die Idee der Räterediktatur aufgenommen und durchgesetzt haben, so würde das die ungarische Räterepublik gestärkt haben. Würde aber die Kommunistische Partei Deutsch-Oesterreichs durch einen Putsch die „Macht“ an sich gerissen haben, — was bei der Schwäche der deutsch-österreichischen Regierung möglich war — ohne die Mehrheit des Proletariats hinter sich zu haben, so würde dieser „Sieg“ die ungarische Räterepublik nur geschwächt haben. Die deutsch-österreichische Bettelheim-Räterepublik wäre doch gar keine Räterepublik gewesen. Die Räte waren doch gegen ihre Ausrufung. Die Gewerkschaften waren gegen sie, auf wen würde sie sich haben stützen können? Auf geworbene Rote Garden, die genötigt gewesen wären, Gewalt gegen die Mehrheit der Arbeiterklasse auszuüben. Woher hätte sie den Ueberschuß an Kräften genommen, um der ungarischen Bruderrepublik zu helfen? Diese einfache Ueberlegung hätte den Bettelheims den Wahnsinn der putschistischen Taktik zeigen müssen, wenn sie von der Räterepublik mehr als den Namen gekannt hätten. Aber das ist eben die Sache, der Messias des Budapester Propagandabüros hatte nicht eine blasse Ahnung vom Kommunismus. Das beweist jedes Wort seiner Anklage gegen die deutsch-österreichische kommunistische Partei.

4. Der Putsch vom 15. Juni.

Was berichtet Bettelheim über die Stärke der kommunistischen Partei Mitte Mai, als er mit seinem phantastischen Mandat in der Tasche in Wien eintraf? „Die Parteileitung konnte dem delegierten Genossen nicht eine einzige nennenswerte Tat (wir werden sehen, was der gute Mann „Tat“ nennt) und nicht einen nennenswerten Erfolg namhaft machen. Sie konnte keine Zusammenstellung der Betriebe aufweisen, nicht die Zahl der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Genossen angeben und konnte nicht die in den Betrieben beschäftigten Vertrauensmänner ausfindig machen. Es gab keine organisierten Agitatoren und keine regelmäßigen Beiträge. Die riesige Menge der Arbeitslosen war ohne jede Organisation. Die Verbindung mit dem flachen Lande war vollständig vernachlässigt.“ Wenn die Lage so war, so war der einzig mögliche Schluß, den jeder nicht hirnverbrannte Mensch ziehen konnte, einfach: It is a long way to Tiperary. Es steht noch die ganze Arbeit bevor: es gilt, die Partei zu organisieren, in die Betriebe einzudringen, die Betriebe zu organisieren und mit dem flachen Lande Verbindung zu schaffen, eine Agitation einzuleiten, jeden Anlaß, den die sozialpolitische Lage gibt, zu Aktionen auszunutzen, die die Arbeiterklasse mobilisieren, organisieren und allmählich auf das Kampffeld führen. Aber ein Messias fährt keinen Dung, bearbeitet kein Feld, gräbt nicht Brunnen. Er hat eine Wunderrute und zaubert. Dr. Bettelheim, der ein falscher Messias war, konnte aber nur falschen Zauber treiben. Statt die Partei zu organisieren, desorganisiert er sie, dadurch, daß er die

Parteilung sprengt und ein „Direktorium“ einsetzt. Und da er, wie jeder Wundertäter, ernten will, ohne gesät zu haben, so beschließt er am 15. Juni, also einen Monat nach Beginn seines segensreichen Aufenthalts in Wien, das Proletariat vom kapitalistischen Joch zu befreien und die Räterepublik auszurufen.“ Billiger konnte er es nicht machen, denn „unter Aktion verstehe ich die Ausrufung der Räterepublik“, schreibt er wörtlich in seinem unübertrefflichen Elaborat. Wie konnte das Wunder geschehen? Einstweilen hat Dr. Bettelheim nur eins zustande gebracht: Joseph Straßer, den geistig zuverlässigsten österreichischen Kommunisten, aus der Parteilung herausgedrängt und das „Direktorium“ ernannt. Das genügte. „Von Woche zu Woche ging es vorwärts. In den Betrieben war die Organisation wahrzunehmen. In den Kasernen waren starke Bewegungen, die Arbeitslosen, die Mobilisierten, die Invaliden demonstrierten. Die Kraft der Proletarierrevolution zeigte sich, wie durch einen Zauber hervorgerufen, in Wien und auf dem Lande in einem solchen Maße, daß man für den 15. Juni mit der Ausrufung der Räterepublik rechnen konnte.“ Wie groß die Kraft der „Proletarierrevolution“ war, werden wir bald sehen. Das Wunder, daß Dr. Bettelheim den Termin der Revolution voraussehen konnte, ist leicht erklärlich. Schreibt er doch weiter, daß sie auf diesen Tag festgesetzt war, ja es waren sogar „alle Details der geplanten Revolution“ festgesetzt. Kurz gesagt, am 15. Juni sollte ein ordinärer Putsch stattfinden. Somit ist auch der Zauber, dank dem die Organisationen „wahrnehmbar“ wurden wie Zeichen am Himmel, sowie die starken Bewegungen vor dem Datum der „Aktion“ jeder Hexerei bar. Dr. Bettelheim ließ auf Wien eine Kohorte von Agitatoren los, die Tausendkrone-scheine nur so herumwarfen und den Putsch regelrecht organisierten. Es sollte am 15. losgehen, aber am 14. wurde das Direktorium verhaftet. (Bettelheim behauptet ohne jeden Beweis, daß es auf eigene Bitte verhaftet wurde).

Die zusammengetrommelten Arbeitslosen und Demobilisierten demonstrierten und suchten die Führer zu befreien. Es gibt Tote. Warum siegt die „Proletarierrevolution“ nicht? „Das Proletariat befreite seine Führer und forderte, daß die Führer nun tatsächlich die Revolution verwirklichen.“ Also die, „wie durch Zauber“ hervorgerufene „Proletarierrevolution“ erklärt den Führern: „Ihr habt mich gemacht, ihr sollt mich nun auch verwirklichen“. Die Proletarierrevolution muß durch Tomann und Koritschoner verwirklicht werden, anders geht es nicht. Die alte Einsicht, daß die Arbeiterklasse sich nur selbst befreien kann, wird von neugebackenen „Kommunisten“ in die Lehre verwandelt: das Proletariat kann nur durch seine Führer befreit und gerettet werden. Hier zeigt sich, wie nahe die Bettelheim ihren Antipoden, den Renner, verwandt sind, die Renner „retten“ das Proletariat dadurch, daß sie um Brot für die Hungrigen betteln, die Bettelheim retten es durch die „Ausrufung“ der Republik. Im ersten Fall sollen die Proletarier ruhig bleiben, im zweiten sollen sie Scheiben einschlagen, in beiden aber sind sie Statisten. Die Retter sind

die Führer. Aber — hier beginnt die Operette — die von Bettelheim zur Rettung des Proletariats bestimmten Führer versagten. „Die Führer versprachen, die Revolution zu verwirklichen, aber verstellten sich von neuem und getrauten sich nicht, vor der Masse zu erscheinen. Es fiel ihnen gar nicht ein, das Proletariat zu befreien.“ Wirklich abscheuliche Kerle, sie konnten das Proletariat befreien, und es fiel ihnen nicht ein. In Wien lebte aber am 15. der Dr. Bettelheim, der nach eigener Behauptung von der Internationale nach Wien gesandt worden war, um die Herrschaft des Proletariats in die Wege zu leiten. Weshalb führte er sein „Mandat“ nicht aus und befreite das Proletariat nicht? Daß er sich dies nicht getraute, wird niemand annehmen können, der sieht, was für Blödsinn sich der tapfere Mann alles getraut hat! Er hat sich wohl „von der Befreiung des Proletariats zurückgehalten“, aus Angst, die Wiener Revolution, die nicht wußte, daß er sie „durch Zauber“ hervorgerufen hat, könnte ihm sagen: „Entschuldigen Sie, Herr Bettelheim, Sie kennen wir nicht, von Ihnen können wir nicht befreit werden, das muß schon eigenhändig der Tomann oder der Koritschoner machen.“ Man könnte bei der Lektüre dieses „Berichts“ Tränen lachen, wenn die Geschichte nicht Tote gekostet hätte. Der arme Tropf Bettelheim hat zum Teil seine Sünde gebüßt, dadurch, daß er seinen unbezahlbaren Bericht geschrieben hat und so ungewollt den Kretinismus der Putschtaktik jedem gesund denkenden Arbeiter zeigt. Daß er aber selbst nach der Erfahrung vom 15. Juni diesen Kretinismus seines Vorgehens nicht erkannt hat, daß er neuraqikale Führer wählen ließ, von denen er behauptet, daß sie jedoch „am ersten Tage nach der Wahl vor der Revolution zurtickschreckten“, zeigt, daß wir es hier mit einem unheilbar kranken Rinaldo Rinaldino zu tun haben. Aber die kommunistischen Arbeiter sind nicht krank am Geiste, sie werden durch den Bericht Bettelheims mit tiefstem Mißtrauen zu dem faulen putschistischen Zauber erfüllt werden. Die Vorderreihen des deutsch-österreichischen Proletariats, die Kommunisten, haben in den Junitagen die Putschtaktik der Bettelheims durchkreuzt. Sie haben sich nicht in das Abenteuer der „Ausrufung“ der Räterepublik ohne Räte gestürzt. Ihre Aufgabe besteht jetzt darin, nicht nur die Schädlichkeit der Putschtaktik restlos verstehen zu lernen, sondern die Putsch Tendenz praktisch zu überwinden.

5. Der Weg des Kommunismus und der sozial-demokratische Kampf.

Es ist aber klar, daß Krisen einer Bewegung nicht durch historische Untersuchungen überwunden werden, wie fruchtbar diese sonst sein mögen, sondern durch proletarische Aktion. Natürlich handelt es sich nicht um Bettelheim'sche „Ausrufungen“, sondern im Gegenteil, um emsige organisatorische Arbeit und Aufbau entsprechender Organisationen und um täglichen Massenkampf gegen die wachsende Not, um die vergeudete schlafende Kraft des deutsch-österreichischen Proletariats zu entfalten, bis der Tag kommt, wo die Ausrufung der Räterepublik kein Putsch, sondern

nur das Aussprechen dessen sein wird, was die Wirklichkeit, das Leben geboren hat. Der brave Adler, der im Vogelbauer von Renner zappelt, weiß sehr gut, weshalb er heute gegen den „Sumpf“ der kommunistischen Partei loszieht. Er steht nach einem Jahr der Revolution vor den Scherben seiner Politik, die doch nicht die seine, sondern die seiner Freunde war, aber für die er doch mit verantwortlich ist. Die Demokratie, d. h. „Volksherrschaft“, hat sich entpuppt als restlose Herrschaft des Ententekapitals. Die gesetzliche „Sozialisierung“ hat geendet mit dem Aufkauf der Alpinen Montangesellschaft durch das italienische Kapital, worauf Herr Bauer den Staub des Sozialisierungsamtes von seinen Pantoffeln schüttelt, die in das Archiv der Zweiten Internationale wandern, wo sie unter der Aufschrift hängen werden: „Die demokratische Sozialisierung des deutsch-österreichischen Volksreichtums in den Besitz der Entente“. Den Arbeiterräten, in deren Namen Fritz Adler der Nationalversammlung stolze Warnungen zugehen ließ, über deren Bedeutung Max Adler Heldenlieder sang, wird ein schmerzloser Tod bereitet. Und woher alles das? Die große Not, die die Herren als unabweisliche Folge der Rätediktatur prophezeiten, die sie durch Koalition der Bourgeoisie vermeiden wollten, sie ist da, als Resultat ihrer feigen Flucht vor jedem Kampfe. Aber die Arbeitermasse kann nicht flüchten. Sie ist da, sie leidet Hunger und Kälte, und sie wird fragen: „Soll ich sterben ohne Kampf?“ Sie wird unseren Weg marschieren. Das weiß der gefangene Adler, und da er angeschossen ist und aus seinem Sumpfe nicht heraus kann, so zieht er über den kommunistischen Sumpf los. Nun, die kommunistische Partei hat nichts zu verhüllen und wird nichts verhüllen. Sie konnte politisch irren, weil sie jung ist und ihren Weg suchen muß. Es konnte sie auf ihrem Irrweg der Kot bespritzen. Sie wird ihn jedoch abwaschen, aber ihr gehört die Zukunft, weil sie den Weg des historischen Kampfes zeigt, und weil sie ihn gehen wird. Der Sumpf ist das stehende Wasser. Wir aber werden vorwärts gehen mit dem stürmischen Strom der proletarischen Revolution. Dr. Adler hat seine Gasbombe geworfen. Es riecht nicht gut, und mancher wird niesen. Wir werden schnell über diese Gestankwolke zur Attacke schreiten an der Spitze der Massen. Bei Philippi sehen wir uns wieder.

K. Badek.





... Sie (die Kommunisten) haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen.

Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.

Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, anderseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus. . . .

Das Kommunistische Manifest. (II.)



Die Nationalitätenfrage und das finnische Proletariat.

Wie sonderbar es auch klingen mag, aber die Nationalitätenfrage erweckte in der alten Sozialdemokratie ein mehr oder minder begrenztes Interesse. Die Frage der Reichssprache, der Kampf der sich verstärkenden Klasse der finnischen Bourgeoisie und der Agrarier für die Rechte ihrer Sprache gegen den an der Macht stehenden schwedischen Adel, die Großbourgeoisie und das Beamtentum näherte sich bereits seinem Ende, als vor etwa 25 Jahren die Arbeiterbewegung den Charakter eines bewußten Klassenkampfes annahm. Die finnische Sprache wurde gesetzlich als Reichssprache neben der schwedischen anerkannt, obgleich noch lange nicht in gebührendem Maße. In der Arbeiterbewegung waren die Beziehungen zwischen den finnischen und schwedischen Arbeitern, wo es solche gab (wie in Helsingfors, Abo, Wasa), äußerst friedlich, obgleich auch gewisse Reibungen beobachtet werden konnten, die sich dadurch erklären lassen, daß die schwedisch sprechenden Arbeiter zum Teil eine privilegierte Stellung einnahmen, die sie in die Reihen des Kleinbürgertums trieb (es gab unter ihnen viele Büroangestellte, Eisenbahner und Straßenbahnpersonal).

Die Reform der Volksvertretung im Jahre 1906 gab den Schweden im Landtag einen ihrer Zahl völlig entsprechenden Platz ($\frac{1}{3}$ der Gesamtzahl der Deputierten), während sie bei der früheren Art der Abstimmung nach den Ständen über die Mehrheit in zwei Ständen verfügten (unter dem Adel und dem Bürgertum) als Gegensatz zu den beiden anderen (Geistlichkeit und Bauernschaft), wo die Finnen in der Mehrheit waren. Allein die ökonomische Macht der schwedischen Bourgeoisie und der schwedischen Grundherren war noch bedeutend genug; gegenwärtig kann sie mit der ökonomischen Macht der finnischen bürgerlichen Schichten verglichen werden. In der Universität, in der Mittel- und Elementarschule verteidigten die Schweden ihre Positionen mit großer Hartnäckigkeit.

Was die russische Sprache anbetrifft, so war sie in Finnland nur eine Sprache der Unterdrückter und Karrieremacher; sie wurde den Finnen durch Bobrikow mit Gewalt aufgedrängt und war nur den Offizieren, einigen Geschäftsleuten und übereifrigen Beamten („Vaterlandsverrättern“) sowie Sprachlehrern geläufig; alle anderen vergaßen sie aber bald nach dem Verlassen der Schule. Die russische Kultur ist den Finnen nur durch eine ziemlich reichhaltige Uebersetzungsliteratur bekannt. Die russischen Kaufleute und dergl. (in Helsingfors, Wiborg) lebten mit der örtlichen Bevölkerung im großen und ganzen auf gutem Fuß. Es gab in Finnland sehr wenig russische Arbeiter; sie hatten einige unbedeutende Organisationen,

die sich unter Pollzelaufsicht befanden und Beziehungen zu den finnischen Organisationen unterhielten. Die Truppen — sowohl Soldaten als Offiziere — lebten das isolierte Leben einer Okkupationsarmee. Eine geringe Anzahl Juden (in Helsingfors, Wiborg, Abo) war ganz rechtlos. Ihre „legale“ Lage als Händler mit alten Kleidern benutzten sie in der letzten Zeit, um eine Konfektionsindustrie zu schaffen, natürlich mit Schweißwerkstätten. Während des Krieges häuften sie bedeutende Reichtümer an und gingen zur Börsenspekulation über, was natürlich Neid unter den Konkurrenten erweckte. Die Versuche antisemitischer Agitation seitens der Altfinnen hatten jedoch keinen Erfolg. Die Arbeiter hatten in den Jahren 1905—1906 energisch für die Rechte der Juden gekämpft, doch die heranrückende Reaktion hatte die Frage ihrer Gleichberechtigung aufgeschoben.

Das Verhältnis zu Rußland war keine nationale Frage, und niemand hat es in Finnland von diesem Standpunkt aufgefaßt. Gegen die Bestrebungen des Zarismus, eine Staatsumwälzung zu vollziehen (durch Verletzung der konstitutionellen Sonderstellung Finnlands mittels der „Reichsgesetzgebung“ in den Ukasen von 1899 und 1910), verteidigte sich das ganze finnische Volk, und im Landtag hatten die „Separatisten“ keinen einzigen Gegner. Finnland weigerte sich, seine Vertreter in die Reichsduma zu senden. Vermutlich jedoch hatte die Großbourgeoisie gewisse Pläne, ein modus vivendi zu suchen und die Reichsgesetzgebung anzuerkennen, um für diesen Preis eine „eigene“, d. h. großbürgerliche Regierung zu bekommen, anstatt der Herrschaft der russischen und halb-russischen Offiziere. Diese Tendenz dauerte auch noch während des Krieges fort, unterstützt von Kriegslieferungen, obgleich ein Teil der Bourgeoisie und die Intellektuellen bereits eine deutsche Orientierung suchten und junge Leute nach Deutschland schickten, um das Militärwesen zu studieren (die Jägerbewegung).

Die Revolution stellte eine neue und sehr akute Frage nationalen Charakters an die Tagesordnung, — die Frage der russischen Truppen, die die bürgerliche Bevölkerung bisher vorwiegend nur auf sexuellem Gebiet beunruhigt hatten. Jetzt wurden diese Truppen zu einem bedeutenden sozialen Faktor. Die Ermordungen von Offizieren in Helsingfors ängstigten die finnische Bourgeoisie, die Teilnahme der Soldaten am Streik, ihr Auftreten sogar vor Gericht im Interesse des Proletariats erregte die Bourgeoisie sehr, und sie benutzte einige Exzesse, um unter dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft gegen die Russen zu agitieren.

Im Zusammenhang damit wurde die Organisation der finnischen „Brandwehr“ hintertrieben, die später offen „Schutzgarde“ genannt wurde, und während das Proletariat noch immer mit den Soldaten fraternisierte und immer „frechere“ Forderungen stellte, richtete die Schutzgarde ihre geneigte Aufmerksamkeit auch auf die Arbeiterbewegung. Besonders spitzte sich die Lage im Sommer 1917 zu, als die Rote Garde organisiert wurde, die von der sozialdemokratischen Partei als „Ordnungsgarde“ anerkannt wurde.

Eines der Probleme der russischen Revolution, die finnische Frage, wurde von Anfang an gestellt. Die provisorische Regierung (ohne Unterstützung Gutschkows und Godnews) stellte in Finnland den „status quo ante Bobrikow“ wieder her; sie übernahm als Erbe der Monarchenrechte des Zaren die Funktionen des Großfürsten von Finnland. Dieser Beschluß diente zum Anlaß eines neuen Konflikts. Die Aktivisten erklärten auf Grund der alten „Regierungsform“ von 1872, daß die Rechte der Dynastie nun auf den finnischen Landtag übergehen müßten. Die sozialdemokratische Mehrheit im Landtag führte jedoch, obgleich sie zu demselben Standpunkt neigte, eine äußerst vorsichtige opportunistische Politik. Die Partei stellte (im Juni 1917) prinzipiell die Forderung der völligen Unabhängigkeit Finnlands auf, war aber bereit, bis zum Friedensschluß das Recht Rußlands auf die Lösung militärischer Fragen und auf die Leitung der äußeren Politik des Landes anzuerkennen. Das Recht der Konstituierenden Versammlung, über das Geschick Finnlands zu entscheiden, wurde kategorisch bestritten. Von den russischen Parteien anerkannten nur die Bolschewiki das Recht Finnlands auf völlige Unabhängigkeit, und der erste Kongreß der Sowjets war gezwungen, für das Selbstbestimmungsrecht des finnischen Volkes einzutreten und sofortige Anerkennung aller Rechte des Landtags zu fordern (mit Ausnahme der Rechte auf Lösung von Fragen der Außenpolitik und Kriegsfragen). Auf Grund dieses Beschlusses proklamierte der finnische Landtag in den Julitagen 1917 trotz des Abratens der menschevistischen Deputation seine Rechte und wurde von Kerenski mit Waffengewalt aufgelöst. Hieraus können die ersten belehrenden Schlußfolgerungen gezogen werden: die Maske der „revolutionären Demokratie“ wurde den Handlangern des Imperialismus genommen; was die finnische Bourgeoisie anbetrifft, so wurde ihr Verrat an der Sache der Nation aufgedeckt, die von den Arbeitern, wenn auch als Mehrheit im Parlament, vertreten wurde. Die finnische Bourgeoisie hatte Kerenski „als Inhaber der höchsten Staatsmacht in Finnland“ anerkannt. Das hinderte aber nicht dieselbe Bourgeoisie, die während der Wahlen in den Landtag die Mehrheit erhielt, nach der Oktoberrevolution sich zu weigern, den Volkskommissarenrat als Träger dieser „höchsten Staatsmacht“ anzuerkennen; anstatt dessen proklamierte die Regierung Svinhufvuds mit Zustimmung des Landtags die Unabhängigkeit Finnlands. Die Sozialdemokraten erwirkten (im Januar 1918) die Anerkennung der proklamierten Unabhängigkeit seitens der Sowjetmacht. Die Arbeitermassen verhielten sich jedoch zu dieser Frage ziemlich gleichgültig; ihr Interesse war auf die Verpflegungsfrage und die Rüstung der freiwilligen Schutzgarde (die sogenannten „Schlächter“) konzentriert. Durch ihre unentschlossene Taktik während des Novemberausstandes verloren die Führer der sozialdemokratischen Partei in bedeutendem Maße ihre Autorität*).

*)Siehe O. W. Kuusinen: „Die Revolution in Finnland, Eine Selbstkritik“ und „Offener Brief an Gen. Lenin von den finnischen Kommunisten im September 1918“.

Damals fühlte die finnische Bourgeoisie sich ziemlich stark. Sie setzte ihre Hoffnungen auf den deutschen Imperialismus und die Waffengewalt der freiwilligen Schutzgarde. Die Bourgeoisie nährte auf jegliche Art und Weise den nationalen Haß der reaktionären Bauern gegen die Russen, der gesteigert wurde durch Vorbereitungsarbeiten zum Kriege und die Verpflegungspolitik. Die Regierung sandte ein Ultimatum betreffs der Abberufung der russischen Truppen aus Finnland, über deren Betragen heimlich Klagen ins Ausland geschickt wurden. Einige Exzesse der Roten Garde ausnutzend, verstand die Bourgeoisie den linken Flügel der aus Bauern bestehenden Agrarpartei von der Bildung eines Regierungsblocks mit dem rechten Flügel der Sozialdemokratie zurückzuhalten, deren Vertreter im Landtag so naiv waren, daß sie hofften, durch einen solchen Block die scharfe Krise zu mildern. Die sozialdemokratische Partei erklärte freilich bereits im November, daß sie nicht die Evakuierung der russischen Truppen fordere, und der Schreiber dieser Zeilen rief unter der Bourgeoisie Aufregung hervor durch seine Erklärung im Landtag, daß die russischen Truppen in Finnland den Weg nach Petrograd gegen den deutschen Imperialismus verteidigen; die rechtsstehenden Elemente der Partei billigten aber diesen Standpunkt nicht. In den sozialdemokratischen Blättern konnte man Erklärungen finden, die vor „fremdländischer“ Hilfe warnten, wobei in dieser Frage sogar die Bemerkung Karl Liebknechts, daß die Arbeiter jedes Landes selbst mit ihrer Bourgeoisie aufräumen müßten, sophistisch angewandt wurde.

Dieser Standpunkt konnte jedoch nicht vor den Arbeitermassen entwickelt werden, denn das Proletariat hoffte auf die russischen Truppen als besten Schutz gegen die weißen Gardien (ein eigenes Heer gab es im Lande seit 1902 nicht mehr). Später hatten wir in dieser Beziehung eine gewisse Enttäuschung zu erleben, denn ein bedeutender Teil des alten Heeres erwies sich während des Bürgerkrieges als demoralisiert. Die Truppen, die sich im Norden Finnlands befanden, wurden Ende Januar von den Weißen überrumpelt; im Süden Finnlands demobilisierten sich die meisten selbst — es war in der Periode des Brester Friedens — und ein Teil blieb neutral (während ihre Offiziere den Weißen bedeutende Dienste leisteten). Die Unkenntnis der russischen Sprache brachte uns großen Schaden.

Es gab jedoch Freiwillige, russische Revolutionäre, die brüderlich Schulter an Schulter mit der Roten Garde kämpften, und auch die Hilfe der Fachleute — Offiziere, Artilleristen, Maschinengewehrinstruktoren und Aerzte — war bedeutend. Die finnischen Aerzte weigerten sich, die Roten zu behandeln, und die Weißen schossen sogar die Sanitären nieder. Besonders wichtig waren für uns die Vorräte an Waffen und Munition, die wir von unseren russischen Genossen erhielten. Die mit Blut besiegelte Verbrüderung der finnischen und russischen Proletarier war eine der schönsten Lehren dieses Kampfes; zwischen den Klassen in Finnland wurde

aber durch das vergossene Blut eine immer schärfere Grenze gezogen. Auch die Illusion des „nationalen Volksstaats“ wurde zerstört.

Der Bürgerkrieg befreite das finnische Proletariat auch von anderen Illusionen, in erster Reihe von der Illusion der „nationalen Unabhängigkeit“. Um die Notwendigkeit des Vasallentums von Deutschland zu beweisen, beeilten sich die Federfuchser der Großbourgeoisie sogleich, die Unmöglichkeit, die Unabhängigkeit der kleinen Völker zu wahren, zu beweisen. Die Bourgeoisie warf ihre Maske ab und zeigte ihren absolut reaktionären Sinn in ungeschminkter Gestalt: alles Liebäugeln mit der Demokratie hörte auf, und die Raubtiernatur der Bourgeoisie fand ihren Ausdruck in dem weißen Terror; nach dem Staatsstreich wurde ein Kandidat für den Königsthron aufgestellt, und viele Reformen wurden abgeändert. Der „progressive Sinn“ des Professors Stahlberg, der energisch für die monarchistische „Republik“ eintrat, war nur eine geschickte Ausdrucksform der bürgerlichen Interessen. Dieser Standpunkt, der auch unter den Anhängern der Entente einige Sympathie erweckte, schien äußerst geeignet, als man mit dem Kaiser Pech hatte. Das Proletariat hatte eine neue Lehre zu beherzigen: die Bourgeoisie war ohne Bedenken bereit, das Land dem Ententeimperialismus zu verkaufen in Austausch für Getreide, Waffen und Milliardenanleihen, um sich nur Erfolg im Kampf gegen die Revolution zu sichern.

Der Bürgerkrieg von 1918 stellte wieder eine ganze Reihe nationaler Probleme auf die Tagesordnung. Die schwedische Aristokratie meinte, daß ihre Stunde gekommen sei, da sie für die weiße Garde eine verhältnismäßig große Anzahl von Offizieren geliefert hatte. Sie beeilte sich, die besten Plätze im Heer, in der Administration und im Diplomatenkorps zu erobern, und erwartete mit Ungeduld die Ankunft des aus Deutschland bestellten Königs und dessen Gefolge. Dagegen trat die Kleinbürger- und Bauerndemokratie auf, doch natürlich ohne besonderen Erfolg. Mit Hilfe der Sozialdemokraten aus den Reihen der weißen Sozialdemokratie und der demokratischen Bauernschaft schufen die „Progressisten“ (Liberalen) im Sommer 1919 eine monarchistische Republik, führten eine neue Konstitution durch und erwählten Prof. Stahlberg zum Präsidenten an Stelle des Generals Mannerheim. Auch der antirussische Nationalismus spielte dabei keine geringe Rolle. Die Mittelklassen, die der Agitation für die Vertreibung der Russen Gehör geschenkt hatten, bemerkten bald, daß sie es nun anstatt mit den Bolschewiki, — die dennoch die Unabhängigkeit des Landes anerkannten! — mit den grimmigsten Finnophoben zu tun hatten, mit Ultrareaktionären, die entschiedene Gegner der Unabhängigkeit Finnlands waren. Für den kleinbürgerlichen Verstand war dieser dialektische Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft völlig unverständlich. Und sogar in den bürgerlichen Blättern konnte man entrüstete Proteste dagegen lesen, daß die russische „Gesellschaft“ nicht nur an dem Restaurant- und Theaterleben von Helsingfors teilnimmt, sondern sogar den Ton angibt.

Die finnischen Patrioten, die auf Grund billiger Phrasen der russischen

Emigranten in Finnland meinten, daß, wenn nicht die „schwarzen“, so doch die weißen Russen die Unabhängigkeit Finnlands anerkennen, erfuhren letzters aus dem Munde Miljukows und Kerenskis in Paris, daß „keine russische Regierung“ diese Unabhängigkeit anerkennen könne. Die „nordwestliche Regierung“, die sich auf einen Wink aus London einverstanden erklärt hatte, die Unabhängigkeit Finnlands anzuerkennen, begibt sich nun nach Paris zu Herrn Ssasonow und Konsorten. Und selbst von der Goltz, der „Befreier“ Finnlands, spielte die Hauptrolle in solchen Unternehmungen in Ostpreußen, die Finnland durch die Hand der russisch-deutschen Reaktion zu erwürgen drohten.

Ein besonderes Kapitel in der neuesten politischen Geschichte Finnlands bildet die Alandfrage. Die Bevölkerung der Inseln, die schwedischer Zunge ist, besteht aus Fischern, kleinen Schiffern und Bauern. Ihr Absatzmarkt ist Stockholm, ihr Patriotismus ist rein provinziell („nicht Schweden und nicht Finnen“). Dort lebt nur eine unbedeutende Anzahl finnischer Arbeiter (Emigranten). Während des Bürgerkrieges wendeten sich die Bourgeoisie und die Intellektuellen eiligst um Hilfe nach Schweden, das aus „humanitären Motiven“ seine Truppen auf die Inseln sandte. Die letzteren walteten dort bis zur Ankunft der Deutschen. Später trugen die Schweden ihre Befestigungen ab.

Als Kompensation für den Beistand verkauften die Vertreter Alands das Land an Schweden und sammelten Unterschriften unter eine Adresse, in der die „Volksmeinung“ den Anschluß der Inseln an Schweden forderte. Schweden ist natürlich gern bereit, den Schlüssel zum Bottnischen Meerbusen in seine Hände zu bekommen, und bittet darum in Paris. Finnland ist aber entschieden gegen einen derartigen „Separatismus“ und „Hochverrat“, die Blätter rüsten sich gegen Schweden und weisen darauf hin, daß es im nördlichen Schweden finnische „Irredenta“ gibt — reiche Erzgebiete, deren finnische Bevölkerung jedoch nicht den Anschluß an Finnland fordert.

Herr Branting, dieser Agent der Entente, ist natürlich entschieden für das „nationale Selbstbestimmungsrecht“ Alands, um das letztere in die Hände Schwedens zu bekommen. Doch der einzige diplomatische Sieg in der Reihe von Enttäuschungen besteht in dem von den finnischen Sozialdemokraten in Bern gegebenen Versprechen, durch ein Referendum nach Verlauf einiger (vielleicht 10) Jahre*) das Geschick Alands zu entscheiden. Gegenwärtig sucht das weiße Finnland diese Frage durch Autonomie für Aland zu lösen; die Schweden in Finnland (die sich gewisse Garantien ihrer Rechte ausbedungen haben) sind auch gegen die Loslösung Alands, da sie fürchten, daß dies zu einer Schwächung des schwedischen Elements in Finnland führt. Schließlich ist die Alandfrage noch immer nicht entschieden: jede Macht an der Ostsee sieht in diesen Inseln ihr Gibraltar,

*) Ende Dezember berichteten die Blätter, daß der Kongreß der sozialdemokratischen Partei dieses Versprechen annulliert und sich nur für die Autonomie Alands erklärt habe.

— Gen. Tschitscherin seinerseits hat erklärt, daß diese Frage ohne Rußland nicht entschieden werden könne.

Die wichtigste Nationalitätenfrage in Finnland ist die karelische Frage. Auf der Karte sehen wir, daß die historische Ostgrenze Finnlands durchaus nicht mit der „geographischen“ übereinstimmt. Von der Bevölkerung, die jenseits der Grenze lebt, sind die Lappländer zwischen Norwegen, Schweden, Finnland und Rußland verteilt, und es kann mit Recht gesagt werden, daß sie völlig eines politischen nationalen Gefühls bar sind. An der Murmanküste leben Russen, Norweger und Finnen. Die finnischen Karelen am Weißen Meer und in Olonien — an der Zahl über 100 000 — sind in vorgeschichtlichen Verhältnissen lebende Bauern. Hier entstand das finnische Nationalepos Kalevala. Sie sind orthodox und sprechen eine finnische Mundart. Sie haben zum Teil eine russische Bildung, obgleich sich dort in den letzten Jahren eine national-finnische Propaganda geltend macht. Die politische Vereinigung dieser Gebiete mit Finnland war früher ein politischer Traum der Finnen. Während des Weltkrieges richteten sich jedoch die Blicke Deutschlands auf dieses Gebiet. Es entstand eine umfassende Literatur über die Frage betreffs „Großfinnland“ als einem deutschen Vasallenstaat mit einer Grenze längs der Swir und Onega, dem Weißen Meer, die Halbinsel Kola mitgenommen.

Für Deutschland war dieser Plan sehr verlockend; zur Ausbeutung der Wälder, der Wasserfälle und der Bevölkerung Finnlands kam die Aussicht, einige Häfen des Eismeeres auszunutzen und einen Keil zwischen England und Rußland zu treiben. Als Mittel zum Erreichen dieses Zieles konnte der finnische Chauvinismus mit der Spekulation in Holz für die Bourgeoisie dienen. Hier kann übrigens erwähnt werden, daß Deutschland während der Unterhandlungen Protopopows über einen Separatfrieden bereit war, jeder Einmischung in die finnische Frage zu entsagen.

Während des Bürgerkrieges gehörte die Eroberung Kareliens in das Programm Mannerheims, er war aber gezwungen, diesen Gedanken infolge der Warnungen Schwedens und Deutschlands aufzugeben, übrigens aber auch, weil das seine Kräfte überstieg. Zudem bedrohten ihn vom Murman aus zuerst die Roten und später die Engländer. Da sich die Sowjettruppen ergaben, blieb in Murman ein Teil der finnischen Roten sitzen, die die Angriffsversuche seitens der weißen Truppen zurückschlugen. Unter Beistand der Engländer gründeten sie hier eine „Finnische Legion“, es gelang den Engländern aber nicht, diese gegen Sowjetrußland zu führen. Dann lieferte England die Legionäre dem weißen Finnland aus, wo man ihnen bedingungsweise Amnestie erteilte. Diese Amnestie erstreckte sich nicht auf alle; so wurde z. B. O. Tokoi, ein Anhänger der Entente, der aus Rußland hierher geflüchtet und von der Kommunistischen Partei Finnlands als Verräter erklärt war, nicht amnestiert.

Im Frühling 1919 war in dem Plan der Kriegsoperationen gegen Petrograd die Offensive der finnischen „Freiwilligen“ zur Unterstützung der Regierung in der Richtung von Olonetz mit einbegriffen. Sie wurde

zum Teil unter Beistand der in der Roten Armee befindlichen Finnen zurückgeschlagen. Auch jetzt ist es für jedermann in Finnland klar, daß weder die Entente, noch das „weiße“ Rußland Finnland jemals die Vereinigung dieser Gebiete versprochen haben. Im besten Fall kann Finnland hoffen, von den Imperialisten ein unbedeutendes Gebiet an der Petschenega zu erhalten, das ihm bereits 1864 von der Zarenregierung versprochen, doch erst kürzlich laut dem jetzt annullierten Vertrag vom 3. März 1918 zwischen dem roten Finnland und Sowjetrußland überlassen wurde*).

Von den finnischen nationalen Fragen bleibt uns noch übrig, die von Ingermanland zu erwähnen. Im Gouvernement Petrograd gibt es etwa 150 000 finnische Bauern, deren nationaler Kitt die lutherische Kirche und die konservative Schule gewesen sind. Nach 1905 wurde hier auch eine gewisse sozialistische Strömung beobachtet, vorwiegend eine menschevistische. Jetzt haben die Ingermanländer mehrere nationale Programme. Das Phantastischste, das den Anschluß dieses Gebiets an Finnland und die Vernichtung der „politischen Bedeutung“ Petrograds fordert, wird jetzt in Finnland für eine Seifenblase gehalten. Das Benehmen der Offiziere von Judenitsch den Ingermanländern gegenüber während der Frühlingsoffensive hat aber die nationalen Gefühle der „Weißen“ abgekühlt, wie ein Eimer kalten Wassers. Nichtsdestoweniger gibt es auch jetzt auf der karelischen Landenge jenseits der russischen Grenze ein ingermanländisches Partisanenlager, von wo aus für die Bauernbevölkerung der in der Umgegend gelegenen Dörfer äußerst lästige Ueberfälle unternommen wurden. Doch von Tag zu Tag wird es für die Ingermanländer Rußlands immer klarer, daß das Recht der nationalen Selbstbestimmung und der Autonomie in Fragen der Kultur, das ihnen Sowjetrußland anheimgestellt hat, ihnen die besten Entwicklungsbedingungen sichert, denen die Gegenrevolution nur bedrohlich werden kann. Erst unter der Sowjetordnung haben auch die anderen Ueberbleibsel der finnischen Stämme (aus der Biegung der Wolga und Twer) die Möglichkeit einer nationalen Kulturarbeit erhalten. Sie befanden sich natürlich außer dem Bereich der Träume der „Großfinnländer“.

Die Esten sind auch ein finnischer Stamm, und die Finnen überhäufen sie mit Liebenswürdigkeiten. Im vorigen Winter waren auch dort „weiße“ finnische Freiwillige, die durch ihr Hooliganwesen berühmt wurden. Wegen eines mit den Esten zu schließenden Bundes beobachtet die finnische Bourgeoisie jedoch äußerste Vorsicht; sie fürchtet, daß das „Konzert“ der Großmächte die Unabhängigkeit Finnlands anerkennen und Estland eine solche Anerkennung verweigern kann. Finnland hat ja bereits im vorigen

*) Anfang 1920 widersetzten sich die Karelen am Weißen Meer laut Zeitungsberichten mit Waffengewalt den Mobilisationsplänen der weißen „nördlichen Regierung“. Sie wählten sogar ein eigenes Verwaltungsorgan. — Im Februar besetzten die weißen Finnen Petschenga, was sogar in Norwegen Unruhe hervorrief, wo es auch finnische Irredenta gibt.

Sommer eine (bedingungsweise) Anerkennung seiner Unabhängigkeit erreicht, obgleich diese Unabhängigkeit noch keineswegs garantiert ist*).

Wie aus dem oben Angeführten ersichtlich ist, gibt es in Finnland eine ganze Reihe komplizierter nationaler Probleme, von denen die wichtigsten das Verhältnis zu Rußland berühren. Die Interessen der finnischen Bourgeoisie zwingen sie zum Kompromiß mit der russischen Bourgeoisie. Der objektive Inhalt der Politik Mannerheims ist die Unterstützung der russischen Gegenrevolution bei der Eroberung von Petrograd mit der unbedingten Folge, daß das „neue Rußland“ Finnland seine Bedingungen vorschreibt. Das heißt aber, daß die finnische Großbourgeoisie zu ihrem früheren Standpunkt zurückgekehrt ist — mutatis mutandis! In Finnland kann man das jedoch nicht offen äußern. Bezeichnend ist die Phrase des Präsidenten Stahlberg, daß die „Finnen eher untergehen, als zu dem elenden Zustand der Abhängigkeit von Rußland zurückkehren“. Die „Unterstützung der Stammesgenossen“ (Karelen, Ingermanländer) ist in einigen Kreisen noch genügend populär und wird natürlich von den Imperialisten ausgenutzt, ungeachtet der real-politischen Unerfüllbarkeit der Pläne betreffs Großfinnland in den gegenwärtigen Verhältnissen. Unter den Sozialpatrioten hatten die Pläne der Vereinigung Kareliens mit Finnland eifrige Anhänger, obgleich sie diese Pläne natürlich „auf friedlichem Wege“, durch „Demokratie“ und „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ verwirklichen wollen. Jedoch auch die weißen Sozialdemokraten haben die „Befreiungsexpeditionen“ als kapitalistische Raubzüge und politische Abenteuer gebrandmarkt, die unter den Sozialpatrioten Zweifel erwecken, da diese Abenteuer ihrer Politik hinderlich sind und revolutionäre Gärung hervorrufen. Die vorsichtige Politik der Regierung des Zentrums spiegelt aber die schwankende Stellung der zwischen Hammer und Amboß befindlichen kleinen Nationalitäten wieder.

Dem Proletariat hat der „Befreiungskrieg“ mit seinen Folgen die Augen über den durchaus reaktionären Geist der „nationalen“ Politik geöffnet. Die „Unabhängigkeit“ erweist sich als Fundament des Imperialismus. Und je mehr die heimlichen Pläne der Bourgeoisie, die sie mit ihren russischen Mitbrüdern gemeinsam ausgeheckt hat, an die Oberfläche treten, desto klarer wird dem Proletariat die Notwendigkeit eines engen Bündnisses mit dem russischen Proletariat. Es wird auch klar, daß das nur im Zeichen des revolutionären Kampfes möglich ist. Trotzdem die Verschiedenheit der Sprache diese gemeinsame Arbeit sehr erschwert, ist die Grundlage dazu bereits gelegt durch die Bildung der Kommunistischen Partei Finnlands. Durch ihre Bücherausgaben und Organisationen verbreitet unsere Partei unter den finnischen Proletariern die Grundbegriffe des Kommunismus. In der Roten Armee kämpfen finnische Genossen. Ihre Offizierskurse

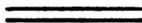
*) Die Konferenz der Randstaaten im Januar 1920 war ein Versuch, von den Imperialisten die Anerkennung und Unterstützung zum Schutz der Interessen der „Kleinen“ gegen die Großen, insbesondere gegen den Bolschewismus, zu erlangen.

in Petrograd begingen kürzlich den Jahrestag ihres Bestehens. In verschiedenen Sowjetinstitutionen arbeiten finnische kommunistische Arbeiter.

Unsere Partei hat noch kein besonderes Nationalitätenprogramm aufgestellt, doch in einer Resolution des Parteikongresses (September 1919) hat sie die Ueberzeugung geäußert, daß das „revolutionäre Proletariat Finnlands seine Pflicht erfüllen wird, dadurch, daß es die Pläne der Imperialisten, Finnland in einen Krieg gegen Rußland zu ziehen, zerstört und das Joch der Ausbeuter abwerfend, Sowjetfinnland in einen engen Bund mit Sowjetrußland und mit anderen entstehenden Sowjetrepubliken vereint“. Wir verstehen jetzt, daß die Beziehungen zwischen Finnland und Rußland unter der kapitalistischen Ordnung niemals zur Zufriedenheit geregelt werden können, daß beide Länder nur auf dem Boden der Sowjetordnung durch Bande gemeinsamer Arbeit fest vereint werden können. Es ist auch klar, daß die karelische und ingermanländische Fragen nur auf diesem Boden gelöst werden können. Das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung von Aland kann auch nicht verwirklicht werden, solange diese Inselgruppe ein Zankapfel zwischen den annexionistischen Staaten ist, d. h. bis die Ostsee nicht von friedlichen Ländern, in denen das werktätige Volk herrscht, begrenzt ist. Die Nationalitätenfrage in Finnland selbst, das durch die proletarische Revolution von allen Streitigkeiten der bürgerlichen Klassen befreit wird, kann dann auch friedlich und zu gegenseitiger Zufriedenheit der finnischen und schwedischen werktätigen Massen entschieden werden.

Die erschütternden blutigen Ereignisse in Finnland haben dem finnischen Proletariat die Augen geöffnet über die wahre Natur des Imperialismus. Gegenwärtig dauert in Finnland die fernere Beherzigung dieser Wahrheit fort, in engem Zusammenhang mit der Verbreitung der revolutionären Stimmung im Lande. Unter der Leitung der Kommunistischen Internationale und durch ihre Hilfe, sowie durch Beistand von Sowjetrußland wird das finnische Proletariat seine Nationalitätenprobleme im Zeichen der proletarischen Diktatur lösen.

Yrjö Sirola.



Japan und Sowjetrußland.

„Oriental Economist“ in Tokio, die einzige unabhängige und furchtlose Zeitschrift von bedeutendem Einfluß in Japan, hat über die bolschewistische Regierung Rußlands eine Reihe von Artikeln gebracht, die es wohl verdienen, auch unter den Sozialisten bekannt zu werden. Die Zeitschrift hat nie die Sowjetregierung angegriffen, im Gegenteil, sie hat wiederholt energische Versuche gemacht, die japanische Regierung zur Anerkennung der Sowjetregierung zu veranlassen. So brachte sie am 25. Juli einen Artikel unter dem Titel: „Anerkennt die bolschewistische Regierung! Vergeßt nicht, daß Rußland wieder aufgebaut werden soll!“ Am 15. August erschien ein Artikel, der betitelt war: „Die Truppen der Verbündeten verlassen Wladiwostok.“ In diesem Artikel wird die Politik Japans und der Vereinigten Staaten in Sibirien einer scharfen Kritik unterzogen, und das Blatt fragt: „Wer sind die Russen, die mit Freuden die Hilfe der Verbündeten annehmen?“ Am 15. September finden wir einen Artikel unter dem Titel: „Sendet unsere Truppen aus Sibirien heim!“ Die Zeitschrift hat immer die Intervention Japans in Sibirien mißbilligt und stets für die Anerkennung der Regierung Lenins gekämpft. Es könnte unsere Leser interessieren, was das Blatt am 5. April unter folgender Uberschrift schrieb: „Die Verluste der japanischen Armee in Sibirien. Beim Angriff gegen die Bolschewiki wurden 301 Soldaten getötet, 158 verwundet. Ein Bataillon wurde völlig zersprengt.“

„Unter den Japanern entwickelt sich jetzt eine kräftige und scharfe Protestbewegung gegen die Intervention. Die japanischen Soldaten kommen zu Hunderten in den sibirischen Gefilden um. Unsere sibirische Politik ist durchaus mißglückt. Wir müssen um jeden Preis unsere Truppen abberufen. Zuerst beabsichtigten wir, den Tschecho-Slowaken zu helfen. Als diese Aufgabe erfüllt war, änderte sich unsere Politik und setzte sich ein neues Ziel: den Sturz der russischen Bolschewiki. Wir wagen zu behaupten, daß das ein Eingriff in die innere Politik Rußlands ist. Der Minister des Aeußeren Uchida sagte im Parlament, daß „die erste Aufgabe unserer Truppen gelöst sei; doch wir könnten unsere Armee nicht abberufen. Sie müßte die Ordnung in den okkupierten Gebieten wiederherstellen.“ Was meint man mit der Wiederherstellung der Ordnung und des Friedens? Uchida sagte: „Unsere Politik ist durchaus keine Einmischung in die innere Politik Rußlands, doch zur Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung ist es notwendig, die Bolschewiki fortzujagen.“ Welche Gebiete sind wohl von unseren Truppen besetzt? Der Kriegsminister antwortete: „Unsere Truppen erhalten die Ordnung aufrecht und bewachen

eine Front von 4000 englischen Meilen, und längs dieser Linie und in den daran grenzenden Gegenden werden unsere Truppen auch fernerhin die Ordnung aufrecht erhalten. Unsere Aufgabe ist, Rußland wieder aufzurichten durch die Unterstützung der Regierung in Omsk, deren Anhänger wir mäßig nennen, und deren Unterstützung gleichbedeutend ist mit der Aufrechterhaltung der Ordnung im gegenwärtigen Augenblick. Daher wird jeder unserer Armee geleistete Widerstand niedergeschlagen.“

Unsere sibirische Politik erweist sich also als eine Unterstützung der Omsker Regierung durch unsere Armee. Wer für diese Regierung ist, wird mäßig genannt, und wer gegen dieselbe ist, ist Bolschewik, und in dem Verjagen der Bolschewiki besteht die Wiederherstellung der Ordnung und des Rechts. Trotzdem behauptet der Minister des Aeußeren, daß wir uns nicht in die innere Politik Rußlands mischen. Unsere Armee ist jedoch zu einer bewaffneten Intervention in die inneren Angelegenheiten Rußlands geschritten, und der Kampf wird an einer 4000 Meilen langen Front geführt.

Auf diesem Gebiet wird keinerlei innere russische Politik zugelassen. Hier gibt es keinen Russen, der uns nicht als seine Feinde ansieht und uns gegenüber seinen Unwillen äußert. Ist denn das keine Einmischung in Rußlands innere Politik? In allen Landen und zu allen Zeiten gab es immer unzufriedene Menschen. Die sogenannten Mäßigen, von denen unser Kriegsminister spricht, sind nichts anderes als unzufriedene Menschen, denn die Mehrzahl der Bevölkerung Rußlands besteht aus Bolschewiki. Je länger unsere Armee in Sibirien bleibt, desto feindlicher werden die Russen uns gegenüber. Es ist das beste, unsere Armee so bald als möglich aus Sibiren abzurufen! Sobald wir aber unsere Armee abzurufen, wird die Regierung in Omsk von den Bolschewiki gestürzt. Unsere Soldaten kommen während der Intervention zwecklos gleich Hunden um, und die Kriegskosten sind fortgeschmissenes Geld. Wir beklagen tief die Verluste, die wir durch unsere mißlungene Politik erlitten haben. Doch wenn wir nun unsere Armee abzurufen und sie vor wahnsinnigen Opfern retten, kann der feindlichen Haltung Rußlands uns gegenüber ein Ende gemacht werden. Das ist die Ansicht der besten Elemente des japanischen Volkes.“

Das ist der Inhalt des oben erwähnten Artikels.

Die sibirische Politik der japanischen Regierung wird von den Verbündeten, Amerika einbegriffen, unterstützt. Das ist die schlimmste Gewaltpolitik. Für die Herren Verbündeten besteht das russische Volk ausschließlich aus der Bourgeoisie, die die Bolschewiki bekämpft und versucht, Rußland an die ausländischen Kapitalisten zu verschachern. Ein chinesisches Sprichwort sagt: „Der Mund des Volkes schmilzt Metall“. Das deutet hin auf die Macht der öffentlichen Meinung, aber als Gegenstück kann man ein anderes Sprichwort zitieren, das lautet: „Vertrauen siegt schließlich“. Alle möglichen Lügen, Fälschungen und Wahnvorstellungen wurden in den letzten achtzehn Monaten über die Sowjetrepublik und deren Politik erfunden und unter den Völkern der ganzen Welt verbreitet, um die Mensch-

heit zu narren und irrezuführen. Diese Lügen, die von den Kapitalisten und deren Dienern, den Redakteuren der Tageblätter, diesen wahrheitsliebenden Christen und gottesfürchtigen Männern, geschickt erdichtet waren, können die Menschen für einige Zeit irreleiten, das ist aber gleich einem auf Sand erbauten Hause oder einer Sturmwolke vor der Sonne. Sie schwinden bald vor der Wahrheit.

Trotz aller Lügen wird die Wahrheit über Rußland und dessen Sowjetrepublik den Herzen und Seelen der ganzen Menschheit bekannt werden. Wir wissen, daß alle schönen Phrasen über die Ziele und hohen Ideale des gegenwärtigen Weltkrieges und einem auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker basierenden Frieden nichts anderes als leere Worte sind. Die kapitalistischen Regierungen und deren Diplomaten können keinen wahrhaften Weltfrieden schließen. Das wissen wir. Der einzige wahre Friede, der zustande kommen kann, ist ein solcher, wie ihn die Bolschewiki in Person von Lenin und Trotzki bei der Bildung der Sowjetregierung vorgeschlagen haben. Das ist wenigstens die einstimmige Meinung der meisten Völker der Welt, und es freut mich sagen zu können, daß auch die japanischen Sozialisten fest davon überzeugt sind. Sie wissen alle gar wohl, was das russische Volk ist, und sie sind bereit, ihm mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln beizustehen.

Sen Katajama.





In der modernen Geschichte wenigstens ist also bewiesen, daß alle politischen Kämpfe Klassenkämpfe, und alle Emanzipationskämpfe von Klassen, trotz ihrer notwendig politischen Form — denn jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf — sich schließlich um ökonomische Emanzipation drehen. Hier wenigstens ist aber der Staat, die politische Ordnung, das untergeordnete; die bürgerliche Gesellschaft, das Reich der ökonomischen Beziehungen, das entscheidende Element. Die althergebrachte Anschauung, der auch Hegel huldigt, sah im Staat das bestimmende; in der bürgerlichen Gesellschaft das durch ihn bestimmte Element. Der Schein entspricht dem. Wie beim einzelnen Menschen alle Triebkräfte seiner Handlungen durch seinen Kopf hindurchgehen, sich in Beweggründe seines Willens verwandeln müssen, um ihn zum Handeln zu bringen, so müssen auch alle Bedürfnisse der bürgerlichen Gesellschaft — gleichviel, welche Klasse gerade herrscht — durch den Staatswillen hindurchgehen, um allgemeine Geltung in Form von Gesetzen zu erhalten. Das ist die formelle Seite der Sache, die sich von selbst versteht; es fragt sich nur, welchen Inhalt dieser nur formelle Wille — des Einzelnen wie des Staats — hat, und woher dieser Inhalt kommt, warum gerade dies und nichts andres gewollt wird. Und wenn wir hier nachfragen, so finden wir, daß in der modernen Geschichte der Staatswille im Ganzen und Großen bestimmt wird durch die wechselnden Bedürfnisse der bürgerlichen Gesellschaft, durch die Uebermacht dieser oder jener Klasse, in letzter Instanz durch die Entwicklung der Produktivkräfte und der Austauschverhältnisse.

F. Engels. „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“.

Die revolutionäre Bewegung in Amerika.

(Fortsetzung.)

2. Aufschwung der Arbeiterbewegung.

Als mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes jegliche kriegsindustrielle Tätigkeit einen plötzlichen Abschluß fand, erwies es sich, daß weder die Regierung, noch die privaten Fabrikantenverbände in den Vereinigten Staaten Nordamerikas durch Ausarbeitung eines Plans für den Uebergang zur Friedensproduktion vorgesorgt hatten. Die Fabriken wurden geschlossen, und Hunderttausende von Arbeitern blieben brotlos. Da gleichzeitig die staatliche Regelung der Lebensmittelpreise aufhörte, stieg die Teuerung bis ins Unerhörte. Auch verlor das Kriegsarbeitsamt — die staatliche Schlichtungskommission — seinen Einfluß. Die Fabrikanten weigerten sich, seine Weisungen zu befolgen; die vom Amt angeordneten Maßnahmen zur Besserung der Lage der Fabrikarbeiter blieben unausgeführt.

Die kapitalistische Presse führte eine eifrige Propaganda für die Herabsetzung der Arbeitslöhne auf das Niveau, auf dem sie vor dem Kriege gestanden hatten. In einigen Unternehmen, wie z. B. in den Textilfabriken Neu-Englands, geschah es auch wirklich; die Arbeiter antworteten mit Ausständen. Diese spontan ausbrechenden Streiks bezweckten lediglich, das Existenzminimum auf der bisherigen Höhe zu erhalten. Aber die bürgerliche Presse zeterte „Bolschewismus“ und forderte alle ehrlichen Bürger auf, bei der Bekämpfung dieser Streiks zu helfen. Der Ausstand der Textilarbeiter von Lawrence (Massachusetts) stieß auf erbitterten Widerstand, auf die größte Brutalität seitens der Polizei und der freiwilligen Organisationen der weißen Garde. Gewerkschaftsführer und sozialistische Journalisten wurden aus der Stadt ausgewiesen und mit Lynchgericht bedroht.

Gegen Ende des Krieges brachen auch verschiedene Streiks unter den gelernten Arbeitern aus, deren Reihen man durch eigens hierfür angelernte nicht zu den Gewerkschaften gehörende und deshalb billigere Kräfte „verwässert“ hatte. Die Regierung machte diesen Ausständen unter Androhung von Gewalt ein Ende, so z. B. den Streik der Metallarbeiter von Bridgeport.

Die durch die große industrielle Entwicklung während des Krieges hervorgerufene starke Verzweigung der Industrie, das Anlernen von unqualifizierten Arbeitern als Ersatz für die Mitglieder der alten Gewerk-

schaften, das Entstehen zahlreicher neuer Arbeiterkategorien, wie z. B. der Schiffswerftarbeiter, machten eine völlige Umgestaltung der Arbeiterorganisationen erforderlich. Der Abschluß des Waffenstillstandes sowie die Aufhebung der Staatskontrolle über die Industrie gestalteten diese Frage zu einer überaus wichtiger für die Arbeiter. Zudem hatte die Konzentration der Industrie während des Krieges eine nie dagewesene Höhe erreicht, während andererseits die Gewerkschaften auf demselben Standpunkt geblieben waren wie vor dem Krieg, ja, in manchen Fällen sogar zurückgegangen waren.

Die Gewerkschaftsführer fühlten sich durch die hohen Posten, die die Regierung ihnen erteilt hatte, derartig geschmeichelt, daß sie an der geschaffenen Sachlage nicht viel auszusetzen fanden. Gompers und mit ihm die hervorragendsten Gewerkschaftsführer reisten in Europa umher und setzten hier ihre ganze Kraft zur Bekämpfung des Einflusses der Sozialisten auf die Arbeiterbewegung ein. Jede „unbefugte“ Regung unter den Arbeitern Amerikas wurde mit Verdacht behandelt. Die neuen Verhältnisse stellten an die Arbeiterorganisationen neue Forderungen: die künstliche Erweiterung der Grenzen einzelner Berufe, die neue Einteilung in der Industrie, die Konzentration der Kontrolle über die Industrie — alle diese Erscheinungen schienen die Grundlage des Gewerkschaftsaufbaus zu bedrohen und stellten die Notwendigkeit ihrer Umgestaltung der Einteilung nach Produktionszweigen entsprechend auf. Der Gesamtorganisation der Gewerkschaften gehörten 124 getrennte und selbständige Verbände an, jeder mit seinem kompletten Personal von hochbesoldeten Angestellten, jeder völlig unabhängig von dem anderen vorgehend, die unbegrenzte Möglichkeiten zum Hintergehen und Ausbeuten der Arbeiter boten. Den Gewerkschaftsführern waren insbesondere die „Sympathiestreiks“, die im ganzen Lande einsetzten, ein scharfer Dorn im Auge.

Nicht die kleinste Rolle in dieser ganzen Gärung unter den Arbeitern spielte die russische Revolution. Obgleich die amerikanischen Arbeiter sich von der wahren Bedeutung der Revolution kaum eine Vorstellung machten, obgleich sie weder den Bolschewismus noch die Sowjetmacht verstanden, fühlten sie doch instinktiv, daß Sowjetrußland eine Republik der Arbeiter sei. Das war insofern von Bedeutung, als es ihnen den Gedanken eingab, daß die Arbeiter nicht allein die Industrie, sondern die gesamte Staatsmacht in Händen halten müßten, den Gedanken der Diktatur des Proletariats.

Was ich hier gesagt habe, bezieht sich auf die amerikanischen Arbeiter, die in der „American Federation of Labor“ (A. F. L.) organisiert sind, der machtvollsten Arbeiterorganisation der Vereinigten Staaten mit einer Mitgliederzahl von etwa 4 Millionen, die die Idee eines wirtschaftlichen Zusammenwirkens der Klassen im Rahmen des kapitalistischen Staats vertritt. Die „Industrial Workers of the World“ (I. W. W.) dagegen, deren Mitgliedschaft aus ungefähr einer halben Million ungelerner Arbeiter,

hauptsächlich Landwirtschafts-, Seetransport-, Gruben- und Zeitarbeiter besteht, ist eine revolutionäre Organisation, die die Abschaffung des Lohnsystems bezweckt. Die I. W. W. ist jedoch von anarchistisch-syndikalistischen Ideen durchdrungen, deren bedeutsamste der Gedanke ist: „die neue Gesellschaftsordnung in der Schale der alten aufzubauen“ bis der Kapitalismus plötzlich von selbst zusammenbricht und das neue industrielle Gemeinwesen automatisch an seine Stelle tritt. Unter dem Vorwand von Kriegsmaßnahmen wurde der I. W. W. als einer legalen Organisation beinahe der Garaus gemacht. Ihre Führer wurden eingekerkert, ihre Büros und Räume überfallen und geschlossen, ihre nichtamerikanischen Mitglieder des Landes verwiesen. Die Fürsprecher der Bewegung setzten ihre alten Beweisführungen fort, ihre alten Angriffe gegen den Staat — selbst gegen den proletarischen Staat, ihre erbitterte Kritik jeglicher politischen, selbst der kommunistischen Parteien. Wenn die Organisation ungeachtet der Verfolgungen auch zu wachsen fortfuhr, blieben ihre Endziele dennoch unbestimmt. Der Mut, den ihre Mitglieder angesichts der grausamen Verfolgungen an den Tag legten, bot zwar ein leuchtendes Beispiel revolutionärer Standhaftigkeit. Die unermüdliche Propaganda der I. W. W. zugunsten des Aufbaus von Verbänden auf industrieller Grundlage und der Notwendigkeit, das kapitalistische System zu stürzen, war zwar von größter erzieherischer Bedeutung für die unbefriedigten Mitglieder der A. F. L. Trotzdem aber wurde die steigende Streikwoge nicht von den I. W. W., sondern von den Aufständischen aus der A. F. L. verursacht.

Die durch den plötzlichen Stillstand der Kriegsindustrie hervorgerufene Arbeitslosigkeit wurde noch verschärft, als die amerikanischen Truppen aus Europa zurückkehrten und Hunderttausende von Soldaten auf den Arbeitsmarkt geworfen wurden. Da der Krieg nun zu Ende war, hatte die Bourgeoisie keine weitere Verwendung für die Soldaten. Man bot ihnen schlechtbezahlte Arbeit an und gab ihnen erniedrigende Beschäftigung. So gestattete der Newyorker Stadtrat z. B. den Soldaten, Straßenhandel zu betreiben. Die staatlichen Stellenvermittlungsbüros trugen die Soldaten als Streikbrecher ein; sobald Gewerkschaftler in Militäruniform auf Seiten der Streikenden erschienen, wurden sie von den Militärbehörden verhaftet, obgleich die demobilisierten Soldaten laut Gesetz der militärischen Disziplin enthoben waren und das Recht besaßen, drei Monate lang Uniform zu tragen.

Zuguterletzt wurde die Lage der Soldaten dermaßen ernst, daß die Bourgeoisie besondere Anstrengungen machen mußte, ihnen zu helfen. Das geschah aber auf Kosten der Zivilarbeiter. Es wurden Versuche gemacht, sie gegen die Sozialisten und gegen Arbeiteragitatoren im allgemeinen aufzuhetzen. Banken und Fabrikanten finanzierten Zeitungen für Soldaten, die die Soldaten zu Gewalttaten gegen jegliche „Bolschewiki“ aufstachelten. Die Soldaten wurden bezahlt oder in anderer Weise bewogen, Versammlungen von Sozialisten und Liberalen anzugreifen, deren Büros zu überfallen usw. Im Winter 1918—1919 wurde die Ruhe in New-

york durch diese Soldatenmobs dermaßen gefährdet, daß man Truppen herbeirufen mußte, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Obleich die Unzufriedenheit unter den Soldaten weit um sich gegriffen hatte, war die Stimmung im Osten Amerikas kaum eine revolutionäre zu nennen. Im Westen dagegen wurden in vielen Städten Organisationen von Arbeitslosen, sog. Soldaten-, Matrosen- und Arbeiterräte gegründet, deren Zweck offensichtlich war, das wirtschaftliche Problem der demobilisierten Soldaten zu lösen. Diesen Organisationen gehörten viele frühere Mitglieder der I. W. W. und Sozialisten an, sowie zahlreiche Soldaten, denen in Europa die Augen über die Arbeiterfrage geöffnet worden waren. In den Städten des Westens, insbesondere in Seattle, Butte, Salt Lake und Portland sammelten diese Räte alle auf dem Klassenkampf basierenden, wirtschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen, sowie die auf-rührerischen Elemente der örtlichen A. F. L.-Verbände um sich, um in allen Klassenkämpfen einheitliches Vorgehen zu erzielen.

Obleich das Wiedereinrenken der Friedensindustrie zu wünschen übrig ließ, war die Sachlage Ende Frühjahr und im Sommer 1919 doch weniger zugespitzt. Zahlreiche auswärtige Arbeiter wanderten nach Europa zurück, einerseits vom Wunsch getrieben, in ihre Heimat zurückzukehren, anderseits infolge der grausamen Verfolgung und Unterjochung von Ausländern in Amerika während des Krieges und den ungünstigen Arbeitsbedingungen im Lande. Die Ausweisung aller radikal gestimmten Arbeiter durch die Regierung aus Furcht vor dem „Bolschewismus“ führte zu unerwarteten Folgen. Die ersten nach Indien deportierten Hindus wurden von der britischen Regierung niedergeschossen. Die Russen, von denen viele verhaftet waren, konnten nicht dorthin gesandt werden, wohin sie zu gehen wünschten, nämlich nach Sowjetrußland. Da aber der Plan, sie in das von Koltshak und Denikin besetzte Gebiet zu schicken, einen starken Unmut im Lande hervorrief, ließ man sie einfach im Gefängnis und befreite sie späterhin gegen Bürgschaft. Doch alsbald erklärten Tausende anderer Russen in ganz Amerika ihre Zugehörigkeit zu den Bolschewiki und forderten, daß man sie deportierte. . . Zuguterletzt flöbte die große Anzahl der aus Amerika fortströmenden auswärtigen Arbeiter der Regierung Beunruhigung ein. (Schiffen sich doch vom Newyorker Hafen allein täglich tausend Mann ein, die in die Heimat zurückkehren wollten. Seit Abschluß des Waffenstillstandes haben über 2 Millionen Nicht-amerikaner Amerika verlassen und sich nach Europa begeben.) Um die Emigration zu verringern, griff die Regierung zu dem verachtungswürdigen Mittel, alle abreisenden auswärtigen Arbeiter mit 8 Prozent der Summe zu besteuern, die sie im Lauf der letzten 2 Jahre verdient hatten, auch wenn ihr Verdienst niedriger gewesen war, als die vom Einkommengesetz aufgestellte Norm.

Ein weiterer Umstand, der zur Milderung der Arbeitskrise beitrug, war die Wiederaufnahme der Produktion in großem Maßstabe; war die amerikanische Bourgeoisie doch begierig, sich sämtlicher Absatzmärkte der

Welt zu bemächtigen. In der Aussicht, das ganze zerstörte Europa mit Fabrikaten zu versorgen und dabei ungeheuren Gewinn einzuheimen, setzte die amerikanische Industrie alle Segel auf.

Erst als die französische Regierung große Aufträge auf Stahl zurückzog, begann man in Amerika zu verstehen, daß Europa bankrott ist, daß amerikanische Ware nicht nach Europa verkauft werden könne, weil Europa keinen Gegenwert zu geben hat. Ein großer Teil der amerikanischen Bourgeoisie, insbesondere die klügsten Bankiers und Geschäftsleute drangen darauf, daß Amerika Europa finanzieren, und, falls nötig, Europas Schulden an Amerika streichen solle, aber die Mehrheit verwarf diesen Vorschlag und forderte „ihr Pfund Fleisch“.

Die Unmöglichkeit des Exporthandels nach Europa verursachte eine gelinde industrielle Krise infolge von Ueberproduktion an Waren. Gegen Ende des Sommers machte diese Krise sich wiederum in wachsender Arbeitslosigkeit und in rascher Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts geltend. Die Arbeiter wurden immer unzufriedener. Immer weniger reichten ihre Löhne zum Leben aus. Schließlich forderten sie eindringlichst einen Streik. Die Gewerkschaftsführer widersetzten sich den Ausständen. Gaben sie aber nach, so führten sie die Streiks in einer Weise, die den Arbeitern deutlich zeigte, daß die Organisation der Verbände nach Berufen ihre Interessen nicht verteidigen könne. Ebenfalls sahen die Arbeiter immer mehr ein, daß ihre Interessen als Arbeiter wichtiger seien, als ihre Interessen in der Eigenschaft von Mitgliedern der Berufsorganisationen.

Im Frühjahr 1919 brachen in Seattle und Winnipeg Generalstreiks aus, die die Tendenz der Arbeiter zu neuen, mehr revolutionären Organisationsformen kennzeichneten. Die Streiks trugen einen völlig neuen Charakter und waren von größter Bedeutung.

In Seattle hatten die Schiffswerftarbeiter der staatlichen Schlichtungskommission ihre Lohnforderungen vorgetragen. Die Kommission entschied gegen die Arbeiter und beging dadurch eine große Ungerechtigkeit. Der Seattler Gewerberat war auf Seiten der Arbeiter; die gesamte organisierte Arbeiterschaft der Stadt plante einen 5-tägigen Sympathiestreik zur Unterstützung der Forderungen.

Zur angesetzten Stunde stockte das Leben in der ganzen Stadt. Die Arbeiter hatten noch nie an einem Generalstreik teilgenommen. Sie verfolgten keinerlei politische Ziele. Auch hatten sie keine Vorstellung von den möglichen Resultaten des Ausstandes. Ein augenblicklicher Stillstand im Leben einer großen Stadt bietet ein erschütterndes Bild. Keiner war so verwundert wie die Arbeiter selbst. Die Munizipalverwaltung erwies sich als völlig machtlos. Da die Ruhe in keiner Weise gestört wurde, hatte die Bourgeoisie auch keine Gelegenheit, Gewalt anzuwenden.

Das Streikkomitee entdeckte nunmehr, daß der Ausstand zu erfolgreich war. So hatten z. B. die Köche und Kellner in den Gasthäusern, die Lebensmittelarbeiter, die Rollkutscher die Arbeit eingestellt, — der Stadt

drohte ernstlich Hunger. Das Streikkomitee sah ein, daß zum mindesten für die Nahrung der Arbeiter gesorgt werden müsse. Gewisse Arbeiterrestaurants, Kolonialgeschäfte und Lebensmitteltransportwagen erhielten daher die Erlaubnis, die Tätigkeit wieder aufzunehmen. Aber die Stadt konnte auch nicht ohne Licht und Wasser bleiben. Das Streikkomitee gestattete deshalb den Wasserleitungs-, Elektrizitäts- und Gasarbeitern, an ihre Plätze zurückzukehren. Schließlich wurden auch Maßnahmen zur Versorgung der Hospitäler und anderer öffentlicher Institutionen mit Lebensmitteln, zur Beschaffung von Milch für die Säuglinge usw. ergriffen.

Einen erstaunlichen Anblick boten in jenen Tagen verschiedene Wagen und Automobile, die mit der Aufschrift „von dem Streikkomitee gestattet“ durch die Straßen rollten, sowie die langen Reihen von Bürgern, die vor dem „offiziellen Warenlager des Streikkomitees“ anstanden. Zur Wahrung der Ordnung organisierte das Streikkomitee eine freiwillige Arbeiterpolizei. So lückenlos war die Paralyse des Stadtlebens, daß der Bürgermeister sich persönlich in die Streikbüros begeben mußte, sobald er etwas getan wünschte. Selbst das Organ der Streikenden, „The Seattle Union Record“ (die einzige Zeitung, die überhaupt erschien), ein fortschrittliches Gewerkschaftsblatt, stellte in einem Leitartikel die Frage: „Wie soll das enden?“ Die Arbeiter begannen allmählich zu verstehen, daß es sich hier um etwas ganz Neues handle, daß sich ein riesiges neues Tatfeld vor ihnen auftue.

Nach etwa 48 Stunden schüttelte die Bourgeoisie ihre durch Bestürzung verursachte Lähmung ab. Der Bürgermeister, ein „Fortschrittler“ und ehemaliger Arbeiter, begann plötzlich gegen den „Bolschewismus“ Sturm zu läuten. Er ging sogar soweit, in einem Interview zu erklären, die Seattler Arbeiter wollten die Staatsmacht an sich reißen und „die Frauen nationalisieren, wie die Bolschewiki in Rußland es tun.“ Obgleich die Ordnung durch nichts gestört wurde, rief er Fragen heraus, um das Eigentum zu schützen“. Tatsächlich aber bezweckten die Truppen, Aufruhr zu erregen. Ueber das ganze Land erhob sich ein Schreckens- und Wutgeheul. Zudem begannen die Arbeiter einzusehen, daß sie die gesamte Kapitalistenklasse gegen sich aufgebracht hatten. Zahlreiche Ausständische, nicht zum mindesten einige der Führer, Gewerkschaftler vom konservativsten Typus, erschrakten und begannen zum Rückzug zu blasen. Der Ausstand dauerte nicht einmal volle 5 Tage. Am Abend des vierten Tages verließen die Straßenbahnarbeiter das Streikkomitee und schritten an die Arbeit. Der Seattler Streik war verloren.

Ungefähr nach Monatsfrist folgte der Winnipeger Streik. Er glich dem Seattler Ausstand in jeder Hinsicht, nur mit dem Unterschied, daß in Winnipeg sich auch die Polizei und die Eisenbahner anschlossen, so daß die Stadt abgeschnitten war; auch weigerten sich die Postbeamten, die Post zu befördern. Dieses Mal sahen die Arbeiter ein, daß der Streik nur dann Erfolg haben könne, wenn auch andere Städte mittäten, wenn der Ausstand sich über ganz Kanada verbreite. Die Flamme griff nach Westen

und Norden über, sogar die kleinen Städte schlossen ihre Werkstätten eine nach der anderen; auf stürmischen Massenversammlungen wurde erbittert für oder wider den Streik gestritten.

Durch den Seattler Ausstand belehrt, hatte die kanadische Bourgeoisie ihre Vorbereitungen getroffen. Hunderte von einheimischen Soldaten gellten sich den Ausständischen zu. Aber die kanadische Regierung importierte mehrere tausend Soldaten, deren sie sicher sein konnte, organisierte eine freiwillige Polizei, bewaffnete sie und schickte sie aus, die Räume des Streikkomitees zu demolieren, ihre Zeitungsredaktionen zu überfallen und im allgemeinen den Streik mit Gewalt niederzuringen. Das Streikkomitee sowie alle hervorragenden Arbeiterführer wurden verhaftet. Die A. F. L. wollte den Ausstand nicht anerkennen und sandte sogar Verbandsmitglieder als Streikbrecher nach Winnipeg.

Selbst nachdem der Streik unterdrückt war, wurden die Anführer noch immer im Gefängnis gehalten auf die Anklage hin, daß sie den „Sturz der Regierung im Schilde geführt hätten“. Da aber unter der Arbeiterschaft Kanadas große Erregung herrschte und die Arbeiter mit Ausstand drohten, falls ihre Führer nicht befreit würden, wurden die Führer gegen Bürgschaft in Freiheit gesetzt. Doch kaum hatte die Erregung nachgelassen, als man sie zum zweitenmale verhaftete. Wiederum mußten die Arbeiter mit dem Generalstreik drohen, um ihre Befreiung zu erzielen.

Auch in Omaha (Nebraska) war ein Generalstreik in Aussicht genommen. Jedoch organisierte die Bourgeoisie eine starke freiwillige Miliz, die mit Waffengewalt drohte, falls die Arbeiter es wagen sollten, in den Ausstand zu treten. Späterhin wurde die Erregung der Massen auf einen Angriff gegen die Neger abgelenkt.

Ende Sommer stand auch in Boston ein Generalstreik bevor. Der Beweggrund war der folgende: im Lauf des letzten Jahres hatte die Municipalpolizei in 47 Städten sich in Gewerkschaften vereinigt, die sich der A. F. L. anschlossen. In Boston war die Polizei von Delegierten der A. F. L. organisiert worden zu dem alleinigen Zweck, in geschlossenen Reihen vorzugehen, um eine Gehaltserhöhung zu erzielen.

Ihre Forderungen wurden abgewiesen und es wurde ihnen befohlen, ihren Verband unverzüglich aufzulösen. Der Stimmung ihrer Mitglieder folgend, versprachen sämtliche Gewerkschaften Bostons ihre Unterstützung, und die Polizei trat in den Ausstand.

Unterstützt von den Bankiers und Fabrikanten, entzog der Gouverneur von Massachusetts den Municipalbehörden ohne weiteres jegliche Macht und erklärte die Polizei unter Verlust ihrer Vorrechte und Pension als entlassen. Truppen wurden hinbeordert, um in den Straßen zu patrouillieren, Hoolliganbanden wurden losgelassen, um Ruhestörung hervorzurufen und auf diese Art die öffentliche Meinung gegen die Polizei aufzubringen. Gompers und andere Führer der A. F. L. begaben sich nach Boston. Sie verurteilten das Vorgehen der Polizei und untersagten den Verbänden, ihr zu

helfen. Obgleich die Massen nach einem Generalstreik verlangten, weigerten sich die Führer, die Stimmzahl für und wider bekanntzugeben; sie erklärten einfach, es werde kein Generalstreik stattfinden. Die Polizei war somit geschlagen, beschimpft und ruiniert, der offizielle Apparat der A. F. L. aber hatte sich wieder einmal dazu hergegeben, die Bourgeoisie zu unterstützen, die Arbeiter zu verraten und zu entzweien.

Diese Generalstreiks und die mißglückten Versuche, Generalstreiks zu veranstalten, hatten tiefe, weitgehende Folgen. In allen diesen Fällen traten das Versagen und der Verrat des Systems der Berufsorganisationen so klar zu Tage, daß die Arbeiter neue Organisationsformen zu suchen begannen. In Kanada zogen die Arbeiter Winnipegs und sämtlicher westlicher Provinzen sich von der A. F. L. zurück und gründeten eine neue Organisation, die One Big Union*) (Eine Große Union), in der die Arbeiter umfassend nach Industriezweigen organisiert sind (wenn auch nicht so umfassend wie in Rußland). Diese industriellen Einheiten besitzen Bezirksräte, die so eingerichtet sind, daß, wenn das allgemeine Wohl es erfordert, jeder Industriezweig selbstständig, oder der ganze Bezirk zusammen, oder auch eine Reihe von Bezirken gemeinschaftlich vorgehen können; durch den Oberrat der Organisation kann auch ein Zusammenschluß des ganzen Landes erzielt werden.

Auch in vielen Teilen der Vereinigten Staaten — wie in Seattle, Butte, Salt Lake und Toledo — haben sich Verbände gebildet, die auf der Grundlage der One Big Union stehen und bestrebt sind, in den Vereinigten Staaten eine nationale Organisation zu schaffen, die sich der kanadischen Organisation anschließen soll. In vielen Städten beantragen die örtlichen Verbände der A. F. L. eine Reorganisation auf der Grundlage der One Big Union, ohne dabei die A. F. L. zu verlassen.

Bemerkenswert an der One Big Union ist, daß sie den Klassenkampf anerkennt, zum Unterschied von der I. W. W. nicht ausdrücklich antipolitisch, wenn auch noch nicht ausgesprochen parlamentarisch ist. In der Tat, viele ihrer Führer streben danach, in Kanada und in den Vereinigten Staaten eine neue Arbeiterpartei zu gründen, — eine reformistische, sozialistisch angehauchte Organisation, die mehr oder minder nach Muster der Britischen Arbeiterpartei aufgebaut ist.

Für die Massen scheint die neue Arbeiterpartei keine Anziehungskraft zu haben, während andererseits die alte sozialistische Partei Amerikas eine Verschmelzung mit ihr anstrebt. Die Arbeiterpartei ihrerseits unterhandelt über einen Zusammenschluß mit der parteilosen Farmerliga, einer überaus

*) Diese muß nicht mit I. W. W. verwechselt werden, deren Kriegsruf stets eine „Eine große Union“ war. Zweifellos hat die kanadische Organisation der Propaganda der I. W. W. zugunsten von Produktionsverbänden vieles zu verdanken, jedoch ist sie eine weit größere Körperschaft mit viel gesunderen Organisationsprinzipien als die I. W. W. Obgleich die letztere öffentlich gegen die One Big Union auftritt, schließen die Arbeiter sich ihr doch an.

machtvollen politischen und wirtschaftlichen Organisation der kleinen Landbesitzer, die den Versuch machen, in verschiedenen Teilen des Landes den „Staatssozialismus“ einzuführen.

Die Bewegung zugunsten der „Einen Großen Union“, begleitet von der Bildung von Betriebsausschüssen in zahlreichen Fabriken des Landes, rief die Feindseligkeit der A. F. L. hervor, beeinträchtigte deren Vermessenheit aber nicht im geringsten. Einen Beweis hiervon lieferte der im Juni abgehaltene Kongreß der A. F. L. — die reaktionärste Versammlung, die diese reaktionäre Körperschaft je abgehalten hat — die z. B. den Völkerbund und dessen Arbeitsurkunde guthieß und, unter anderem, die Nichtanerkennung der russischen Sowjetrepublik empfahl, da diese „undemokratisch“ sei, — wie der Sekretär der Föderation sich ausdrückte, „weil es eine nur aus Arbeitern bestehende Regierung ist.“ Die gewaltige Gärung, die unter den Arbeitermassen vor sich geht, fand auf diesem Kongreß keinerlei Widerhall. Bald darauf reisten Gompers und andere Führer wiederum nach Europa, um dem Amsterdamer Gewerkschaftskongreß beizuwohnen.

Inzwischen hatten die geweckteren, wenn auch nicht unbedingt radikalen amerikanischen Arbeiterführer die Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung mit größtem Interesse verfolgt. Die verschiedenen „Verstaatlichungspläne“ der britischen Arbeiter konnten nicht ohne Einfluß auf Amerika bleiben.

Dieser Einfluß machte sich zuerst in den „Brüderschaften der Eisenbahner“ geltend — vier großen Verbänden gelernter Bahnarbeiter, die nicht zu den Mitgliedern der A. F. L. gehören, jedoch von denselben Ideen beherrscht und mit derselben gewissermaßen verbunden sind. 1916 hatten die Brüderschaften durch Androhung eines Generalstreiks die Regierung genötigt, den Achtstundentag für die Eisenbahner einzuführen. Die Drohung, durch Einstellung des Bahnverkehrs das Leben des ganzen Landes zu paralysieren, war von ungeheurer Wirkung, nicht zum mindesten auf die Brüderschaften selbst.

Stets gut bezahlt, stets „Arbeiteraristokraten“, waren die Eisenbahner ebenso wie die anderen Arbeiter, stark betroffen von der ungeheuren Lebenssteuerung, die die zahlreichen Lohnerhöhungen jedesmal zunichte machten, sobald sie erreicht waren. Ein Advokat Namens Glenn E. Plumb, Beirat der Brüderschaften, schlug nach eingehenden Studium der Ereignisse in England einen Plan vor, der von den Führern der Brüderschaften denn auch angenommen wurde.

Der sog. „Plumb Plan“ bestand in Kürze in folgenden Maßnahmen: die Regierung nimmt eine tatsächliche Einschätzung des greifbaren Bahneigentums vor, um festzustellen wieviel es kosten würde, dieses Eigentum zu verdoppeln. Für diese Summe kauft sie die Bahnen, ohne den Wert der Aktien und Obligationen in bar zu bezahlen. Entschädigung für die Wertpapiere wird in prozentlosen Obligationen gezahlt, die sobald als möglich eingelöst werden.

Darauf finanziert die Regierung die Eisenbahnen und verpachtet sie an eine Verwaltungskörperschaft, die sich aus Vertretern der Regierung, des technischen Eisenbahnpersonals und der organisierten Arbeiter zusammensetzt. Die Einnahmen der Eisenbahnen werden verwendet: erstens zum Auskauf der Obligationen, zweitens für Arbeitslöhne und nach Hinterlegung eines gewissen Prozentsatzes vom Gewinn zur Herabsetzung der Personenverkehrs- und Frachttaxen.

Dieser Plan wurde von dem Kongreß der A. F. L. angenommen und bestätigt; Samuel Gompers wurde zum Ehrenvorsitzenden der Plumb-Plan-Liga ernannt, einer Organisation, die sich verpflichtete mit allen Mitteln, wirtschaftlichen sowie politischen, zur Verwirklichung des Planes beizutragen. Doch haben wir Ursache anzunehmen, daß weder Gompers noch auch die Führer der Eisenbahnverbände sich über die volle Bedeutung des Plumbschen Plans klar waren.

Anfang Sommer erhoben die Leiter der Bruderschaften plötzlich bei der Regierung, die die Eisenbahnen während des Krieges verwaltet hatte und auch jetzt noch verwaltet, Einspruch gegen die Rückgabe der Bahnen in die Hände von Privatbesitzern. Die Bruderschaften forderten, daß entweder einige Milliarden Dollar jährlich für minimale Lohnerhöhungen an die Eisenbahner bewilligt würden, damit die Löhne mit der Lebenssteuerung Schritt halten könnten, oder aber daß der Plumbsche Plan zur Durchführung gelange. Sollte die Regierung ihre Forderungen ablehnen, so würden sie in den Ausstand treten.

Aber dieses Mal zeigte die Regierung sich unnachgiebig. Präsident Wilson ergriff zwar einige Maßnahmen; er drang in die beiden Kongreßkammern, Schritte zur Verringerung der Lebenssteuerung und zur Bestrafung von Wucherern zu unternehmen. Durch Vollzugsbefehl setzte er die Kriegsbestimmungen zur Regelung der Lebensmittelpreise wieder ein. Zu gleicher Zeit jedoch erklärte er entschieden, die Regierung werde sich nicht zwingen lassen, sich den „Interessen einer Klasse“ unterzuordnen. Den Bruderschaften sagte er kategorisch: „Legt eure Forderungen dem Generaldirektor der Eisenbahnen vor. Wir werden für euch tun, was wir können.“ Sein Vorgehen wurde von der bürgerlichen Presse unterstützt, die noch weiter ging als er selbst. Eine Zeitung erklärte sogar: „Falls die Eisenbahner Bürgerkrieg wünschen, können sie ihn haben. Wir weichen keine Spanne breit“.

Aber die Bruderschaften wünschten keinen Bürgerkrieg. Ihre Führer beeilten sich zu erklären, sie hätten nie zu streiken beabsichtigt. Demütigt begaben sie sich zum Generaldirektor der Eisenbahnen, der nach einiger Beratung mit Präsident Wilson den Bahnarbeitern eine Lohnerhöhung von vier Cent die Stunde gewährte. Natürlich konnte das die Eisenbahner nicht befriedigen; sie waren wütend. Wilson hieß unter den Eisenbahnern im ganzen Lande nur noch der „Vier-Cent Woodrow“.

Die zur A. F. L. gehörenden Eisenbahner waren über diese Lösung der

Frage nicht minder empört. Man konnte sie nicht mehr zurückhalten. Am Tage, der für den Generalstreik angesetzt war, dem 1. September, legten sie die Arbeit nieder, besonders in Neu-England und im Fernen Westen. Durch diese „Aufsässigkeit“ in Aufregung versetzt, befahlen die Führer der A. F. L. den Arbeitern, an ihre Plätze zurückzukehren; widrigenfalls würden sie Leute senden, um den Streik zu brechen. Zu gleicher Zeit drohte die Regierung, den Verkehr durch Truppen aufrecht zu erhalten. Durch das gemeinsame Vorgehen der Verbandsführer und der Regierung, sowie durch den Einfluß der A. F. L. wurde der Ausstand unterdrückt. Die Eisenbahner kehrten zur Arbeit zurück, waren aber aufs äußerste erbittert. Dem gegenwärtig tagenden Kongreß, der von den Metallarbeitern einberufen wurde, um die Eine Große Union von Metallarbeitern zu gründen, wohnen Eisenbahner aus ganz Amerika bei.

Die Gärung unter den Maschinisten brach sich in Bridgeport (Connecticut) in einem Streik Bahn. Die Fabrikanten versuchten die Lage auszunutzen, um die machtvolle örtliche Organisation der Maschinisten niederzuringen. Die offiziellen Leiter des Maschinistenverbandes, die den Verband wegen seiner revolutionären Tendenzen stets gehaßt und gefürchtet haben, benutzten die Gelegenheit, um die Organisation wegen „Insubordination“ zu schließen und an ihrer Stelle eine neue Maschinistenliga zu gründen. Gegenwärtig revoltiert fast die Hälfte aller Maschinistenverbände in Amerika gegen ihre offiziellen Führer; Kongresse werden abgehalten, die eine Bewegung zugunsten der Einen großen Union in der Metallindustrie bezwecken.

Wir haben hier nur einige Beispiele der großen Woge wilder Streiks — zu denen auch der Ausstand der vereinigten Druckereiarbeiter in New-York gehört — gegeben, die sich über das ganze Land ergossen. Alle diese Streiks wiesen die gleichen Symptome auf. In jedem dieser Fälle hielten die Führer der Verbände es mit den Industriellen, um die Forderungen der Arbeiter niederzuringen. In jedem dieser Fälle schlossen die Führer sich den Fabrikbesitzern an, um die Streiks zu unterdrücken, so daß die letzteren zugleich auch zu Streiks gegen die offiziellen Führer der Verbände wurden.

Im August wandte Präsident Wilson sich an Arbeiter und „Publikum“ mit einem Aufruf, in dem er einen sechsmonatlichen Waffenstillstand im Klassenkampf beantragte, um die Möglichkeit zu gewinnen, Maßnahmen zur Verringerung der Lebenssteuerung zu treffen. Er bat die Arbeiter, nicht zu streiken und die Spekulanten, die Lebensmittelpreise nicht zu erhöhen. Die Führer befahlen den Arbeitern darauf, jeden Streik einzustellen.

Jedoch bald zog ein anderer Sturm herauf — der Stahlarbeiterausstand. Früher einmal hatte es in der Stahlindustrie eine gute Organisation der A. F. L. gegeben. Aber die Organisation war während des großen Home-standsstreiks von 1902, als die Stahlfabrikanten die Arbeiter mit Maschinen-gewehren zusammenschossen, in die Brüche gegangen. Die letzten Ueber-

reste der Stahlarbeiterorganisation verschwanden, als die Stahlkorporation der Vereinigten Staaten — der größte Trust der Welt — gegründet wurde. Und 17 Jahre lang mußte über eine halbe Million von „Stahltrustsklaven“ einen industriellen Despotismus über sich ergehen lassen, wie die Welt ihn noch nicht gesehen hatte.

Auf die Initiative der besten und tätigsten Führer der A. F. L., wie z. B. John Fitzpatrik aus Chicago und eines jungen Mannes Namens William Z. Foster, eines Revolutionärs und ehemaligen Syndikalisten, war die A. F. L. zwei oder drei Jahre lang bestrebt gewesen, einen Plan zur Reorganisation der Stahltrustsklaven auszuarbeiten. Es hieß sein Leben einsetzen, wenn man sich in dem Stahllande „betätigte“, wo die Municipal- und Regierungsbeamten sämtlich bezahlte Agenten des Stahltrusts sind, der sich zudem auf die Pennsylvanischen „Kosaken“ — die Regierungskonstabler — und ein Heer von Detektivs, bewaffneter Wachmannschaft und Mörder stützt, um die Arbeiter vor „gefährlichen Ideen zu schützen“.

Die Bewegung der Stahlarbeiter trug durchaus keinen revolutionären Charakter. Es war die elementarste Form der Arbeiterbewegung, ein bloßer Versuch der Arbeiter, sich zu organisieren. Der Stahltrust aber antwortete mit restloser Unterdrückung des Koalitionsrechts, der Rede- und Preßfreiheit in den Stahlstädten, mit Entlassung aller Arbeiter, die beim Eintreten in den Verband ertappt wurden, mit der Verhaftung, Verprügelung und sogar Ermordung der Organisatoren.

Trotz alledem gelang es, mehr als hunderttausend Arbeiter zu organisieren. Das Organisationskomitee der Stahlarbeiter wandte sich an den Richter Garey, den Vorsitzenden des Stahltrusts, mit der Bitte, eine Audienz zu gewähren, um ihm die Forderungen der Arbeiter vorzulegen.

Garey aber weigerte sich kategorisch, mit Mitgliedern des Stahlkomitees oder irgend eines anderen, die organisierten Stahlarbeiter vertretenden Komitees zu verhandeln. Angesichts dieser Krise richtete Präsident Wilson ein Schreiben an ihn mit der Bitte, doch das Komitee zu empfangen. Garey sagte kurz und bündig ab.

Alle diese Ereignisse veranlaßten Gompers, nach Hause zu eilen. Die Pressekampagne gegen den Plumb'schen Plan hatte nunmehr ihren Höhepunkt erreicht; die Bourgeoisie konnte sich in ihrem „Bolschewismusgezeter“ gar nicht genug tun. Das erste, was Gompers tat, war, sich von dem Posten eines Ehrenvorsitzenden der Plumb-Plan-Liga zurückzuziehen und zu erklären, die A. F. L. habe den Plan nie gutgeheißen. Darauf ließ er Fitzpatrik zu sich kommen; es ist bekannt, daß er den Versuch machte, den Stahlstreik abzuwenden. Was sich bei dieser Begegnung der beiden Führer abspielte, ist ein Geheimnis. Aber Fitzpatrik ist selbst kein verachtungswürdiger Kämpfer und kennt vielleicht gewisse Einzelheiten aus Gompers Leben, die dieser nicht gern an die große Glocke gebracht haben möchte. Wie dem auch sei, die Abstimmung der Stahlarbeiter für oder wider den Streik nahm ihren Fortgang. Gompers blieb mehr oder minder

neutral; er sprach sich zwar gegen Garey aus, tat aber selbst nichts, um den Arbeitern zu helfen. So brach Ende September der große Stahlstreik aus, — eine Bewegung von elementarer Gewalt, die sogar die Möglichkeit eines Aufstandes nicht ausschloß.

Präsident Wilson, der es Lloyd George abgesehen hatte, berief für den 6. Oktober in Washington einen „Industriekongreß“ ein, der das „Problem der industriellen Gärung lösen sollte“. Der Kongreß sollte aus einer gleichen Anzahl von Vertretern des Kapitals, der Arbeiter und der „Gesellschaft“ bestehen. Zu Vertretern der „Gesellschaft“ ernannte Wilson die größten Vertreter des raubgierigen Kapitalismus Amerikas, — darunter auch den Richter Garey. Selbst die Delegierten der Kapitalisten waren nicht so reaktionär, wie jene. Was die Arbeiter anbetrifft, so fiel ihre Wahl auf Gompers und dessen unmittelbare Gehilfen.

Selbst diese drei Gruppen konnten nicht zusammenarbeiten. Die von Garey geführten Kapitalisten machten kein Hehl daraus, daß sie fest entschlossen seien, die Arbeiterbewegung niederzuringen. Gompers und die reaktionären Führer der A. F. L. mußten einsehen, daß ihrer eigenen Organisation Gefahr drohe; sie zogen sich daher vom Kongreß zurück. Danach begann Gompers, den Stahlstreik auf das eifrigste zu befürworten und sicherte den Ausständischen den unumschränkten Beistand der A. F. L. zu.

Wenngleich die Verbandsleiter sich der immer mehr anschwellenden Bewegung der Arbeiterklasse entschieden widersetzen, sahen sie sich doch genötigt, allmählich Maßnahmen zum Schutz der Arbeiterinteressen zu ergreifen. So sprach die Mitte September in Cleveland abgehaltene Konferenz der Kohlengrubenarbeiter, obgleich sie von verderbten und reaktionären Leuten geführt wurde, sich für die „Verstaatlichung der Kohlengruben“ — ungefähr nach englischem Muster — aus, für den Sechsstundentag und andere Verbesserungen, sowie für eine beträchtliche Lohnerhöhung. Die Konferenz drohte, „zur Tat zu greifen“, falls diese Forderungen nicht erfüllt würden.

Der Grubenarbeiterverband hatte im Sommer zahlreiche „wilde“ Streiks erlebt, die von den Verbandsleitern und Grubenbesitzern mit besonderer Strenge gebrochen wurden. Eine starke Erbitterung hatte in der Organisation um sich gegriffen, deren Auswuchs denn auch der „Verstaatlichungsplan“ war. Jedoch hatten die Führer nicht die Absicht, es zu einem Ausstand kommen zu lassen.

Als aber der festgesetzte Tag, der 1. November herannahte, ohne daß die Hüttenwerksbesitzer irgend welche Zugeständnisse gemacht hatten, nötigte die vorherrschende Stimmung der Massen die Vornahme einer Abstimmung für oder wider den Ausstand. Die Abstimmung ergab eine überwältigende Mehrheit zugunsten des Streiks.

Kaum aber war der Ausstand angesagt, als die Regierung die Maske abwarf. Präsident Wilson beorderte hunderttausend Soldaten in die Kohlendistrikte. Das Förderalgericht verbot den Streikführern, die Streik-

order zu geben oder den Ausstand in irgendwelcher Weise zu unterstützen; niemand dürfte dem Streik durch Agitation oder Geldsammlung helfen. Zu gleicher Zeit bemächtigte sich die Regierung der Kasse des Grubenarbeiterverbandes.

Nach den letzten Berichten aus Amerika haben die Stahlarbeiter den Streik verloren; Gerüchten zufolge, ist auch der Kohlenarbeiterstreik verloren gegangen.

Doch der Schaden ist nicht groß, sollte es auch wahr sein. Denn die Arbeiter haben eine wertvolle Lektion über die wahre Bedeutung und Funktion des kapitalistischen Staates erhalten, — eine Erfahrung am eigenen Leibe, die ganze Jahre an Propagandaarbeit aufwiegt.

Der Telegraph berichtet, daß dem Kongreß ein Gesetz vorliegt, — vielleicht ist es inzwischen schon angenommen, — das jegliche Streiks in gemeinnützigen Industriezweigen verbietet.

Das setzt den Dingen die Krone auf. Falls es wahr ist, so sollten alle Revolutionäre es als Wendepunkt der revolutionären Bewegung Amerikas begrüßen. Die gegenrevolutionäre Stellung der amerikanischen Bourgeoisie wird von Tag zu Tag deutlicher und legt der Arbeiterklasse mit scharfer Klarheit die Alternative vor: entweder ein industrieller Sklavenstaat oder die Diktatur des Proletariats.

Wenn die Arbeiter erst zu dieser Erkenntnis gelangt sind, habe ich keine weitere Befürchtungen um die revolutionäre Bewegung in Amerika.

(Schluß folgt).

John Reed.



Offener Brief an die schweizerischen Gesinnungsgenossen und Arbeiter.

Seit acht Monaten bemühe ich mich umsonst, nach der Schweiz zu kommen. Die hermetische Blockade, die die Entente über Rußland verhängt hat, zu durchbrechen, gelang mir bisher nicht, da sich die Regierungen Finnlands und Rumäniens teils aus eigenem Entschluß, größtenteils aber unter dem Druck des Pariser Kabinetts, mir gegenüber ganz anders verhielten, als den Delegierten der II. Internationale gegenüber.

Zum ersten Mal während meiner politischen Laufbahn sehe ich mich nun gezwungen, von meinen Gesinnungsgenossen eine mutige Tat und ein rücksichtsloses Handeln zu verlangen, ohne daß ich mich in Reih' und Glied an die Spitze der Kämpfenden stellen kann. Kurz und unzweideutig will ich Euch sagen, was meines Erachtens jetzt Eure Pflicht und Aufgabe ist, was die Lage, in der Ihr Euch befindet, für eine Lösung möglich macht und fordert.

Ich täusche mich sicher nicht, wenn ich annehme, daß von den Repräsentanten des rechten Flügels der schweizerischen Partei und auch einigen zaghaften Gesinnungsgenossen der Einwand erhoben wird, daß ich meine Ratschläge erteile, ohne genügende Einsicht in die gegenwärtigen Parteiverhältnisse und die allgemeine Lage der schweizerischen Arbeiterbewegung zu haben. Diese Auffassung ist irrig. Sowohl durch verschiedene Nummern des „Volksrecht“ und der „Berner Tagwacht“, als auch durch einen sehr instruktiven illegalen Bericht, bin ich in die Lage versetzt, mir ein genaues Bild von der Situation zu machen.

Die schweizerische Partei ist heute der Tummelplatz verschiedener heterogener Elemente. Kleinbürgerliche Pazifisten, echte Scheidemannsozialisten, schwankende Zentrümpler und überzeugte Kommunisten sind noch immer unter einem Hut. Die von den schweizerischen Noskeanern — den Grütlanern — immer und immer wieder aufgestellte Behauptung, daß ein erheblicher Teil der schweizerischen Arbeiterführer echte Grütlaner seien und nur zu feige wären, zu ihrer wahren Ueberzeugung zu stehen, und sich jedem Beschluß der Radikalen fügen, erachte ich für durchaus richtig. Dieser Zustand wirkt lähmend auf Eure Bewegung und ist gefährlich. Die kommenden Tage werden den schweizerischen Arbeitern den Star stechen und sie klar erkennen lassen, daß in der Stunde des Kampfes und der Gefahr die schlimmsten Feinde nicht die Bourgeois, die uns offen gegenüberstehen, sondern die schweigsamen und politisch rückgratlosen Elemente in den eigenen Reihen sind.

Wir müssen eine klare Situation schaffen. Für uns ist es unmöglich, uns der organisatorischen Einheit wegen Beschlüssen unterzuordnen, die nie und nimmer für uns als bindend betrachtet werden können. Eine Unterwerfung oder auch nur eine vorübergehende Duldung solch reaktionärer Beschlüsse, wie die Ablehnung des Beitritts in die III. Internationale, würde einer politischen Prostitution gleichkommen und würde für die schweizerischen Arbeiter ein wahres Unglück bedeuten. Nur wer die Augen gewaltsam vor dem Kommenden verschließt, kann sich der Auffassung hingeben, daß wir in eine sozialistische Aera hineingelangen können, ohne die Methoden der proletarischen Diktatur anzuwenden.

Wir haben eine zweite „gelbe“ Internationale und eine dritte Kommunistische Internationale. Jede verkörpert ein Programm, und wir haben zu wählen. Die Anhänger der gelben Internationale stehen auf dem Boden der sozialen Reform und wollen Arm in Arm mit den verbrecherischen Imperialisten den sozialen Zukunftsstaat bauen. In Wirklichkeit wird durch diese sogenannten Arbeiterführer eine Politik getrieben, die die Sklaverei der Lohnarbeiter auf unendliche Zeiten konserviert und den Kapitalismus nicht beseitigt, sondern nur reformiert. Die Erkämpfung der bürgerlichen sozialen Demokratie ist das Alpha und Omega dieser Auchsozialisten. Diese internationalen Sozialverräter sind gewillt, in engster Verschöpfung mit Junkern und Liberalen, unter Zuhilfenahme des Belagerungszustandes und weißen Terrors, alle jene niederzuringen, die den Kampf um die sofortige Beseitigung der Herrschaft des Kapitals führen wollen.

Die Anhänger der dritten, Kommunistischen Internationale erklären sich frank und frei für die proletarische Diktatur, d. h. für das Rätensystem. Nur die, die gesellschaftlich nützliche Arbeit leisten, sollen ein Selbstbestimmungsrecht beim Aufbau der künftigen Gesellschaftsordnung besitzen und ihre ganze Macht darauf verwenden, die bürgerliche Klassenherrschaft niederzuwerfen und endgültig zu beseitigen und damit für alle Zeiten der Lohnknechtschaft ein Ende zu bereiten. Für die eine oder andere dieser Richtungen gilt es, sich zu entscheiden. Die Hoffnung auf eine Internationale des Zentrums hat wohl jene Genossen geleitet, die sich bei Euch um Grimm scharen und die durch ihre passive Resistenz während der Urabstimmung über den Beitritt zur III. Internationale den Sieg der Rechten herbeigeführt haben. Diese ewig schwankenden Naturen werden trotz ihrem gewaltigen Aufwand von Sophistik Mühe haben, sich eine theoretische Basis für ihre Internationale schaffen zu können. Es bedarf keines prophetischen Auges, um zu erkennen, daß diese Bemühungen, eine weitere Internationale zu schaffen, gleichviel, ob sie von Erfolg begleitet sein werden oder nicht, einen Zerfleischungskampf unter den Arbeitern herbeiführen, die Front der Revolutionäre schwächen und nur den Tag des Sieges hinauschieben werden.

Genossen! Zwei Wege sind Euch gewiesen. Der erste Weg verlangt von Euch, daß Ihr imstande seid, das Ergebnis der Urabstimmung zu korri-

gieren, den Anschluß an die III. Internationale zu vollziehen und damit gleichzeitig die Elemente von rechts zu zwingen, dahin abzuschwenken, wohin sie schon längst gehören, in den nationalistischen Grütliverein. In diesem Klub harmloser Kleinbürger ist ihr wahres Heim. Dort soll ihnen nicht verwehrt werden, statt der „Internationale“ im Brustton der Ueberzeugung das Lied „Rufst du, mein Vaterland“ zu singen. Ehrlicher wird dann ihre Verbeugung vor dem „hohen“ Bundesrat, dem Sachwalter der Ausbeuter, Schieber und Wucherer in der Schweiz sein.

Der zweite Weg, den zu gehen Euch noch möglich ist, führt zur Verleugnung Eurer bisherigen Auffassung und Taktik. Euch, Genossen, im Schlepptau der Reformsozialisten zu wissen, würde mir die Schamröte ins Gesicht treiben. Haben wir vier Jahre die heuchlerische Absicht der Scheidemänner, Thomas und Renner etc. heruntergerissen, um im fünften Kriegsjahr mit den Renegaten wieder die Verbrüderung zu feiern? War unsere Verherrlichung Liebknechts, Rosa Luxemburgs und der ungezählten heroischen Kämpfer von allen Ländern nur eine Phrase und schöne Geste? Haben wir die Führer des revolutionären Rußlands und die Schaffung einer proletarischen Räterepublik in Rußland zwei Jahre bejubelt, um im dritten Sowjetjahr von ihnen abzurücken? Ich kann mir nicht denken, daß unsere verflossene Politik nur Schablonenpolitik ohne wirklichen revolutionären Inhalt war. Dessen bin ich sicher, daß Zehntausende von Schweizer Arbeitern es in den verflossenen Kämpfen ehrlicher gemeint haben, als das Urabstimmungsresultat kundgibt. Der formalen Einheit der Parteibewegung wegen dürfen wir uns nie und nimmer zu einem Prinzipienverrat hergeben. Das ist bisher unsere Schwäche gewesen, daß wir der Grimmschen Politik „weder das eine, noch das andere“ nicht stets auf das entschiedenste entgegengetreten sind. Unser Bedürfnis nach augenscheinlicher Macht hat uns immer mit Grimm zusammen vorgehen lassen, wodurch unsere Politik die Arbeiter nicht zur klaren Erkenntnis, sondern eher in Verwirrung brachte. Diese unaufrichtige und unlogische Politik des Zentrums hat uns schwach gemacht. Wir müssen jetzt zur Entscheidung drängen und können das am besten, wenn wir bei jedem Anlaß und vor allem auf dem nächsten Parteitag mit einem fest umrissenen klaren Programm in den Kampf gehen. Nichts soll abgeschwenkt werden oder ungesagt bleiben, weil wir befürchten müssen, keine Mehrheit auf unsere Seite zu bringen. Klarheit soll herrschen. Ihr müßt die Zügel fester greifen, eine zielbewußte Aufklärungsarbeit in kommunistischem Sinne betreiben. Durch feste Organisations- und Propagandazentren werden wir in kürzester Zeit die breitesten Schichten der Arbeiterschaft um uns scharen und zu gegebener Zeit in den Kampf führen können. Wir müssen die uns verbleibende Zeit nützen, um die Arbeiter über das Wesen und die künftigen Aufgaben in einer Räterepublik aufzuklären und sie mit den Methoden, die zur Festigung der Räteherrschaft angewandt werden müssen, vertraut zu machen. Gewiß müssen wir dann auch den Mut haben, einer Erschöpfungspolitik, wie sie ein Teil der Genossen befürwortet, entschieden entgegenzutreten.

Sollte Euch die Schwere der Aufgaben schrecken, so gedenkt Eurer heroischen Brüder im Osten. Unter dem Banner der III. Internationale hat das hungernde und frierende Petrograder Proletariat im beispiellosen Enthusiasmus die Angriffe Judenitschs und der englischen Flotte zurückgeschlagen. Die Kronstädter Matrosen haben im fürchterlichen Granatenhagel ausgehalten, um die proletarische Revolution zu retten. Unter den schwersten Bedingungen führt das russische Volk in Sowjetrußland den Kampf gegen Koltschak und Denikin, und wenn diese bereits entschieden aufs Haupt geschlagen sind, so deshalb, weil man hier fest an den Sieg unserer Sache glaubt. Wenn ich diesen Heldenmut sehe, und mir in Erinnerung rufe, wie zaghaft und ängstlich man bei uns ist, dann lege ich mir oft die Frage vor: woher mag das kommen? Unsere ewigen Bedenken und korrumpierenden Kompromisse müssen überwunden werden. Werft alle Bedenken beiseite, und schließt Euch den revolutionären Massentataillonen der III. Internationale an!

Fritz Platten.



Die jüdische kommunistische Bewegung.

I.

Die Oktoberrevolution von 1917 riß die selbständig organisierte jüdische Arbeiterbewegung nicht mit. In solchen Zentren wie Kiew, Odessa, wo die jüdischen Arbeitermassen immer unter dem Einfluß der gesamtrossischen proletarischen Bewegung gestanden hatten, wurden sie in den allgemeinen Lauf der bolschewistischen Bewegung hineingezogen. Dies aber wirkte nicht auf die politische Linie der jüdischen sozialistischen Gruppen ein, die hartnäckig ihren Kampf gegen die bolschewistischen „Utopien“ und die bolschewistische „Demagogie“ fortsetzten.

Tonangebend für alle anderen sozialistischen Gruppen war natürlich der „Bund“, diese älteste revolutionäre Massenorganisation der Juden. Die Vergangenheit des „Bund“ hat in den Jahren 1905—1906 Perioden jähler Hinneigung zum Bolschewismus jener Zeit aufzuweisen, aber seit 1907—1908 schwenkten die Führer des „Bund“ nach rechts ab und näherten sich immer mehr dem liquidatorischen Flügel der sozialdemokratischen Partei Rußlands. Seit 1912 tritt der „Bund“ in enge organisatorische Beziehungen zu den Menschewiki. Diese Beziehungen brach er seitdem bis zum Ausbruch der Revolution in Deutschland nicht mehr ab. In bezug auf den Krieg kämpften im „Bund“, wie auch in der ganzen Internationale vor der Revolution zwei Strömungen: die „Durchhalter“ und die sogenannten „Internationalisten“. Die Strömung der „Durchhalter“ siegte merkbar und wurde seit den ersten Tagen der Februarrevolution zur Parteiideologie des „Bund“. In Uebereinstimmung mit den Menschewiki unterstützte der „Bund“ die Koalitionsregierung und ihre Kriegspolitik. Der Mißerfolg der Offensive Kerenskis und der Juliaufstand des Proletariats führten zur Veränderung innerhalb des „Bund“. Die Ideen der „Verteidigung“ und der „Koalition“ mit der Bourgeoisie erleiden eine Niederlage, in der Partei siegen die Internationalisten, im „Bund“ macht sich eine neue taktische Linie bemerkbar: der Block mit dem städtischen und ländlichen Kleinbürgertum, dabei aber, wie früher, der Kampf gegen den Bolschewismus.

Dieselbe Stellung nahmen im Augenblick der Oktoberumwälzung eigentlich auch zwei andere nationalistische jüdische Gruppen ein. Im März 1917 wurde die „Vereinigte Jüdische Sozialistische Arbeiterpartei“ aus den Resten zweier Gruppen gebildet, die in der Periode der ersten Revolution getrennt existierten: der „zionistischen Sozialisten“ und der

„jüdischen Sozialisten“ (Seimowzy, Serpowzy). Die Teilnahme breiter jüdischer Massen an der revolutionären Bewegung führte, besonders in der Ukraine, wo die Traditionen des „Bund“ stets schwächer waren, zum ziemlich schnellen Wachstum dieser Partei. Ihre Hauptlösung wurde die „personal-nationale Autonomie“ für die Juden, eine Autonomie auf breiter Grundlage, die den jüdischen Massen die Möglichkeit sichern sollte, selbständig ihre kulturellen und selbst ihre sozial-ökonomischen Bedürfnisse zu befriedigen. Diese Losung führte der Bewegung die Massen des jüdischen Kleinbürgertums zu; als sich aber die revolutionären Wogen verliefen, wurde dieselbe Losung von der jüdischen Plutokratie und den Klerikalen zur Festigung ihres älteren Einflusses auf diese kleinbürgerlichen Schichten ausgenutzt.

Die Partei „Poalei Zion“ ließ in der Periode der zweiten russischen Revolution die aktive Agitation für die Uebergabe Palästinas an die Juden beiseite und betrieb ebenso wie die „Vereinigten“ mehr oder weniger radikale revolutionäre Agitation. Aber augenscheinlich hatte die zionistische Ideologie der „Poalei Zion“ sie davor geschützt, sich allzusehr von den Stimmungen der „Durchhalterei“ hinreißen zu lassen; ihr Nationalismus bestand nicht in der Verteidigung, nicht in der nationalen Staatlichkeit „fremder“ Nationen, sondern in dem Streben nach dem „eigenen“ zionistischen Vaterlande. Diese, wenn man sich so ausdrücken darf, „Exterritorialität“ des „Poalei-Zionismus“ machte ihn für die bolschewistischen Strömungen empfänglicher; er brauchte mit den Traditionen der Zweiten Internationale schon deshalb nicht zu brechen, weil er ihr früher niemals weder ideologisch noch formal angehört hatte.

Die Traditionen der Zweiten Internationale haben bei der Befreiung des ganzen Weltproletariats eine Verräterrolle gespielt. Dieselbe Rolle haben sie auch in der jüdischen Arbeiterbewegung gespielt. Die Parteidisziplin, die Einigkeit, die Organisation, alles das, was in der Periode der ersten Revolution dem „Bund“ mit Recht den Titel einer „Avantgarde der russischen Revolution“ eingebracht hatte, wandte sich im Oktober 1917 gegen das Proletariat; der „Bund“ hielt den natürlichen Ablagerungsprozeß in der jüdischen revolutionären Bewegung auf. Er wandte alle seine Agitationsenergie gegen die sozialistische Revolution, gegen die Diktatur des Proletariats, in dem Bestreben, die Arbeitermassen und die kleinbürgerlichen Massen auf der Grundlage der alten bürgerlich-demokratischen Ideen, wie die Konstituierende Versammlung, die nationale Autonomie u. dergl. zu vereinigen. In den Tagen der bolschewistischen Umwälzung unterstützte der „Bund“ die Idee der Koalition mit den anderen Sozialistischen Gruppen. Als dies zu nichts führte, blieb dem „Bund“ nur eins übrig: an die nahe Niederlage des Bolschewismus zu glauben und diese Niederlage durch Agitation zu fördern. Dieselbe Stellung nahmen die „Vereinigten“ und die „Poalei Zionisten“ ein. In einzelnen Gebieten Sowjetrußlands nahmen einzelne Gruppen der „Poalei Zionisten“ das Programm

der Sowjetmacht an, was sie aber durchaus nicht in Kommunisten verwandelte, und keinen Einfluß auf ihre nationalistische Ideologie hatte.

Ohne Spaltung in den Reihen der alten jüdischen sozialistischen Gruppen, besonders des „Bund“, konnte von einer kommunistischen Massenbewegung unter den jüdischen Arbeitern nicht die Rede sein. Unter dem Einfluß der Bewegung gingen einzelne jüdische Arbeiter aus den rechten jüdischen sozialistischen Gruppen zur Partei der Kommunisten über. Diese Bahnbrecher der jüdischen kommunistischen Bewegung schufen innerhalb der Kommunistischen Partei Rußlands kleine Abteilungen, die sogenannten jüdischen Sektionen der Kommunistischen Partei Rußlands. Aber auch diese Abteilungen konnten zu jener Zeit keinen großen Einfluß auf die jüdische Arbeiterbewegung ausüben, da sie hauptsächlich in Zentralrußland, fern von den westlichen und südlichen Randgebieten entstanden, wo die kompakten jüdischen Arbeitermassen konzentriert waren. Diese Bahnbrecher übernahmen auch die Arbeit der jüdischen Kommissariate. Ihre Aufgabe bestand darin, das jüdische Leben nach neuen Grundsätzen, den Forderungen der eingetretenen Epoche des sozialistischen Umsturzes entsprechend, zu organisieren. Aus den schon angeführten Gründen konnte der Einfluß dieser jüdischen Kommissariate ebenfalls nicht groß sein, da die organisierten jüdischen Arbeiter zu jener Zeit der kommunistischen Bewegung fernblieben.

Der Einfluß dieser Kommissariate war nur in moralischer Beziehung groß. Die jüdischen Massen erfuhren, daß die Sowjetmacht bereit ist, für die besonderen Bedürfnisse der Juden Sorge zu tragen, und zu diesem Zweck ein besonderes Regierungsorgan geschaffen hat.

Einen gleichen demonstrativen Charakter hatte auch die Gründung jüdischer kommunistischer Sektionen. Die Tatsache, daß es bei der Kommunistischen Partei ein Zentralbüro der jüdischen kommunistischen Sektionen gibt, das eine besondere Arbeit unter den Juden leitet, sagte den jüdischen Arbeitern sehr viel. Einen gewissen Einfluß hatte auch die kommunistische Literatur, die in den Ausgaben der Kommunistischen Partei Rußlands zum ersten Mal in jüdischer Sprache erschien.

Litauen und Polen waren die ganze Zeit über von Sowjetrußland abgeschnitten. In Weißrußland hat sich das politische Leben niemals durch große Beliebtheit ausgezeichnet. Anders gestaltete sich die politische Situation in der Ukraine. Der Umsturz am 25. Oktober, der die zentrale Koalitionsregierung in Petrograd stürzte, führte in der Ukraine anfangs zum Siege der nationalistischen ukrainischen Zentralrada, darauf zum viermonatlichen Bürgerkrieg, der mit der Errichtung der Sowjetmacht endete. Die jüdischen sozialistischen Gruppen standen in diesem Bürgerkrieg jenseits der Barrikaden, im Lager der kleinbürgerlichen Zentralrada. Zum Teil folgte dies aus ihrer gesamten politischen Position, die die Möglichkeit des Sozialismus verneinte und den Block mit dem Kleinbürgertum zu erreichen suchte. Zum Teil war dies die Folge ihrer nationalistischen Position. In der Ukraine wurde infolge der Vereinbarung zwischen den ukrainischen und

jüdischen kleinbürgerlichen Sozialisten der alte Traum der jüdischen Sozialisten zur Wirklichkeit: die jüdische nationale Autonomie mit einem besonderen jüdischen Ministerium, mit jüdischen Gemeinden und mit einer jüdischen Nationalversammlung in der Perspektive. Die „Demokratie“ feierte ihre Siege. Die Bolschewiki zerstörten dieses friedliche kleinbürgerliche Idyll, — was in den Augen der rechten Sozialisten ein neuer Beweis gegen die Diktatur des Proletariats war. Und die jüdischen Sozialisten saßen in der Zentralrada, nahmen Ministerposten ein und trugen die Verantwortung für die ganze, auf die Zertrümmerung der proletarischen Bewegung gerichtete Politik dieser Rada.

Schon der Januar 1918 brachte große Enttäuschungen. Die gepriesene ukrainische „Demokratie“ erwies sich als überaus chauvinistisch und sogar antisemitisch. Einzelne Judenhetzen fanden schon im November 1917 statt. Die Verkündigung der nationalen Selbständigkeit der Ukraine bedeutete den Bruch mit der russischen Revolution und die Unterwerfung unter den deutschen Imperialismus. Die reaktionäre Ideologie siegte. Zugleich erwies sich auch die gepriesene „demokratische“ jüdische Autonomie als Trug. Bei den demokratischen Wahlen gerieten die jüdischen Gemeinden in der erdrückenden Mehrzahl in die Hände der jüdischen Plutokratie und der Klerikalen. Wie wir sehen, bekam der Bund der jüdischen und der ukrainischen Demokratie schon im Januar 1918 einen Riß, dies aber drängte die jüdischen Sozialisten nicht nach links, sondern schuf nur Apathie und Mißtrauen unter ihnen. Den Kampf gegen den Bolschewismus setzten sie auch dann fort, als die Sowjetmacht für kurze Zeit eingesetzt wurde; sie kämpften gegen ihn auch später, nachdem die deutsche Okkupationsarmee von der Sowjetmacht besetzt worden war; sie kämpften gegen ihn bis zum Ausbruch der deutschen Revolution.

II.

Vom ersten Augenblick des europäischen Krieges an befanden sich Litauen und Polen — diese Wiege der jüdischen Arbeiterbewegung — unter dem Joch der Okkupation durch den deutschen Militarismus. Die jüdischen Arbeiter dieser beiden Länder waren von Rußland abgeschnitten und machten weder den stürmischen Sturz, noch die Enttäuschungen der ersten bürgerlichen Periode der Revolution, noch die Oktoberumwälzung mit dem durch diese hervorgerufenen stürmischen Kampf der verschiedenen Strömungen unmittelbar durch. Dafür aber wurden sie von den Illusionen der „Durchhalter“, von den nationalistischen Ideen verschont, die die Menschewiki und den russischen Teil des „Bund“ ergriffen.

Der Brester Friede, diese Folge des zeitweiligen Sieges des deutschen Imperialismus, führte zur Erweiterung des deutschen Okkupationsgebiets. Im April 1918 war das ganze westliche Randgebiet und der ganze Süden des früheren russischen Reichs, das ganze Territorium des früheren „jüdischen Ansiedlungsrayons“ mit der kompakten jüdischen Arbeiterbevölke-

nung von deutschen Truppen besetzt. Rußland war aus dem Weltkriege ausgeschieden. Die „Durchhalteideen“ in der jüdischen Arbeiterbewegung hatten sich längst überlebt. In der ersten Zeit hatte die plötzliche Veränderung der politischen Situation — der Uebergang von den Freiheiten der russischen Revolution zu den Annehmlichkeiten des Regimes der preußischen Junker — in weiten Kreisen des jüdischen Proletariats Enttäuschung, Apathie und politischen Indifferentismus hervorgerufen. Doch das dauerte nicht lange. Dieselbe deutsche Okkupation förderte die schnelle Beseitigung der nationalen Beschränktheit der ganzen menschewistischen Vorstellung von der Entwicklung der russischen Revolution. Durch die Niederlage der russischen Revolution in Unruhe versetzt, wandte sich der politische Gedanke unwillkürlich mit den Bolschewiki nach Westen und suchte in der europäischen Revolution, in der Revolution in Deutschland, Rettung vor der deutschen Okkupation, vor dem deutschen Militarismus. Das Schicksal der jüdischen Arbeiter wurde infolge des Brester Friedens sozusagen unmittelbar mit dem Schicksal des deutschen Proletariats verbunden.

Der proletarische Teil der menschewistischen Sozialdemokratie und des „Bund“ waren von tiefem Skeptizismus in bezug auf die sozialistische Revolution durchdrungen, die in Rußland, dem rückständigsten Lande in Europa, begonnen hatte. Wenn aber die Revolution auch in Deutschland ausbricht, wenn die Macht auch hier in die Hände des Proletariats übergeht, dann muß das Programm der Bolschewiki auch für die größten Skeptiker aufhören, eine Utopie zu sein und muß zum allgemeinen „kategorischen Imperativ“ für jeden wirklichen Sozialisten werden, der mit marxistischer revolutionärer Literatur vertraut ist. Besonders wichtig war der Ausbruch der Revolution gerade in Deutschland, von dessen Proletariat die Arbeiterinternationale stets so viel erwartet hatte; die Organisiertheit und das Klassenbewußtsein des deutschen Proletariats waren stets ein Beispiel für die gesamte Sozialdemokratie, und die deutschen Theoretiker des Marxismus sind lange Zeit die Führer der ganzen Internationale gewesen.

Alles dies erklärt in genügendem Maße, warum die deutsche Revolution einen so starken, man kann sagen erschütternden Einfluß auf die organisierten jüdischen Arbeiter ausübte. Von November 1918 an beginnt eine fieberhafte Revision der ganzen Ideologie. Der orthodoxe Menschewismus kapituliert mit einem Mal, von ihm wendet sich der ganze revolutionäre Teil des „Bund“ sowie der anderen sozialistischen Parteien ab. Die deutsche Revolution zieht innerhalb dieser Parteien jene Grenze, die die Oktoberrevolution in ganz Rußland gezogen hatte: rechts bleiben die kleinbürgerlichen Elemente, bleibt alles das, was von dem jüdischen Kleinbürgertum an der Arbeiterbewegung teilgenommen hat; links — die wirklich revolutionären Elemente, für die der Sozialismus nicht nur eine schöne Theorie, sondern eine konkrete Aufgabe des Klassenkampfes

ist. Unter diesen revolutionären Elementen wird noch lange über die Methoden der sozialen Umwälzung gestritten werden, diese Elemente werden sich noch lange an die Ueberbleibsel der früheren reformistischen Ideologie klammern, früher oder später aber müssen sie zum Bolschewismus kommen, als der einzig möglichen Form des Kampfes um den Sieg des Proletariats.

Ein ganzes Jahr dauerte diese innere Evolution und der Kampf in den Reihen des „Bund“ in Weißrußland, ebenso langsam vollzieht sich die Evolution in Litauen und Polen. Aber in der Ukraine hat sich dieser Prozeß des Uebergangs zum kommunistischen Programm infolge besonderer Entwicklungsbedingungen der Bewegung mit revolutionärer Beschleunigung vollzogen. Von den jüdischen Sozialisten in der Ukraine kann man sagen, daß sie ihre Taktik in 24 Stunden geändert haben. Ende Februar 1919 hatte die kommunistische Organisation der jüdischen Arbeiter fast endgültige Gestalt angenommen. Dies war das Resultat jener zweiten ukrainischen Revolution, die unverzüglich auf die ersten Schläge der deutschen Revolution folgte. Bei diesem Moment wollen wir uns ausführlicher aufhalten.

Oben haben wir bereits die enge Verbindung hervorgehoben, die im Laufe des ersten Revolutionsjahres zwischen den jüdischen Sozialisten in der Ukraine und der ukrainischen Zentralrada bestand. Die jüdischen Sozialisten unterstützten die ukrainische nationale Bewegung dadurch, daß sie mit ihr gegen die revolutionäre bolschewistische Bewegung der Arbeiter und Bauern kämpften. Wir haben gesehen, welche großen Enttäuschungen die ukrainische kleinbürgerliche Demokratie den jüdischen Sozialisten in der Periode des Brester Friedens brachte, als die reaktionär-nationalistische Physiognomie der kleinbürgerlichen Rada zutage trat, die danach strebte, sich vom revolutionären Rußland abzusondern und innerhalb des Landes das ganze Leben gewaltsam zu ukrainisieren. Schon damals zeigte sich in dieser Bewegung eine antisemitische Strömung. Die Zentralrada wurde im Mai 1918 von den deutschen Bajonetten gestürzt, die sie selbst zum Kampf mit der gegen sie gerichteten Volksbewegung herbeigerufen hatte. Die Herrschaft des Hetmans wurde eingesetzt.

Im November 1918 unternahmen die Funktionäre der alten Zentralrada, die sich zum ukrainischen Nationalverband organisiert haben, einen Aufstand gegen den Hetman unter der Parole der „unabhängigen“ Ukraine. An die Spitze der Bewegung stellt sich das Ukrainische Direktorium mit Winnitschenko als Vorsitzenden und Petljura als Befehlshaber der Armee. Dank der Unterstützung, die ihm von zahlreichen revolutionären Partisangruppen der Kommunisten und der ukrainischen Sozialrevolutionäre zuteil wird, hat der Aufstand Erfolg. Am 14. Dezember zieht das Direktorium an der Spitze einer großen revolutionären Armee in Kiew ein. Die politische Physiognomie dieser neuen Regierung offenbart sich von Tag zu Tag deutlicher. Die Bauernschaft und zum Teil die Arbeiter hatten

sich im Namen ihrer sozialen Interessen erhoben, sie kämpften im wahren Sinne des Wortes für Land und Freiheit. Die Führer der Bewegung aber waren bestrebt, sie ins Geleise eng nationalistischer Aufgaben zu bringen. Der Ukrainische Nationalverband und das Direktorium waren in politischer Hinsicht die Wortführer der Interessen und Wünsche des städtischen Kleinbürgertums und der Großbauern. Sie wollten die ukrainische Macht der Großbauern einsetzen, deshalb wurde die Losung der „nationalen Ukraine“ ausgegeben. Gleichzeitig war die ganze politische Ideologie des Direktoriums zu Zwecken national-sozialer Demagogie bolschewistisch gefärbt. Die Macht des werktätigen Volkes, seine Diktatur wurde proklamiert. Die Bourgeoisie und die Grundherren wurden als ausbeutende Klassen, die dazu noch an der Errichtung der Hetmansherrschaft schuld waren, der politischen Rechte beraubt. An die Stelle der Konstituierenden Versammlung trat die Idee eines Kongresses des werktätigen Volkes, der Vertreter der Bauern und Arbeiter und der arbeitenden Intellektuellen. In nationaler Hinsicht widersprach diese Formel den Interessen des Ukrainischen Nationalverbandes nicht, während sie die Klassenbewußten Bevölkerungsschichten, die einer anderen Nationalität angehörten (die russischen und polnischen Grundherren, die jüdischen, russischen und ausländischen Kapitalisten) von der Teilnahme am politischen Leben ausschloß.

Im Laufe von zwei Monaten trat das eigentliche Wesen der Bestrebungen des Direktoriums klar zutage. In dem leidenschaftlichen politischen Kampf, der in dieser Zeit in der Ukraine tobte, mußte jede politische Gruppe eine bestimmte Stellung einnehmen, für Schwankungen war kein Platz. Die jüdischen Sozialisten begegneten dem Direktorium mit Mißtrauen, darauf wurde mit jeder Wendung des Direktoriums nach rechts irgend eine Illusion der alten Kompromißler zu Grabe getragen, die revolutionären Elemente der jüdischen sozialistischen Partei wurden nach links, in das Lager der gegen das Direktorium kämpfenden Kommunisten gestoßen. Die Phrasen von der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft wurden bald enthüllt. Das Direktorium führte einen offenen Kampf gegen die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und stellte sich politisch unter die Führung des rechten Flügels des Ukrainischen Kongresses und des Hetmans der galizischen Setschewiki*) Konowaletz. Das Direktorium enthüllte sich bald als militärische Strafexpedition gegen die Arbeiter und Bauern. Der Kongreß des werktätigen Volkes und die örtlichen Raden wurden so organisiert, daß in ihnen die ukrainischen Großbauern das Uebergewicht erhielten. Die „Demokratie“ versuchte, sich in bolschewistisches Gewand zu hüllen, und erlitt bald Bankrott, nachdem sie nicht davor zurückgeschreckt war, Judenhetzen in Shitomir und Berdi-

*) Setschewiki (von „Setsch“, eine altertümliche kriegerische Organisation der Kosaken) nannten sich die Anhänger einer nationalistischen volkstümlichen Richtung.

tschew zu organisieren, als dies im Kampf gegen die Sowjets notwendig erschien. Vor die Wahl zwischen dem Bündnis mit Sowjetrußland und der Unterwerfung unter die Entente gestellt, wählte das Direktorium letzteres und übergab schon im Januar dem französischen Landungsheere die Eisenbahnen der Ukraine. Im Feuer des revolutionären Kampfes lernten die jüdischen Sozialisten schnell, sie erhielten sozusagen Anschauungsunterricht im Klassenkampf. Zu gleicher Zeit spielte sich in Deutschland das erste revolutionäre Drama ab. Die Spartakusbewegung erlitt eine Niederlage und rief dadurch gleichsam alle Revolutionäre auf, das von ihr begonnene Werk zu vollenden. Die Idee der „Demokratie“ hatte in den Augen der jüdischen Sozialisten doppelten Bankrott erlitten. Die kleinbürgerlichen Schichten, die in das Lager der Gegenrevolution (den Ukrainischen Nationalverband und das Direktorium) übergegangen waren, wurden bald ihres Nimbus beraubt und die Konstituierende Versammlung, die auch in Deutschland, diesem zur sozialistischen Gesellschaftsordnung objektiv vorbereiteten Lande, in die Hände der Bourgeoisie geraten war, hatte endgültig den Kredit verloren.

Mitte Januar 1919 stand die Mehrzahl des „Bund“ und der „Vereinigten jüdischen sozialistischen Partei“ schon auf dem Boden des Sowjetprogramms, im aktiven Bündnis mit der Kommunistischen Partei und beteiligte sich am bewaffneten Kampf um die Sowjetmacht. Am 1. März wurde auf der allukrainischen Konferenz des „Bund“ die Spaltung der Organisation endgültig offenkundig, die sich schon auf dem Kongreß der Werk tätigen offenbart hatte, an dem zwei Fraktionen des „Bund“ teilgenommen hatten: 1) die das Sowjetprogramm anerkennende und 2) die der menschewistischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands treue. Die Mehrzahl änderte auf dieser Konferenz auch die alte Benennung der Partei, die sich nach dem Austritt des rechten Flügels „Kommunistischer Bund“ nennt. Nach zwei Wochen nimmt auch die „Vereinigte jüdische sozialistische Partei“ auf ihrer dritten Parteikonferenz die Benennung „Vereinigte jüdische Kommunistische Partei“ an. Innerhalb der Partei „Poalei Zion“ findet ein Kampf statt, doch diese Gruppe ist durch die Teilnahme ihrer Führer am Kabinett des Direktoriums politisch desorganisiert und demoralisiert. Die verschiedenen Elemente dieser Partei waren durch die nationalistische zionistische Ideologie vereint, die dem rechten wie dem linken Flügel der „Poalei Zion“ eigen ist, besonders im Augenblick, da die Perspektiven des Zionismus dank der Unterstützung der Entente, die den Juden Palästina zu übergeben verspricht, näherücken. Erst später, Ende August, kommt es auf der allrussischen Konferenz in Homel zur Spaltung in dieser Partei. Neben der alten „Jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Poalei Zion“ entsteht eine neue — die „Jüdische Kommunistische Partei“ (Poalei Zion). Langsam vollzieht sich die Differenzierung auch im „Bund“ in Weißrußland. Aber auch hier tritt die Mehrzahl des „Bund“ auf der Konferenz in Homel, im November 1919, der III. Internationale bei und beschließt, aus der Sozial-

demokratischen Arbeiterpartei Rußlands auszutreten. Nach Berichten aus den Gebieten, die jenseits des Kordons liegen, wird diese Stellung auch von der Mehrzahl des „Bund“ in Litauen und Polen eingenommen. Der Vereinigung mit der Kommunistischen Partei sind hier einige Uneinigkeiten in allgemeinen politischen Fragen wie auch nationalistische Stimmungen und Vorurteile hinderlich.

Seit der Bildung zweier jüdischer kommunistischer Parteien in der Ukraine stand vor beiden Gruppen die Frage der Vereinigung der jüdischen kommunistischen Bewegung und ihrer Verschmelzung in eine einheitliche kommunistische Partei. Trotz des Bürgerkrieges, der die Verbindung zwischen den Städten unterbrach, entwickelte sich der Prozeß der Differenzierung innerhalb der alten jüdischen sozialistischen Parteien in allen Städten in gleicher Weise, und überall stellte die Mehrzahl sich auf die Seite des kommunistischen Programms. Es wurden über die Verschmelzung der Parteien seit dem ersten Tage, an dem kommunistische Ideen in die Parteien eindringen, Verhandlungen geführt. Nur in einer Frage mußte eine Einigung erzielt werden: in der nationalen. Im Laufe von zwei Revolutionsjahren hat die Losung der national-personalen Autonomie bei der Verschmelzung der jüdischen sozialistischen Parteien eine ungeheure Rolle gespielt, wobei die alten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem „Bund“ mit seiner kulturellen Autonomie und den „Serpowzy“, die eine Autonomie auf breiter Grundlage anstrebten, welche sich auf die Sphäre ökonomischer Fragen und der nationalen Vertretung erstrecken sollte, bald ausgeglichen, bald vertieft wurden. Soweit beide Parteien gegenwärtig auf dem Standpunkt der sozialistischen Revolution stehen und in einem Lande arbeiten, wo die Sowjetmacht, die Macht des Proletariats herrscht, hat die Forderung der nationalen Autonomie jeden Sinn verloren. Diese Forderung mußte früher als Garantie gegen nationale Unterjochung und gewaltsame Assimilation dienen, die für die bürgerliche Ordnung bezeichnend sind. Unter der Herrschaft des Proletariats aber ist eine nationale Unterjochung nicht möglich; kein Teil des Proletariats kann irgendwelche besondere Garantien gegen einen anderen Teil des Proletariats fordern. Die Frage muß von einem anderen Gesichtspunkte beleuchtet werden; der Apparat der Sowjetmacht muß so organisiert sein, daß er die Bedürfnisse aller Werktätigen, die verschiedenen Nationalitäten angehören, befriedigen kann. Die jüdischen Kommunisten, die auf ihrem früheren Standpunkt beharrten, daß der Begriff „Nation“ auch auf das jüdische Volk anwendbar sei, das in seiner erdrückenden Mehrzahl eine Sprache, die jüdische, spricht, begannen sowohl auf staatlichem Gebiete als auch auf dem Gebiete der Parteiarbeit nach entsprechenden Organisationsformen zu suchen. Das Prinzip des Zentralismus in der Leitung mußte mit der Bildung einer besonderen nationalen Organisation, die der Arbeitermasse nahesteht, vereinigt werden. Eine solche Form war die „jüdische Sektion“ in den einzelnen Kommissariaten und in der allgemeinen Partei.

Als zwischen dem „Bund“ und zwischen der „Vereinigten Partei“ Einigkeit erzielt war, wurde gleichzeitig eine Konferenz beider Parteien einberufen, und auf der vereinigten Sitzung vom 22. Mai 1919 wurde der einheitliche „Jüdische Kommunistische Verband“ gegründet, der unter der abgekürzten jüdischen Benennung „Farband“ populär geworden ist.

Der „Farband“ hat als besondere jüdische kommunistische Organisation im Laufe von drei Monaten funktioniert. In dieser Zeit hat er 65 Nummern der jüdischen Wochenzeitung „Kommunistische Fohn“*) (die „Kommunistische Fahne“) herausgegeben, das Manifest der Kommunistischen Internationale in jüdischer Sprache in einer großen Anzahl von Exemplaren, das auf dem VIII. Parteikongreß angenommene Programm der Kommunistischen Partei Rußlands sowie andere kommunistische Literatur jüdischen bürgerlichen Organisationen, der Gemeinden, der internationalen klärt. Zur Zeit der Offensive Denikins wurde eine große Gruppe verantwortlicher Leiter zur politischen Arbeit in der Armee an die Front entsandt. Der „Farband“ stellte die Beseitigung der Ueberbleibsel der jüdischen bürgerlichen Organisationen, der Gemeinden, der internationalen Sekretariats, wo die jüdischen Zionisten und Klerikalen saßen, auf die Tagesordnung. Die Orientierung der Zionisten auf den Sieg der Entente, mit der sie reguläre Verbindungen unterhielten, und die Agitation für Palästina und zugleich für Denikin und Koltschak, die der Heranziehung der Arbeiter zur Roten Armee hinderlich war, und überhaupt der Widerstand, den die Zionisten der staatlichen Arbeit der Sowjetorgane entgegensetzten — alles dies führte, auch auf Initiative des „Farband“, zur Einstellung der Tätigkeit der Zionisten und Klerikalen. Zur Beschleunigung der mit der Einberufung der jüdischen Arbeiter in die Rote Armee verbundenen Arbeit wurde beim Kriegskommissariat in Kiew eine besondere jüdische Sektion organisiert, die das Wochenblatt „Die Rote Armee“ herausgab und Agitatoren und Instruktooren nach verschiedenen Orten entsandte. Beim Kommissariat der Volksaufklärung wurde eine besondere Sektion für Aufklärungsarbeit in jüdischer Sprache in- und außerhalb der Schule gegründet. Der „Farband“ übernahm auch die Unterstützung der jüdischen Bevölkerung, die durch die Judenhetzen Schaden erlitten hat (Zentralsektion beim Kommissariat für soziale Fürsorge). Auf diese Weise leistete der „Farband“ die gleiche Arbeit wie das jüdische Kommissariat in Zentralrußland.

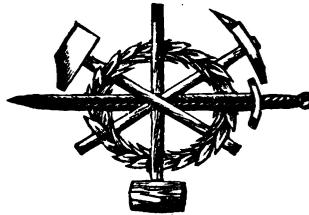
Die Siege Denikins haben die große schöpferische kommunistische Arbeit unterbrochen. Kurz vor der Aufgabe Kiews wurde der „Farband“ auf Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands in den Bestand der Kommunistischen Partei mit den Rechten einer jüdischen Sektion aufgenommen. Die aus der Ukraine evakuierten

*) In Odessa erschien in derselben Zeit die Wochenzeitung „Die Kommunistische Stimme“ in jüdischer Sprache.

Parteiarbeiter zerstreuten sich in Westrußland nach allen Seiten hin und förderten hier das Wachstum der kommunistischen Bewegung.

Im letzten Halbjahr ist die jüdische kommunistische Bewegung auch in den westlichen Teilen Rußlands erstarkt. Die Konferenzen im Juni (Moskau) und im November (Witebsk) konnten einen Umschwung in der Stimmung der jüdischen Arbeitermassen, den Bruch mit den Parteien der Kompromißler feststellen. Die Parteiwochen in Homel, in Witebsk und in anderen Städten haben der Kommunistischen Partei Rußlands viele Hunderte jüdischer Arbeiter zugeführt. In Witebsk erscheint eine Tageszeitung „Der Stern“, in Homel eine Wochenschrift „Bjednota“. Dort gibt es auch einen großen Verlag. Die Bewegung wird von dem Zentralbüro in Moskau geleitet, das die Monatsschrift „Die Kommunistische Welt“ herausgibt und gleichfalls die Bewegung im Ausland (in Polen, Amerika, Galizien) fördert.

M. Rafes.



Gesundheitsschutz in Sowjetrußland.

1. Allgemeine Bedingungen der Tätigkeit des Volkskommissariats für Gesundheitsschutz.

Das durch Dekret des Rates der Volkskommissäre vom 21. Juli 1918 gegründete Volkskommissariat für Gesundheitsschutz zog im Juli 1919 das Fazit seiner einjährigen Tätigkeit.

Die ungünstigen äußeren Bedingungen, unter denen die Arbeit der Volkskommissariate verlief, machten sich mit besonderer Stärke auf dem empfindlichen Apparat geltend, dessen Aufgabe es ist, das Teuerste zu hüten, das der Mensch besitzt — das Leben und die Gesundheit. Wenn das schwere Erbe, das wir von der kapitalistischen Staatsordnung und dem imperialistischen Kriege übernommen haben, sich überhaupt jedem Neuaufbau seitens der Sowjetregierung hindernd in den Weg stellte, so wirkte es am nachteiligsten auf das Heil- und Sanitätswesen. Die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung, die wirtschaftliche Zerrüttung, die Blockade der Sowjetrepublik seitens der Imperialisten, der Bürgerkrieg — all dies erschwerte die Maßnahmen zur Vorbeugung und Heilung der Krankheiten auf das äußerste. Es hält schwer, sanitäre Vorbeugungsmaßregeln durchzuführen, wenn unzulängliche Nahrung den menschlichen Organismus schwächt und ihm Erkrankungen leicht zugänglich macht, wenn es der Bevölkerung an dem Notwendigsten zur Befolgung der elementarsten Regeln der Hygiene mangelt. Es hält schwer, die nötige Behandlung der Kranken durchzuführen, wenn wir infolge der Blockade der „Verbündeten“ die notwendigsten Arzneien entbehren, wenn die Lebensmittelschwierigkeiten uns nicht gestatten, den Patienten auf Diät zu setzen.

Trotz alledem aber ist die sanitäre Lage Sowjetrußlands gegenwärtig nicht schlimmer, sondern bedeutend besser, als in den Randstaaten, die sich unter dem Joch der weißgardistischen „Höchstregierenden“ befinden, obgleich die Weißgardisten in Hülle und Fülle mit allem Nötigen versorgt werden: mit Lebensmitteln, Arznei und ärztlichem Personal. Sowjetrußland hatte diesen Sommer fast keine Choleraepidemie; über die Denkinsche Satrapie aber ergoß die Cholera sich in weitem Strom, der zahlreiche Opfer forderte. Sowjetrußland hat im Sommer die Flecktyphus-epidemie fast gänzlich bekämpft. Die Gegenden Sibiriens und des Urals aber, die wir von der Herrschaft Koltshaks befreit haben, sind fast durchgängig von Flecktyphus verseucht: die Gefangenen, die wir von Koltshak machten, und die aus Sibirien zurückkehrenden Flüchtlinge sind fast alle

mit epidemischen Krankheiten behaftet. Die Grippe-Epidemie haben wir leicht überstanden, bedeutend leichter als selbst Westeuropa; die Cholera-epidemie verlief im vorigen Jahr ebenfalls verhältnismäßig günstig; bloß der Flecktyphus fand im verflossenen Winter recht weite Verbreitung.

Daß es uns überhaupt gelingt, trotz der ungünstigen Umstände Epidemien und Krankheiten, diese unvermeidlichen Begleiter des imperialistischen Gemetzels, mit verhältnismäßigem Erfolg zu bekämpfen, haben wir den von der Sowjetmacht geschaffenen neuen sozialen Bedingungen zu verdanken.

Überall und immer fordern die Epidemien besonders zahlreiche Opfer unter der armen Bevölkerung, aus den Reihen der Werktätigen. Die Sowjetmacht ist die Macht der Werktätigen. Die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung gibt der Möglichkeit Raum, den sanitären Arbeitsschutz auf die richtige Grundlage zu stellen und einschneidende Maßnahmen des Mutter- und Säuglingsschutzes zu ergreifen; die Aufhebung des Privateigentums auf Häuser und Grundbesitz gestattet es, die Lösung der Wohnungsfrage in richtige Bahnen zu lenken; dank der Einführung des Getreidemonopols kann der vorhandene Lebensmittelvorrat an erster Stelle den Werktätigen, den Notleidenden zugeteilt werden; dank der Nationalisierung der Apotheken wird der den Klauen der Spekulanten entrissene spärliche Vorrat an Medikamenten gleichmäßig und sparsam verteilt usw. Wir können ruhigen Gewissens sagen, daß keine einzige andere Macht instände gewesen wäre, die unermeßlichen, ja schier unüberwindlichen Hindernisse, die sich dem Schutz der Volksgesundheit unter den jetzigen Umständen in den Weg stellen, zu bewältigen.

Ein weiterer Umstand, der die schwierigen Bedingungen erleichtern half, war die Vereinigung des gesamten Medizinalwesens in einem einzigen rechtsfähigen Organ — dem Volkskommissariat für Gesundheitsschutz. An Stelle der über die verschiedenen Ressorts verstreuten Organe, der Zersplitterung von Kraft und Mitteln, des Mangels an Einklang in dem Vorgehen der verschiedenen Organe für Volksgesundheit, wurde ein einziges Organ geschaffen, das den Kampf nach einem einheitlichen Plan unter möglichst großer Sparsamkeit an Kraft und Mitteln führt.

Die Theorie und Praxis der Medizin wiesen schon längst auf die Notwendigkeit einer solchen Vereinigung des gesamten Medizinalwesens in einem einzigen rechtsfähigen Organ hin. Besonders lebhaft wurde dieses Thema vor dem Krieg in der russischen und ausländischen Fachliteratur behandelt. So schrieb ein französischer Arzt bereits 1913 in dem Blatt „Hygiène“: „Oft interessiert sich ein Präfekt für die öffentliche Gesundheit und möchte sich ihr nützlich erweisen. Um sich hierin die Unterstützung der Regierung zu sichern, muß er sämtliche Ministerien in Paris durchwandern und mit Dutzenden von Verwaltungschefs Rücksprache nehmen. Es bedarf großer Beharrlichkeit, um nicht den Mut zu verlieren und aus Verzweiflung über diese Marter die ganze Sache aufzugeben.“ „Insbesondere“, fährt der Verfasser fort, „bezieht sich das auf

die Bekämpfung der sozialen Krankheiten, wie z. B. der Tuberkulose und des Alkoholismus. Wo, in welchem Ministeriumsdepartement kann die Bekämpfung der Tuberkulose eingeleitet, begonnen und durchgeführt werden? Jetzt hängt es von dem Arbeitsministerium ab (billige Wohnungen, gegenseitige Versicherung, Hygiene der Werkstätten und Läden), von dem Landwirtschaftsministerium (Hygiene der Nahrung und Beaufsichtigung der zum Verkauf gelangenden Milch), vom Ministerium des Innern (sanitäre Verordnungen an die Gemeinden und Desinfektion), vom Ministerium für Volksbildung (ärztliche Inspektion der Schulen). Wenn die Regierung befragt wird, was sie zum Schutz der Gesundheit gegen ihren ärgsten Feind zu unternehmen gedenkt, müssen vier Minister (Heer, Flotte und Kolonien nicht miteingerechnet) an den Debatten teilnehmen. Mit einem Wort, wenn die Abteilungen für Hygiene über die verschiedenen Ministerien und Aemter verstreut sind, gibt es kein Mitglied der Regierung, das für die Hygiene, für die Volksgesundheit verantwortlich wäre. Die Gründung des erwähnten Ministeriums für Volksgesundheit würde Ordnung in dieses Chaos bringen und System anstelle von Willkür setzen.“

Diese Vereinigung des gesamten Medizinialwesens in einem Verwaltungsorgan wurde in Rußland durch das Dekret der Sowjetregierung vom 21. Juli 1918 bewerkstelligt. Das Volkskommissariat für Gesundheitsschutz wurde als vollberechtigtes Ministerium gegründet mit den folgenden Hauptabteilungen: die Abteilung für Sanitätswesen und Epidemieologie, die Abteilung für Heilwesen, die pharmazeutische, medizinische und allgemeine Versorgungsabteilung, die Abteilung zur Bekämpfung sozialer Uebel (venerischer Krankheiten und der Prostitution, sowie der Tuberkulose), die Abteilung für Kinderschutz (sanitäre Beaufsichtigung der Schulen, Bekämpfung des Kinderelends, Organisation der physischen Kultur usw.), die Abteilungen für Militärmedizinialwesen, für Verkehrsmedizinialwesen usw.

Die praktische Leitung des ganzen Medizinial- und Sanitätswesens befindet sich in Händen von Arbeiterorganisationen — den Sowjets der Arbeiter- und Rotarmistendeputierten; sämtliche Sanitätsmaßnahmen werden unter aktivster Teilnahme der Arbeiterorganisationen durchgeführt (als Beispiel seien die bekannten Arbeiterkommissionen erwähnt, die bei der Bekämpfung der Cholera und des Flecktyphus unschätzbare Dienste leisteten).

Dieser Art sind die Maßnahmen, die neuen Bedingungen für die Tätigkeit auf dem Gebiet des Sanitäts- und Heilwesens geschaffen und die Arbeit trotz der überaus schweren äußeren Umstände möglich gemacht haben.

Im folgenden Kapitel geben wir eine gedrängte Uebersicht der Tätigkeit des Kommissariats. Hier wollen wir bloß eine Illustration anführen: als konkretes Beispiel wollen wir die Organisation für Heil- und

Sanitätswesen in der Stadt Moskau vor der Oktoberrevolution und jetzt, nach zweijährigem Bestehen der Sowjetmacht, vergleichen.

	Vor der Oktober- revolution	Jetzt
Zahl der allgemeinen Krankenbettstellen (nur für die Zivilbevölkerung)	etwa 8 000	„ 22 000
Sanitäre Bettstellen	„ 100 000	„ 1 500 000
Ambulatorien	„ 15 000	„ 46 000
Sanitätsärzte	„ 20 000	„ 34 000
Sanitätshilfsärzte	(gar keine)	„ 50 000
Aerzte zur Beaufsichtigung der Lebensmittel .	etwa 10 000	„ 28 000
Schulärzte	„ 31 000	„ 137 000
usw.		

Hierher gehören auch die neuen ärztlich-sanitären Organisationen, die von der Sowjetmacht für die ärmste Bevölkerung geschaffen wurden: unentgeltliche ärztliche Behandlung zu Hause (diese Frage stand 10 Jahre lang auf der Tagesordnung, war aber bis zum Oktober 1917 noch nicht aus dem Stadium der Reden und Debatten herausgekommen), die von etwa 80 Aerzten und 160 weiblichen Feldschern nach einzelnen Stadtbezirken besorgt wird; Ambulanzhilfe in besonderen Fällen durch wachhaltende Aerzte und Sanitätsautomobile. Ferner seien erwähnt die auf neuer Grundlage aufgebaute Bekämpfung der Tuberkulose und der Syphilis als sozialer Uebel; die weite Tätigkeit in der Verbreitung von Kenntnissen über Hygiene und Sanitätswesen; weitentfaltete unentgeltliche zahnärztliche Hilfe (10 Ambulatoren für je 25 Patienten); die Erteilung psychiatrischer Hilfe nach Bezirken; die Verwaltung der nationalisierten Apotheken und ihre zweckmäßige Verteilung über die Bezirke usw. Jedoch erschöpft diese als Beispiel angeführte Liste noch längst nicht all das Neue, das die Sowjetmacht auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes im Laufe von zwei Jahren ihres Wirkens in Moskau geschaffen hat.

Soweit die Quantität. Was die Qualität betrifft, so ist der Einteilung der Medizin in „erstklassige, für Reiche“ und „drittklassige, für Arme“ ein für allemal ein Ende gemacht worden.

In allen Stadtkrankenhäusern empfangen jetzt die besten Spezialisten Moskaus; man kann ruhig sagen, daß es jetzt keinen einzigen bedeutenden Spezialisten — Arzt oder Professor — gibt, an den jeder beliebige Bewohner der Sowjethauptstadt sich nicht kostenfrei um Rat oder Vornahme einer Operation wenden könnte.

Nicht anders, wenn auch natürlich in anderem Maßstabe, ist es um den Gesundheitsschutz in allen übrigen Städten bestellt.

Auf eine solche Höhe vermochte die Sowjetmacht trotz aller Schwierigkeiten das Heil- und Sanitätswesen im Laufe von zwei Jahren zu bringen.

2. Ein Jahr der Tätigkeit.

Während das Volkskommissariat für Gesundheitsschutz seine Tätigkeit entfaltet und seinen Aufbau vornahm, hatte es zugleich alle Hände voll mit der Bekämpfung der einander abwechselnden Epidemien zu tun. Im vorigen Sommer durchzog ein Orkan der „spanischen Krankheit“ das Land. Expeditionen und Sanitätskolonnen wurden in die verschiedenen Gegenden entsandt zum Studium dieser wenig bekannten Krankheit und zur praktischen Bekämpfung der Epidemie. Eine Reihe von wissenschaftlichen Versammlungen wurde veranstaltet. Rundfragen wurden in den betreffenden Gegenden vorgenommen. Im Ergebnis dieser Erforschungen wurde die Verwandtschaft der unbekannteren „Spanischen Krankheit“ mit der Influenza (der Grippe) festgestellt. Entsprechende wissenschaftliche und populäre Literatur gelangte zur Veröffentlichung.

Die Epidemie der spanischen Krankheit verlief recht schnell und verhältnismäßig günstig. Bedeutend langwieriger und schwerer war die Bekämpfung der Flecktyphusepidemie, die im Winter 1918—1919 mit besonderer Stärke auftrat. Es genügt zu erwähnen, daß bis zum Sommer 1919 etwa $1\frac{1}{2}$ Millionen Personen den Flecktyphus durchmachten. Für das Volkskommissariat für Gesundheitsschutz kam die Epidemie nicht als Ueberraschung; sie wurde bereits früher erwartet. Schon im Herbst 1918 wurde eine Reihe von Beratungen mit Vertretern der örtlichen Abteilungen und mit Spezialisten-Bakteriologen abgehalten. Ein Plan zur Bekämpfung der Epidemie wurde ausgearbeitet, entsprechende Rundschreiben wurden über das Land verbreitet. Ein Dekret über Maßnahmen zur Bekämpfung des Flecktyphus wurde dem Rat der Volkskommissäre zur Begutachtung vorgelegt. Eine Reihe von wissenschaftlichen Versammlungen wurde veranstaltet. Versuche wurden gemacht, Lymphe zur Vorbeugung und Heilung des Flecktyphus anzuwenden. Eine Anzahl wissenschaftlicher Broschüren und volkstümlicher Schriften und Flugblätter über den Flecktyphus wurde herausgegeben.

Die Choleraepidemie, die im Sommer und Herbst 1918 ziemlich großen Umfang erreichte und auch im Sommer 1919 erwartet wurde, trat 1919 nicht stark auf, obgleich direkte Gefahr einer Uebertragung der Krankheit aus den Denikinschen Truppen vorlag, wo sie recht stark wütete. Als Vorbeugungsmaßnahmen wurde zu weitreichender Desinfizierung (sog. Chlorierung) des Trinkwassers geschritten; Choleraimpfungen wurden in weitem Maße durchgeführt.

Zur Verhütung der Pockenepidemie, die sich 1918—1919 zu verbreiten drohte, wurde ein Dekret über obligatorische Pockenimpfung ausgearbeitet, das am 10. April 1919 von dem Rat der Volkskommissäre bestätigt wurde. Dieses Dekret füllte eine große Lücke in unserer Sanitätsgesetzgebung aus. Ferner wurden diesbezügliche Instruktionen an die örtlichen Institutionen erlassen und Regeln über Gewinnung des Impfstoffes ausgearbeitet. Etwa

5½ Millionen Rubel wurden zur Durchführung des Dekrets angewiesen, und ungefähr 5 Millionen Dosen Impfstoff verteilt.

Heilvakzine und Lymphpe waren in der von Europa abgeschnittenen Republik nicht vorhanden. Das Volkskommissariat für Gesundheitsschutz nationalisierte daher schleunigst alle großen bakteriologischen Institute, eröffnete neue (z. B. für den Bezirk Saratow), versorgte sie mit allem Nötigen, erweiterte ihre Arbeit, zentralisierte und organisierte die Versorgung in der Weise, daß das Land während der ganzen Zeit der Epidemie keinen Mangel an Lymphpe und Vakzinen litt.

Es muß besonders hervorgehoben werden, daß die gesamte praktische Bekämpfung der Epidemien auf neuer Grundlage geführt wurde — auf der Grundlage der unmittelbaren Anteilnahme der ganzen Bevölkerung und in erster Reihe der Arbeiter- und Bauernmassen. Sogar die Berichterstatte bürgerlicher Blätter, die Rußland besuchten, mußten anerkennen, daß die Sowjetmacht den Kampf gegen die Epidemien auf neuer Grundlage, unter Heranziehung der ganzen Bevölkerung führe. Einen unschätzbaren, unersetzlichen Dienst erwiesen in dieser Hinsicht die sog. Arbeiterkommissionen, die sich aus Vertretern der Gewerkschaften, der Fabrikkomitees und anderer Proletarier- und Bauernorganisationen zusammensetzten. Die in Einklang mit den Gesundheitsämtern tätigen Arbeiterkommissionen sorgten in energischer Weise für Sauberkeit, ergriffen verschiedene Maßnahmen zur Eröffnung von Badeanstalten und Wäschereien für die Bevölkerung, zur Versorgung der Bevölkerung mit gekochtem Wasser während der Choleraepidemie, zur Verbreitung von Kenntnissen über das Sanitätswesen usw.

Zur finanziellen Unterstützung der örtlichen Arbeitskräfte wies das Volkskommissariat für Gesundheitsschutz vom 1. Oktober 1918 bis zum 1. Oktober 1919 den lokalen Exekutivkomitees etwa 292 000 000 Rubel zur Bekämpfung der Epidemien an.

Was die Maßnahmen zur Vorbeugung von Krankheiten und Epidemien betrifft, so sorgte das Volkskommissariat für Gesundheitsschutz für Schutz des Wassers, der Luft und des Bodens, arbeitete entsprechende Maßnahmen aus und verwirklichte sie, beschäftigte sich mit Fragen der Lebensmittelhygiene usw. Von besonderer Bedeutung ist hier die Fürsorge um geeignete Wohnungen für die werktätige Bevölkerung. Das Volkskommissariat für Gesundheitsschutz arbeitete ein Dekret über sanitäre Wohnungsinspektion aus, das von dem Rat der Volkskommissäre angenommen wurde. Ferner wurden Regeln und Instruktionen über sanitäre Wohnungen ausgearbeitet und Kurse zur Vorbereitung von Wohnungsinspektoren organisiert.

Mit der Bekämpfung der Epidemien und mit der sanitären Tätigkeit des Kommissariats ging die intensive Unterweisung der breiten Massen über das Sanitätswesen Hand in Hand. Eine Reihe von Broschüren und Flugblättern wurde herausgegeben; in Moskau und in der Provinz wurden

Museen für soziale Hygiene eröffnet und Ausstellungen über Gesundheitsschutz veranstaltet. In nächster Zukunft steht die Eröffnung eines wissenschaftlichen Instituts für Schutz der Volksgesundheit bevor, in dem wissenschaftliche Probleme des Sanitätswesens, der Hygiene und der Bekämpfung ansteckender Krankheiten zur Behandlung gelangen sollen.

Dem Volkskommissariat für Gesundheitsschutz wurden im vergangenen Jahr sämtliche Heilanstalten unterstellt, die früher verschiedenen Ressorts und Institutionen angehört hatten. Trotz aller äußeren Schwierigkeiten hat das Heilwesen, systematisiert und geordnet, im letzten Jahr nicht nur gelitten, sondern im Gegenteil sich verbessert und erweitert; insbesondere wurde viel getan, um das Heilwesen kostenfrei und allgemein zugänglich zu machen.

Besondere Aufmerksamkeit schenkte das Volkskommissariat für Gesundheitsschutz der Bekämpfung der sozialen Krankheiten — der venerischen Krankheiten und der Tuberkulose. Entsprechende örtliche Organe wurden geschaffen, Ambulatorien und Heilanstalten für Veneriker eröffnet, die Zubereitung spezieller Präparate zur Heilung der Syphilis erweitert (vom Salvarsan allein wurden über 60 Kilogramm verteilt). Zur Bekämpfung der Tuberkulose wurde das Netz der Sanatorien im Zentrum und in der Provinz verzehnfacht, an vielen Stellen wurden Ambulatorien eröffnet; besondere Fürsorge wurde der Kindertuberkulose zugewendet. Hauptsächlich aber — und das ist einer der wichtigsten Faktoren in der Bekämpfung der sozialen Krankheiten — wurde eine weite Tätigkeit in der Belehrung der Bevölkerung über Hygiene und Gesundheitspflege entfaltet und eine rege Verbindung mit den Arbeiterorganisationen hergestellt.

Von den größten Kurorten des Südens waren wir durch Denikin abgeschnitten. Die übrigen Kurorte — Lipzek, Staraja Russa, Elton, Sergijewsk u. a. — wurden den Werktätigen zugänglich gemacht. Und in diesen Heilstätten, in denen ehemals die Bourgeoisie die Folgen eines Schlaraffen- und Lasterlebens loszuwerden suchte, finden jetzt die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands Gesundung und Unterkunft.

Bekanntlich wurde Rußland früher aus dem Auslande (insbesondere aus Deutschland) mit Medikamenten versorgt. In Rußland selbst wurden fast gar keine Arzneimittel fabriziert. Die imperialistische Blockade stellte die Sowjetrepublik daher in eine geradezu verhängnisvolle Lage. Das Volkskommissariat für Gesundheitsschutz schritt alsbald an die Nationalisierung des Apothekerwesens und rettete dadurch die vorhandenen Vorräte an Heilmitteln vor Mißbrauch und Spekulation. Im Verein mit dem Obersten Rat für Volkswirtschaft wurden schleunigst neue Fabriken eröffnet, die Verfertigung von Medikamenten auf eine weite Grundlage gestellt, den Spekulanten Hunderttausende von Kilogrammen an Medikamenten abgenommen. Das Zentrallager des Volkskommissariats für Gesundheitsschutz verabfolgte im Laufe von 10 Monaten (September

1918 bis Juni 1919) an die Provinz (nur für die Zivilbevölkerung) Medikamente für 24½ Millionen Rubel, Verbandzeug für 9 Millionen Rubel, chirurgische Instrumente für 1½ Millionen Rubel, Utensilien für Krankenpflege für etwa 1 Million Rubel, Vakzinen und Lymphen für 1½ Millionen Rubel, Röntgenapparate für 300 000 Rubel usw.; dabei steigt die Verabfolgung von Medikamenten mit jedem Monat.

Das Militärsanitätswesen wurde während dieses Krieges, zum Unterschied von allen früheren Kriegen, ebenfalls auf neuer Grundlage aufgebaut. In ihrem Bestreben, das Medizinalwesen zu vereinheitlichen, mußte die Staatsmacht logischerweise auch das unmittelbar und ausschließlich den Organen der Militärverwaltung unterworfenen Militärsanitätswesen den Militärbehörden entziehen und der allgemeinen Organisation des Volkskommissariats für Gesundheitsschutz einverleiben. Auf diese Weise wird dem Volkskommissariat für Gesundheitsschutz die einheitliche Leitung des gesamten Medizinal- und Sanitätswesens der Republik überlassen. Es bildet sich hierdurch eine einzige mediko-sanitäre Front im Lande, was für die systematische Durchführung antiepidemischer Maßnahmen besonders notwendig ist. Dank dieser Struktur konnte das Heer trotz der ungemein schwierigen Bedingungen der Uebergangszeit vor einer weiten Verbreitung epidemischer Krankheiten (Flecktyphus, Unterleibstypus, Pocken, Dysenterie, Cholera u. ä.) geschützt werden. Im Jahre 1918—1919 wurden nicht mehr als 20—30 Cholerafälle in der Roten Armee gezählt; an Flecktyphus erkrankten (bis zum Herbst) nicht mehr als 4—5% der gesamten Heeresmannschaft, an Dysenterie — 0,01%, an Rückfalltyphus — etwa 0,5%.

Die Behörde für Militärsanitätswesen sah sich in der Lage, eine große Anzahl von Krankenbettstellen in den Hospitälern den Kranken zur Verfügung zu stellen. Die Zahl der Bettstellen verhielt sich zum Zifferbestande der Armee wie 1 : 7. Sämtliche Evakuationsstellen mit über 2000 Krankenbetten besitzen Hospitäler oder Abteilungen für besondere Arten von Krankenhilfe.

Das unter den Kriegsbedingungen so schwer durchführbare Prinzip der Verwertung der Aerzte nach ihrer Spezialität kommt seiner Verwirklichung mit jedem Tage näher. Alle Evakuationsstellen sind mit chemisch-bakteriologischen Laboratorien versorgt; fast jede hat ein Röntgenkabinett. Allgemeine Sanitäts- und Hygienemaßnahmen werden regelmäßig durchgeführt.

Die Impfungskampagne zur Vorbeugung von Cholera- und Typhuserkrankungen erreichte im Prozentverhältnis die Ergebnisse der Kampagne von 1914—1917.

Zur Heilung der an venerischen Krankheiten leidenden Rotarmisten bestehen 11 spezielle Hospitäler, die insgesamt 4630 Patienten aufnehmen können; ferner wurden an 49 weiteren Hospitälern Abteilungen für Veneriker eröffnet. Außerdem wurde ambulatorische Behandlung für Veneriker

organisiert und das erste Musterambulatorium des Militärressorts für Haut- und venerische Krankheiten eröffnet. Es werden Kenntnisse über das Wesen und die Gefahr der venerischen Krankheiten verbreitet und Vorlesungen mit Lichtbildern veranstaltet.

Die zahnärztliche Hilfe in der Armee ist zum ersten Male auf eine weite Grundlage gestellt. Gegenwärtig funktionieren 68 zahnärztliche Ambulatorien in den Militärbezirken und 62 an den Fronten. Ferner wurden besondere Hospitäler für Kieferkrankheiten eröffnet.

Dank der Vereinigung des gesamten Medizinal- und Sanitätswesens in einem besonderen selbständigen Kommissariat konnte dem Heil- und Sanitätswesen in der Armee die nötige Richtung gegeben werden, ohne die Interessen der Zivilbevölkerung merklich zu beeinträchtigen. Sogar bei der Mobilisierung des medizinischen Personals wurde den Interessen der Zivilbevölkerung soweit Rechnung getragen, daß die notwendigen ärztlichen Kräfte von der Einberufung befreit wurden. Ungefähr 25 % der einberufenen Aerzte wurden als unentbehrlich auf ihren Posten belassen. Dennoch beträgt die Zahl der mobilisierten und an die Front gesandten Aerzte 1 auf 300—400 Rotarmisten.

Große Aufmerksamkeit wurde ebenfalls der Aufklärungstätigkeit auf dem Gebiete des Sanitätswesens zugewandt. Jedem sanitären Militärverwaltungsorgan wurde eine besondere Abteilung oder Person zugeteilt, die für die sanitäre Aufklärung der Truppen Sorge tragen. Zahlreiche Schriften über das Sanitätswesen werden verbreitet, volkstümliche Vorlesungen, Wander- und Dauer-Ausstellungen über Sanitätswesen und Hygiene veranstaltet; in großem Maßstabe wird die Vorbereitung von unterem und mittlerem ärztlichen Personal, insbesondere von roten barmherzigen Schwestern und roten Feldscherinnen betrieben.

Die Fürsorge um die Gesundheit der Kinder nimmt in keinem Lande Europas eine so hervorragende Stelle ein, wie in Sowjetrußland. Nicht nur die Aerzte, sondern auch die breiten Bevölkerungsmassen werden zu diesem Werk herangezogen. Bereits im Dezember 1917 wurde ein Rat zum Schutz der Gesundheit der Kinder gebildet, der sich aus Aerzten, aus Vertretern des Volkskommissariats für Gesundheitsschutz, aus Pädagogen des Volkskommissariats für Aufklärung und Vertretern proletarischer Organisationen (der Gewerkschaften, der Fabrikausschüsse), Vertretern des kommunistischen Jugendverbandes und der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung zusammensetzt.

Das Interesse der Aerzte und Pädagogen für den Schutz der Gesundheit der Kinder stieg erheblich dank den zwei allrussischen Kongressen für Schulhygiene (die im März und August stattfanden). Allorts, nicht nur im Zentrum, sondern auch in den Provinzstädten wurden an den Gouvernements- und zum Teil auch an den Kreisgesundheitsämtern Abteilungen für Gesundheitsschutz der Kinder eröffnet.

Der Gesundheitsschutz der Kinder zerfällt in drei Hauptaufgaben:

1. sanitäre Beaufsichtigung aller Kinderinstitutionen: der Schulen, Kinderheime, Kindergärten, Krippen usw.; 2. Körperkultur; 3. Verteilung der Kinder nach ihrem Gesundheitszustand in ärztlich-pädagogische Institutionen (Wald- und Hilfsschulen, Kolonien für zurückgebliebene Kinder u. a.).

Um der Tätigkeit für Gesundheitsschutz der Kinder System zu verleihen, sind im Zentrum, an dem Amt für Schutz der Kindergesundheit 12 ärztlich-pädagogische Musteranstalten gegründet worden, die der Provinz als Vorbild dienen und gleichzeitig theoretisch und praktisch einschlägige Fragen ausarbeiten und Maßnahmen ergreifen.

Für körperlich und geistig gesunde Kinder wurde im Oktober 1918 ein Institut für Körperkultur mit Musterschulen (in der Stadt und außerhalb der Stadt) gegründet. Das Institut dient als Laboratorium für Kinderarbeit und körperliche Uebungen (Sport und Gymnastik) und als Wegweiser für die sozialistische werktätige Erziehung der heranwachsenden Generationen. An dem Institut werden Versuche an Schulkindern vorgenommen und praktische Wege ausfindig gemacht zur Vereinigung aller Arbeitsprozesse in einer einheitlichen Arbeitsschule Sowjetrußlands. Ferner bestehen am Institut systematische Kurse für Instruktoren der Körperpflege.

Als Organe für das Studium und die Behandlung der Kinder dienen die Kinderambulatorien (Schulambulatorien). Sie sortieren die Kinder, die ärztlicher Behandlung und eines vereinfachten Lehrprogramms bedürfen: a) kranke Kinder werden in Krankenhäusern und Schulanatorien untergebracht; b) schwache und tuberkulöse Kinder werden in Wald- und Steppenschulen geschickt; c) ein Teil derer Kinder kommt in Hilfsschulen und Heil- und Erziehungskolonien. Wo es genügend zahnärztliche Kräfte gibt, werden besondere zahnärztliche Ambulatorien für Kinder eingerichtet. Tuberkulöse Kinder werden von einer Gruppe von Aerzten in einem besondern Ambulatorium behandelt (Gruppe zur Bekämpfung der Tuberkulose). Hier wird auch in das Familienleben des Proletarierkindes Einschau gehalten, es wird in den Kinderklubs gespeist, mit Kleidung, Schuhen, Arznei, Fischlebertran u. a. versehen.

Die Abteilung für Gesundheitsschutz der Kinder hat sich zum unerschütterlichen Prinzip gemacht, daß kein einziges erkranktes Kind ohne pädagogische Leitung in der entsprechenden ärztlich-pädagogischen Institution bleiben soll.

Sämtliche Institutionen zur Bekämpfung der physischen (Taubheit, Blindheit) und moralischen Defekte sind in einem gemeinsamen Zentrum vereinigt — in dem Institut für kranke Kinder mit einer Erforschungs- und Beratungsstelle und fünf anderen Einrichtungen: 1. der Hilfsschule für leichte geistige Zurückgebliebenheit, 2. der Schule und Heilanstalt für starke geistige Anormalität, 3. dem Nervensanatorium für geistes- und nervenranke Kinder, 4. der Heil- und Erziehungskolonie und 5. dem Taubstummen-Institut. In diesen Instituten

werden die künftigen Pädagogen durch Aerzte und pädagogische Fachleute mit der Erziehung der anormalen Kinder vertraut gemacht.

Als erstes Land der Welt hat Sowjetrußland bereits zu Beginn des Jahres 1918 dekretiert, daß Kinder bis 18 Jahren, selbst wenn sie die Gesetze übertreten haben und die öffentliche Ordnung gefährden oder sogar schädliche Mitglieder der Gesellschaft sind, nicht als Verbrecher gestempelt werden dürfen. Sie sind bloß beklagenswerte Opfer der anormalen Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft und bedürfen nur der Umerziehung. Die Vergehen dieser minderjährigen Rechtsverletzer können nicht den gewöhnlichen Gerichten übergeben werden, sondern sind ausschließlich der Kommission in Sachen der minderjährigen Rechtsverletzer unterstellt; zur Kommission gehören außer Vertretern der Justiz, Aerzte, Psychiater und Pädagogen. Solche Kommissionen mit einem Personal von Erziehern und Erforschern sind jetzt in allen Gouvernements- und zum Teil auch Kreisstädten tätig; sie besitzen Beobachtungs- und Verteilungsstellen; aus denen die minderjährigen Rechtsübertreter entweder den Eltern übergeben oder in Heil- und Erziehungskolonien gebracht werden.

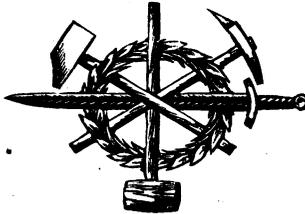
Sämtliche Institutionen für anormale Kinder, wie auch alle übrigen ärztlich-pädagogischen Einrichtungen werden in den Gouvernementsstädten und teilweise auch in den Kreisstädten eröffnet. In vielen Gouvernementsstädten bestehen gegenwärtig: Kinder- (Schul-) Ambulatorien, Hilfsschulen und Kolonien für moralisch defektive Kinder und hier und da auch Waldschulen und Schulsanatorien. In den Kreisstädten ist die meistverbreitete Art von ärztlich-pädagogischen Institutionen das Kinder-Ambulatorium (Schulambulatorium).

Wie aber ist die Gesundheit der Kinder bei der Lebensmittelkrise zu schützen, die Rußland jetzt notgedrungen durchmacht? Dieser Frage wandte das Amt für Schutz der Kindergesundheit seit Beginn seiner Tätigkeit ernste Aufmerksamkeit zu. Schon zu Anfang des Jahres 1918 wurden die ersten Kinder aus Petrograd in Kolonien gesandt. Das Amt ging stets von dem Prinzip aus, daß erst für die Nahrung der Stadtkinder gesorgt werden muß, für hygienische Bedingungen aber an zweiter Stelle. Zur Durchführung dieser gewaltigen Aufgabe hat die Sowjetmacht drei Kommissariate herangezogen: die Volkskommissariate für Aufklärung, für Verpflegung und für Gesundheitsschutz (Organisation von diätetischen Speisehäusern für kranke und von schweren Krankheiten genesende Kinder).

Durch ein Dekret vom 17. Mai 1919 wurde unentgeltliche Verpflegung der Kinder eingeführt. Die Verpflegung der Kinder bis zu 16 Jahren in den beiden Hauptstädten und in den Industriegebieten der konsumierenden Gouvernements geschieht nunmehr auf Kosten des Staates. Dieses Dekret legte die Grundlage zur sozialistischen Verteilung der Lebensmittel an die Kinder; doch auch vor dem Dekret über unentgeltliche Verpflegung erhielt das Amt für Kindergesundheitsschutz bereits 1918 50 000 000 Rubel für kostenfreie Verpflegung der Kinder und erzielte im November 1918 die Einführung einer besonderen Steuer für diesen Zweck.

Uebersehen wir mit einem Blick, was in Rußland vor der sozialen Revolution für die Gesundheit der Kinder getan wurde, so können wir sagen: es wurde nichts oder so gut wie nichts getan. Das Reichsbudget besaß nicht einmal einen besonderen Posten hierfür. Nach der Revolution schritt das junge sozialistische Land mit Eifer an dieses Werk, und trotz der überaus schweren wirtschaftlichen Zerrüttung gelang es im Laufe von zwei Jahren im Zentrum, wie auch in der Provinz die Notwendigkeit des fürsorglichen Schutzes der Kindergesundheit zur Erkenntnis zu bringen. Die Gesundheit der Kinder ist das Werk der Arbeiter selbst — das ist eine der Parolen, die den Arbeitern und Bauern Sowjetrußlands am nächsten stehen. Der Arbeiter- und Bauernstaat stellt den Schutz der Kindergesundheit hoch, denn er weiß nur zu gut, daß die jugendlichen Kommunisten die beste Gewähr des künftigen sozialistischen Rußlands bilden, daß einzig und allein eine körperlich und geistig gesunde Generation die Eroberungen der großen sozialen Revolution in Rußland festigen und das Land zum Endziel seiner Entwicklung — zur völligen Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung führen kann.

N. Semaschko.



Soziale Fürsorge in Sowjetrußland.

Das Entstehen des Instituts für soziale Fürsorge fällt in die kapitalistische Ära.

Das einzige Gut, das der Arbeiter unter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung besitzt, ist seine Arbeitskraft. Verliert er sie infolge von Krankheit, Verkrüppelung, vorgerücktem Alter und Invalidität oder wird er arbeitslos, so ist er jeder Existenzmittelbar und steht als Bettler da.

Bereits in der Morgendämmerung des Kapitalismus veranlaßte dieser Umstand die Arbeiterorganisationen, Schritte zur Versorgung ihrer Kameraden zu unternehmen, die auf die eine oder andere Weise aus dem Arbeitsgeleise gekommen waren. So entstanden bereits Ende des 17. Jahrhunderts „Arbeiterhilfsvereine“ in England und „Vereine zur gegenseitigen Unterstützung“ in Frankreich, die ihren Mitgliedern in Fällen von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Alter Hilfe angedeihen ließen und die ihres Ernährers beraubten Arbeiterfamilien unterstützten.

Mit dem Entstehen der Gewerkschaften ging die Aufgabe der Fürsorge für die Arbeiter auf sie über. Allein ebensowenig wie die genannten Unterstützungsvereine konnten die Gewerkschaften die Frage für die gesamte Arbeiterklasse, für alle Werktätigen, für sämtliche Fälle von Arbeits- und Verdienstverlust lösen.

Die Gewerkschaften und die Vereine für gegenseitige Unterstützung erstreckten ihre Tätigkeit bloß auf den bestbezahlten Teil der Arbeiterklasse, ohne die breiten Arbeitermassen in Betracht zu ziehen.

Zudem waren die ausschließlich aus Beiträgen der Arbeiter bestehenden Mittel der Gewerkschaften allzu gering, um den Arbeitsunfähigen und den ihres Ernährers verlustig gegangenen Familien angemessenen Beistand zu sichern.

Die kapitalistische Produktion mit ihrer unaufhaltsamen Ausbeutung der Arbeit erzeugt unter den Werktätigen eine enorme Erkrankungs-, Verkrüppelungs- und Sterblichkeitsziffer.

Der Staat, der unter der kapitalistischen Ordnung den vermögenden Klassen dient, sah sich unter dem Druck der Arbeiter genötigt, staatliche Arbeiterversicherung einzuführen, doch war die letztere bloß ein Palliativ, das keine wesentlichen Ergebnisse zeitigte.

Besonders schlimm war es, um die Versicherung der Arbeiter in Rußland bestellt. Das zaristische Gesetz von 1912 wie auch das Gesetz der Kompromißlerregierung von 1917 umfassen bloß einen geringen Teil der Arbeiter, — hauptsächlich diejenigen, die in großen Fabrikunternehmen tätig waren. Nach dem Gesetz von 1912 entfielen $\frac{2}{5}$ der Beiträge auf die

Industriearbeiter, während sie nach dem Gesetz von 1917 die Hälfte der Beiträge zu entrichten hatten. Für Handlungsgehilfen, Dienstboten, Transportarbeiter, Landwirtschaftsarbeiter gab es überhaupt keine Versicherung. Unterstützung wurde nur in Unglücks- und Krankheitsfällen erteilt. Bei Invalidität, vorgerücktem Alter und Arbeitslosigkeit blieben die Arbeiter völlig unversorgt.

Ebenso schwach stand es vor der Oktoberrevolution um die sog. Armenversorgung. Unter dem Zarenregime war die Organisation der Armenhilfe Sache der philantropischen Institutionen des ehemaligen Ressorts der Kaiserin Feodorowna, der Philantropischen Gesellschaft u. a., die die Not der viele Millionen zählenden bedürftigen Bevölkerung nicht zum hundertsten Teil linderten.

Nach der Oktoberrevolution stand die Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge vor einer großartigen Aufgabe. Die Fürsorge der Werkstätigen mußte in vollem Umfang durchgeführt werden. Mit der alten „Versorgung“ mußte endgültig gebrochen und an deren Stelle die Fürsorge der Arbeitsunfähigen und Bedürftigen auf sozialistischer Grundlage aufgebaut werden.

Die soziale Fürsorge war nun nicht mehr Wohltätigkeitssache, nicht mehr mildtätige Gabe, sondern das Recht jedes Werkstätigen, der die Arbeitsfähigkeit eingebüßt hat und in Not geraten ist. Gegen die Nichtsteuer und Parasiten, die sich unter der bürgerlich-gutsherrlichen Ordnung ein warmes Nestchen gebaut hatten, begann ein unerbittlicher Kampf. Das Recht auf Fürsorge wurde bloß den Arbeitsunfähigen und solchen zuerkannt, die keine anderen Existenzquellen besitzen. Wer gesund ist, muß arbeiten. Wer durch seine Lage sichergestellt ist, hat kein Anrecht auf Fürsorge. An Stelle der früheren armseligen Unterstützung, der Wohltätigkeit, der Philantropie wurde rationelle soziale Hilfe gesetzt. Die Verstümmelten müssen geheilt, mit Prothesen versehen und irgend ein Handwerk gelehrt werden, damit sie auch ferner arbeiten können und dem Staat nicht zur Last fallen. Den unbemittelten Kranken muß rationelle Hilfe in Krankenhäusern oder Sanatorien zu teil werden. Hilflose Invaliden sollen in Invalidenheimen untergebracht werden, obdachlose Kinder — in Krippen, Kinderheimen, Asylen für Mutter- und Säuglingsschutz, wo sie Pflege und Unterricht erhalten. Den Arbeitsunfähigen und Mittellosen soll eine Pension in Höhe des Existenzminimums ausgesetzt werden usw.

Auf der Grundlage obiger Prinzipien hat die Arbeiter- und Bauernregierung eine umfangreiche Tätigkeit auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge entfaltet.

Soziale Fürsorge für Werkstätige und deren Familien.

Die Arbeiter- und Bauernregierung hat ein Dekret über soziale Fürsorge für Werkstätige erlassen. Dieses Dekret erstreckt die soziale Fürsorge ohne Ausnahme auf alle Werkstätigen, deren Existenzquelle die eigene Ar-

beit ist ohne Ausbeutung fremder Arbeit. Den Werkträgern ist Fürsorge gesichert unabhängig davon, ob sie in staatlichen, nationalisierten, privaten oder öffentlichen Unternehmen, Institutionen oder Betrieben, bei Privatpersonen oder aber selbständig arbeiten. Auch die sich mit Hausarbeit beschäftigenden arbeitsunfähigen Familienmitglieder der Werkträgern sind in das Fürsorgegesetz eingeschlossen. Sie werden somit dem Hauspersonal gleichgestellt.

Ein Anrecht auf Versorgung entsteht laut dem neuen Dekret in sämtlichen Fällen von Verlust der Existenzmittel, wie infolge von zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit, hervorgerufen durch allgemeine Erkrankung, durch Verkrüppelung, Schwangerschaft und Niederkunft, so auch infolge von beständiger Arbeitsunfähigkeit (Invalidität), hervorgerufen durch Verkrüppelung, Krankheit, Alter u. dergl. Ferner erstreckt sich die Fürsorge auf Verlust der Existenzmittel infolge unverschuldeter Arbeitslosigkeit.

Somit sieht das neue Dekret eine Fürsorge für jede Art von Arbeitsunfähigkeit — infolge von Krankheit, Verkrüppelung, Invalidität, vorgerücktem Alter, Mutterschaft — vor, ebenso wie für Fälle von Arbeitslosigkeit.

Außerdem macht das neue Gesetz den Organen für soziale Fürsorge zur Aufgabe, Maßnahmen zur Vorbeugung von Erkrankungen, Unglücksfällen, Invalidität u. a. zu ergreifen, d. h. den Arbeitsschutz durchzuführen.

Im Fall von Erkrankung hat jeder Werkträger laut Gesetz ein Anrecht auf jede Art ärztlicher Hilfe — auf erste Hilfe bei plötzlicher Erkrankung, ambulatorische Behandlung in jeder Spezialität, Geburtshilfe, Behandlung in Krankenhäusern, ärztliche Hilfe zu Hause, Unterkunft in Kurorten und Sanatorien u. a., ferner auf Arzneien und Heilmittel, ergänzende Nahrung, ärztliches Zuhör und Hilfsmittel, die erforderlich sind für den Erfolg der Heilung und die Linderung der Folgen von Krankheit und Unglücksfällen (Brillen, Krücken, Prothesen u. dergl.).

Ärztliche Hilfe wird erteilt, solange sie nötig ist.

Außer unentgeltlicher Behandlung hat jeder Werkträger, der infolge von Verlust der Arbeitsfähigkeit oder infolge von Arbeitslosigkeit seinen Verdienst einbüßt, ein Anrecht auf Unterstützung oder Pension. Behält der Arbeitsunfähige oder Arbeitslose einen Teil seines Verdienstes, oder hat er andere Erwerbsquellen, so wird die entsprechende Summe aus seiner Unterstützung oder Pension abgezogen. Somit wird bloß den Arbeitsunfähigen und Mittellosen soziale Fürsorge zuteil.

Im Fall zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit oder von Verkrüppelung erhält der Geschädigte bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit Unterstützung in der Höhe seines Verdienstes.

Schwangeren und Wöchnerinnen wird Unterstützung in der Höhe ihres Arbeitslohns von 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Niederkunft zuteil, wenn sie sich mit physischer Arbeit beschäftigen, und

von 6 Wochen, wenn sie zu einer anderen Kategorie der Werktätigen gehören.

Nähernde Mütter erhalten von dem Tage, an dem ihre Wochenbettunterstützung aufhört, bis Ablauf des neunten Monats eine Unterstützung in der Höhe von $\frac{1}{4}$ der Wöchnerinnenunterstützung.

Bei Arbeitslosigkeit wird bis zum Arbeitsantritt Unterstützung im Betrag des Mindestlohnsatzes der gegebenen Ortschaft erteilt.

Geht der Werktätige infolge von Krankheit, Verkrüppelung, vorgerücktem Alter u. a. der Arbeitsfähigkeit für immer verlustig, so wird ihm eine Pension ausbezahlt. Beträgt die Arbeitsunfähigkeit über 60 %, so wird dem Betreffenden eine Pension in der vollen Höhe des 25-fachen Durchschnittstageslohns der Gegend, wo er lebt, zuerkannt. Bei Verlust von 45—60 % der Arbeitsfähigkeit erreicht die Pension $\frac{3}{4}$ der vollen, bei 30—45 % Arbeitsunfähigkeit $\frac{1}{2}$, bei 15—30 % $\frac{1}{5}$ der vollen Pension. Ist der Verlust der Arbeitsfähigkeit unter 15 %, so wird keine Pension ausgesetzt.

Die Auszahlung der Pension geschieht während der ganzen Dauer der Arbeitsunfähigkeit. Bei Eintritt einer Veränderung in dem Grad der Invalidität wird die Pension entsprechend verringert oder erhöht; zu diesem Zweck werden die Invaliden in gewissen Zeitabständen ärztlicher Untersuchung unterzogen.

Die Pension kann ebenfalls verringert werden, wenn in der materiellen Lage des Pensionärs eine Veränderung erfolgt, wenn sein Verdienst steigt oder er andere Einnahme findet.

An Stelle einer Pension können die Invaliden in Invalidenheimen untergebracht werden, deren Zweck es ist, nicht nur Unterkunft zu bieten, sondern die Invaliden auch zu unterrichten und ihre Arbeitsfähigkeit zu heben.

Ein besonderes Dekret der Arbeiter- und Bauernregierung versorgt auch die Familien der Werktätigen nach dem Tode des Ernährers.

Die Kandidaten müssen folgenden Bedingungen entsprechen: sie müssen keine anderen Existenzmittel außer dem Unterhalt seitens des Verstorbenen besitzen, der letztere muß bei Lebzeiten keine fremde Arbeitskraft ausgebeutet haben, die Familienglieder des Verstorbenen müssen erwerbsunfähig sein. Die Höhe der Pension wird folgendermaßen festgesetzt: eine einzelne Person erhält 60 % des Minimallohnsatzes (Existenzminimums) der betreffenden Gegend, zwei Personen erhalten 75 %, drei und mehr Personen 100 %. Von der Pensionssumme werden etwaige andere Einkünfte, Unterstützungen, Verdienst, sowie der Preis der Naturalunterstützung abgezogen.

Soziale Fürsorge für Soldaten der alten und der Roten Armee und ihre Familien.

Während die Zarenregierung und die Kompromißlerregierung Kerenskis den Generälen und Offizieren hohe Pensionen aussetzten, warfen sie den zu

Krüppeln gewordenen Soldaten und deren Familien armselige Brocken zu. Die Pension eines völlig invaliden Soldaten betrug in der Zaren- und der Kompromißperiode bloß 216 Rubel jährlich, während die Hinterbliebenen eines Soldaten nicht mehr als 48 Rubel jährlich erhielten. Die Arbeiter- und Bauernregierung erhöhte die Pension der invaliden Soldaten sofort nach der Oktoberrevolution auf 1125 Rubel jährlich; im Januar 1919 wurde eine Pension von 3000 Rubel das Jahr festgesetzt, im Oktober aber wurde die Pension derjenigen der Rotarmisten gleichgestellt (siehe unten).

In gleicher Weise wurde auch den Familien der gefallenen Soldaten des alten Heeres die Pension erhöht. Zum Januar 1919 erhielt eine alleinstehende Witwe 1500 Rubel jährlich, eine Witwe mit 1—2 Kindern 2000 Rubel, eine Witwe mit 3 und mehr Kindern 2250 Rubel jährlich, im Oktober desselben Jahres aber wurden die Betreffenden den Familien der Rotarmisten gleichgestellt.

Das Dekret über Auszahlung von Pension an die Soldaten der Roten Armee und ihre Familien wurde am 7. August 1918 erlassen. Die Invalidenpension für die Rotarmisten wurde bei völligem Verlust der Arbeitsfähigkeit auf 3000 Rubel jährlich festgesetzt, bei Verringerung der Arbeitsfähigkeit von 70—100 % auf 2100 Rubel, bei Verringerung von 40—70 % auf 1200 Rubel und bei Verringerung um 15—40 % auf 450 Rubel jährlich. Am 28. v. J. wurde die Pension der Kriegsinvaliden derjenigen der Arbeitsinvaliden gleichgestellt, d. h. bei Verlust von mehr als 60 % der Arbeitsfähigkeit erhalten die Soldaten den vollen Betrag der Pension in der Höhe des Durchschnittslohnes ihres Wohnortes, bei 45—60 % Arbeitsunfähigkeit $\frac{3}{4}$, bei 30—45 % $\frac{1}{2}$, bei 15—30 % $\frac{1}{5}$ des vollen Pensionsbetrages.

Die Familien der getöteten, verstorbenen oder verschollenen Rotarmisten beziehen eine Pension in der Höhe von 60 % des Durchschnittslohns der betreffenden Gegend, wenn ein Familienmitglied arbeitsunfähig ist. Bei 2 Arbeitsunfähigen in der Familie beträgt die Pension 75 %, bei 3 oder mehr Arbeitsunfähigen 100 % des örtlichen Durchschnittslohns.

Besondere Aufmerksamkeit wandte die Arbeiter- und Bauernregierung auf die Versorgung der Familien der zum Militärdienst einberufenen Rotarmisten. Am 28. Dezember 1918 wurde ein Dekret erlassen, nach dem die arbeitsunfähigen Familienmitglieder des Rotarmisten, die von ihm ernährt werden und die mit seiner Einberufung mittellos blieben, für eine Person 100 Rubel monatlich erhalten, für jedes fernere Familienmitglied 60 Rubel, aber insgesamt nicht mehr als 300 Rubel monatlich pro Familie. Am 27. Mai 1919 wurde diese Unterstützung verdoppelt; am 11. September v. J. erfolgte eine neue Pensionserhöhung, die den Lohntarifzonen entsprechend zwischen 8 % (in den Gouvernements Ufa, Samara) und 50 % (für Petrograd) schwankte.

Die folgende Tabelle zeigt die Höhe der Pension nach Lohntarifzonen:

Zonen:	Zahl der Familienmitglieder:				
	1	2	3	4	5 und mehr
1	450	600	900	1200	1500
2	360	480	720	900	1200
3	300	400	600	800	1000
4	270	360	540	720	900
5	240	320	480	640	800
6	230	280	420	560	700
7	220	260	390	520	650

Zum 1. Dezember vorigen Jahres bezogen 5 383 870 Familienmitglieder der Rotarmisten vom Staat eine Geldunterstützung.

Verausgabt wurden im ersten Halbjahr 1919 1 Milliarde 300 Millionen Rubel, im zweiten Halbjahr nahe an 3½ Milliarden. Jedoch erhalten die Familienmitglieder der Rotarmisten nicht nur Geldunterstützung. Sie werden von Zahlung der Wohnungsmiete befreit, haben ein Anrecht auf eine ergänzende Lebensmittelkarte des „Roten Sterns“, werden der Zahlung von direkten Staatssteuern — außer der Naturalabgabe — enthoben, von Aussiedlung aus ihren Wohnungen und von Arbeitspflicht befreit, behalten ihr Anrecht auf die in ihrer Nutznießung befindlichen Landparzellen, erhalten Darlehen in Form von Saatkorn, totem und lebendem Inventar und Arbeitskraft zur Unterstützung ihrer Wirtschaften.

Versorgung der Opfer der Gegenrevolution.

Die weißgardistischen Aufstände und der Bürgerkrieg veranlaßten die Arbeiter- und Bauernregierung, eine Reihe von Maßnahmen zur Versorgung der Opfer der Gegenrevolution zu unternehmen. Am 3. September 1918 wurde eine entsprechende Verfügung erlassen. Diese letztere machte es dem Kommissariat für soziale Fürsorge zur Aufgabe, die von der Gegenrevolution in Mitleidenschaft gezogenen werktätigen Elemente und ihre Familien in Stadt und Land mit Obdach, Nahrung, Kleidung, ärztlicher Hilfe, Arbeit usw. zu versehen; die der Not anheimgefallenen Erwerbsunfähigen und Mittellosen (Kranke, Verwundete, Invaliden, ihres Ernährers beraubte Familien u. a.) zu versorgen; das vernichtete Hab und Gut, die zerstörten Wirtschaften der werktätigen Elemente in Stadt und Land wiederherzustellen. Das Kommissariat für soziale Fürsorge entfaltete auf diesem Gebiet eine weitgehende Tätigkeit. Die örtlichen Abteilungen des Kommissariats setzten Kommissionen ein, deren Aufgabe es war, den Grad der Bedürftigkeit der in Mitleidenschaft Gezogenen festzustellen und ihnen die eine oder die andere Hilfe zukommen zu lassen. Bedeutende Summen wurden den einzelnen Gouvernements für diesen Zweck von dem Kommissariat angewiesen. So erhielt das Gouvernement Archangelsk 1 250 000 Rubel, das Nord-Düna Gouv. — 1 350 000 Rbl., das Gouv. Witebsk — 1 000 000 Rbl., das Gouv. Woronesh — 1 500 000 Rbl., das Gouv. Wjatka —

7 350 000 Rbl., das Gouv. Homel — 4 200 000 Rbl., das Gouv. Kursk — 3 325 000 Rbl., das Gouv. Kasan — 2 800 000 Rbl., das Gouv. Moskau — 4 850 000 Rbl., das Gouv. Minsk — 10 200 000 Rbl., das Gouv. Orel — 1 900 000 Rbl., das Gouv. Orenburg — 2 700 000 Rbl., das Gouv. Petrograd — 3 650 000 Rbl., das Gouv. Samara 10 270 000 Rbl., das Gouv. Saratow — 5 000 000 Rbl., das Gouv. Tambow — 3 157 000 Rbl., die Ukraine — 10 000 000 Rbl., das Gouv. Ufa — 2 200 000 Rbl., das Uralgebiet — 5 500 000 Rbl. usw. Insgesamt wurden im zweiten Halbjahr 1918 über 70 000 000 Rbl. für diesen Zweck ausgeworfen. Ferner wurden etwa 6000 Personen mit Manufakturwaren versehen. Die Zahl der Notdürftigen erreichte gegen 600 000. Im ersten Halbjahr 1919, als die weißgardistischen Aufstände seltener wurden und wir nach Osten und Süden vorrückten, fiel die Zahl der Opfer der Gegenrevolution, und die für ihre Unterstützung ausgeworfenen Gelder sanken auf 35 000 000 Rbl. Jedoch im Frühjahr 1919 wurde wiederum größere Hilfe erforderlich, einerseits im Zusammenhang mit der neuen Flut der Flüchtlinge infolge des Vorrückens von Koltshak und Denikin, andererseits angesichts der Verheerungen, die die Banden Koltshaks und Denikins in den verschiedenen Gegenden angerichtet hatten. Zu Ende des Jahres 1919, für das zweite Halbjahr, stiegen die Ausgaben für die Unterstützung der Opfer der Gegenrevolution wiederum bis zu 500 000 000 Rbl.

* *
*

Von anderen Formen der sozialen Fürsorge seien hier noch erwähnt: der Mutter- und Säuglingsschutz, der Kinderschutz und die Unterstützung der Invaliden in Form von Versorgung mit Prothesen, professioneller Ausbildung u. a.

Mutter- und Säuglingsschutz.

Zum Schutz der Mütter und Säuglinge ist ein ganzes Netz von Institutionen errichtet worden. Einen Monat vor der Niederkunft kommt die Mutter in das „Heim für Mutter und Kind“. Von dort aus wird sie zum Zeitpunkt der Niederkunft in eine Anstalt für Geburtshilfe gebracht. Nach 9 Tagen kehrt sie in das Heim zurück, um 3 Monate nach der Geburt dort zu bleiben. Das Heim bezweckt: 1. der Frau die größtmögliche Ruhe vor und nach der Niederkunft zu gewährleisten, 2. die Idee des Mutter- und Säuglingsschutzes zu verbreiten, 3. die Mutter eine Muster-schule für Säuglingspflege durchmachen zu lassen und 4. den Waisen durch Muttermilchnahrung die Möglichkeit gesunder Entwicklung zu verleihen.

Nach drei Monaten verlassen Mutter und Kind die Anstalt und können in dem zweiten „Heim für Mutter und Kind“ aufgenommen werden, das für Mütter mit Säuglingen im Alter von 3 Monaten bis zu 1 Jahr bestimmt ist. Die Mutter, die in dem Heim lebt, hat eine Anstellung oder sonstige Arbeit

außerhalb; das Kind erhält unterdessen rationelle Pflege unter Aufsicht des Arztes. Es bestehen ebenfalls Krippen für Säuglinge bis zu einem Jahr und für Kinder bis zu 3 Jahren; die Mutter kann ihr Kind in diese Krippen bringen, wo es im Lauf des Tages unter der Pflege eines entsprechenden medizinischen Personals steht und in geeigneter Weise genährt wird. Gegenwärtig gibt es in Moskau 3 Mutter- und Kinderheime und 30 Krippen. In der Provinz bestehen 13 solcher Heime und Hunderte von Krippen.

Nach Ablauf des dritten Jahres werden die Kinder den Institutionen der Kinderheimabteilung zur Fürsorge übergeben.

Außer den genannten „Heimen“ und Krippen besteht eine höchst rationelle Einrichtung zum Schutz der Kindheit und zur Bekämpfung der Sterblichkeit unter den Kindern in der Form von sog. Konsultationen.

Diese Institutionen verfolgen den Zweck, die Entwicklung des Kindes zu beaufsichtigen, Erkrankungen infolge unrichtiger Pflege vorzubeugen, für seine Nahrung zu sorgen und ihm im Fall von Erkrankung ärztliche Hilfe angedeihen zu lassen.

Im Laufe der ersten 3—4 Monate kommen Mutter und Kind regelmäßig einmal wöchentlich in die Konsultation, darauf bis zum 8.—9. Monat einmal in zwei Wochen und endlich bis zum 8jährigen Alter des Kindes einmal monatlich. Somit besucht jedes Kind die Konsultation ungefähr 40 Mal in dem Zeitraum, in dem ihm Erkrankung und Sterblichkeit am meisten drohen. Die Mutter erhält ärztliche Ratschläge, wird auf die Richtigkeit und Unrichtigkeit der Pflege und Nahrung hingewiesen, erhält Instruktionen über Behandlung des kranken Kindes u. dergl. Die Unterweisung der Mütter in den Konsultationen ist von ungemein großer Bedeutung. Die Mutter, die die Konsultation mit einem Kinde besucht hat, sorgt in den meisten Fällen ganz anders für die späteren Kinder.

Die Konsultation ist somit die beste Schule für Mütter.

Eine Hilfseinrichtung für die Konsultationen sind die sog. Milchküchen. In den meisten Fällen genügt es nicht, daß man die Mutter im Zubereiten der Nahrung unterweist; man muß die Ueberzeugung haben, daß die Nahrung wirklich so zubereitet wird, wie man es gelehrt hat und daß sie wahrhaft guter Qualität ist; mit anderen Worten, die Nahrung muß in fertigem Zustande verabfolgt werden. Diesen Zweck erfüllen denn auch die Milchküchen. Eine zweite notwendige Abteilung der Konsultationen ist die Ausstellung für Ernährung von Kindern frühesten Alters und für ihre Pflege.

Gegenwärtig hat Moskau 20 Konsultationen und 9 Milchküchen. In der Provinz wurden zum 1. Juli 1919 in 20 Gouvernements 23 Konsultationen und 16 Milchküchen gezählt.

Die Ausgaben des Kommissariats für soziale Fürsorge für Mutter- und Säuglingsschutz betragen in dem ersten Halbjahr 1919 85 Millionen Rbl., im zweiten Halbjahr bereits etwa 300 Millionen.

Kinderschutz.

Der Kinderschutz war bisher dem Kommissariat für soziale Fürsorge unterstellt, vom 1. Januar 1920 aber geht er zum Kommissariat für Volksaufklärung über. Im Laufe der letzten zwei Jahre wurde auf diesem Gebiet Großes geleistet.

An erster Stelle mußten sämtliche staatlichen, privaten und von verschiedenen Wohltätigkeitsvereinen unterhaltenen Asyle und alle Heime für Kinder der Flüchtlinge in einem Ressort vereinigt werden. Dann mußte man alle diese Asyle von Grund auf umgestalten.

An Stelle der früheren Asyle nach Kasernenmuster, in denen die Kinder aus Gnade unterhalten, unterdrückt und mißhandelt wurden, machte die Abteilung für Kinderschutz sich zur Aufgabe, allerorts Familienheime für Kinder zu gründen, die den heimlosen Kleinen nach Möglichkeit die eigene Familie ersetzen würden.

Da sich mit dem alten Wort „Asyl“ die Vorstellung von Wohltätigkeitsinstitutionen für Kinder verband und die Bezeichnung „Asylpflegling“ die Kinder für das ganze Leben brandmarkte, wurde die Benennung „Asyl“ durch das Wort „Kinderheim“ ersetzt.

Der Umgestaltung der Kinderheime und der sozialen Erziehung der Kinder wurde das Prinzip der Arbeit und der offenen Türen zugrunde gelegt. Das Kinderheim ist für fürsorgebedürftige Kinder bestimmt; es soll ihnen die eigene Familie ersetzen und ihnen alles Nötige bieten: ein warmes gemütliches Obdach, Kleider, Schuhe, Nahrung, ärztliche Hilfe, Erziehung.

Die in den Heimen untergebrachten Kinder besuchen die Schulen gemeinsam mit allen anderen Kindern; besondere „Asylschulen“, die diese Kinder als Parias von den übrigen trennten, haben in unserer Staatsordnung keinen Platz. Daher behielten die Kinderheime bloß dort ihre Schulen, wo die anderen Schulen überfüllt waren, wo die Schulen vom Heim weit entfernt waren oder wo es überhaupt keine andere Schule gab u. a.

Im Ergebnis der Tätigkeit des Kommissariats für soziale Fürsorge besaß fast jede Gouvernements- und Kreisabteilung für soziale Fürsorge zum 1. Januar 1919 eine Abteilung für Kinderschutz, die ihre Weisungen vom Zentrum erhielt und auch ein ganzes Netz von Kinderinstitutionen, die zum größten Teil in früheren Gütern untergebracht waren.

Nach statistischen Angaben zum 1. Januar 1919 bestanden in 36 Gouvernements 1279 Kinderschutzeinrichtungen für 75 574 Kinder; nach der letzten (unvollkommenen) Berechnung gibt es bereits 1624 Institutionen für Kinderfürsorge mit 124 627 Kindern.

Da sich in der Provinz ein starker Mangel an Erzieherpersonal fühlbar machte, entsandte die Abteilung für Kinderschutz des Volkskommissariats für soziale Fürsorge eine ausreichende Anzahl von gut vorbereiteten Erziehern und Pädagogen in die betreffenden Ortschaften. Zu gleicher Zeit organisierte die Kinderschutzabteilung neue Kinderarbeitskommunen, neue

Kinderheime, Kindergärten, Klubs, Spielplätze, veranstaltete Ausstellungen, sammelte Bibliotheken, bildete literarische Kränzchen für Kinder, Orchester und Chöre und gründete in den Kinderheimen und Kommunen Räte und Wirtschaftskomitees der Kinder. In sämtlichen Kinderheimen und Kommunen wurde das Prinzip der Selbstbetätigung und Selbstbedienung eingeführt.

In einer Anzahl von Orten wurden Verpflegungsstellen, Speisehäuser, Sanatorien und Krankenhäuser für Kinder eingerichtet. Eine Reihe von Schulen wurde gegründet (in Ortschaften, wo es an solchen mangelte oder wo es keine in der Nähe gab) und ein ganzes Netz von Werkstätten eröffnet, in denen außer den eigenen Zöglingen auch andere Kinder unterrichtet werden. 83 Institutionen für anormale Kinder wurden teils der Kinderschutzabteilung unterstellt, teils neu organisiert.

Zur Vorbereitung eines entsprechenden Erzieherpersonals wurden von den örtlichen Fürsorgeabteilungen kurzfristige Kurse nach eigens hierfür ausgearbeitetem Programm eröffnet.

Was die Fürsorge für defektive Kinder betrifft, so ernannte die Kinderschutzabteilung in allen örtlichen Fürsorgeämtern Kommissionen in Sachen von Minderjährigen, die sich öffentlich-schädliche Handlungen zu Schulden kommen lassen. Diese Kommissionen sitzen über die Vergehen der Minderjährigen, wie z. B. Diebstähle u. dergl., zu Gericht. Ferner gründete die Kinderschutzabteilung ein „Heim zum Studium des Kindes“. Dieses Heim, das seit dem Juli 1919 funktioniert, verfolgt zwei Ziele: das Studium und die Erziehung von Kindern mit verschiedenen moralischen Defekten, Zöglingen der Kinderheime und die Vorbereitung von Spezialisten zur Erziehung anormaler Kinder vermittels praktischer Arbeit, da an solchen Erziehern in den Hauptstädten und insbesondere in der Provinz großer Mangel herrscht.

Im ersten Halbjahr 1919 beliefen sich die Ausgaben für die Kinderschutz-Institutionen auf 204 853 856 Rbl. 49 Kop.; im zweiten Halbjahr wurden ungefähr 655 000 000 Rbl. ausgeworfen.

Invalidenfürsorge.

Die imperialistischen Kriege, die die Zarenregierung im letzten Jahrzehnt führte, und der jetzige Bürgerkrieg haben unter den Arbeitern und Bauern eine unerhörte Anzahl von Verwundeten und Krüppeln erzeugt. Die kranken, verwundeten und kontusionierten Krieger, die ihre Arbeitsfähigkeit eingebüßt haben, erfordern weitestgehende Hilfe. Anderseits hat Sowjetrußland von dem Kapitalismus Millionen von Arbeitsinvaliden ererbt.

Diese Kriegs- und Arbeitsinvaliden müssen versorgt, ihre Arbeitsfähigkeit muß wiederhergestellt werden.

Die Invalidenfürsorge äußert sich in ergänzender Behandlung, Versorgung mit Prothesen, professionellem Unterricht, Arbeitshilfe und Versorgung der hilflosen Invaliden.

Die ergänzende Behandlung bezweckt die bestmögliche Wiederherstellung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit des Invaliden, der seinerzeit die Heilung nicht zu Ende geführt oder infolge der Kriegszustände in den Militärhospitälern unzulängliche Behandlung erhalten hat. Zu diesem Zweck wird jetzt ein weites Netz von besonderen Heilanstalten und Sanatorien gegründet. Eine andere Art von Invalidenfürsorge ist die Prothesierung, d. h. die Versorgung der Krüppel mit mechanischen Vorrichtungen zum Ersatz für ein eingebüßtes Körperglied, z. B. ein amputiertes Bein, einen amputierten Arm usw. Die Prothesierung ist eine der wichtigsten Arten der Fürsorge; sie erfordert ungeheure Geldmittel, Kenntnisse, Erfahrung und Energie.

Die professionelle Ausbildung der Invaliden besteht in folgendem:

1. Die Invaliden werden gelehrt, an Stelle der eingebüßten oder nicht-funktionierenden Körperglieder andere Glieder (die linke Hand an Stelle der rechten usw.) und auch Prothesen zu gebrauchen.

2. Neue Kenntnisse und Uebung werden ihnen beigebracht, ihre alten Kenntnisse in früher betriebenen Gewerben vertieft.

3. Neue Arten von Betätigung ihrem Gesundheitszustand entsprechend werden gelehrt.

Die Krüppel, die trotz ergänzender Behandlung und Prothesierung die ihnen verbliebene Arbeitsfähigkeit nicht ausnützen können und die früher von dem Staat unterhalten werden sollten oder zum Betteln gezwungen waren, werden jetzt auf Kursen, in Schulen und Lehrwerkstätten der örtlichen Fürsorgeabteilungen untergebracht.

Alein diese Arten der Invalidenfürsorge wären nur unvollkommen, wenn jedem geheilten, mit Prothesen versehenen, in geeigneter Weise unterrichteten Invaliden nicht die tatsächliche Möglichkeit geboten würde, seine wiederhergestellten Kräfte und errungenen Kenntnisse praktisch zu verwerten. Zur Durchführung dieser Aufgabe sind in den Wohnorten der Invaliden staatliche Werkstätten, Arbeitskartells und Kommunen organisiert worden.

Die völligen Invaliden, die ständige, nicht nur gewöhnliche, sondern auch ärztliche Pflege erfordern, werden in Invalidenheimen untergebracht.

Diese Heime sind von den alten Armenhäusern grundverschieden. Hier erhalten sogar die an das Bett gefesselten Invaliden die Möglichkeit, sich mit ihnen zugänglicher Arbeit zu beschäftigen. Als Beispiel dienen die eingeleiteten Versuche, in den Heimen Kunstwerkstätten für Stickerei, Malerei, Brandmalerei, Näharbeit, Strickarbeit u. dergl. einzurichten.

Nach Angaben des Kommissariats (die Angaben sind vorläufig noch unvollkommen) bestehen in der Sowjetrepublik 160 Invalidenheime, die 11.739 Invaliden*) beherbergen: 235 Lehr- und Produktionswerkstätten

*) Anmerkung: Für Zivilinvaliden bestehen 1296 Heime, in denen 79 664 Invalide untergebracht sind.

(Schuster-, Schneider-, Mützenmacher-, Tischler-, Trikotagenwerkstätten u. a.) mit 5415 Schülern; 37 Kurse (Buchhalter-, Kooperativkurse u. a.) mit 1920 Lernenden.

Was die Werkstätten für Anfertigung von Prothesen betrifft, so arbeiten gegenwärtig 20 Werkstätten für Neuanfertigung und 6 Reparaturwerkstätten mit einer Produktionsfähigkeit von 400 neuen Prothesen, 200 Paar orthopädischen Schuhwerks und 500—550 Prothesenreparaturen.

Die Ausgaben für Kriegsinvalidenfürsorge betragen im ersten Halbjahr 1919 — 120 236 000 Rubel; im zweiten Halbjahr wurden die folgenden Summen angewiesen: für Invalidenheime 74 071 000 Rubel, für Lehr- und Arbeitswerkstätten — 57 392 000 Rubel, für Prothesen und orthopädisches Schuhwerk — 36 440 000 Rubel, insgesamt über 167 Millionen Rubel.

* * *

Die Arbeiter- und Bauernregierung verausgabt ungeheure Summen für soziale Fürsorge. So wurden z. B. laut dem Budget des Kommissariats für soziale Fürsorge für das zweite Halbjahr 1919 etwa $7\frac{1}{2}$ Millionen Rbl. bewilligt, laut dem Voranschlag des Arbeitskommissariats für soziale Unterstützung der Werkstätigen — 5 Milliarden.

Kein einziges Land der Welt führt die soziale Fürsorge in solchem Umfang durch, wirft solch große Summen für diesen Zweck aus, wie Sowjetrußland. Nur die Arbeiter- und Bauernregierung, die die Kapitalisten und Grundherren gestürzt hat, konnte den arbeitsunfähigen und ihrer Existenzmittel beraubten Arbeitern und Bauern die oben erwähnte soziale Fürsorge angedeihen lassen, der nagenden Sorge um die „schlimmen Zeiten“ ein Ende machen und dem Werkstätigen die feste Ueberzeugung verleihen, daß der Staat für ihn sorgt, wenn er seine Arbeitsfähigkeit einbüßt oder in materielle Not gerät.

A. Winokurov.





. . . Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassen-gegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.

Das Kommunistische Manifest.



Die Arbeiterinnen in Sowjetrußland.

Zum ersten Mal in der Weltgeschichte werden unter der Sowjetmacht Bedingungen geschaffen, die es der Frau ermöglichen, das Werk ihrer Befreiung bis ans Ende durchzuführen.

Jahrhunderte lang war sie Sklavin. Als das Kleingewerbe blühte, führte sie ein Sklavendasein in der Familie; mit der Entfaltung des Kapitalismus aber wurde sie zur dreifachen Sklavin: des Staats, der Fabrik, der Familie.

So war es unter der rückständigen, barbarischen Zarenherrschaft, so ist es noch heute selbst in den „zivilisiertesten“ „demokratischen“ Ländern Westeuropas und Amerikas.

Unter der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ist die Arbeiterin sogar der spärlichen politischen Rechte beraubt, die den Arbeitern zugestanden werden. Auf den Fabriken, auf den Werken wird sie noch stärker geknechtet, noch mehr ausgebeutet als der Arbeiter, denn der Fabrikherr bedient sich seiner Macht nicht nur, um sie als Proletarierin zu unterdrücken, sondern um auch um sie als Frau zu beschimpfen und Gewalt gegen sie zu üben. Und nie und nirgends hat die Prostitution, diese allerschlimmste, niederträchtigste Erscheinung der Lohnknechtschaft des Proletariats, sich zu so üppiger Blüte entfaltet, wie unter der Herrschaft des Kapitals.

Die Arbeiterin und die Bäuerin sind Sklavinnen der Familie, weil sie der Macht des Mannes unterstellt sind; aber auch deshalb, weil die Fabrik, die sie dem häuslichen Herde entreißt, ihnen die Sorgen der Mutter und Hausfrau dabei nicht abnimmt und die Mutterschaft daher zu einem schweren, unerträglichen Kreuz gestaltet.

Solange die bürgerliche Gesellschaftsordnung bestand, konnten die Arbeiterin und die Bäuerin dieses dreifache Joch nicht abschütteln, denn die Macht der herrschenden Klasse war die Grundlage, auf der die bürgerliche Ordnung ruhte, ohne die sie nicht bestehen konnte.

Die Sowjetmacht, die Macht des Proletariats hingegen öffnet die Pforten weit vor der Frau und gibt ihr die unumschränkte Möglichkeit zur Befreiung.

Schon hat die Sowjetverfassung den Frauen volle politische und bürgerliche Gleichberechtigung gewährt. Die Arbeiterin und die Bäuerin die gestern noch Sklavinnen waren, haben heute dieselben Wahlrechte wie die Arbeiter und Bauern. Auf derselben Grundlage wie die Männer können sie wählen und gewählt werden, können sie jeden beliebigen Posten bekleiden: in Betriebsausschüssen, Sowjets, Sowjetinstitutionen bis zu den Posten von Volkskommissären einschließlich.

Die Vergesellschaftung der Produktion, die Enteignung der Kapitalisten und Grundbesitzer wiederum führt zu vollster Aufhebung jeder Ausbeutung, jeder wirtschaftlichen Ungleichheit.

In Sowjetrußland ist die Arbeiterin auf der Fabrik, auf dem Werk nicht mehr Lohnsklavin, sondern vollberechtigte Genossin, die zusammen mit dem Arbeiter durch die Sowjetinstitutionen und Gewerkschaften Produktion und Verteilung organisiert, verwaltet, leitet.

Ebenso steht es um die Familie und die Ehe. Mann und Frau sind von der Sowjetmacht als völlig gleichberechtigt erklärt worden. Die Macht des Mannes, des Vaters besteht nicht mehr. Die Formalitäten der Eheschließung und der Scheidung sind bis auf das Mindestmaß verringert worden. Die interessierten Personen brauchen bloß einfache Eingaben in den entsprechenden Kommissariaten zu machen.

Auch jeder Unterschied zwischen den Rechten der legitimen und „illegitimen“ Kinder ist von der Sowjetmacht aufgehoben worden. Hiermit ist einer der schlimmsten Erscheinungen der bürgerlichen Ungerechtigkeit ein Ende gemacht. In Sowjetrußland gibt es keine „unehelichen“ Kinder mehr. Der Sowjetrepublik sind alle Kinder in gleichem Maß zukünftige Bürger, die volles Anrecht auf ihre Aufmerksamkeit und Fürsorge haben. Die Sowjetmacht strebt danach, die gesamte Erziehung, die ganze Ausbildung der Kinder von den ersten Tagen nach der Geburt bis zum Alter von 16—17 Jahren zu übernehmen. Sie strebt danach, den ganzen Unterhalt der Kinder auf ihre Schultern zu laden.

Unter der Herrschaft des Kapitals raubten die Fabriken, die Werke den Kindern vom zartesten Alter an die mütterliche Fürsorge, während der bürgerliche Staat selbst auch nicht das geringste für sie tat. Körperlich und moralisch wurden die Proletarierkinder zu Krüppeln, siechten dahin und starben aus.

Die Sowjetmacht hingegen führt schon jetzt, ungeachtet der wirtschaftlichen Zerrüttung, der Blockade, der ununterbrochenen Angriffe der Weißgardisten, ungeachtet der nie dagewesenen Schwierigkeiten, gegen die sie zu kämpfen hat, den staatlichen Unterhalt der Kinder teilweise durch (ein Teil der Lebensmittel wird den Kindern nach Karten kostenfrei verabfolgt, unentgeltliche Kinderspeisehäuser und Schulküchen werden errichtet). Der Unterricht ist überall, angefangen von den Schulen erster Stufe bis zu den Hochschulen einschließlich, kostenfrei. Kinderkrippen, Kindergärten werden eröffnet. In den Schulen werden die Kinder mit Schuhwerk und Kleidung versorgt. Ständig erweitert sich das Gebiet der sozialen Fürsorge, der Mutter- und Kinderschutz, die Gründung von Mütterheimen, Kinderheimen, Krippen, Kindergärten.

Die Anstellung von Minderjährigen bis zum 16. Lebensjahr ist untersagt. Die Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren arbeiten bloß sechs Stunden täglich. Die Wöchnerinnen werden 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt von der Arbeit befreit und erhalten während dieser ganzen

Zeit eine Unterstützung im Betrag ihres Durchschnittsverdienstes. Ferner ist eine ganze Reihe von Verfügungen erlassen worden, die die Arbeit der Schwangeren und die Frauenarbeit im allgemeinen schützen.

Schon jetzt, ich wiederhole es, trotz der schier unüberwindlichen Schwierigkeiten, können wir mit Gewißheit sagen, daß nirgends besser für Mutter und Kind gesorgt wird als in Sowjetrußland. Und doch sind das bloß die ersten Schritte, die die Republik auf diesem Gebiet zu unternehmen vermocht hat.

Mit der Errichtung von öffentlichen Speisehäusern und Küchen verschwindet zugleich auch die Hauswirtschaft, der Kochtopf. Dieser wird zwar von der Bourgeoisie gar sehr verherrlicht, vom ökonomischen Standpunkt aber hat er sich als gänzlich unzweckmäßig erwiesen. Für die Bäuerin und insbesondere für die Arbeiterin ist er eine überflüssige, unerträgliche Last, die ihr die letzte Muße raubt und die Möglichkeit nimmt, Versammlungen beizuwohnen, Bücher zu lesen und sich am Klassenkampf zu beteiligen. Unter der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ist der Kochtopf, der die Unwissenheit und Zurückgebliebenheit der Arbeiterin fördert, somit eine der besten Stützen der Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die Arbeiter.

Die Sowjetordnung ist eine zum Kommunismus führende Uebergangsstufe; der Kommunismus aber kann nicht verwirklicht werden, bevor alle Ausgebeuteten, darunter auch die Frau, noch nicht völlig befreit sind. Deshalb werden unter der Sowjetordnung alle Ketten zerrissen, fallen alle Fesseln, in die Arbeiterin und Bäuerin Jahrhunderte lang geschmiedet waren.

Und gleich nach der Oktoberrevolution begriffen die Arbeiterinnen vorzüglich, daß eine neue Aera vollster Befreiung sich vor ihnen aufbaut.

Schon auf ihren ersten Konferenzen (der Moskauer Konferenz im Mai 1918, der Moskauer Gouvernementskonferenz im Juni 1918 und der gesamt-russischen Konferenz im November 1918, an der über 1000 Delegierte, Vertreterinnen von mehr als einer Million Proletarierinnen teilnahmen) betonten die Arbeiterinnen diese Tatsache. In ihrer Resolution über die Familienfrage weist die Moskauer Gouvernementskonferenz darauf hin, daß der Uebergang der Macht in die Hände der Sowjets nicht nur die volle politische und bürgerliche Befreiung der Arbeiterin, sondern auch die restlose Aufhebung ihres Geschlechts- und Familiensklaventums ermögliche; jetzt müßten die Bedingungen dieser Befreiung festgestellt und konkret ausgearbeitet werden.

In der Resolution des gesamt-russischen Kongresses über die Aufgaben der Arbeiterin heißt es unter anderem: „Die Sowjetmacht hat der ganzen Arbeiterklasse volle politische Befreiung gebracht, die Frau dem Mann gleichgestellt, die Arbeiterin in gleicher Weise wie den Arbeiter zu vollen Herren ihres Lebens gemacht, ihr die unumschränkte Möglichkeit gegeben, das Leben so aufzubauen, wie die Arbeiterklasse und die Unbemittelten in

Stadt und Land es bedürfen . . . im Ergebnis der Oktoberrevolution, im Ergebnis des Uebergangs der Macht in die Hände der Sowjets wird die volle soziale Befreiung der Arbeiterin durch Vernichtung der alten Familien- und Hauswirtschaftsformen nicht nur möglich, sondern zum Aufbau der sozialistischen Ordnung unbedingt notwendig“.

Dieselbe Resolution formuliert auch die Aufgaben, die den Arbeiterinnen in Sowjetrußland bevorstehen. Diese Aufgaben werden folgendermaßen bezeichnet: „Die I. gesamtrossische Arbeiterinnenkonferenz wiederholt, daß die Arbeiterinnen keine spezifisch weiblichen Aufgaben haben, die sich von den allgemeinen Aufgaben des Proletariats unterscheiden würden. Denn die Bedingungen ihrer Befreiung sind die gleichen, wie die Bedingungen der Befreiung des gesamten Proletariats als solches, d. h. die proletarische Revolution und der Triumph des Kommunismus . . . Im Augenblick, wo die sozialistische Weltrevolution sich entfaltet und die allergrößte Anspannung aller proletarischen Kräfte zur Entwicklung und Beschützung der Revolution, wie auch zum Aufbau der sozialistischen Ordnung erfordert, muß jeder Arbeiter, muß jede Arbeiterin zum Soldaten der Revolution werden, bereit, die ganze Kraft für den Sieg des Proletariats und des Kommunismus einzusetzen. Folglich besteht die Hauptaufgabe der Arbeiterin in der tatkräftigsten Beteiligung an allen Formen und Arten des revolutionären Kampfes, sowohl an der Front, als auch im Hinterlande, sowohl vermittels Propaganda und Agitation, als auch durch unmittelbaren bewaffneten Kampf . . . Gleichzeitig stellt die Versammlung fest, daß die alten Familien- und Wirtschaftsformen der Arbeiterin eine schwere Last aufbürden, daß sie sie hindern, zum Kämpfer für die Revolution und den Kommunismus zu werden und daß diese Formen nur durch den Aufbau neuer Wirtschaftsformen vernichtet werden können. Die Versammlung ist daher der Ansicht, daß die Arbeiterin bei ihrer tatkräftigen Anteilnahme an dem Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung besondere Aufmerksamkeit der Schaffung neuer Formen der Verpflegung, der gesellschaftlichen Verteilung und Erziehung zuwenden muß, die es ermöglichen würden, das alte Familienjoch aufzuheben.“

In der Resolution der Kommunistischen Partei werden die Arbeiterinnen aufgefordert, nicht nur in Worten, sondern der Tat nach Mitglieder der Kommunistischen Partei zu werden und in die Organisationen der Sympathisierenden einzutreten, wo Arbeiterin und Bäuerin mit dem Programm der Partei bekannt werden können, um als vollbewußte Mitglieder in die Kommunistische Partei einzutreten.

Die auf der Konferenz angenommene Resolution über die internationale Revolution betont, daß in dem Brand des Weltaufstandes der Arbeiterinnen und Arbeiter die alte kapitalistische Welt und mit ihr auch die Rechtslosigkeit, das Sklaventum der Frau versinkt. Die Resolution ruft die Arbeiterinnen und Bäuerinnen aller Länder auf, sich unter das Banner der Kommunistischen Partei zu stellen und der Weltrevolution zum Siege zu verhelfen.

In der Resolution derselben gesamtrussischen Konferenz heißt es über die Familienfrage wie folgt: „ . . . die I. gesamtrussische Konferenz begrüßt die Zerstörung der die Frau unterjochenden bürgerlich-kapitalistischen Familienform . . . Die Kollektivwirtschaft soll die Hauswirtschaft ersetzen und die Arbeiterin der Wirtschaftssorgen entheben. Die Erziehung und der Unterhalt der Kinder auf Kosten der Arbeiterregierung (in Krippen, Kindergärten, Kolonien usw.) soll den Eltern die materiellen Sorgen um die Kinder abnehmen . . . Ein freier, doch durch geistige und kameradschaftliche Bande gestärkter Bund zweier gleichberechtigter Bürger des Arbeitsstaats — das soll die neue proletarische Ehe sein . . .“

Ueber die Frage der Prostitution spricht sich die Resolution wie folgt aus: „ . . . In Anbetracht der Tatsache, daß die Wurzeln der Prostitution tief in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stecken, fordert die I. gesamtrussische Konferenz die Arbeiterinnen und Bäuerinnen auf, die Prostitution nicht nur durch Schließung der Freudenhäuser, nicht nur durch Bestrafung der Kuppelei zu bekämpfen . . . sondern auch durch revolutionäre Ausrottung jeglicher Ueberreste der kapitalistischen Ordnung vermittels Uebergang zur kommunistischen Wirtschaft, Einführung des Mutterschutzes, Verwirklichung der staatlichen Erziehung der Kinder und Ersetzung der bürgerlichen Familie durch die freie Ehe . . .“ Die Resolution der Moskauer Gouvernementskonferenz enthält ferner den Vorschlag, „die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Kategorien in bezug auf Arbeitslohn immer mehr gleichzustellen“.

Die Arbeiterin begriff somit vorzüglich, daß ihre neuen Rechte, ihre neue Freiheit erst dann der Revolution zur Entwicklung und zum Sieg verhelfen werden, wenn nicht nur eine kleine Vorhut, sondern die breiten Massen der Arbeiterinnen sich an dem Leben der Partei und der Sowjets beteiligen werden; daß die Aufgabe der führenden Arbeiterinnen eben darin bestand, diese Masse in den revolutionären Kampf für den Kommunismus hineinzuziehen.

Die Aufgabe war durchaus keine leichte. Die zurückgebliebensten, unwissendsten Elemente der Arbeitermassen mußten zum revolutionären Kampf, zum Aufbau, zum Verwaltungswesen, zum Kommunismus herangezogen werden. Die untersten Schichten der Arbeiterklasse, die bis jetzt in allen Ländern nur schwer der Agitation und Propaganda zugänglich waren, die bis jetzt noch von keiner Partei umspannt werden konnten, mußten erobert werden.

Unter kapitalistischer Ordnung halten die bürgerlichen Familienbedingungen und die politische Rechtlosigkeit die Arbeiterin und Bäuerin dem öffentlichen und politischen Leben fern. Als daher mit dem Uebergang der Macht in die Hände der Sowjets die Arbeiterklasse das Verwaltungswesen und den komplizierten, schwierigen Aufbau zu übernehmen hatte, erwies die Masse der Arbeiterinnen sich noch unerfahrener, als die Arbeiter. Um die Arbeiterin mit Erfolg zur allgemeinen Sache heranzuziehen, mußte sie

erst gelehrt werden, wie zu arbeiten, wo und wie ihre Kraft am besten zu verwerten.

Neue Propagandamethoden mußten ausgearbeitet werden, neue Methoden, die den psychologischen Eigenheiten der Arbeiterin und Bäuerin, den ihnen bevorstehenden neuen Aufgaben angepaßt waren. Von besonderer Bedeutung ist hier die Propaganda durch die Tat, d. h. durch unmittelbare Heranziehung der Arbeiterin und Bäuerin zur einen oder anderen Form der Sowjetarbeit oder zu anderen Aufgaben.

Erhebliche Dienste leisteten in dieser Beziehung die neubegründeten Delegiertenversammlungen der Arbeiterinnen. Diese Versammlungen bestehen aus Vertreterinnen der Fabriken und Werke eines Stadtbezirks oder einer Stadt; die Vertreterinnen werden auf Generalversammlungen der einzelnen Unternehmen gewählt. Die Delegiertenversammlungen lehren die Arbeiterin die Sowjetarbeit leisten, ihre Kräfte und revolutionäre Energie für den allgemein-proletarischen Kampf und Aufbau verwerten. Andererseits sind die Delegiertenversammlungen ein vorzügliches Band zwischen den Sowjetinstitutionen und den Arbeiterinnenmassen.

Die Delegierten werden in Gruppen eingeteilt, die in der einen oder anderen Sowjetinstitution arbeiten (bis jetzt hauptsächlich auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge, der Arbeit, der Volksaufklärung, des Gesundheitsschutzes). Ihre Tätigkeit umfaßt hier die Beaufsichtigung und Kontrolle der Krippen, Kinderheime, Kindergärten, Schulen u. a., die Neugründung derartiger Einrichtungen, die Kontrolle und Beaufsichtigung der Speisehäuser und Küchen und die Beseitigung von Mißbräuchen darin, die Ueberwachung der Verteilung von Schuhwerk und Kleidung in den Schulen, die Beschaffung von Angaben und anderer Hilfe an die Arbeitsinspektoren, die Kontrolle über die genaue Durchführung des Frauen- und Kinderarbeitsschutzes. Die Organisation von Lazaretten und Krankenhäusern, die Fürsorge für die Kranken und Verwundeten und den Besuch bei ihnen. Die Beaufsichtigung und Kontrolle der Kasernen, die Beteiligung an der Miliz. Die Ueberwachung der regelmäßigen Verteilung der Rotarmistenrationen, die Heranziehung der Arbeiterinnen zu aktiver Beteiligung an allen Formen der Produktionsleitung und Verwaltung u. a.

Die Institutionen ihrerseits machen die Delegierten mit ihrer Arbeit bekannt, ziehen sie in Schulen und durch Kurse heran, die von ihnen auf dem einen oder anderen Gebiet der Sowjetarbeit eröffnet werden. (Kurse für soziale Fürsorge, für Vorschulbildung, Rote Schwestern- und Sanitätskurse usw.). Die Delegierten, die dabei ihre Arbeit auf ihrer Fabrik oder ihrem Werk fortsetzen, erstatten ihren Wählern von Zeit zu Zeit Bericht über ihre Tätigkeit und die Tätigkeit der Institutionen, in denen sie arbeiten und richten auf den Betrieben Wachestunden ein, um die Forderungen, Klagen und Nöte der Arbeiterinnen anzuhören.

Die Delegierten werden zu aktiver Beteiligung an allen von der Partei oder den Sowjets unternommenen Kampagnen herangezogen (die Holz-

kampagne, die Reinigungstruppen, Verpflegungstruppen, Pflege der Verwundeten, Bekämpfung der Epidemien, Agitationsfahrten in die Dörfer u. a.). Die Delegiertenversammlungen werden 2—4 mal monatlich abgehalten. In letzter Zeit wurde die Vertretungsnorm in Moskau und einigen anderen Städten herabgesetzt, so daß je eine Delegierte auf 20 Arbeiterinnen gewählt wird. Mit Hilfe der Delegiertenversammlungen gelingt es somit, die breitesten Massen der Arbeiterinnen zu umfassen; immer mehr werden sie zu Reservisten, aus denen die Partei und die Sowjets neue Kräfte schöpfen können. Besonders deutlich haben die Parteiwochen das gezeigt. So gaben die Delegiertenversammlungen z. B. in Moskau, wo während der Parteiwoche gegen 15 000 neue Mitglieder, darunter mehrere tausend Arbeiterinnen, in die Partei eintraten, einen bedeutenden Prozentsatz der neuen Mitglieder.

Von großer Agitationsbedeutung sind die Konferenzen der parteilosen Arbeiterinnen, die ungefähr einmal in 3—4 Monaten abgehalten werden (in gesamttrussischem Maßstab wurde bloß eine Konferenz im vorigen Jahr abgehalten). Diese Konferenzen erwiesen sich als ausgezeichnetes Mittel, um die noch unberührten Massen zu erwecken und zeitigten in dieser Hinsicht gute Resultate. (Jetzt werden auch die Bäuerinnen zu solchen Konferenzen herangezogen). Letzten Oktober fand z. B. in Moskau eine derartige Konferenz parteiloser Arbeiterinnen statt, der über 3000 Delegierte, Vertreterinnen von 60 000 Moskauer Proletarierinnen beiwohnten (insgesamt hat Moskau etwa 180 000 Arbeiterinnen).

Auch mündliche und schriftliche Propaganda und Agitation wurde geführt. Fast jedes Parteiorgan gibt ein „Blatt der Arbeiterin“ heraus.

Ohne Uebertreibung können wir sagen (wie groß auch die Mängel und Unzulänglichkeiten unserer Arbeit sein mögen), daß die Ergebnisse, die wir im Lauf dieses letzten Jahres erzielt haben, unsere Erwartungen bei weitem übertreffen.

Vor einem Jahr hatten wir bloß eine kleine Gruppe klassenbewußter Arbeiterinnen; die große Masse der Arbeiterinnen aber war zwar revolutionär gestimmt, doch mangelte es ihr an Ordnung, Klassenbewußtsein, Organisation. Jetzt besitzen wir schon einen recht zahlreichen Kader von klassenbewußten Arbeiterinnen, Mitgliedern der Kommunistischen Partei, die im Laufe dieses Jahres bereits die eine oder andere Sowjet- oder Parteiarbeit geleistet haben. Die Arbeiterinnen haben bereits eine Anzahl begabter Agitatoren geliefert, jetzt entwickeln sich unter ihnen auch Publizistinnen.

Schon hat die Arbeiterinnenbewegung die weitesten Massen ergriffen und wird zur bedeutenden politischen Macht. Am erfolgreichsten war die Arbeit in Petrograd, Moskau, in den Gouvernements Moskau und Iwanowo-Wosnessensk. Unzweifelhaft aber sind die Arbeiterinnen in Petrograd besser organisiert und klassenbewußter als die übrigen. Auch in anderen Gouvernements ist die Arbeit eingeleitet, an manchen Orten sogar mit

recht gutem Erfolg. Die „gesamtrussische Konferenz von Parteiorganisatoren zur Arbeit unter den Frauen“ versammelte Vertreter von 28 Gouvernements; nicht vertreten war der Ural, Ufa, Orenburg und Astrachan, obgleich auch dort tätig gearbeitet wird. Somit umfaßt die Arbeiterinnenbewegung jetzt tatsächlich das gesamte Rußland.

Die Arbeiterinnen haben vorzügliches Organisationstalent und bedeutende Leistungsfähigkeit an den Tag gelegt. Trotz der unerhörten äußeren Schwierigkeiten ist es ihnen bereits gelungen, den Sowjetinstitutionen tatkräftig beizustehen, eine Anzahl von Krippen, Kindergärten, Schulen, öffentlichen Speisehäusern u. a. zu gründen. Und wenn der Arbeiter an die Front muß, um in den Reihen der Roten Armee die Sowjetmacht gegen die Angriffe der Denikin, der Judenitsch und der Ententeimperialisten zu verteidigen, ersetzt die Arbeiterin im Hinterland ihn nicht nur in den Fabriken und Werken, sondern auch in den Sowjets, den Gewerkschaften, der Miliz usw. Nicht gering ist auch die Zahl der Arbeiterinnen, die Seite an Seite mit dem Arbeiter an der Front gegen die Weißgardisten zu kämpfen wünschten.

Und im Lauf dieses Jahres haben die Arbeiterinnen sich endgültig überzeugen können, daß erst dann ruhig an den Aufbau eines neuen Lebens geschritten, erst dann der Verkehrs- und Lebensmittelkrise ein Ende gemacht werden kann, wenn die bewaffnete Macht der Judenitsch und Denikin niedergeschlagen, der Macht der Bourgeoisie ein entscheidender Schlag versetzt und ihren Versuchen, die Sowjetmacht niederzuzwingen, für immer ein Ziel gesetzt ist. Daher haben die Arbeiterinnen im Laufe der letzten zwei Monate ihre Hauptaufmerksamkeit der allseitigen Unterstützung der Roten Armee zugewandt. Jetzt, wo wir Denikin und Judenitsch einen entscheidenden Schlag versetzen, kann die Arbeiterin ihre Kräfte wieder für andere Aufgaben hergeben, ohne dabei natürlich auch nur für einen Augenblick ihre Arbeit für die Rote Armee zu vergessen.

Angesichts des imperialistischen Feindes hat die russische Proletarierin sich ihres Genossen, des Proletariers, durchaus würdig erwiesen. Unentwegt waren die Arbeiterinnen zu jedem beliebigen Opfer bereit, um die Kräfte der Bourgeoisie zu bezwingen. Natürlich, wir haben es schwer — sagten sie den Arbeitern — doch geht nur an die Front, denkt nicht an uns, wir werden euch ersetzen, wir werden schon fertig werden. Während des letzten Vorstoßes von Denikin erklärten die Arbeiterinnen von Tula auf ihrer parteilosen Konferenz einstimmig, Denikin werde nur über die Leichen der Arbeiterinnen in die Stadt ziehen. Gleichartige Resolutionen gab es auch in anderen Städten.

Das ganze Arbeiterrußland hat sich gegen Denikin, gegen Judenitsch erhoben. Es ist zur größten Anstrengung, zu den ärgsten Qualen bereit, um nur seine Sowjetmacht zu verteidigen. Tief sind die Wurzeln, die die Sowjetmacht in den proletarischen Massen gefaßt hat; bis in die untersten Schichten gehen sie. Selbst die zurückgebliebensten, die unwissendsten

Elemente hat sie zu ihrem Schutz zu erheben vermocht. Darin eben liegt das beste Unterpfand ihrer Stärke und ihrer Unbesiegbarkeit.

Die bürgerlichen Frauen hassen die Sowjetmacht; mit allen möglichen Mitteln sind sie bestrebt, sie in den Augen der Massen anzuschwärzen; vor keiner, selbst der unglaublichsten und lächerlichsten Lüge schrecken sie zurück.

Im vorigen Frühjahr verbreiteten Vertreterinnen der französischen und englischen imperialistischen Kreise die törichte und nichtswürdige Verleumdung, daß die Sowjetmacht die Frauen „sozialisiere“ oder „nationalisiere“.

Aus diesem Anlaß hielten die Pariser und Londoner Damen der Ganz- und Halbwelt es für geraten, sich feierlichst an den imperialistischen „Tiger“ Clemenceau mit der Bitte zu wenden, daß er die russischen Frauen vor der bösen Sowjetmacht beschütze.

Eine solche Beschuldigung der Kommunisten ist nichts Neues. Hat doch bereits Marx in dem „Kommunistischen Manifest“ diese Erfindung der Bourgeoisie in unsterblichen Worten gebrandmarkt und ausgelacht.

Besonders schmachvoll finden wir es, daß Kautsky als Vertreter der II. Internationale die Schamlosigkeit hatte, diese niederträchtige Verleumdung der Sowjetmacht zu unterstützen und zu wiederholen.

Selbstredend werden alle diese Versuche, die Arbeiterin der Partei zu entfremden und sie gegen die Revolution aufzubringen, zu nichts führen. Unter den russischen Arbeiterinnen kann diese Erdichtung nur ein fröhliches Gelächter hervorrufen. Den Arbeiterinnen der anderen Länder aber werden die Verfassung, die Dekrete der Sowjetrepublik, deren gesamte Tätigkeit und endlich die Resolutionen und Erklärungen der russischen Arbeiterinnen selbst die beste, unwiderlegbarste Antwort bieten.

Die Herren aus der II. Internationale aber werden hierdurch bloß den Haß und die Verachtung der Arbeiterinnen der ganzen Welt auf sich ziehen. Jede beliebige russische Arbeiterin wird diesen Herren etwa so antworten: Unter dem Kapitalismus waren wir Sklavinnen. Innerhalb und außerhalb der Ehe wurde mit uns Handel getrieben. Unter der Sowjetmacht ist es uns zum erstenmal gelungen, uns aufzurichten und als freie Menschen zu fühlen. Was uns so lange bloß als ferner Traum, als herrliches Märchen erschien, an das wir nicht zu glauben wagten, wird jetzt möglich, greifbar, durchführbar. Schon haben wir mit dem Aufbau des Kommunismus begonnen. Es ist einfach lächerlich, uns zurückzurufen!.. Wie sehr die Damen aus der Bourgeoisie und ihre Helfershelfer aus der II. Internationale sich auch anstrengen mögen, es wird ihnen nicht mehr gelingen, die Arbeiterin irrezuführen.

Denn ihre Wahl ist bereits getroffen.

Sie schreitet zusammen mit der Sowjetmacht, mit der III. Internationale gegen Euch, Ihr Herren!

Helene Blonin (Inessa).

Korrespondenzen der „Kommunistischen Internationale“.

Brief aus Finnland.

(Auszüge aus einem Brief.)

...Obgleich wir hier in Finnland unter unsagbar schweren Bedingungen zu arbeiten haben, nimmt die Entwicklung der kommunistischen Bewegung doch unentwegt ihren Fortgang. Ein großer Teil der Organisatoren sitzt im Gefängnis; bei Polizeiverhör haben die Verhafteten fürchterliche Martern zu erdulden. Während des Bürgerkrieges von 1918 mangelte es der finnischen Arbeiterklasse bekanntlich an Heerführern (bestehen ja die finnischen Bataillone seit 1902 nicht mehr). Jetzt aber erweist die Bourgeoisie den Arbeitern einen großen Dienst, da sie eine Armee organisiert und die Bevölkerung die Waffen führen lehrt. Wider Willen steuert sie hierdurch zum künftigen Sieg des Proletariats bei. Wir verfügen jetzt über einen guten Kommandobestand unterer Kategorie. In der „weißen“ Armee kann man natürlich mehr oder minder weiße Abteilungen (Kavallerie) finden. Im allgemeinen jedoch bilden die Roten in den einzelnen Truppenteilen die Mehrheit oder zum mindesten eine kompakte Minderheit. Zudem gibt es viele schwankende Elemente. Ich glaube kaum, daß mehr als ein Viertel der Soldaten wirklich „weiß“ ist. Unter den Offizieren und Unteroffizieren dagegen stehen die Roten vereinzelt da.

Die Regierung und die Offiziere sind vorzüglich über die „rote“ Stimmung der Mehrheit der Soldaten unterrichtet und lassen es an Vorichtsmaßnahmen nicht fehlen. So werden z. B. den Soldaten, die unter dem Verdacht der Unzuverlässigkeit stehen, keine Kriegspatronen in die Hände gegeben. Auch werden allerorts Abteilungen der durchweg aus bürgerlichen Elementen geworbenen freiwilligen Schutzwehr in voller Kampfbereitschaft gehalten. Eine derartige Schutzwehr ist überall organisiert worden. Sie zählt mehr als 100 000 Mann, wenn auch ein großer Teil der Mannschaft für ernste Gefechte natürlich nicht in Betracht kommt. Uebrigens hat auch schon in den Reihen der freiwilligen Schutzwehr Zersetzung begonnen. Die Bauern und die kleinbürgerlichen Elemente sind mit dem weißen Regime unzufrieden. Sie trauen der Bourgeoisie nicht. Doch sind sie noch nicht genügend herangereift, um sich offen auf die

Seite der Roten zu stellen. Die Zwistigkeiten zwischen den „Mannerheimern“ und den Anhängern des Präsidenten Stahlberg haben vorläufig noch nicht zu scharfem Konflikt geführt. Die Furcht vor dem gemeinsamen Feind zwingt die Weißen zur Einigkeit.

Tatsächlich zerfällt die gesamte Bevölkerung des Landes in zwei feindliche Lager: jeder Finne ist jetzt entweder rot oder weiß. Die Roten bilden nicht weniger als die Hälfte, vielleicht sogar den größten Teil der Bevölkerung. Die Weißen aber stellen eine — vorläufig noch recht beträchtliche — Minderheit vor. Die Zahl der Ueberläufer wächst von Tag zu Tag, doch muß man sagen, daß die Aenderung ihrer persönlichen Färbung oft nur eine scheinbare ist, da die meisten dieser Ueberläufer sich in der ersten Zeit den weißen Sozialdemokraten zugesellen. Die Arbeitermassen sind unzweifelhaft rot gestimmt, wenn sie sich auch manchmal von ihren „Führern“, den Sozialpatrioten, irreleiten lassen, wie es bei den jüngsten Wahlen der Fall war. Leider ist das Proletariat jetzt auf das stärkste terrorisiert. In den Dörfern und Kleinstädten, wo fast alle einander kennen, ist jedes radikale Hervortreten einzelner Personen mit Lebensgefahr verbunden. Man braucht nur in den Ruf zu kommen, daß man „Bolschewik“ ist, und jeder beliebige Schutzposten glaubt sich berechtigt, einem mit Niederschießen ohne Verhör und Gericht zu drohen. Das alles veranlaßt die Arbeiter, einerseits äußerste Vorsicht zu beobachten, anderseits ruft es in ihnen völlige Gleichgültigkeit gegenüber jeder legalen Tätigkeit hervor, die ihnen ganz nutzlos dünkt. Es gibt nicht wenig entschieden revolutionär gestimmte Arbeiter, die jeden Wunsch, sich an legaler Partearbeit zu beteiligen, verloren haben. Andere, ebenso revolutionär gestimmte Arbeiter wiederum sind Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und verhalten sich völlig gleichgültig zur Tatsache, daß die überwiegende Mehrheit der aktiven, verantwortlichen Führer der Partei und ihre Vertreter im Parlament zu den gegenrevolutionären Sozialdemokraten gehören. Das will durchaus nicht besagen, daß sie die gegenrevolutionäre Politik der Sozialdemokratie gutheißen. Sie wollen einfach nicht daran glauben, daß Vertrauensmänner der Partei tatsächlich Gegenrevolutionäre sein können. Sie sind geneigt, diese Politik als taktische Vorsicht zu erklären und zu rechtfertigen. Unter den jetzigen Bedingungen — glauben sie — ist solche Politik „doch immer besser als gar nichts“. Wenn sie auch nichts nützt, so schadet sie doch wenigstens nicht. Hier fühlt man die mangelhafte theoretische Schulung der Arbeiterklasse Finnlands. Die Mehrzahl der Führer der sozialdemokratischen Partei ist erst im vorigen Jahr aus den Tiefen der schwärzesten Reaktion emporgestiegen. Sie benutzten den Umstand, daß an vielen Stellen fast alle besten Kämpen der alten Arbeiterbewegung entweder getötet oder eingekerkert, oder aber nach Rußland oder Schweden geflüchtet waren. Die feigsten und konservativsten Elemente, die gegen den Bolschewismus auftraten, konnten zu jener Zeit nach Belieben schalten und walten, und sie benutzten diese Gelegenheit, sich eine führende Stellung in der

Arbeiterbewegung zu sichern. Es sind nämlich Sozialverräter, Scheidmänner, durch und durch Gegenrevolutionäre, die bis jetzt nur keine Gelegenheit hatten, ihre gegenrevolutionären Tendenzen voll und ganz in Taten umzuwandeln. Die Arbeiterklasse kennt die wahre Natur dieser Herren vorläufig noch nicht. Kennzeichnend jedoch ist, daß überall, wo sich die Möglichkeit bietet, offen gegen diese Wölfe im Schafspelz zu agitieren, die Arbeiter sie alsbald scharenweise zu verlassen beginnen.

Die Beweisführungen der Sozialverräter laufen größtenteils darauf hinaus, daß sie der Arbeiterklasse eine neue Niederlage prophezeien und die Unbesiegbarkeit der gegenrevolutionären Waffenmacht ausschreien. Der Eindruck dieser Argumentation verblaßt jedoch nach und nach, — besonders unter dem Einfluß der Erfolge der proletarischen Revolutionsbewegung im Ausland. Die sozialverräterische Richtung kann jetzt nicht mehr auf einen dauernden Zufluß neuer Anhänger hoffen. Finnland hat auch seine „Unabhängigen“, sie bilden aber keine selbständige Gruppe nach deutschem Muster. Die sogenannten Kautskyaner gehen Hand in Hand mit den Sozialdemokraten vom revisionistischen Typus vor. Mit den Linksstehenden unter ihnen haben wir jetzt die Verbindung hergestellt.

Sollte die proletarische Revolutionsbewegung in Europa in nächster Zukunft abflauen, so würde die Parteigruppierung in Finnland sich aller Wahrscheinlichkeit nach ungefähr so gestalten wie augenblicklich in Deutschland. Doch solange die Sowjetmacht in Rußland sich halten wird — und alles spricht ja dafür, daß es der Fall sein wird — solange der Sieg des Proletariats in Deutschland von Tag zu Tag unzweifelhafter wird, solange England fortfährt, sich Schritt um Schritt der Revolution zu nähern (die möglicherweise zu Anfang die Gestalt eines halbbürgerlichen Umsturzes annehmen wird), — solange wird auch die revolutionäre Bewegung in Finnland sich immer erfolgreicher entwickeln. Schon jetzt macht sich unter den Arbeitern eine ziemlich starke Strömung gegen die Sozialverräter geltend. Immer bestimmter wird die Frage gestellt: für oder wider die proletarische Revolution. Und wenn die Sozialverräter sich auch durch allerhand Machenschaften in Versammlungen und in der Presse den Sieg auf dem Parteikongreß (der am 7. Dezember stattfand) gesichert haben, so kann man doch mit Gewißheit sagen, daß die Arbeitermassen ihnen nicht folgen werden. Der Jugendverband hat auf seinem Kongreß im September eine radikale Resolution angenommen, und in seinem Preßorgan wird revolutionäre marxistische Propaganda getrieben. In den Blättern des Verbandes gelangten auch einige aus der „Kommunistischen Internationale“ nachgedruckte kommunistische Resolutionen zur Veröffentlichung. Diese Agitation bleibt auch auf gewisse kleinbürgerliche Schichten, auf die besten Elemente unter den Intellektuellen nicht ohne Einfluß. Jeder Sieg der russischen Roten Armee wird hier unmittelbar als neuer Schritt zur Befreiung aufgefaßt, ebenso wie jeder Erfolg des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland, England und anderen Ländern.

Am Beispiel des kleinen Finnland kann man sich in mancher Hinsicht überzeugen, welch heuchlerische Utopie die bürgerliche Demokratie ist. Die Staatsfinanzen sind völlig zerrüttet. Unsere Regierungsmänner müssen ihre ganze Gewandtheit ins Treffen führen, um den Bankrott zu verhüten. Diese Regierungsmänner träumen von einem Militärabenteurer, das ihnen völlig freie Hand geben würde. In dieser Beziehung besteht der ganze Unterschied zwischen den Anhängern Stahlbergs und den Getreuen Mannerheims nur darin, daß die Anhänger des „demokratischen“ Professors etwas vorsichtiger sind als die Anhänger des weißen Generals.

Bitte, die Genossen Lenin, Sinowjew, Bucharin und allen anderen russischen Genossen, deren heldenmütigen Kampf wir mit Begeisterung verfolgen, unsern Gruß zu übermitteln.

Seid alle begrüßt, Genossen! Der Sieg wird unser sein!

Ein Soldat der Revolution.



DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG



Schreiben des Zentralausschusses der Kommunistischen Partei Ungarns an alle Proletarier Frankreichs.

I.

Werte Genossen!

Nach dem Sturz vom 1. August, der ausschließlich dem militärischen Druck der Verbündeten zuzuschreiben ist, hat die Kommunistische Partei Ungarns sich aufs neue organisiert und ihre Arbeit wieder aufgenommen. Ihre dringendste Aufgabe ist, den ungarischen Genossen beizustehen, die den gegenrevolutionären Henkern in die Hände gefallen sind. Leider ist eine allzu große Anzahl dieser Unglücklichen von den Mördern bereits außerhalb des Bereichs menschlicher Hilfe geschafft worden. In Transdanubien bezeichnen ganze Wälder von Galgen den Durchmarsch der „nationalen christlichen“ Armee des Generals Horthy. Die edlen Herren Offiziere haben „aus Versehen“ Hunderte von Leuten erhängt, die nachher durch amtliches Gerichtsverfahren als unschuldig anerkannt wurden. In Keeskemet hat man kürzlich 120 entstellte Leichen solcher Opfer ausgegraben. Es war so augenfällig, daß diese Unglücklichen nichts mit der kommunistischen Bewegung zu tun hatten, daß selbst der amtliche Bericht diese Hekatombe als gewöhnlichen Mord bezeichnen mußte. Alle Verdächtigten wurden von einer Abteilung der nationalen Armee fortgeschleppt und in einen nahegelegenen Wald geschafft. Hier wurden sie von den edlen Offizieren mit Beilhieben niedergemetzelt, nachdem ein Geistlicher, der im voraus zur Vollziehung dieser Trauerzeremonie eingeladen war, ihnen eine Messe gelesen hatte. Darauf wurden sie an Ort und Stelle eingescharrt.

Erst nachdem mehrere nicht gut genug verscharrte Leichen von den Bauern der Umgegend entdeckt und von den Angehörigen wiedererkannt

waren, nachdem die öffentliche Meinung eindringlich eine sofortige Untersuchung forderte, erließen die Behörden einen verspäteten Befehl, eine gerichtliche Untersuchung einzuleiten. Doch hatten diese furchtbaren Taten die öffentliche Meinung stark gegen derartige Heldentaten der weißen Garde eingenommen. Die ungarische Regierung suchte daher nach anderen, äußerlich weniger Abscheu erregenden, wenn auch nicht minder sicheren Mitteln, um die der Herrschaft der Kapitalisten und Feudalherren gefährlichen Elemente auszurotten. Zeugen, gemartert oder bestochen, stellten ihre Aussagen für eine Reihe politischen Prozesse zur Verfügung. Das Ergebnis waren 23 Todesurteile, von denen 14 zwei Tage nach dem Urteilsspruch vollstreckt wurden. Durch einen glücklichen Umstand wird 9 weiteren Genossen das Leben noch etwa eine Woche lang erhalten bleiben, denn die christlichen Henker üben ihr Handwerk in der Weihnachtswochen nicht aus. Im Namen der Solidarität des Proletariats der ganzen Welt wenden wir uns nun an Euch, um zu versuchen, unsere unglücklichen Genossen zu retten. Wir bitten die französischen Genossen, auf jedem möglichen Wege vor ihrer Regierung gegen diese legalen und illegalen Morde Einspruch zu erheben.

Abgesehen von unmittelbaren Hinrichtungen sind Kerkerstrafen von unglaublicher Härte über diejenigen unserer Genossen verhängt worden, die irgend einen Posten in der Kommune bekleidet haben. Alle solche Genossen sind zu unerhört langdauernder Gefängnisstrafe verurteilt. Doch ist das noch nicht alles. Die ungarische Regierung hat beschlossen, alle diejenigen zu verhaften, die im bloßen Verdacht stehen, sozialistische, kommunistische oder einfach radikale Ansichten zu hegen, obgleich ihnen selbst die Aussagen der von der weißen Inquisition gemarterten oder aber bestochenen Zeugen nicht das geringste Vergehen nachweisen konnten. Es wurde beschlossen, sie im Lager von Hajmasker zu internieren, einem Militärlager, das während des Krieges als Isolierungsstelle für epidemische Krankheiten gedient hatte. In dieses Lager hat man Tausende von Menschen geschleppt, die nichts verbrochen haben, ja eines Vergehens nicht einmal angeklagt sind. Mitsamt ihren Frauen und Kindern hat man sie eingeschlossen; durch einfache ministerielle Verfügung hat man sie zu einem Sklaventum verurteilt, das schlimmer ist als selbst in den schlimmsten Zeiten der Barbarei.

Doch die Henker des weißen Terrors haben ihren Rachedurst durch diese Ausschreitungen noch längst nicht gestillt. Unablässig versuchen sie, sich derjenigen unserer Genossen zu bemächtigen, denen es gelungen ist, sich in Sicherheit zu bringen und von der österreichischen Regierung ein elendes Asyl zu erhalten. Den bislang vergeblichen Forderungen ihrer Auslieferung sind Mordanschläge gegen unsere Genossen gefolgt, die leider nur allzu oft gelangen. Sieben Genossen sind bereits von Agenten der Gegenrevolution mit Gewalt aus Oesterreich entführt worden. Die Leichen von drei anderen Genossen (darunter ein junger proletarischer

Dichter von großer Begabung) wurden in einem Walde an der Landstraße Wien—Budapest aufgefunden. Vier weitere sind in den Händen der Budapester Henker. Vor wenigen Tagen wurden in der Nähe von Karlstein, einem Internierungszentrum für ungarische Kommunisten, drei Personen verhaftet, die bei dem Verhör eingestanden, daß sie entsandt seien, um die bewaffnete Entführung Bela Kuns zu organisieren und daß sie im Solde der gegenwärtigen Regierung Ungarns ständen.

Angesichts solcher Tatsachen ist die Lage der zur jetzigen Regierung gehörenden Sozialdemokraten eine wenig beneidenswerte. Mit den kleinbürgerlichen und reaktionären Elementen verbunden, sind sie außerstande, die erforderlichen energischen Maßnahmen gegen die Anmaßung der ungarischen Gegenrevolution zu ergreifen. Die Kommunistische Partei Deutsch-Oesterreichs aber ist noch viel zu schwach, um einen entschiedenen Einfluß auf diese Geschehnisse in Ungarn auszuüben, die für die proletarische Bewegung ganz Westeuropas von einschneidender Bedeutung sind.

Das Weltproletariat ist aber auf das dringlichste verpflichtet, dem leider allzu schwachen Widerstand der österreichischen Sozialdemokraten gegen die Auslieferung Bela Kuns und anderer Genossen, gegen die Hinmordungen, Einkerkerungen, Internierungen und im allgemeinen gegen alle Machenschaften der weißen Henker von Budapest und Wien seine machtvolle Unterstützung zu verleihen.

Als Einspruch gegen den weißen Terror in Ungarn hat die sozialistische Partei Oesterreichs unlängst ein Manifest veröffentlicht. Obgleich wir weder den Ton, noch den Standpunkt des Manifestes billigen, bitten wir unsere Genossen in den Ententeländern inständigst, diese Aktion zu unterstützen und ihrerseits den unglücklichen Vorkämpfern der proletarischen Weltrevolution zu Hilfe zu kommen, zu retten, was noch zu retten ist, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Ausrottung des klassenbewußten Proletariats von Ungarn zu protestieren. Leute wie Otto Korvin umkommen lassen, heißt das internationale Proletariat eines seiner lautersten und heldenmütigsten Verteidiger berauben.

Genosse Otto Korvin ist einer von den zu Tode Verurteilten, die noch am Leben sind. Nur ein unverzügliches, energisches Vorgehen der Proletarier der Ententeländer kann sein Leben vielleicht noch retten.

II.

In unserem letzten Schreiben, das, wie wir hoffen, unversehrt in Ihre Hände gelangt ist, haben wir Ihnen die Lage der kommunistischen Bewegung in Ungarn geschildert.

Den Ausschreitungen des weißen Terrors ist noch kein Ende abzusehen. Genosse Otto Korvin und die acht anderen Genossen, die zum Tode verurteilt waren, sind hingerichtet. Die politischen Prozesse dauern fort, und es steht zu befürchten, daß alle, die in der ungarischen Arbeiter-

bewegung eine bedeutende Rolle gespielt haben oder spielen könnten, von den Henkern hingemordet werden.

Einzig und allein die Proletarier aller Länder, vor allem aber die Proletarier der Ententeländer können diesen Niedermetzelungen ein Ziel stecken, dadurch, daß sie die entsprechenden Regierungen zwingen, in Budapest einzuschreiten, oder aber, daß sie die Henker von Budapest das Grauen und die Empörung fühlen lassen, die ihre Verbrechen in den Bevölkerungsmassen hervorgerufen haben.

Der Einspruch Longuets und seiner Freunde war zu schwach.

Es handelt sich nicht um einen Aufruf an die Gefühle der Menschlichkeit und Gerechtigkeit — die Budapester Regierung wird nicht verabsäumen, ihrerseits zu erklären, daß die von ihr gefällten Urteile gerecht und menschlich seien, — sondern um einen Protest gegen jedes Todesurteil, jede Hinrichtung in Ungarn, ob legal oder illegal.

Im kommenden Januar begibt die ungarische Friedensdelegation sich nach Paris. Falls die französischen Genossen sie mit einer Kundgebung empfangen, die sie reichlich verdient haben, kann hierdurch vielleicht Hunderten, wenn nicht gar Tausenden von Genossen aus der Vorhut des ungarischen Proletariats das Leben gerettet werden.

Wir ersuchen die französischen Genossen, den Inhalt dieses Schreibens den englischen Genossen mitzuteilen, mit denen wir keine unmittelbare Verbindung haben. Unter den gegenwärtigen Bedingungen in Ungarn kann das Hervortreten des englischen Proletariats, können seine Versammlungen und Proteste eine entscheidende Wirkung haben.

**Der Zentralausschuss
der Kommunistischen Partei Ungarns.**

Antwort des Zentralausschusses der Britischen Sozialistischen Partei auf das Schreiben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Wie bekannt, wurde auf dem Leipziger Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen, sich an verschiedene revolutionäre Gruppen und Parteien zu wenden mit dem Antrag, zusammen mit den Vertretern der III. Internationale an einer Konferenz zwecks Erörterung der Frage über die Gründung einer neuen Inter-

nationale teilzunehmen. Auf diesen Antrag antwortete der Zentralausschuß der Britischen Sozialistischen Partei wie folgt:

Lieber Genosse!

Ich bin vom Parteivorstand der British Socialist Party (B. S. P.) beauftragt worden, Ihnen für Ihren Brief vom 15. Dezember und für die beiliegenden Exemplare Ihres neuen Programms zu danken. In Beantwortung Ihrer Aufforderung, an einer Konferenz zwischen der dritten Internationale und den anderen revolutionären Parteien teilzunehmen, bin ich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß nach Meinung der B. S. P. die dritte Internationale bereits alle Parteien und wirklich revolutionären Gruppen der internationalen sozialistischen Bewegung einschließt. Die B. S. P. selber ist bereits Mitglied der dritten Internationale, ebenso wie die anderen linkssozialistischen Gruppen dieses Landes, mit denen wir hoffen, uns bald in einer kommunistischen Partei vereinigen zu können; und unseres Erachtens sind die Parteien oder Gruppen, die noch zögern, sich an die dritte Internationale anzuschließen, entweder gegenrevolutionäre, oder es fehlt ihnen an Mut, für ihre sozialistische Ueberzeugung einzutreten. Infolgedessen muß die B. S. P. es ablehnen, an der von Ihnen vorgeschlagenen Konferenz teilzunehmen, und sie erlaubt sich, Ihnen zu raten, späterhin entsprechend der letzten Klausel ihres neuen Programms zu handeln, wonach Sie der dritten Internationale beitreten werden, falls die Konferenz, an der Sie uns auffordern, teilzunehmen, scheitern sollte.

Mit den brüderlichen Grüßen des Parteivorstandes der British Socialist Party

gez. *Albert Inkpin*, Sekretär.



Mühsam an die Kommunistische Partei.

Die „Neue Jugend“ druckte eine Erklärung Erich Mühsam's ab, die er der deutschen kommunistischen Presse zugestellt hatte. Die Redaktion leitete sie mit folgenden Worten ein:

„Wir drucken hiermit eine Erklärung Erich Mühsam's ab, die in der deutschen kommunistischen Presse veröffentlicht wurde. Mühsam ist einer der bekanntesten deutschen Propagandisten des Anarchismus, und war zusammen mit Landauer einer der Aktivsten während der Münchener Räterevolution. Augenblicklich ist er zusammen mit dem Genossen Toni Waibell im Ansbacher Gefängnis. Vor kurzem kam die Mitteilung, daß die beiden, gemeinsam mit anderen Gefangenen, wegen der schlechten Behandlung in den Hungerstreik getreten wären. In solchen Erscheinungen äußert sich bekanntlich die Herrlichkeit der deutschen „Revolution“. Mühsam's Eintritt in die Kommunistische Partei ist eine ganz analoge Erscheinung, wie der Uebertritt der holländischen Freischärler (evangelisch-revolutionäre Jugendbewegung Hollands) zum Kommunismus. Es erweist sich überall, daß die revolutionären Kräfte trotz verschiedener Auffassung der „Weltanschauung“ sich zu einer einheitlichen Kampffront gegen Bürgertum und Opportunismus zusammenschließen“.

Mühsam schreibt:

Seit fast 20 Jahren bekenne ich mich zu den Lehren und Forderungen des kommunistischen Anarchismus. Mein politischer Kampf galt, lange ehe an Weltkrieg und Weltrevolution zu denken war, der Vorbereitung der sozialen Revolution mit den Mitteln der direkten Aktion, wie sie besonders von Michael Bakunin gelehrt worden sind. Meine Gegnerschaft gegen den von Kautsky ausgedeuteten Marxismus richtete sich im wesentlichen auf die Bekämpfung der parlamentarischen Betätigung des Proletariats, der opportunistischen Anbiederung an die kapitalistische Gesellschaft und des grundsatzlosen Paktierens mit der Bourgeoisie, die die Politik der Sozialdemokratie jahrzehntelang charakterisiert haben. Ich und meine Freunde haben immer gewarnt vor der Versumpfung der Arbeiterbewegung in Parlamentsschwätzerei, Tarifmeierei und Vereinsbürokratismus. Wir verweigerten der Philisterorganisation der Sozialdemokratischen Partei die Gefolgschaft und warben, verfolgt von den Staatsgewalten und geschmäht von den geeichteten und gestempelten „Führern“ der Arbeiterschaft, für die Befreiung vom Staat durch rücksichtslose Anwendung der ökonomischen Machtmittel des Proletariats.

Das Erlebnis der Revolution öffnete einem großen Kreis, der ausgebeuteten Klasse die Augen über die verfehlte Politik der Sozialdemokratie, deren Konsequenz in dem verräterischen Verhalten ihrer offiziellen Vertretung während des Krieges offenbar geworden war. Die vorbildliche Leistung der Bolschewiki in Rußland und ihr in der Revolutionsgeschichte aller Zeiten beispielloser Erfolg gab denen recht, die das Heil des Weltproletariats in der Uebernahme der legislativen und exekutiven Gewalt in die Hände der werktätigen Massen selbst erblickten.

Lenins theoretische und praktische Anweisungen für die Durchführung der Revolution bis zur Verwirklichung der kommunistischen Ziele des Proletariats schufen neuen Boden, gaben dem revolutionären Kampf um die Befreiung vom Kapitalismus neue Formen. Seine Lehren — ich werde das in einer besonderen Broschüre nachweisen — schlugen die Brücke, auf der sich die Anhänger des von Kautsky und Bernstein befreiten Marx und Michael Bakunin begegnen können. Der Einigung des wahrhaft revolutionären Proletariats stehen keine unüberwindlichen Schranken mehr im Wege.

Wir kommunistische Anarchisten mußten allerdings einen wichtigen Differenzpunkt zwischen den beiden hauptsächlichsten sozialistischen Schulen, Bakunins Widerstand gegen eine Diktatur des Proletariats, zugunsten Marxens preisgeben. Ich persönlich habe bereits zu Beginn der Revolution eingesehen, daß die proletarische Diktatur ein unumgängliches Mittel zur Eroberung der Macht darstellt, und meine propagandistische Tätigkeit dementsprechend ausgeübt. Der weitere Konflikt, die Frage nach zentralistischen Organisation, wird durch die geniale Leninsche Lösung, durch den Rätegedanken, zu einem Streit um Worte.

Als sich in Deutschland die Kommunistische Partei konstituierte, habe ich mich bemüht, in engster kameradschaftlicher Nachbarschaft mit ihr zu wirken, bin vielfach als Referent in ihren Versammlungen aufgetreten und habe ihr, ohne noch direkt für sie zu werben, in- und außerhalb Münchens Tausende von Mitgliedern zugeführt. Selbst der Partei beizutreten, konnte ich mich, trotz der vollständigen Uebereinstimmung in den Kampfprinzipien, bisher nicht entschließen, weil ich nie einer Partei angehört habe und die anarchistische Vergangenheit nicht verleugnen wollte.

Der Verlauf der Revolution, ihre zeitweise Niederwerfung durch die vereinigte Macht der militaristischen, kapitalistischen und sozialpatriotischen Konterrevolution hat mich zu einem anderen Entschluß gebracht. Ich vollziehe hiermit meinen Eintritt in die Kommunistische Partei Deutschlands. Die Einigung des revolutionären Proletariats ist notwendig und unaufschiebbar. Die Organisation, in der diese Einigung allein möglich ist, ist in der K. P. D. gegeben. Ich hoffe, daß meine anarchistischen Genossen, soweit sie im Kommunismus die Grundlage der gerechten Gesellschaft erblicken, meinem Beispiel folgen werden. Die Ueberwindung des Staates in jeder Gestalt ist das Ziel Lenins so gut wie das unsrige. Ein Opfer der Ueberzeugung wird also von niemandem verlangt.

Die Genossen der K. P. D. aber bitte ich, mich und meine Kameraden im Geiste treuer Kampfsolidarität aufzunehmen. Wir werden unsern Mann stellen, und der Zustrom an Kampf und Verfolgung gewöhnter Rebellen wird die Tatkraft der Partei befeuern und sie vor Verknöcherung und Verbonzung dauernd bewahren.

Es lebe die Weltrevolution! Es lebe die III. Internationale!

Festung Ansbach, Mitte September 1919.

Erich Mühsam.



Aufruf an die Arbeiter der Lederbranche aller Länder.

An Euch, Proletarier der Lederbranche in allen Ländern, wenden sich mit glühendem Appell die zu einem einzigen mächtigen Gesamtrussischen Verbands der Arbeiter und Angestellten der Lederproduktion vereinigten russischen Lederarbeiter, Schuhmacher, Sattler u. a.

Unter unglaublich schwierigen Verhältnissen hat der russische Arbeiter zu leben und für den Endsieg der sozialistischen Prinzipien zu kämpfen. Hunger, Kälte, industrieller Zerfall, chronischer Niedergang des Transportwesens — das ist das Erbe des alten Regimes und das Ergebnis der räuberischen Politik der Erdrosselung Sowjetrußlands, die von den bürgerlichen Machthabern Eurer Länder geführt wird.

Die zu einem gemeinsamen Bunde vereinigten Räuber des Imperialismus hören nicht auf, unser Land zu martern, das als erstes gewagt hat, das Banner der sozialistischen Revolution zu hissen, und sie bemühen sich, durch wirtschaftliche Blockade, Unterstützung der weißgardistischen Regierungen der Randstaaten und der inneren gegenrevolutionären Kräfte, den Eroberungen der Revolution den Todesstoß zu versetzen.

Aber Ihr, Proletarier aller Länder, seid unsere Freunde, und von Euch erwarten wir Hilfe. Nur Eure Unterstützung kann uns vor Hunger, Kälte und endgültigem Untergang erretten. Um unsere Handlungen im gemeinsamen Kampf für die Befreiung der Arbeit in Einklang zu bringen, und hinsichtlich der Prinzipien und der Taktik der Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern volle Einigkeit herzustellen, hat die am 20. Januar d. J. eröffnete Gesamtrussische Konferenz der in allen Zweigen der Lederproduktion beschäftigten Arbeiter und Angestellten beschlossen, zum 1. April d. J. einen internationalen Kongreß der Arbeiter der Lederbranche einzuberufen, und fordert Eure Vertreter auf, an diesem Kongreß teilzunehmen.

Um Euch aber vom Leben der russischen Arbeiter, sowie von den Grundprinzipien und dem Stande unserer Gewerkschaftsbewegung zu unterrichten, senden wir Euch zwei unserer Vertreter, die Genossen Jusefowitsch und Morosow.

Fordert von Euren Regierungen für unsere Abgesandten die Einreiseerlaubnis in Eure Länder, bereitet Euch zum Internationalen Kongreß der Arbeiter aller Zweige der Lederindustrie vor.

Es lebe der Internationale Verband der Arbeiter der Lederproduktion!
Es lebe der kommende Sieg des internationalen Proletariats!

**Das Präsidium der Gesamtrussischen Gewerkschaften
der Arbeiter und Angestellten der Lederproduktion.**

I. Jusefowitsch, I. Lobkowski, I. Morosow.

Agrarprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands

(Spartakusbund).

I.

Das gewaltige wirtschaftliche Zerstörungswerk des Weltkrieges hat die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland unterwühlt. Der Produktionsapparat ist in diesem Höllenfeuer zusammengeschmolzen. Arbeitskräfte, Arbeitsmaschinen, Rohstoffe, Hilfsstoffe, der Goldbestand wurden dezimiert. Im selben Maßstabe aber, wie die Gebrauchswerte vernichtet wurden, wuchs die Kriegsschuld, der Anspruch der kapitalistischen Klasse auf die Früchte der Arbeit. Im selben Maße wuchs die Anarchie in der Produktion. Das Kapital, dessen geschichtliche Rolle die breiteste Entfaltung der Produktionskräfte der Gesellschaft war, hat sich in einen Schmarotzer am Körper der gesellschaftlichen Arbeit entwickelt, in eine Kraft der Zerstörung und Verwirrung. Seine geschichtliche Stunde hat geschlagen. Das Proletariat ist berufen, das Urteil der Geschichte zu vollziehen bei Strafe des Unterganges der Produktion.

Der militärische Zusammenbruch des deutschen Imperialismus auf den Schlachtfeldern Frankreichs gab den Anstoß zum Beginn dieser Auseinandersetzung, die im Schoße der Gesellschaft vorbereitet lag. Ihr Auftakt war die Revolution des 9. November. Aber diese Revolution, obwohl getragen von kriegsmüden und enttäuschten Soldaten und den Arbeitern, ließ die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft unberührt. Sie erfaßte nur die äußere Staatsform. Sie verwandelte den monarchischen Militärstaat in eine bürgerliche Republik, mit den Verrätern des Sozialismus als Firmenträgern. Die politische Form der Kapitalsherrschaft ward oberflächlich reformiert, neu unterbaut.

Aber diese politische Revolution ward zugleich der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, die in einer Reihe gewaltiger Streikwellen und bewaffneter Aufstände Deutschland überzog und deren Ergebnis nur der Sturz der Kapitalsherrschaft sein kann. Das Industrieproletariat leitete die Rebellion der Lohnarbeit gegen das Kapital ein. In seinen Spuren folgten die Arbeiter und Angestellten des Handels- und Geldkapitals.

Es ist klar, daß die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit

nicht auf die Städte beschränkt bleiben kann. Die Kapitalsherrschaft lastet noch schwerer wie auf dem städtischen auf dem ländlichen Proletariat. Ihr Zusammenbruch droht auch dem Kleinbürgertum den Untergang an.

Das ländliche Proletariat und das Kleinbauerntum sind in ihrem Kampf gegen das Kapital gehemmt durch die örtliche Zersplitterung und die ländliche Abgeschlossenheit. Sie können nur überwunden werden durch das engste Zusammenwirken mit dem städtischen Proletariat.

Im landwirtschaftlichen Großbetrieb ist die sozialistische Produktion vorgebildet durch das Kapital selbst. Es bedarf hier nur des Zerbrechens der Schranken des Privateigentums, der Aneignung des Landes und der Arbeitsmittel durch die Gesellschaft und des innigen Zusammenwirkens mit der sozialisierten Industrie und Handel, damit auch hier die sozialistische Arbeitsweise sich entfalten kann. Das Kleinbauerntum und der im kleinbäuerlichen Betrieb bewirtschaftete Großgrundbesitz leidet nicht minder schwer wie das Landproletariat unter dem Druck der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Aber in seiner Betriebsform ist die sozialistische Wirtschaftsweise noch nicht vorgebildet. Sie kann nicht mit Gewalt durchgesetzt werden. Die bürgerliche Wirtschaft hat das bäuerliche Kleingrundbesitz durch einen jahrhundertelangen gewaltsamen Prozeß der wirtschaftlichen Entwurzelung und des Betrugs unterhöhlt, der den Kleinbauern völlig in das Proletariat hinabgeschleudert oder ihn ein Zwitterdasein zwischen Industrieproletarier und Landproletarier führen läßt, der ihn vom Grund und Boden und seinen Arbeitsmitteln trennt und unter die Fuchtel des Großgrundbesitzers oder des industriellen Unternehmers stellt. Er wurde massenhaft in einen Land-Tagelöhner oder industriellen Lohnarbeiter verwandelt. Oder sein Landbesitz wurde derart verzwert oder verschuldet, daß er, als Fußkugel an seinem Bein, ihn in die drückendste Hörigkeit gegenüber dem Großgrundbesitz und dem Industriekapital versetzte. Die Methode der zur Herrschaft gelangten Arbeiterklasse dem Kleinbauern gegenüber kann dagegen nur die der Hilfe und der Erziehung sein, damit er den Weg zum Sozialismus finde. Es gilt, die Lage des Kleinbauern als Kleinbauern wirtschaftlich zu erleichtern durch allseitige Hilfe der sozialisierten Industrie und des Handels. Es gilt, den Kleinbauern von der bürokratischen Schreiberzunft, die ihn bevormundete, zu befreien und ihm den Weg zur Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten durch ihn selbst zu eröffnen; es gilt schließlich, die Ansätze der kleinbäuerlichen Genossenschaften auszubauen, damit der Kleinbauer stufenweise zur genossenschaftlichen Produktion auf großer Stufenleiter gelangt. Um das Ziel der Befreiung des ländlichen Proletariats und des Kleinbauerntums von kapitalistischer Ausbeutung und der sozialistischen Betriebsweise in der Landwirtschaft zu erreichen, stellt die Kommunistische Partei die folgenden Forderungen auf:

II.

Landwirtschaftliche Großbetriebe sind diejenigen, die ständig fremde Arbeitskraft gegen Lohnarbeit zur Erzielung kapitalistischen Profits anwenden. Landwirtschaftliche Kleinbetriebe sind diejenigen Betriebe, die fremde Arbeitskraft gar nicht oder nur in der Weise beschäftigen, daß sie der Hauswirtschaft nach Lebensweise oder Arbeitsweise eingegliedert sind, wie die Besitzer und ihre Familienangehörigen selbst.

III.

Aller Großgrundbesitz, der im Großbetrieb bewirtschaftet wird, wird samt lebendem und totem Inventar und den dazugehörigen gewerblichen Betrieben und dem Betriebskapital ohne Entschädigung vom sozialistischen Staat enteignet. Er wird Gemeineigentum der sozialistischen Gesellschaft.

IV.

Alle bisherigen gutsherrlichen Rechte und Patronate (gutsherrliche Jagd- und Fischereirechte, Steuerbefreiungen, Polizeirechte usw.) sowie alle Fideikommißrechte werden ohne Entschädigung aufgehoben.

V.

Auf jedem landwirtschaftlichen Großbetrieb bilden die ständig auf ihm beschäftigten Landarbeiter, Gutshandwerker, Angestellte und die hauswirtschaftlich tätigen Familienangehörigen einen Gutsrat.

VI.

Der Gutsrat übernimmt die genossenschaftliche Bewirtschaftung des Betriebes unter zentraler einheitlicher Leitung für die gesamten landwirtschaftlichen Großbetriebe.

VII.

Der Gutsrat übernimmt im Rahmen der zentralen Anordnungen:

1. Die Anstellung und Entlassung von Arbeitskräften.
2. Die Festsetzung der Arbeitszeit und der Arbeitslöhne.
3. Die Anbau- und Verwendungsart der landwirtschaftlich benutzten Flächen und die Oberleitung der mit dem Großgut verbundenen gewerblichen Betriebe.
4. Die Ablieferung der über den Eigenbedarf des Großguts hinaus überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse.
5. Die Feststellung der Bedürfnisse des Großguts an landwirtschaftlichen Arbeitsmitteln, die es nicht selbst erzeugt (Saatgut, Nutzvieh, Milchvieh, Zuchtvieh, Zuchtgut, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Düngemittel, Futterstoffe, chemische Hilfsstoffe, Baumaterial usw.).
6. Die Feststellung und Verteilung des Bedarfs an industriellen Er-

zeugnissen und Handelsartikeln für den Einzelbedarf (Nahrungsmittel, Kleidung, Hausgerät und Mobiliar, an Erzeugnissen der Literatur und Kunst).

7. Die Feststellung des Bedarfs an Betriebskapital.

Die Höhe der für den Eigenbedarf der Genossenschafter des Großguts notwendigen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse des Großguts wird zentral festgesetzt. Die Ueberschüsse darüber werden an örtliche Sammelstellen abgeliefert, ebenso wie die Bedürfnisse der Güter an landwirtschaftlichen, industriellen und Handelsartikeln an die örtlichen Sammelstellen überwiesen werden.

VIII.

Die abgelieferten überschüssigen Erzeugnisse des Großguts werden der Gutsgenossenschaft gutgeschrieben.

Die Finanzierung des Großgutes wird Zentralbanken übertragen.

IX.

Die Wälder und die Jagd werden zentral bewirtschaftet durch die genossenschaftlich zusammengeschlossenen Wald- und Forstarbeiter und Forstbeamten, die ebenfalls in Räten organisiert sind.

X.

Die Nutzung von Waldungen, die bisher Eigentum bäuerlicher Gemeinden waren, verbleibt den Gemeinden im Rahmen ihrer örtlichen Bedürfnisse. Die Bewirtschaftung geschieht zentral, wie die der übrigen Waldungen.

XI.

Die Wasserläufe werden nach Flußgebieten einheitlich bewirtschaftet.

XII.

Für die Zeiten der größten Arbeitshäufung im landwirtschaftlichen Betrieb, die eine Erledigung der Arbeit innerhalb bestimmter Fristen erfordern (Bestellung, Ernte), werden landwirtschaftliche Arbeiterkolonnen gebildet, deren örtliche Verteilung zentral bestimmt wird.

XIII.

Um das Aufgebot ländlicher Arbeiter in den Höhezeiten des Landwirtschaftsbetriebes jederzeit zu ermöglichen, ist erforderlich, daß auch die industrielle Arbeiterschaft von Jugend auf in den Elementen landwirtschaftlicher Arbeit ausgebildet wird.

Andererseits ist erfordert die Ausbildung der selbsthaften Landarbeiterschaft in den Elementen der landwirtschaftlichen und industriellen Technik, im Interesse der technischen Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes selbst, sodann aber, um denen, die für die Beschäftigung in der

Landwirtschaft nicht in Betracht kommen, den reibungslosen Uebergang in die Industrie zu ermöglichen.

XIV.

Unterricht, Unterrichtsmittel und Lebensunterhalt an den allgemeinen, wie an den technischen und landwirtschaftlichen Fachschulen sind frei.

XV.

Für landwirtschaftliche Kulturarbeiten großen Stils (Urbarmachung von Oedland, Bewässerung, Entwässerung usw. Feldbereinigung, Wegebau, Tier- und Pflanzenversuche usw.) werden vom Staat die Mittel und die Arbeitskräfte den Gutsräten zur Verfügung gestellt.

XVI.

Landwirtschaftlicher Großgrundbesitz, soweit er nicht im Großbetrieb bewirtschaftet wird, sondern in kleine Pachten aufgeteilt ist, wird ebenso wie Großbetriebe ohne Entschädigung enteignet. Soweit dieser Landbesitz im kleinen bewirtschaftet wurde, wird er zur weiteren Nutzung und Bewirtschaftung an die örtlichen Landarbeiter- und Kleinbauernräte überwiesen. Diese haben seine Nutzungs- und Betriebsart unter Beachtung der Interessen der bisherigen kleinbäuerlichen Bewirtschafteter zu regeln.

XVII.

Die staatlichen Domänen, soweit sie nicht in Kleinpachten zerteilt sind, bilden Muster- und Versuchswirtschaften unter unmittelbarer Leitung der provinzialen oder Staatszentrale. Ihnen werden landwirtschaftliche Fach- oder Hochschulen angegliedert.

XVIII.

Die Ueberwindung des kulturellen Gegensatzes zwischen Stadt und Land soll vom Staat eingeleitet werden dadurch, daß alle Elemente städtischer Kultur dem Lande zugänglich gemacht werden, durch Ausbau eines engen Netzes von Schnellbahnen und anderen Verkehrsmitteln. Ferner, im Interesse der Produktion selbst, durch weitgehende Versorgung des Landes mit elektrischer Kraft, Gas usw., und endlich durch planmäßige Vereinigung von landwirtschaftlichem mit industriellem Großbetrieb.

Der kleinbäuerliche Betrieb.

XIX.

Das Privateigentum des Kleinbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet. Er erhält das bisher von ihm bewirtschaftete Land zur freien Verfügung überwiesen.

XX.

Der Kleinbauer verwaltet seine wirtschaftlichen und Verwaltungsangelegenheiten selbst im Wege der Räteverfassung. Diese Selbstver-

waltung tritt an Stelle der bürokratischen Bevormundung im kapitalistischen Staat.

XXI.

Die in kleinbürgerlichen Betrieben beschäftigten Werkträgigen einschließlich der in ihrer Hauswirtschaft tätigen weiblichen Familienangehörigen schließen sich örtlich zu Kleinbauernräten zusammen.

Den Kleinbauernräten gehören auch die in den Dörfern ansässigen Kleinhandwerker und Kleinkaufleute an, die keine fremden Arbeitskräfte ausbeuten.

Die örtlichen Kleinbauernräte schließen sich ihrerseits mit den Gutsräten, die innerhalb der Markung bestehen, und mit den im Dorfe etwa ansässigen industriellen Arbeitern zu Dorfräten zusammen.

Die Kleinbauernräte besorgen die gemeinsamen wirtschaftlichen Angelegenheiten der Kleinbauern. Die Dorfräte besorgen die gemeinsamen wirtschaftlichen Angelegenheiten und die Gemeindeverwaltung des Dorfes.

XXII.

Die Kleinbauernräte vermitteln den gemeinsamen Bezug von Düngemitteln, Futtermitteln, Saatgut, Zuchtvieh, landwirtschaftlichen Geräten, Maschinen und Lebensbedarf aller Art.

Sie kontrollieren zusammen mit den örtlichen Guts- und Arbeiterräten die Ablieferung ihrer überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die örtlichen Sammelstellen.

XXIII.

Die sozialistisch organisierte Industrie versorgt die Kleinbauern mit industriellem Lebensbedarf. Sie fördert die Vergenossenschaftlichung der Kleinbetriebe durch den Ausbau eines feinmaschigen elektrischen Kraftnetzes, durch Lieferung gemeinschaftlich zu benutzender Maschinen und Gebäude, durch Ausbau der bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften, durch Ausweitung des allgemeinen und Fachunterrichtes, durch kostenloses Zurverfügungstellen von Fachleuten für technische Verfahren usw.

XXIV.

Eine Uebergangsstufe zum genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Großbetrieb bildet die Zusammenlegung der Kleinbetriebe einer Markung zu einem einheitlichen Betrieb, der Markgenossenschaft, die von den Markgenossen gemeinsam bewirtschaftet wird.

Eine Markgenossenschaft wird durch freien Beschluß der kleinbäuerlichen Ansassen der Dorfmarkung gebildet.

Der Ansatz einer Markgenossenschaft kann durch freie Vereinigung einer beliebigen Anzahl von Kleinbauern gebildet werden, die sich als Landgenossen zusammenschließen.

XXV.

Die Markgenossenschaft wie kleine Landgenossenschaften werden von der sozialistischen Industrie unterstützt durch Errichtung von Markscheunen, Marktällen und anderen Markgebäuden, durch Zurverfügungstellung von Geometern, Technikern, landwirtschaftlichen Fachleuten, durch Stellung von Landarbeiterkolonnen zur Bestell- und Erntezeit, durch Stellung von Inventar- und Betriebskapital.

XXVI.

Schulunterricht, der allgemeine und Fachausbildung umfaßt, Lehrmittel und Unterhalt während der Schulzeit sind frei.

XXVII.

Allen Schulen in Stadt und Land soll hinreichender Boden zur praktischen Ausbildung der Schüler in den Hauptzweigen landwirtschaftlicher Arbeit vom Staat zur Verfügung gestellt werden.

XXVIII.

Die Hypotheken auf Grundbesitz werden verstaatlicht. Sie sind unkündbar und können vom Staat gelöscht werden.

Die wirtschaftliche und politische Gliederung der Guts-, Kleinbauern- und Dorf-Räte.

XXIX.

Die örtlichen Guts-, Kleinbauern- und Dorfräte schließen sich nach wirtschaftlichen Bezirken und schließlich für das ganze Staatsgebiet zusammen.

Jede dieser Räteorganisationen wählt aus ihrer Mitte einen Vollzugsausschuß, der die laufenden Geschäfte unter der Kontrolle der Räte besorgt und das Recht hat, Fachleute heranzuziehen. Die oberste wirtschaftliche Rätekörperschaft für die Landwirtschaft ist der Zentralkongreß der Landarbeiter- und Kleinbauernräte. Er wählt aus seiner Mitte als ausführendes Organ den Zentral-Landwirtschaftsrat. Dieser gehört dem Zentralwirtschaftsamts an und setzt gemeinschaftlich mit ihm die allgemeinen Bestimmungen für den Betrieb der Landwirtschaft fest.

XXX.

Die Dorfgemeinden verwalten sich durch die Dorfräte. Die laufenden Geschäfte besorgt der Vollzugsausschuß des Dorfrates.

Die Mitglieder des Vollzugsausschusses wie des Dorfrates können jederzeit von ihren Wählern abberufen werden. Die Dorfräte schicken ihre Delegierten zu den Kreis-Arbeiter- und Bauernräten, diese zu den Bezirks-Arbeiter- und Bauernräten usw., die gemeinschaftlich mit den übrigen Räten die politische Gewalt in ihrem Gebiet ausüben.

Die bürokratische Bevormundung der Landbevölkerung wird durch ihre Selbstverwaltung ersetzt.

VON DER TÄTIGKEIT
DES EXEKUTIVKOMITEES
DER KOMMUNISTISCHEN
INTERNATIONALE



*Schreiben des Exekutivkomitees der
Kommunistischen Internationale an
den Verband der Industriearbeiter
der Welt.*

Genossen!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, das in Moskau, dem Herzen der Revolution, tagt, begrüßt das revolutionäre Proletariat Amerikas in Person des „Verbandes der Industriearbeiter der Welt“ (I. W. W.).

Der durch den Weltkrieg desorganisierte Kapitalismus ist heute nicht mehr imstande, die von ihm selbst zum Leben erweckten ungeheuren Kräfte zu fesseln — und nähert sich seinem Zusammenbruch.

Die Stunde der Arbeiterklasse hat geschlagen. Die soziale Revolution hat begonnen, und hier, auf der Ebene Rußlands, wird bereits die erste Schlacht der Vortruppen geschlagen.

Die Geschichte fragt nicht danach, ob es uns recht ist oder nicht, ob wir zur Revolution bereit sind oder nicht. Eben ist eine günstige Gelegenheit eingetreten. Benutzt sie, und die ganze Welt wird den Werktätigen gehören; wenn ihr an ihr vorbei geht, kann sich vielleicht ein Jahrhundert lang keine zweite bieten.

Jetzt ist nicht die Zeit von dem „Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung in der Hülle der alten“ zu reden. Die alte Gesellschaftsordnung sprengt ihre Hülle. Die Arbeiter müssen die Diktatur des Proletariats errichten, die allein die neue Ordnung aufbauen kann.

Der Verfasser eines Artikels in dem „One Big Union Monthly“, Eurem offiziellen Organ stellt die Frage: „Sollen wir den Bolschewiki folgen?“ Wie der Schreiber ausführt, hat die bolschewistische Revolution in Rußland nichts weiter vollbracht, als „dem russischen Volk zum Stimmrecht verholfen“.

Das entspricht selbstredend nicht den Tatsachen. Die bolschewistische Revolution hat die Fabriken, Werke, Gruben, den Grund und Boden und die Banken den Händen der Kapitalisten entrissen und sie den Werkträgern übergeben.

Wir verstehen und teilen mit Euch Euren Abscheu gegen die Grundsätze und die Taktik der gelben Sozialisten, die selbst den Namen des Sozialismus in allen Ländern der Welt diskreditiert haben. Unser Ziel ist das gleiche, ohne Regierung, ohne Klassen, in dem die Arbeiter die Produktionsmittel und die Verteilung zum Wohl des ganzen Volkes verwalten.

Wir richten dieses Schreiben an Euch, Genossen aus dem Verbands der I. W. W., in Anerkennung Eurer langjährigen, heldenmütigen Teilnahme am Klassenkampf, dessen ersten Anprall ihr immer in Eurem eigenen Lande zu widerstehen hattet, wir wenden uns an Euch, um Euch die kommunistischen Grundsätze, das kommunistische Programm klarzulegen.

Wir rufen Euch, die Ihr Revolutionäre seid, auf, Euch der Kommunistischen Internationale anzuschließen, die in der Morgenröte der Weltrevolution geboren wurde.

Wir rufen Euch auf, die Stellung einzunehmen, zu der Euer Mut und Eure revolutionäre Erfahrung Euch berechtigen, eine Stellung in den Vorderreihen der proletarischen Roten Armee, die unter dem Banner des Kommunismus kämpft. . .

Der Kommunismus

und die „Industriearbeiter der Welt“ (I. W. W.)

Der amerikanische Kapitalismus enthüllt seine wahre Gestalt.

Die stetig wachsende Teuerung, die beständig zunehmende Arbeitslosigkeit, die rohe Unterdrückung jedes Bestrebens der Arbeiter, ihre Lage zu bessern, die Verschickung und Einkerkelung der „Bolschewiki“, die Reihe von Gesetzen gegen die Ausstände, gegen die „verbrecherischen Syndikalisten“, gegen die „rote Fahne“ und gegen die Propaganda zugunsten eines „gewaltsamen Sturzes der Regierung und der ungesetzlichen Vernichtung des Eigentums“, — alle diese Maßnahmen können für den klassenbewußten Arbeiter nur eine Bedeutung haben.

Die industrielle Knechtschaft ist ebenso alt, wie der Kapitalismus selbst, vor ihr aber gab es andere Formen der Unterjochung der Arbeiter.

Jetzt aber planen die Kapitalisten der ganzen Welt, — die amerikanischen, sowie die französischen, italienischen, englischen, deutschen u. a. Kapitalisten, — die Arbeiter ein für allemal in die Ketten einer neuen, völligen und endgültigen Unterjochung zu schmieden.

Entweder dies oder die Diktatur der Arbeiterklasse — ein drittes kann es nicht geben. Jetzt müssen die Arbeiter sich entscheiden.

Der Kapitalismus macht verzweifelte Anstrengungen, seine ins Wanken geratene Herrschaft wieder aufzubauen. Die Arbeiter müssen daher die Staatsmacht erobern, um die ganze Gesellschaftsordnung in ihrem eigenen Interesse umzugestalten.

Der neue Sklavenstaat.

Vor dem Bürgerkrieg in Amerika waren die Negersklaven des Südens an das Land gefesselt. Das industrielle Kapital des Nordens, das zum Betrieb seiner Fabriken und Werke einer leicht beweglichen Bevölkerung bedurfte, erklärte die Sklaverei als einen Gewaltakt, ein Ueberbleibsel aus der Vergangenheit und machte ihr mit Gewalt ein Ende. Jetzt aber ist das industrielle Kapital bestrebt, die Arbeiter an die Fabriken zu fesseln.

Während des Weltkrieges war es den Arbeitern in allen Ländern so gut wie verboten, zu streiken oder auch nur die Arbeit niederzuliegen. Gedenkt bloß Eurer amerikanischen Gesetze, laut denen der Arbeiter „entweder arbeiten oder in den Krieg gehen“ mußte.

Nun ist der Krieg zu Ende. Und was sehen wir? Die Preise steigen von Tag zu Tag, die Kapitalisten aber machen Versuche, die Arbeitslöhne herabzusetzen. Und wenn die Arbeiter, vom Hungertode bedroht, zum Ausstand genötigt sind, so wird die ganze Kraft des Staates mobil gemacht, um sie an die Maschinen zurückzutreiben. Als die Eisenbahner die Arbeit einstellten, drohte der Marschall Kaliforniens, föderalistische Truppen hinzuberufen, um sie zur Arbeit zu zwingen. Als die Eisenbahnverbände Erhöhung der Arbeitslöhne oder aber Nationalisierung der Bahnen forderten, drohte der Präsident der Vereinigten Staaten ihnen mit bewaffneter Macht. Als endlich die organisierten Grubenarbeiter die Arbeit niederlegten, besetzten Tausende von Soldaten die Gruben, während das Föderalgericht eine in der Geschichte der Vereinigten Staaten unerhörte Rechtsverletzung zuließ, den offiziellen Führern der Verbände untersagte, die Streikorder zu erteilen und den Ausstand in irgendwelcher Weise zu unterstützen, und die Auszahlung der Streikunterstützungen verhinderte. Und endlich

erklärte der Generalattorney (Justizminister) der Vereinigten Staaten, die Regierung werde keinerlei Ausstände in „gemeinnützigen“ Industriezweigen zulassen.

Richter Garey, das Haupt des Stahltrusts, kann die Aufforderung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, eine Delegation seiner Arbeiter zu empfangen und anzuhören, ablehnen. Aber wenn die Stahlarbeiter es wagen, in den Ausstand zu treten, um sich ein Existenzminimum und das elementare Verbandsrecht zu sichern, werden sie „Bolschewiki“ genannt und von Pennsylvanischen Kosaken auf den Straßen niedergeschossen.

Ihr aber, Genossen aus dem Verbande der Industriearbeiter der Welt, mit Euren bitteren Erinnerungen an die Ereignisse in Everett, Tulsa, Wheatland und Centralia, wo Tausende Eurer Kameraden niedergemetzelt wurden; Ihr, die Ihr zu Tausenden in das Gefängnis gewandert seid; die Ihr trotzdem die härteste Arbeit in Feld, Wald und auf den Werften zu verrichten habt, Ihr müßt ruhig zusehen, wie die Kapitalisten sich bemühen, vermittels ihres Werkzeugs, der Staatsmacht, das Sklaventum einzuführen.

Allerorts ertönt der Ruf der Kapitalisten: „Mehr Produktion! Mehr Produktion!“ Mit anderen Worten, die Arbeiter müssen für geringeren Lohn mehr leisten, damit ihr Blut und Schweiß in Gold verwandelt wird, um die Kriegsschulden der bankrotten kapitalistischen Regierungen zu tilgen.

Um dies zu bewerkstelligen, muß den Arbeitern das Recht genommen werden, ihre Arbeit zu verlassen; es muß ihnen untersagt werden, sich zu organisieren, um von den Fabrikherren Zugeständnisse zu erpressen oder aus dem Wettbewerbe der Kapitalisten Vorteil zu ziehen. Um jeden Preis muß der Arbeiterbewegung Einhalt getan, muß sie gebrochen werden.

Um das alte Ausbeutungssystem zu retten, müssen die Kapitalisten sich vereinigen und die Arbeiter auf immer an die industriellen Maschinen ketten.

Die soziale Revolution.

Wird es den Kapitalisten gelingen, ihr Vorhaben auszuführen?

Gewiß wird das der Fall sein, wenn die Arbeiter nicht dem gesamten kapitalistischen System den Krieg erklären, die kapitalistischen Regierungen stürzen und eine Regierung der Arbeiterklasse einzusetzen, die das Institut des kapitalistischen Privateigentums vernichten und allen Reichtum zum Gemeingut der Arbeiter machen würde.

Das haben die Arbeiter Rußlands getan, und das ist der einzige Weg, auf dem die Arbeiter der anderen Länder das indu-

strielle Sklaventum abschütteln und die Welt in der Weise umgestalten können, daß dem Arbeiter alles zugute kommt, was er produziert, und daß niemand die Arbeit des anderen ausbeuten kann.

Doch kann die russische Revolution nicht bestehen, wenn die Arbeiter der anderen Länder sich nicht gegen ihre Kapitalisten erheben. Die Kapitalisten der ganzen Welt haben die Gefahr eingesehen, die das Beispiel Sowjetrußlands bedeutet, und haben sich vereinigt, um es zu zerstören. Die Verbündeten haben alsbald ihren Haß gegen Deutschland vergessen und die deutschen Kapitalisten aufgefordert, sich ihnen in der gemeinsamen Sache anzuschließen.

Und die Arbeiter der anderen Länder fangen an zu verstehen. In Italien, Deutschland, Frankreich und England steigt die Flut der Revolution. Auch in Amerika wird es selbst den konservativen Mitgliedern der Amerikanischen Arbeiterföderation (A. F. L.) klar, daß die Ausstände zur Erlangung von höherem Arbeitslohn und besseren Lebensbedingungen zu nichts führen, da die Teuerung immer mehr zunimmt. Sie haben alle möglichen Mittel und Reformen vorgeschlagen, wie z. B. den „Plumb Plan“, eine Art Nationalisierung der Kohlengruben, usw. Sie haben eine sogenannte „Arbeiterpartei“ gegründet, die bestrebt ist, die Industrie in die Hände der Munizipalitäten und der Regierung zu übergeben, das Wahlsystem demokratischer zu gestalten usw.

Doch würden diese Reformen das Problem nicht lösen, selbst wenn sie verwirklicht werden könnten. Solange das kapitalistische System besteht, wird es Leute geben, die die Arbeit anderer ausbeuten. Alle Reformen der jetzigen Gesellschaftsordnung laufen bloß darauf hinaus, dem Arbeiter einzureden, daß er jetzt weniger ausgebeutet werde als früher.

Die soziale Revolution hat begonnen; die erste Schlacht tobt in Rußland. Sie will nicht warten, bis die Arbeiter mit Reformen experimentieren. Die Kapitalisten haben bereits Räteungarn gestürzt. Können sie sich behaupten und die Arbeiterbewegung in den anderen Ländern unterdrücken, so folgt unvermeidlich der industrielle Sklavenstaat.

Ehe es zu spät ist, müssen die klassenbewußten Arbeiter der Welt sich bereit machen, den Ansturm der Kapitalisten abzuwehren, den Kapitalismus ihrerseits anzugreifen, zu vernichten und ihn auf immer aus der Welt zu schaffen.

Der kapitalistische Staat.

Der Krieg und seine Folgen haben mit verblüffender Klarheit die wahre Natur des kapitalistischen Staates enthüllt, mit seiner

Gesetzgebung, seinen Gerichten, seiner Polizei, seinen Armeen und Bürokraten.

Der Staat dient dazu, die Macht der Kapitalisten zu verteidigen und zu stärken, die Arbeiter aber zu unterdrücken. Insbesondere ist das in den Vereinigten Staaten der Fall, deren Verfassung von Großkaufleuten, Spekulanten und Grundbesitzern zu dem ausdrücklichen Zweck abgefaßt wurde, ihre Klasseninteressen gegen die Mehrheit der Bevölkerung zu schützen.

Jetzt spielt die Regierung der Vereinigten Staaten offen die Rolle einer Waffe der Kapitalisten gegen die Arbeiter. Der Verband der Industriearbeiter der Welt sollte das besser begreifen als jede andere Arbeiterorganisation, denn dieser Verband wird von der Regierung aufs grausamste verfolgt, — seine Führer wurden verhaftet, seine Presseorgane sistiert, seine Mitglieder verschickt, auf Grund falscher Anklagen eingekerkert und gemartert, seine Räume wurden geschlossen und seine Propagandatätigkeit in vielen Staaten für gesetzwidrig erklärt.

Jeder beliebige Arbeiter kann sich mit seinen eignen Augen von diesen Tatsachen überzeugen. Man stimmt für die Gouverneure, die Bürgermeister, die Richter und die Scheriffs. Doch gibt es einen Ausstand, so ruft der Gouverneur die Soldaten herbei, um die Streikbrecher zu beschützen; der Bürgermeister befiehlt der Polizei, die Streikposten aufzustöbern und sie zu verhaften; der Richter läßt die Arbeiter wegen „Aufruhr“ oder „Verletzung der öffentlichen Ordnung“ ins Gefängnis werfen; der Scheriff dingt aber un mittelbare Streikbrecher.

Die kapitalistische Gesellschaft als solche stellt eine geschlossene Front gegen die Arbeiter dar. Der Geistliche ermahnt den Arbeiter zur Genügsamkeit; die Presse verdammt ihn als einen „Bolschewik“; der Schutzmann verhaftet ihn; das Gericht verurteilt ihn zu Kerkerstrafe; der Scheriff beschlagnahmt sein Hab und Gut, um seine Gläubiger zu befriedigen, und das Armenhaus wartet auf seine Frau und Kinder.

Um den Kapitalismus zu zerstören, müssen die Arbeiter vor allen Dingen die Staatsmacht den Händen der Kapitalisten entreißen. Sie müssen nicht allein die Macht an sich reißen, sondern auch den alten kapitalistischen Staat bis auf den Grund vernichten.

Denn die Erfahrung der Revolution lehrt, daß die Arbeiter sich nicht des alten Staatsmechanismus bemächtigen und ihn für ihre eigenen Zwecke benutzen können, wie die gelben Sozialisten und Politikaster empfehlen. Der kapitalistische Staat ist bestimmt, dem

Kapitalismus zu dienen. Das ist alles, wozu er fähig ist, in wessen Händen er sich auch befinden mag.

An Stelle des kapitalistischen Staats müssen die Arbeiter ihren eignen Arbeiterstaat gründen, müssen sie die Diktatur des Proletariats einsetzen.

Die Diktatur des Proletariats.

Viele Mitglieder des „Verbandes der Industriearbeiter der Welt“ sind hiermit nicht einverstanden. Sie sind gegen den „Staat im allgemeinen“. Sie schlagen vor, den kapitalistischen Staat zu stürzen und an seiner Stelle unverzüglich ein industrielles Gemeinwesen zu errichten.

Aber auch die Kommunisten sind gegen den „Staat“. Auch sie wollen ihn vernichten und an Stelle einer Regierung über Menschen die Verwaltung der Dinge setzen.

Leider kann das aber nicht so ohne weiteres vollbracht werden.

Den kapitalistischen Staat zerstören, heißt noch nicht, den Kapitalismus automatisch und unverzüglich aus der Welt schaffen.

Die Kapitalisten haben noch Waffen, die ihnen genommen werden müssen; sie werden noch von ganzen Horden ergebener Beamten, Direktoren, Aufseher, Werkführer und allen möglichen wohl-dressierten Knechten unterstützt, die sich darauf verbissen haben, die gesamte Industrie zu sabotieren — diese Leute müssen überzeugt oder gezwungen werden, der Arbeiterklasse zu dienen; die Kapitalisten haben noch Offiziere, die jeden Augenblick die Revolution verraten können. Geistliche, die abergläubische Furcht vor der Revolution erwecken, Lehrer und Redner, die sie den Unwissenden in falschem Licht darstellen, Provokateure, die gedungen werden, um sie durch schlimme Taten zu diskreditieren, Zeitungsredakteure, die die Bevölkerung mit einem Lügenschwall beschwindeln, und gelbe Sozialisten und Schwindler, die die bürgerliche „Demokratie“ der Revolution vorziehen. Gegen alle diese Leute muß mit unerbittlicher Strenge vorgegangen werden.

Um den kapitalistischen Staat zu zerstören, den Widerstand der Kapitalisten zu brechen und die Kapitalistenklasse zu entwaffnen, um das Eigentum der Kapitalisten zu beschlagnahmen und es der ganzen Arbeiterklasse als solcher zu übergeben, — für alle diese Aufgaben bedarf es einer Regierung, eines Staates, der Diktatur des Proletariats, vermittels derer die Arbeiter durch ihre Sowjets die kapitalistische Ordnung mit eiserner Faust ausrotten können.

Und das geschieht eben in Sowjetrußland. Aber die Diktatur des Proletariats ist bloß eine zeitweilige Maßnahme. Wir Kommunisten wollen ebenfalls den Staat ver-

nichten. Der Staat kann nur so lange bestehen, wie der Klassenkampf dauert. Die Funktion der proletarischen Diktatur ist, die Kapitalistenklasse als solche zu vernichten, mehr noch, jeder Art Klasseneinteilung überhaupt ein Ende zu machen.

Sobald dies erreicht ist, verschwindet die Diktatur des Proletariats, der Staat automatisch, um einer industriellen Verwaltungskörperschaft Platz zu machen, die etwas in der Art vorstellen wird, wie das Allgemeine Vollzugskomitee des Verbandes der Industriearbeiter der Welt.

In einem kürzlich erschienenen Flugblatt führt Mary Marcy aus, daß der Verband der Industriearbeiter der Welt, der die Diktatur des Proletariats in der Theorie verwirft, in der Praxis, während der Revolution, gezwungen sein wird sie anzuerkennen, um die kapitalistische Gegenrevolution aus dem Felde zu schlagen.

Das ist wahr, jedoch müssen die Industriearbeiter der Welt die Notwendigkeit eines Arbeiterstaats im voraus einsehen und sich auf ihn vorbereiten. sonst wird es Wirrnis und Schwäche geben zu einer Zeit, wo Festigkeit und rasches Handeln unumgänglich sind.

Der Arbeiterstaat.

Welche Form soll der Arbeiterstaat haben?

Wir haben das Beispiel der Sowjetrepublik Rußlands vor uns, deren Gefüge in Kürze zu beschreiben in Anbetracht der im Auslande verbreiteten widersprechenden Berichte uns geraten erscheint.

Die Regierungseinheit ist der örtliche Sowjet der Arbeiter-, Rotarmisten- und Bauerndeputierten.

Der städtische Arbeitersowjet setzt sich folgendermaßen zusammen: jede Fabrik wählt einen Deputierten auf eine gewisse Zahl von Arbeitern, jede örtliche Gewerkschaft sendet ebenfalls ihre Vertreter. Diese Vertreter werden nach ihrer Zugehörigkeit zur politischen Partei, oder aber, falls die Arbeiter es wünschen, individuell gewählt.

Die Deputierten der Rotarmisten werden von den Militäreinheiten gewählt.

Was die Bauern betrifft, so hat jedes Dorf seinen örtlichen Sowjet, der Vertreter in den Gemeindesowjet entsendet. Der letztere wählt Vertreter in den Kreissowjet und dieser wiederum in den Gouvernementsowjet.

Allen denjenigen, die fremde Arbeit ausbeuten, ist das Stimmrecht versagt.

Einmal in 6 Monaten wählen die städtischen und die Gouvernementsowjets Delegierte zum Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets, der die höchste Regierungskörperschaft des Landes vorstellt. Der Kongreß erteilt die Direktiven, auf Grund derer das Land im

Laufe von 6 Monaten zu regieren ist und wählt darauf einen Zentralvollzugsausschuß aus 200 Mitgliedern, der diese Direktiven ausführt. Der Kongreß wählt ferner die Regierung, — den Rat der Volkskommissäre, die den einzelnen Verwaltungszweigen, den sogenannten Volkskommissariaten, vorstehen.

Die Volkskommissäre können jederzeit von dem Zentralvollzugsausschuß abberufen werden, während die Mitglieder sämtlicher Sowjets ohne Schwierigkeit im beliebigen Augenblick von ihren Wählern ihres Mandats enthoben werden können.

Die Sowjets sind nicht allein Gesetzgebungs- sondern auch Vollzugskörper. Zum Unterschied von Eurem Kongreß geben sie nicht Gesetze heraus, die von dem Präsidenten ausgeführt werden. Vielmehr führen die Mitglieder die Gesetze selbst aus. Es gibt auch keine höchste Instanz, die die Gesetze auf ihre „Verfassungsmäßigkeit“ hin prüft.

Im Zwischenraum zwischen den Tagungen der Gesamtrussischen Sowjetkongresse bildet der Zentralvollzugsausschuß die höchste Instanz im Lande. Er tagt wenigstens einmal in zwei Monaten, in der Zwischenzeit aber regiert der Rat der Volkskommissäre, während die Mitglieder des Zentralvollzugsausschusses in den verschiedenen Regierungsverwaltungen arbeiten.

Organisation der Produktion und der Verteilung.

In Rußland sind die Arbeiter in Gewerkschaften organisiert, wobei alle Arbeiter eines bestimmten Industriezweiges ein und derselben Gewerkschaft angehören. So z. B. sind in einer Metallfabrik sogar die Tischler und Maler Mitglieder des Metallarbeiterverbandes. Jede Fabrik bildet eine örtliche Gewerkschaft, deren Vollzugsausschuß der von den Arbeitern gewählte Betriebsausschuß ist.

Der Gesamtrussische Zentralausschuß der Gewerkschaften wird von einem alljährlich stattfindenden Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß gewählt. Eine vom Kongreß gewählte Tarifkommission setzt die Löhne für sämtliche Arbeiterkategorien fest.

Mit wenigen Ausnahmen sind alle bedeutenden Fabriken Rußlands nunmehr nationalisiert und bilden das Gemeingut der Arbeiter. Somit haben die Gewerkschaften nicht mehr die Bekämpfung der Kapitalisten, sondern die Verwaltung der Industrie zur Aufgabe.

Hand in Hand mit den Gewerkschaften arbeitet das Volkskommissariat der Arbeit, dessen Oberhaupt der von dem Sowjetkongreß mit Zustimmung der Gewerkschaften gewählte Volkskommissar für Arbeit ist. Das Wirtschaftsleben des Landes liegt in Händen des Obersten Rats für Volkswirtschaft, der in Abteilungen, wie die

Metallabteilung, die chemische Abteilung usw. zerfällt. An der Spitze jeder Abteilung stehen Fachleute und Arbeiter, die mit Zustimmung der Gewerkschaften von dem Obersten Rat für Volkswirtschaft ernannt werden.

Die Produktion in den einzelnen Fabriken wird von einem Ausschuß von 3 Mitgliedern geleitet: je einem Vertreter des Werk-ausschusses, des Zentralausschusses der Gewerkschaften und des Obersten Rats für Volkswirtschaft.

Demokratischer Zentralismus.

Die Gewerkschaften bilden somit einen Zweig der Regierung, die Regierung der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik ist aber die meist zentralisierte Regierung in der Welt.

Sie ist ferner die meist demokratische Regierung in der Welt. Denn sämtliche Regierungsorgane befinden sich in ständiger Führung mit den Arbeitermassen und passen sich stets deren Willen an. Zudem besitzen alle örtlichen Sowjets volle Autonomie in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten, vorausgesetzt natürlich, daß sie die von dem Kongreß der Sowjets niedergelegten Richtlinien beobachten. Da die Sowjetregierung nur die Werk-tätigen vertritt, kann sie nicht umhin, in deren Interesse zu wirken.

Viele Mitglieder des Verbandes der Industriearbeiter der Welt sind Gegner der Zentralisation, da sie glauben, eine solche sei nicht demokratisch. Doch wo man es mit großen Volksmassen zu tun hat, ist es unmöglich, dem Willen des Einzelnen Rechnung zu tragen. Nur der Wille der Mehrheit kann in Betracht kommen, umso mehr als die Regierung in Sowjetrußland dem Wohl der Arbeiterklasse dient.

Da das Privatgut der Kapitalistenklasse gemeinsames Eigentum der Werktätigen werden soll, kann es nicht Einzelpersonen oder einzelnen Gruppen übergeben werden. Es muß das Gemeingut aller werden, und zwar bedarf es einer zentralisierten Macht, um diese Umwandlung zu bewerkstelligen.

In gleicher Weise sind die Unternehmen, die den Bedarf der gesamten Bevölkerung decken, nicht Sache der betreffenden Arbeiter, sondern das Gesamtgut aller und müssen im Interesse aller verwaltet werden. Zudem ist die Industrie der Jetztzeit so kompliziert, sind ihre Zweige dermaßen von einander abhängig, daß sie zur Erzielung der größtmöglichen Oekonomie und Produktivität einem allgemeinen Plan, einer Zentralverwaltung unterworfen werden muß.

Die Revolution muß gegen die wütenden Angriffe der vereinigt-

ten Kräfte des Kapitalismus geschützt werden. Bedeutende Armeen müssen geschaffen, eingeübt, ausgerüstet und befehligt werden. Auch hier bedarf es der Zentralisation. Zwei Jahre lang hat Sowjetrußland fast ganz allein die Massenangriffe der kapitalistischen Welt abgewehrt. Hätte die beinahe zwei Millionen starke Rote Armee ohne zentrale Leitung gebildet werden können?

Die Kapitalistenklasse besitzt eine stark zentralisierte Organisation, die ihr gestattet, ihre volle Kraft gegen die zerstreuten und getrennten Kräfte der Arbeiterklasse ins Feld zu führen. Der Klassenkrieg ist eben ein Krieg. Um den Kapitalismus zu stürzen, müssen die Arbeiter eine Militärmacht mit ihrem Generalstab vorstellen, aber ihr Generalstab wird von den revolutionären Arbeitern selbst gewählt und kontrolliert.

Jeder Arbeiter weiß, daß es zur Zeit des Ausstandes ein Streikkomitee geben muß, ein Zentralorgan, das den Ausstand leitet, dessen Befehle befolgt werden müssen. Dieses Komitee wird von Durchschnittsarbeitern gewählt und kontrolliert. Sowjetrußland befindet sich im „Ausstand“ gegen die ganze kapitalistische Welt. Die soziale Revolution ist ein Generalstreik gegen das gesamte kapitalistische System. Die Diktatur des Proletariats ist das Streikkomitee der sozialen Revolution.

Künftige proletarische Revolutionen in Amerika und anderen Ländern werden höchst wahrscheinlich neue Organisationsformen zeitigen. Die Bolschewiki wollen durchaus nicht behaupten, das letzte Wort in der sozialen Revolution gesagt zu haben. Doch ist die Erfahrung der zweijährigen Arbeiterregierung in Rußland unzweifelhaft von der größten Bedeutung und sollte von den Arbeitern der anderen Ländern eingehend studiert werden.

Politik.

Das Wort „Politik“ ist für viele Mitglieder des Verbandes der Industriearbeiter, was die rote Fahne für den Stier oder . . . den Kapitalisten ist. „Politik“ ist für sie gleichbedeutend mit „Politikastern“, — gewöhnlich „gelbe“ sozialistische Wahlkandidaten, die auf Wahlstimmen Jagd machen, um sich einen bequemen Posten zu sichern, auf dem sie ebenso bequem die Arbeiter vergessen können.

Die „apolitischen“ *) Arbeiter sind bisweilen gegen die Bolschewiki, weil diese sich als eine „politische Partei“ bezeichnen und manchmal an Wahlkampagnen teilnehmen.

Das aber heißt das Wort „Politik“ in allzu engem Sinn gebrauchen; einer der Grundsätze, auf denen der Verband der

*) Anmerkung: apolitisch = nicht politisch, auch parteilos.

Industriearbeiter der Welt fußt, ist der Ausspruch von Karl Marx „Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf“. Das heißt, jeder Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten ist ein Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten ist ein Kampf der Arbeiter um die politische Macht, d. h. um die Staatsmacht.

Und in diesem Sinne gebrauchen wir Kommunisten auch das Wort „Politik“.

Die „gelben“ Sozialisten sind der Meinung, sie könnten die politische Macht allmählich, durch Benutzung des politischen Apparats des kapitalistischen Staats, durch „unblutige“ Reformen erobern. Wenn sie erst eine Mehrheit unter den Kongreßmitgliedern und in den gesetzgebenden Körperschaften haben, wenn sie den Präsidenten, die Gouverneure, die Bürgermeister, die Polizeichefs gewählt haben, so — glauben sie — können sie die Staatsmacht benutzen, um den Kapitalismus auf friedlichem Wege abzusetzen und das industrielle Gemeinwesen ebenso friedlich einzusetzen.

Dies veranlaßt die „gelben“ Sozialisten, allerhand Reform unter der kapitalistischen Ordnung zu predigen, führt ihren Reihen Kleinbürger und verschiedene Abenteurer zu und veranlaßt sie endlich zu Vergleichen und Kompromissen mit den Kapitalisten.

Die Industriearbeiter der Welt glauben aber nicht daran; ebensowenig tun es die Kommunisten.

Wir Kommunisten halten es für ausgeschlossen, die Staatsmacht vermittels des kapitalistischen Staatsapparats zu erobern. Da der Staat ausdrücklich das Werkzeug des Kapitals ist, so ist sein Apparat natürlicherweise so aufgebaut, daß er die Macht der Kapitalisten schützt und verstärkt. Die kapitalistische Kontrolle aller Organe, die die öffentliche Meinung formen, — der Presse, Schule, Kirche und Rednertribüne, die kapitalistische Kontrolle des politischen Verhaltens der Arbeiter durch Kontrolle ihrer Existenzmittel macht es durchaus unwahrscheinlich, daß die Arbeiter unter der jetzigen bürgerlichen „Demokratie“ je auf gesetzlichem Wege einer Regierung wählen könnten, die ihren Interessen ergeben wäre.

Und jetzt, wo die Kapitalisten der ganzen Welt eine verzweifelte Unterdrückungskampagne gegen die Arbeiter unternehmen, ist eine solche Möglichkeit vollständig ausgeschlossen.

Doch selbst wenn es den Arbeitern möglich wäre, die Staatsmacht vermittels des bürgerlichen politischen Apparats zu erobern, so könnte der kapitalistische Staat doch nie und nimmer dazu gebraucht werden, das industrielle Gemeinwesen einzusetzen. Die wahre Quelle der Macht der kapitalistischen Gesellschaft liegt in dem kapitalistischem Eigentum der Produktionsmittel und ihrer Kontrolle. Der bürgerliche Staat besteht zu dem Zweck, dieses

kapitalistische Eigentum und diese kapitalistische Kontrolle zu schützen und zu erweitern; der Staat kann deshalb nicht dazu taugen, sie zu vernichten.

Soweit sind die Kommunisten und die „Industriearbeiter der Welt“ einig. Der kapitalistische Staat muß durch direkte Aktion“ angegriffen werden. Im wahren Sinn des Wortes bedeutet das auch politische Aktion, denn ihm liegt ein politisches Ziel, die Ergreifung der Staatsmacht, zugrunde.

Die „Industriearbeiter der Welt“ meinen, dieses Ziel durch den Generalstreik zu erreichen. Die Kommunisten aber gehen weiter. Die Weltgeschichte zeigt deutlich, daß der Generalstreik nicht zweckentsprechend ist. Die Kapitalisten verfügen über Waffen, und die Erfahrung mit der weißen Garde in Rußland, Finnland und Deutschland beweist, daß sie genügende Organisation und Uebung besitzen, um diese Waffen gegen die Arbeiterklasse zu führen. Zudem stehen den Kapitalisten Lebensmittelvorräte zu Gebote, die sie in die Lage setzen, länger auszuhalten als die Arbeiter, denen ständig die Not droht.

Die Kommunisten befürworten ebenfalls den Generalausstand, doch fügen sie hinzu, daß er zum bewaffneten Aufstand werden muß. Generalstreik sowie bewaffneter Aufstand sind Formen der politischen Aktion.

Revolutionärer Parlamentarismus.

Falls dem so ist, falls die Kommunisten nicht an die Möglichkeit glauben, die Staatsmacht durch die Wahlurne zu erobern, weshalb nehmen sie denn an Wahlkampagnen teil und stellen ihre Wahllisten auf?

Die Frage, ob Kommunisten sich an Wahlen beteiligen sollen, oder nicht, ist von nebensächlicher Bedeutung. Manche kommunistische Organisationen tun es, andere unterlassen es.

Doch diejenigen, die am Wahlkampf teilnehmen, tun es bloß zu Propagandazwecken. Wahlkampagnen geben den Revolutionären Gelegenheit, zu der Arbeiterklasse zu sprechen, sie auf den Klassencharakter des Staats und auf ihre eigenen Interessen als Arbeiter hinzuweisen. Sie gestatten ihnen, die Fruchtlosigkeit von Reformen darzulegen, die wahren Interessen zu enthüllen, die die kapitalistischen und die „gelbsozialistischen“ politischen Parteien beherrschen und den Arbeitern klarzumachen, weshalb das kapitalistische System gestürzt werden muß. Die Kommunisten, die in den Kongreß oder die gesetzgebenden Körperschaften gewählt werden, haben zur Aufgabe, Propaganda zu machen; unausgesetzt die wahre Natur des kapitalistischen Staats bloßzustellen, die Tätigkeit der kapitalistischen Regierung zu stören und auf ihren

Klassencharakter hinzuweisen; die Fruchtlosigkeit jeglicher kapitalistischen Reformmaßnahmen klarzulegen usw. In den Sälen der gesetzgebenden Körperschaft können und sollen die Kommunisten die Brutalität der Kapitalisten bloßstellen und die Arbeiter zum Aufstand aufrufen.

Karl Liebknecht hat gezeigt, was ein Kommunist im Parlament tun kann. Die Worte, die er im deutschen Reichstag sprach, hallten in der ganzen Welt wieder.

Der meistverbreitete Einwand gegen die Wahl von Kandidaten in die kapitalistischen Regierungskörperschaften fußt darauf, daß selbst die besten Revolutionäre ausnahmslos durch ihre Umgebung verdorben werden und die Arbeiter verraten.

Dieser Glaube entstammt der langjährigen Erfahrung hauptsächlich mit den Sozialdemokraten und Sozialschönrednern. Aber wir Kommunisten sagen: eine wahrhaft revolutionäre Partei wird wahre Revolutionäre wählen und es verstehen, sie unter ihrer Kontrolle zu halten.

So manche Mitglieder des Verbandes der „Industriearbeiter der Welt“ sind auf das entschiedenste dagegen, daß überhaupt irgend welcher Gebrauch von gesetzgebenden und anderen Regierungsinstitutionen zu Propagandazwecken gemacht werde. Aber der Verband als Organisation hat es oft selbst getan. Während des Aufstandes in Lawrence im Jahre 1912 bediente er sich sogar Victor Bergers, des sozialistischen Kongreßmitgliedes, der im Saal der Deputiertenkammer für den Streik Reklame machte. William D. Haywood, Vincent St. John und viele andere Mitglieder des Verbandes legten freiwillig vor der Arbeitervergleichskommission der amerikanischen Regierung Zeugnis ab, um auf diesem Wege für ihre Organisation Propaganda zu machen. Aber das auffallendste Beispiel der Benutzung des politischen Staatsapparats zu Propagandazwecken wurde im Jahre 1918 gegeben, als die Tagung des Föderalgerichtshofs in Chicago, in dem über 100 Mitglieder des Verbandes verhört wurden, in eine drei Monate lange, für uns überaus wertvolle Agitationsversammlung verwandelt wurde.

Das sind Fälle, in denen der politische Apparat des kapitalistischen Staats dazu benutzt wurde, revolutionäre Propaganda unter den Arbeitermassen zu treiben. Dieser Weg der Propaganda sollte beschritten werden, so oft die Umstände es zulassen. Kein einziges Kampfmittel sollte völlig verworfen werden.

Die eigentliche und besondere Aufgabe des „Verbandes der Industriearbeiter der Welt“ ist, die Arbeiter zur Uebernahme und Leitung der Industrie und des Produktionsapparats vorzubereiten. Die eigentliche Aufgabe der kommunistischen politischen Partei

aber ist die Vorbereitung der Arbeiter zum Ergreifen der politischen Macht und zur Ausübung der proletarischen Diktatur. Sämtliche Arbeiter sollten nicht nur Mitglieder der revolutionären Gewerkschaft ihres Industriezweiges, sondern gleichzeitig auch Mitglieder der politischen Partei sein, die den Kommunismus vertritt.

Die soziale Revolution und die künftige Gesellschaftsordnung.

Das Ziel des „Verbandes der Industriearbeiter der Welt“ ist, „eine neue Gesellschaftsordnung in der Hülle der alten aufzubauen“, d. h. die Arbeiter dermaßen gründlich zu organisieren, daß das kapitalistische System zu einem gegebenen Zeitpunkt zusammenbricht und das voll entfaltete industrielle Gemeinwesen an seine Stelle tritt.

Das erfordert Organisation und Disziplin der großen Massen der Werktätigen. Vor dem Kriege schien es möglich, so etwas durchzuführen, obgleich die Industriearbeiter der Welt in den 14 Jahren ihrer Tätigkeit bloß einen verhältnismäßig geringen Teil der amerikanischen Arbeiter zu organisieren vermocht hatten.

Jetzt aber ist solch ein Plan die reine Utopie. Der Kapitalismus bricht zusammen, die soziale Revolution ist da, und die Weltgeschichte will nicht warten, bis die Arbeiter bis auf 100% nach dem Plan der Industriearbeiter der Welt oder einer beliebigen anderen Organisation organisiert sind. Wir haben nicht mehr die Aussicht auf eine „normale“ industrielle Entwicklung vor uns, die allein die Ausführung eines derartigen Planes gestatten würde. Der Krieg hat die Völker der Welt in eine große Sintflut geschleudert; sie müssen sofort zur Tat greifen, nicht aber Pläne schmieden, deren Ausführung Jahre erfordern würde.

Die neue Gesellschaftsordnung kann nicht, wie wir glauben, in der Hülle des kapitalistischen Systems errichtet werden. Wir können auf so etwas nicht warten. Die soziale Revolution ist schon da. Und wenn die Arbeiter den Kapitalismus gestürzt und jeden Versuch seiner Wiedereinsetzung unterdrückt haben, dann können sie die neue Gesellschaftsordnung in Freiheit und Muße aufbauen.

Was aber ist angesichts der sozialen Revolution die unmittelbare wichtigste Aufgabe der Industriearbeiter der Welt?

Als die bedeutendste revolutionär-syndikalistische Organisation Amerikas unter den revolutionär-industriellen Vereinigungen, sollte der Verband die Initiative ergreifen zur Auffindung einer Grundlage für die Vereinigung sämtlicher Verbände, die einen klassenbewußten, revolutionären Charakter tragen, sämtlicher Werktätiger, die den Klassenkampf anerkennen, wie der Verband der Industriearbeiter,

die „One Big Union“ und einige revolutionäre Verbände der „American Federation of Labor“. Es ist jetzt nicht die Zeit, über Namen oder nebensächliche Fragen der Organisation zu streiten. Die Hauptaufgabe ist, alle Werktätigen zu vereinigen, die im kritischen Augenblick zur revolutionären Massenaktion fähig wären.

Als Revolutionäre sollten sie die Versuche der amerikanischen Kommunisten zur Erzielung eines Vergleichs zwecks gemeinschaftlicher revolutionärer Aktion nicht von sich stoßen. Die politische Partei und die wirtschaftliche Organisation müssen Schulter an Schulter dem gemeinsamen Endziel entgegenstreben, — der Vernichtung des Kapitalismus vermittels der Diktatur des Proletariats und der Gründung von Sowjets und der Auflösung der Klassen und des Staats.

Die Kommunistische Internationale hält den Industriearbeitern der Welt die Bruderhand hin.

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale
G. Sinowjew.*

Januar 1920.



***An alle Arbeiter Deutschlands, an die
Reichszentrale der Kommunistischen
Partei Deutschlands
und an den Parteivorstand der
Unabhängigen Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands.***

***Vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Inter-
nationale.***

Anläßlich des Beschlusses des Leipziger Kongresses der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Kommunistische Internationale.

Der letzte Kongreß der U. S. P. D. faßte den Beschluß, sich an die Kommunistische Internationale und „andere sozialrevolutionäre Organisationen“ mit dem Vorschlage zu wenden, sich zu einer gemeinsamen internationalen Organisation zu vereinigen. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hält es für seine Pflicht, diese Frage vor das Forum aller revolutionären Arbeiter zu bringen. Das Exekutivkomitee nimmt an, daß nur eine offene Erörterung dieser Frage vor den breiten Arbeitermassen aller wirklich revolutionären Elemente der internationalen Armee des Proletariats möglich ist und nicht eine hinter den Kulissen abgeschlossene Vereinbarung. Die folgenden Ausführungen sind somit die Antwort auf den Brief *Crispiens* vom 15. Dezember 1919, der dem Exekutivkomitee der Dritten Internationale zugestellt und in der „Freiheit“ vom 2. Januar 1920 abgedruckt wurde.

***1. Die der U. S. P. angehörenden Arbeiter und ihre
Führer in der Revolution.***

Die Kommunistische Internationale ist sich dessen bewußt, daß die Arbeiter, die der U. S. P. angehören, ganz anders gestimmt sind, als der rechte Flügel ihrer Führer. Dies ist der Ausgangspunkt unserer Beurteilung der Lage in der U. S. P. Die Kommunistische Internationale betrachtet den Leipziger Beschluß der U. S. P. als

einen Umschwung in der politischen Richtung der Partei, der sich unter dem Drucke desjenigen Teiles der Arbeiterschaft Deutschlands vollzogen hat, der in dieser Partei organisiert ist. Dieser Teil der Arbeiterklasse stellt sich auf Grund der ganzen Erfahrung der Revolution immer mehr und mehr auf den Standpunkt der proletarischen Diktatur und des Massenkampfes um diese Diktatur unter der gemeinsamen Fahne der Kommunistischen Internationale. Dieses verhindern in hohem Grade die opportunistischen rechten Parteelemente, die geneigt sind, alles Mögliche mit Worten anzuerkennen, die aber die tatsächliche Entwicklung der Revolution auf jede Weise hemmen. Diese opportunistischen „Zentrumsleute“ haben während des imperialistischen Krieges das Proletariat von allen Massenaktionen zurückgehalten, haben die verräterische Linie der Verteidigung des bürgerlichen „Vaterlandes“ unterstützt, haben die Notwendigkeit einer illegalen Organisation verneint und schreckten vor dem Gedanken an den Bürgerkrieg zurück. Am Beginn der Revolution sind sie mit den offenen Verrätern der Arbeiterklasse — den Scheidemännern — in eine gemeinsame Regierung eingetreten, haben die schändliche Ausweisung der Berliner Botschaft des Proletariats Rußlands sanktioniert und haben die Politik des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetmacht unterstützt. Diese rechten Führer der „Unabhängigen“ haben seit Beginn der deutschen Revolution die Entente-Orientierung gepredigt und sich mit allen Kräften dem Bunde Deutschlands mit Sowjetrußland widersetzt. Die rechten Führer der „Unabhängigen“ haben unter Deutschlands Proletariern systematisch kleinbürgerliche Illusionen über das Wesen des „Wilsonismus“ gesät. Die rechten Führer der „Unabhängigen“ haben Wilson gepriesen und ihn als Verteidiger eines gerechten Friedens, als Vertreter der „Demokratie“ usw. hingestellt. Dank der Taktik dieser rechter Führer blieb die Staatsmaschine des Wilhelminischen Kaiserreiches, das sich nur mit der republikanischen Flagge verhüllte, vollständig unberührt. In entscheidenden Augenblicken (Januar 1919) des Kampfes mit den Henkern der Arbeiterklasse — Noske & Co. — schlugen die rechten Führer der „Unabhängigen“ eine „versöhnende“ Richtung unehrlicher Makler ein, schwächten den revolutionären Willen der Arbeiter, zerfetzten die Einigkeit des Proletariats im Kampfe und förderten dadurch seine Niederlage.

Erst verneinten sie die Diktatur der Räte überhaupt und standen vollständig auf dem Standpunkt der bürgerlichen Demokratie. Dann fingen sie an, ein Gemisch aus den Räten und der konstituierenden Versammlung zu propagieren (der Plan Hilferdings). Bis jetzt schwanken sie zwischen diesem und jenem, wenn es sich um die Tat handelt. Ihre literarischen Vertreter (Kautsky), die sich in ein und

demselben Verlage mit den bürgerlichen Pazifisten, „Demokraten“ und aufrichtigen Dienern der Börse und der Bank treffen, finden keine bessere Bekräftigung, als den schmutzigen Klatsch der russischen und andern Gegenrevolutionäre über die russische Revolution zu verbreiten. Eine derartige, alles übertreffende sinnlose und unehrliche Verleumdung, wie die angebliche „Sozialisierung der Frauen“ in Rußland, die von den Generalen und Spionen der Entente erfunden ist, findet im Buche Kautskys Platz. Das letzte Werk dieses Schriftstellers, „Terrorismus und Kommunismus“, erscheint in demselben Verlag, wie das Sammelwerk gefälschter, in Amerika erfundener Dokumente über die „Bestechung“ der Bolschewiki durch den deutschen Generalstab.

Diese Beispiele genügen, um die wahre Physiognomie einer Reihe der rechten Führer der U. S. P. zu kennzeichnen. Die zu dieser Partei gehörenden Arbeiter müssen verstehen, daß die Arbeiterpartei, ohne den vollständigen Bruch mit solchen rechten Führern zu vollziehen, die Entwicklung der proletarischen Revolution nicht erleichtern kann. — Es ist jetzt vollständig klar, daß die Revolution in Deutschland einen solchen qualvollen Verlauf nimmt, weil es den Scheidemännern gelungen ist, das Volk zu entwaffnen, weil der Ausbruch der Revolution nicht zur Verbindung Deutschlands mit Sowjetrußland führte, weil der alte Machtapparat im Gang geblieben ist. Ein ungeheurer Teil der Schuld und der Verantwortung dafür fällt auf die rechten Führer der U. S. P. — Um die Linie gerade zu biegen, müssen die Fehler verstanden und korrigiert werden. Diese Parteilinie gerade zu biegen, wenn auch über den Kopf einiger Führer hinweg, darin vor allem besteht die Aufgabe der zur Partei der Unabhängigen gehörenden Arbeiter.

2. Die Hauptfehler der U. S. P. und der „Zentrumsparteien“ überhaupt.

Die Ideologie der Führer der U. S. P. ist keine spezifisch deutsche Erscheinung. Auf demselben Standpunkt stehen die Longuetisten in Frankreich, die I. L. P. in England, die A. S. P. in Amerika und andere. Ihre Eigentümlichkeit ist das beständige Schwanken zwischen dem offenen Sozialverrat vom Typus Noske und der Linie des revolutionären Proletariats, d. h. dem Kommunismus. Diese Fehler fassen wir in folgenden Punkten zusammen:

1. Die Diktatur bedeutet den Sturz der Bourgeoisie durch eine Klasse, das Proletariat, und zwar durch seine revolutionäre Avantgarde. Es heißt in Wirklichkeit, den Gesichtspunkt der Diktatur des Proletariats verlassen und tatsächlich auf den Standpunkt der bürgerlichen Demokratie übergehen, wenn man ver-

langt: daß die Avantgarde sich erst die Mehrheit des Volkes durch Wahlen in die bürgerlichen Parlamente, in bürgerliche Konstituanten usw. erwerben müsse, d. h. durch Abstimmen bei Vorhandensein von Lohnsklaverei, bei Vorhandensein von Ausbeutern, unter deren Joch, bei Vorhandensein von Privateigentum an Produktionsmitteln.

So handeln die Führer der rechten Unabhängigen und der französischen Longuetisten. Diese Parteien wiederholen die Phrasen der bürgerlichen Demokraten über die Mehrheit des „Volkes“ (das von der Bourgeoisie betrogen und vom Kapital niedergehalten wird) und stehen objektiv noch auf der Seite der Bourgeoisie.

2. Die Diktatur des Proletariats bedeutet die Erkenntnis der Notwendigkeit, den Widerstand der Ausbeuter mit Gewalt zu brechen, bedeutet die Bereitschaft, das Vermögen, die Entschlossenheit, dies zu tun. Die Bourgeoisie, sogar die republikanischste und demokratischste (z. B. in Deutschland, in der Schweiz, in Amerika) greift systematisch zu Pogromen, zur Lynchjustiz, zu Morden, zu militärischen Gewalttaten, zum Terror gegen die Kommunisten und in Wirklichkeit gegen alle revolutionären Schritte des Proletariats. Unter diesen Bedingungen auf die Anwendung von Gewalt, auf den Terror zu verzichten, heißt, sich in einen weinerlichen Kleinbürger verwandeln, heißt, reaktionäre, kleinbürgerliche Illusionen über den sozialen Frieden säen, heißt — konkret gesprochen — Angst vor dem Haudegen der Offiziere haben.

Denn der verbrecherischste und reaktionärste imperialistische Krieg von 1914—1918 hat in allen Ländern, in allen, sogar in den demokratischen Republiken, Zehntausende der reaktionärsten Offiziere erzogen und in den Vordergrund der Politik gestellt, die den Terror verbreiten und ihn zum besten der Bourgeoisie, zum besten des Kapitals gegen das Proletariat verwicklichen. — Die Reden einiger Führer der Unabhängigen auf dem Leipziger Kongreß über die Frage der „moralischen Unzulässigkeit“ des Terrors seitens der Arbeiter in bezug auf die weißgardistischen Henker des Proletariats beweisen, daß diese Führer durch und durch mit kleinbürgerlichen Ansichten durchtränkt sind.

Das Verhalten zum Terror, das die rechten Führer der deutschen Unabhängigen und der französischen Longuetisten in Parlamentsreden, Zeitungsartikeln, in der Agitation und Propaganda offenbaren, ist daher ein vollständiges Lossagen von dem Wesen der Diktatur des Proletariats, ein tatsächlicher Uebergang zur Position der kleinbürgerlichen Demokratie, ist die *Demoralisierung* des revolutionären Bewußtseins der Arbeiter.

3. Dasselbe bezieht sich auf den Bürgerkrieg. Nach dem imperialistischen Kriege, angesichts der reaktionären Generäle und

Offiziere, die den Terror gegen das Proletariat anwenden, angesichts der Tatsache, daß schon neue imperialistische Kriege durch die gegenwärtige Politik aller bürgerlichen Staaten vorbereitet werden, und nicht nur bewußt vorbereitet werden, sondern mit objektiver Unvermeidlichkeit aus ihrer ganzen Politik folgen — unter diesen Bedingungen, bei dieser Situation den Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter beklagen, ihn verurteilen, ihn fürchten — heißt in Wirklichkeit, zum Reaktionär werden. — Das heißt, sich vor dem Sieg der Arbeiter, der Zehntausende Opfer kosten kann, fürchten, und ganz sicher ein neues imperialistisches Blutbad zulassen, das gestern Millionen Opfer kostete und morgen ebensoviel Opfer kosten wird. Das heißt, den reaktionären und gewalttätigen Geplogenheiten und Absichten und der Vorbereitung der bürgerlichen Generäle und der bürgerlichen Offiziere tatsächlichen Vorschub leisten.

Derartig reaktionär ist in der Tat die süßliche, kleinbürgerliche, sentimentale Position der rechten Führer der deutschen Unabhängigen wie auch der französischen Longuetisten in der Frage des Bürgerkrieges. Man schließt die Augen angesichts der weißen Garde, ihrer Vorbereitung und Schaffung durch die Bourgeoisie und wendet sich heuchlerisch, parasitisch (oder feige) ab von der Bildung einer Roten Garde, einer Roten Armee der Proletarier, die fähig wäre, den Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken.

4. Die Diktatur des Proletariats und die Rätewacht bedeuten die klare Erkenntnis der Notwendigkeit, den bürgerlichen (wenn auch republikanisch-demokratischen) Staatsapparat, die Gerichte, die Bürokratie, die zivile wie die militärische usw. zu zerbrechen, in Stücke zu schlagen. Die rechten Führer der deutschen Unabhängigen und der französischen Longuetisten zeigen weder Erkenntnis dieser Wahrheit, noch alltägliche Agitation in dieser Richtung. Viel schlimmer: sie führen die ganze Agitation in entgegengesetztem Geiste.

5. Jede Revolution bedeutet, zum Unterschied von der Reform, eine Krisis und zwar eine an und für sich überaus tiefe politische und ökonomische, unabhängig von der durch den Krieg hervorgerufenen Krisis. — Die Aufgabe der revolutionären Partei des Proletariats ist es, den Arbeitern und Bauern klarzulegen, daß man den Mut haben muß, dieser Krisis tapfer zu begegnen und in den revolutionären Maßnahmen die Kraftquelle zu ihrer Ueberwindung zu finden. Nur durch Ueberwindung dieser größten Krisen durch revolutionären Enthusiasmus, durch revolutionäre Energie, durch revolutionäre Bereitschaft zu den schwersten Opfern, kann das Proletariat die Ausbeuter besiegen

und die Menschheit endgültig vom Kriege, vom Joch des Kapitals, von der Lohnsklaverei befreien.

Einen anderen Ausweg gibt es nicht; denn das reformistische Verhalten zum Kapitalismus hat gestern das imperialistische Schlachten von Millionen Menschen, und Krisen ohne Ende erzeugt und wird sie unausbleiblich morgen erzeugen. Diesen Grundgedanken, ohne den die Diktatur des Proletariats eine leere Phrase ist, verstehen die Unabhängigen und die Longuetisten nicht, offenbaren ihn in ihrer Propaganda und Agitation nicht und machen ihn den Massen nicht klar.

Im Gegenteil, sie schüchtern das Proletariat auf alle mögliche Art und Weise ein durch Hinweis auf die Schwierigkeiten, die die proletarische Revolution nach sich zieht. Objektiv ist jedoch die Wiedergeburt der Wirtschaft nur auf Grund der proletarischen Diktatur denkbar; denn auf kapitalistischer Basis ist möglich nur eine beständige und immer tiefer gehende Auflösung. Durch ihre kleinbürgerliche Feigheit ziehen die Führer der U. S. P. den ohnehin qualvollen Prozeß nur in die Länge und vergrößern dadurch die Leiden des Proletariats.

6. Das Sowjetsystem ist die Zerstörung der bürgerlichen Lüge der Freiheit, die Presse zu bestechen, der Freiheit der Reichen und Kapitalisten, Hunderte von Zeitungen aufzukaufen, um dadurch die sogenannte „öffentliche Meinung“ zu fälschen, — die man Preßfreiheit nennt.

Diese Wahrheit erkennen die deutschen Unabhängigen wie ihre ausländischen Kollegen nicht; sie handeln nicht nach ihr, sie agitieren nicht täglich für die revolutionäre Vernichtung jener Unterjochung der Presse durch das Kapital, die die bürgerliche Demokratie fälschlicherweise Preßfreiheit nennt. Da sie eine solche Agitation unterlassen, erkennen die Unabhängigen nur durch Lippenbekenntnis die Sowjetmacht an; in Wirklichkeit sind sie von dem Vorurteil der bürgerlichen Demokratie vollständig beherrscht.

Die Expropriation der Druckereien und Papiervorräte — diese Hauptsache verstehen sie nicht zu erklären; denn sie begreifen sie selbst nicht. Dasselbe bezieht sich auf die Versammlungsfreiheit — diese Freiheit ist eine Lüge, solange die Reichen die besten Gebäude besitzen oder öffentliche Gebäude kaufen — auf die Bewaffnung des Volkes, die Gewissensfreiheit — die Freiheit des Kapitals, ganze Kirchenorganisationen zwecks Betäubung der Massen mit religiösem Opium zu kaufen und zu bestechen — und auf alle übrigen bürgerlich-demokratischen Freiheiten.

7. Die Diktatur des Proletariats bedeutet das Vermögen, die Bereitschaft und die Entschlossenheit, die ganze Masse der Werk-tätigen und Ausgebeuteten durch revolutionäre Maßnahmen, durch

Expropriation der Ausbeuter auf ihre Seite, auf die Seite der revolutionären Avantgarde des Proletariats zu ziehen. — Diese sind in der täglichen Agitation der deutschen Unabhängigen (z. B. in der „Freiheit“) nicht zu finden. Auch bei den Longuetisten sind sie nicht zu finden. — Im besonderen ist diese Agitation unter den ländlichen Proletariern notwendig, unter den Kleinbauern (Bauern, die keine Lohnarbeit ausbeuten, Bauern, die wenig oder gar kein Getreide verkaufen). Diesen Schichten der Bevölkerung muß täglich, einfach, populär, auf die konkreteste Weise klar gemacht werden, daß das Proletariat nach der Eroberung der Staatsmacht unverzüglich auf Kosten der expropriierten Großgrundbesitzer ihre Lage verbessern, sie vom Joch der Großgrundbesitzer befreien, ihnen als einer Klasse große Güter geben, sie von den Schulden befreien wird, usw. Dasselbe muß der städtischen nichtproletarischen oder nicht ganz proletarischen werktätigen Masse erklärt werden. — Eine solche Agitation wird von den Unabhängigen nicht geführt.

8. Die Diktatur des Proletariats bedeutet und setzt die klare Erkenntnis der Wahrheit voraus, daß das Proletariat kraft seiner objektiven ökonomischen Lage in jeder kapitalistischen Gesellschaft die Interessen der ganzen Masse der Werktätigen und Ausbeuteten, aller Halbproletarier, (d. h. der von teilweisem Verkauf ihrer Arbeitskraft Lebenden), aller Kleinbauern und dgl. richtig vertritt.

Diese Schichten der Bevölkerung folgen den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien (darunter auch den sozialistischen Parteien der II. Internationale) nicht kraft ihrer freien Willensäußerungen, wie die kleinbürgerliche Demokratie annimmt, sondern kraft des direkten Betruges durch die Bourgeoisie, kraft ihrer Unterjochung durch das Kapital, kraft des Selbstbetrugs der kleinbürgerlichen Führer.

Diese Schichten der Bevölkerung (die Halbproletarier und Kleinbauern) wird und kann das Proletariat nur nach seinem Siege, nur nach der Eroberung der Staatsmacht auf seine Seite ziehen, d. h. nachdem es die Bourgeoisie gestürzt, dadurch alle diese Werktätigen vom Joch des Kapitalismus befreit und ihnen in der Praxis gezeigt hat, welchen Nutzen (Befreiung von den Ausbeutern) die proletarische Staatsmacht gewährt.

Diesen Gedanken, der die Grundlage und die wesentliche Idee der Diktatur des Proletariats ausmacht, verstehen die deutschen Unabhängigen und Longuetisten nicht, tragen ihn nicht in die Massen, propagieren ihn nicht täglich.

9. Die Unabhängigen (der rechte Flügel) und die Longuetisten betreiben keine Agitation im Heere (Eintritt ins Heer zum Zwecke

der Vorbereitung seines Ueberganges auf die Seite der Arbeiter gegen die Bourgeoisie). Sie schaffen keine Organisationen zu diesem Zwecke.

Sie antworten nicht auf die Gewalttaten der Bourgeoisie, auf deren endlose Uebertretungen der „Gesetzlichkeit“ (wie während des imperialistischen* Krieges, so auch nach dessen Beendigung) durch systematische Propaganda illegaler Organisationen und Schaffung derselben.

Ohne Verbindung von legaler Arbeit mit illegaler, von legalen Organisationen mit illegalen, kann von einer wirklich revolutionären Partei des Proletariats weder in Deutschland, noch in Schweden, noch in England, noch in Frankreich, noch in Amerika die Rede sein.

10. Die Grundfrage der sozialistischen Revolution, die Expropriation der Ausbeuter, stellen die rechten Führer unter die Benennung „Sozialisierung“ und stellen sie reformistisch und nicht revolutionär. Das Wort „Sozialisierung“ vertuscht die Notwendigkeit der Konfiskation, die durch das unerträgliche Joch der imperialistischen Schulden und die Verarmung der Arbeiter hervorgerufen wird, vertuscht den Widerstand der Ausbeuter und die Notwendigkeit revolutionärer Maßnahmen des Proletariats zu ihrer Unterdrückung. Diese Fragestellung erzeugt notwendigerweise reformistische Illusionen, die der Diktatur des Proletariats durchaus nicht entsprechen.

11. Die Kommunistische Internationale hält es nicht nur für ungerecht, sondern auch prinzipiell für unzulässig, daß die U. S. P. Deutschlands, die tatsächlich die Grundideen der deutschen Spartakisten übernimmt, wobei sie sich diese Ideen zu langsam, zu inkonsequent und unvollständig aneignet, in den Beschlüssen ihres Kongresses kein Wort über die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (mit dem Spartakusbund) sagt. Die Einheit des revolutionären Proletariats erfordert solche Verbindung. Man kann die Diktatur des Proletariats und die Sowjetmacht in Wirklichkeit nicht anerkennen, ohne tatsächliche, ernste, gewissenhafte Schritte dazu zu unternehmen, daß die Avantgarde des Proletariats des gegebenen Landes, die durch langen und schweren Kampf (wie gegen die Opportunisten, so auch gegen die Syndikalisten und die angeblich linken Halbanarchisten) ihre Fähigkeit, die Arbeiterklasse zu einer solchen Diktatur zu führen, bewiesen hat, von allen bewußten Arbeitern unterstützt, ihre Autorität gefestigt, ihre errungene Tradition sorgfältig behütet und entwickelt werde. Der Spartakusbund in Deutschland, der von solchen Führern, wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, gegründet worden ist, ist gerade ein solcher, der die internationale

Bedeutung einer Avantgarde erhalten hat, und der Versuch, ihn zu umgehen, wie dies die Unabhängigen in Deutschland tun, ist unmöglich.

Das hängt zusammen mit der Tatsache, daß die Führer der U. S. P. Deutschlands wissentlich nicht die Meinung der Arbeitermassen dieser Partei ausdrücken, da sie viel mehr rechts stehen als diese. Mit diesem Uebel, das dem Proletariat in der Epoche von 1889—1919 unerhörte Leiden verursacht hat, kann man sich nicht aussöhnen; denn dieses Uebel wird durch das Auseinandergehen von Wort und Tat verhüllt.

Auf solche Weise ist die ganze Propaganda, die ganze Agitation, die ganze Organisation der rechten Unabhängigen und der Longuetisten im großen und ganzen eine mehr kleinbürgerlich-demokratische als eine revolutionär-proletarische, sie ist pazifistisch und nicht sozialrevolutionär.

Infolgedessen erfolgt die „Anerkennung“ der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht nur in Worten.

3. Die U. S. P. und die Internationale.

Dieselbe kleinbürgerlich feige Politik betreiben die rechten Führer der U. S. P. auch in bezug auf die Frage der internationalen Vereinigung des Proletariats.

1. Die rechten Unabhängigen und die Longuetisten vertiefen und entwickeln in den Massen nicht das Bewußtsein der Fäulnis und der Verderblichkeit jenes Revisionismus, der tatsächlich in der Zweiten Internationale vorherrschte (1889-1914) und sie zugrunde gerichtet hat, sondern sie verdunkeln dieses Bewußtsein, verhüllen die Krankheit, anstatt sie aufzudecken. Die Frage des Zusammenbruches, die Hauptfehler und die Verbrechen der Zweiten Internationale, ihre Rolle in der Eigenschaft eines Hilfskontors bei dem „Völkerbunde“ — alle diese Fragen wurden von der U. S. P. gar nicht aufgeworfen. Dadurch verhüllt sie diese Verbrechen und verdunkelt das Klassenbewußtsein der proletarischen Massen.

2. Die rechten Unabhängigen und die Longuetisten verstehen nicht und klären die Massen nicht darüber auf, daß die imperialistischen Mehrgewinne der vorgeschrittenen Länder diesen erlaubten (und gegenwärtig erlauben), die Oberschichten des Proletariats zu bestechen, ihnen Brocken der Mehrgewinne (die sie aus den Kolonien und der finanziellen Ausbeutung der schwachen Länder ziehen) zuzuwerfen, eine privilegierte Schicht geschulter Arbeiter zu schaffen usw.

Ohne Enthüllung dieses Uebels, ohne Kampf nicht nur gegen die Aristokratie der Trade-Unions, sondern auch gegen alle Aeüßerungen des Kleinbürgertums der Zünfte, der Arbeiter-

aristokratie, der Privilegien der Oberschicht der Arbeiter, ohne schonungslose Vertreibung der Vertreter dieses Geistes aus der revolutionären Partei, ohne Appellation an die Unterschichten, an die immer breiteren Massen, an die wirkliche Mehrheit der Ausgebeuteten, kann von einer Diktatur des Proletariats keine Rede sein.

3. Die Unlust oder das Unvermögen, mit den vom Imperialismus angesteckten Oberschichten der Arbeiter zu brechen, offenbart sich bei den rechten Unabhängigen und den Longuetisten ebenfalls darin, daß sie nicht für die direkte und bedingungslose Unterstützung aller Aufstände und revolutionären Bewegungen der Kolonialvölker agitieren. — Unter diesen Bedingungen wird die Verurteilung der Kolonialpolitik und des Imperialismus zur Heuchelei oder zum einfachen Seufzer eines stumpfsinnigen Kleinbürgers.

4. Während sie aus der Zweiten Internationale austreten und sie in Worten verurteilen (z. B. Crispian in seiner Schrift), strecken die Unabhängigen einem Friedrich Adler, dem Mitglied der österreichischen Partei der Herren Noske und Scheidemann die Hand hin. — Die Unabhängigen dulden in ihrer Mitte Literaten, die alle Grundbegriffe der Diktatur des Proletariats verneinen (Kautsky & Cie.).

Die Unabhängigen haben an der Berner und der Luzerner gelben Konferenz teilgenommen. Die Unabhängigen haben auch nach dem Leipziger Kongreß ihr Zentralorgan „Freiheit“ in den Händen des Erz-Rechten Hilferding, eines Anhängers der gelben Zweiten Internationale gelassen. Dieses Auseinandergehen von Wort und Tat charakterisiert die ganze Politik der Führer der Partei der Unabhängigen in Deutschland, der Longuetisten in Frankreich. Eben die Führer teilen die Vorurteile der kleinbürgerlichen Demokratie und der reformistisch demoralisierten Oberschichten des Proletariats, entgegen den revolutionären Sympathien der Arbeitermassen, die zum Sowjetsystem neigen.

5. Während die Führer der U. S. P. unter dem Druck der Arbeitermassen mit der Kommunistischen Internationale in Verhandlungen treten, wenden sie sich gleichzeitig an die Parteien der Zweiten Internationale (darunter an die weiße Mannerheimsche Sozialdemokratie Finnlands); diese Parteien nennen sie sozialrevolutionär, und sie schlagen der Kommunistischen Internationale vor, sich mit diesen Parteien zu vereinigen.

Dieser hilflose Versuch, noch eine vierte, eine Bastard-Internationale zu gründen, ohne klares Programm, ohne feste Taktik, ohne Aussicht auf eine Zukunft, ohne Perspektiven ist dem Untergange geweiht. Er beweist aber, daß die rechten Führer der

Unabhängigen den Beschluß des Leipziger Kongresses ihrer eigenen Partei **sabotieren** und an eine aufrichtige Vereinigung mit der Avantgarde des ringenden internationalen Proletariats nicht denken.

Im Zusammenhang mit allem Vorhergehenden erklärt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale:

a) Die Kommunistische Internationale stellt gegenwärtig die größte Kraft vor, die schon die wichtigsten wirklich revolutionären Elemente der internationalen proletarischen Bewegung vereint hat.

An dem ersten konstituierenden Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau (März 1919) nahmen folgende Parteien und Organisationen teil:

1. Kommunistische Partei Deutschlands.
2. Kommunistische Partei Rußlands.
3. Kommunistische Partei Deutsch-Oesterreichs.
4. Kommunistische Partei Ungarns.
5. Linke der schwedischen Sozialdemokratischen Partei.
6. Sozialdemokratische Partei Norwegens.
7. Sozialdemokratische Partei (Opposition) der Schweiz.
8. Amerikanische I. L. P.
9. Revolutionäre Balkanföderation (Bulgarische „Tessnjaki“) und Kommunistische Partei Rumäniens.
10. Kommunistische Partei Polens.
11. Kommunistische Partei Finnlands.
12. Kommunistische Partei der Ukraine.
13. Kommunistische Partei Lettlands.
14. Kommunistische Partei Litauens und Weißrußlands.
15. Kommunistische Partei Armeniens.
16. Kommunistische Partei Estlands.
17. Kommunistische Partei der deutschen Kolonien in **Rußland**.
18. Kommunistische Partei Englands.
19. Vereinigte Gruppe der Ostvölker Rußlands.
20. Zimmerwalder französische Linke.
21. Tschechische Kommunistische Gruppe.
22. Bulgarische Kommunistische Gruppe.
23. Südslavische Kommunistische Gruppe.
24. Englische Kommunistische Gruppe.
25. Französische Kommunistische Gruppe.
26. Amerikanische Liga der sozialistischen Propaganda.
27. Schweizer Kommunistische Gruppe.
28. Sozialdemokratische Partei Hollands.
29. Turkestaner Sektion des Zentralbüros der Ostvölker.
30. Türkische Sektion des Zentralbüros der Ostvölker.
31. Georgische Sektion des Zentralbüros der Ostvölker.
32. Aserbeidjanische Sektion des Zentralbüros der Ostvölker.

33. Persische Sektion des Zentralbüros der Ostvölker.
34. Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands.
35. Zimmerwalder Kommission.
36. Arbeiterverband Koreas.

In den zehn Monaten, die seit dem konstituierenden Kongreß vergangen sind, sind folgende Berichte über die Solidarisierung mit der Kommunistischen Internationale eingelaufen. (Wir bemerken, daß unten angeführte Angaben sehr unvollständig sind; in Wirklichkeit sind der Dritten Internationale viel mehr Parteien und Organisationen beigetreten).

Am 19. März 1919 wurde der Beschluß des Komitees der Italienischen Sozialistischen Partei über den Beitritt zur Kommunistischen Internationale gefaßt.

Am 8. April 1919 wurde der Beschluß des Kongresses der Norwegischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei über den Beitritt zur Kommunistischen Internationale gefaßt.

Am 10. Mai 1919 erhielten wir die Mitteilung von dem Beitritt des Schwedischen Sozialdemokratischen Jugendverbandes zur Dritten Internationale.

Am 14. Juni 1919 wurde der Beschluß des linken Flügels der Schwedischen Sozialdemokratischen Partei über den Beitritt zur Dritten Internationale gefaßt.

Am 22. Juni 1919 erhielten wir die Mitteilung des Beschlusses des Zentralkomitees der Polnischen Kommunistischen Partei über den vollzogenen Beitritt zur Dritten Internationale.

Im Juli 1919 beschloß der Kongreß der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei, der Dritten Internationale beizutreten. Bei dem Referendum sprach sich dafür nur die Minderheit, aber eine sehr bedeutende, aus.

Im August 1919 faßte der Kongreß der Sozialisten der Vereinigten Staaten den Beschluß, der Kommunistischen Internationale beizutreten. In Amerika bestehen gegenwärtig zwei Kommunistische Parteien. — Beide gehören der Dritten Internationale an.

Ebenfalls im August 1919 haben wir die Mitteilung von dem Beitritt der Kommunistischen Partei Ostgaliziens zur Dritten Internationale erhalten.

Im September 1919 liefen Nachrichten über die Vereinigung der Sozialistischen Partei Elsaß-Lothringens mit der Kommunistischen Internationale ein. Dieselben Nachrichten erhielten wir in diesem Monat von der Ukrainischen Föderation der sozialistischen Parteien in Amerika und über eine Reihe finnischer Arbeiterorganisationen.

Im Oktober 1918 bestätigte der Kongreß der Italiener

schen Sozialistischen Partei in Bologna mit ungeheurer Mehrheit den Beitritt zur Kommunistischen Internationale.

Am 23. Oktober 1919 lief der Bericht ein über den Beschluß der Britischen Sozialistischen Partei, der Dritten Internationale beizutreten.

Am 20. November 1919 lief die Nachricht ein über den Beitritt der Böhmisches, der Lothringer und der Mexikanischen Sozialistischen Parteien zur Dritten Internationale. In demselben Monat erhielten wir die Mitteilung, daß in einer der europäischen Städte ein Internationaler Kongreß der Arbeiterjugend stattfand, an dem die Delegierten von 220 000 Mitgliedern der Partei teilgenommen haben, und der einstimmig beschloß, der Kommunistischen Internationale beizutreten.

Im Dezember 1919 wurden auf dem Kongreß der Spanischen Sozialisten für die Dritte Internationale 12 500 Stimmen, gegen dieselbe 14 000 Stimmen abgegeben.

Auf dem Skandinavischen Arbeiterkongreß (Dezember 1919) waren 268 Delegierte von 300 000 Arbeitern anwesend. Die Kommunistischen Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Im Januar 1920 erhielten wir den Bericht über den Beitritt der Arbeiterpartei Schottlands zur Kommunistischen Internationale.

Diese Aufzählung genügt, um zu sehen, daß in den Reihen der Kommunistischen Internationale schon jetzt die ganze Avantgarde des kämpfenden internationalen Proletariats vereinigt ist. Die Arbeiterparteien, die aufrichtig für die Diktatur des Proletariats und die Rätemacht kämpfen wollen, können und müssen sich mit dem Kern vereinigen, den die Dritte, Kommunistische Internationale darstellt.

b) Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ist der Meinung, daß es im Interesse des Erfolges des internationalen proletarischen Kampfes nicht zulässig sei, noch unter irgendeinem Vorwande, und wo es auch sei, noch eine neue Zwischen-Vereinigung der Arbeiter zu schaffen, die in Wirklichkeit keinesfalls revolutionär sein kann. Die Zersplitterung der Kräfte des Proletariats würde nur im Interesse des Kapitals und seiner Diener, der gewordenen Sozialisten, liegen.

c) Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hält es für äußerst wünschenswert, mit den Parteien, die sich zum endgültigen Bruch mit der Zweiten Internationale bereit erklären, in Verhandlungen zu treten. Zu diesem Zwecke fordert das Exekutivkomitee die Vertreter dieser Parteien auf, nach Rußland zu kommen, wo das Vollzugsorgan der Kommunistischen Internationale seinen Aufenthalt hat. Wie groß auch die technischen

Schwierigkeiten beim Passieren der Grenzen sind, so ist doch die Reise der Delegierten der angeführten Parteien, wie die Erfahrung gezeigt hat, möglich.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ist sich dessen bewußt, daß infolge der Kompliziertheit der Beziehungen und der spezifischen Eigentümlichkeiten in der Entwicklung der Revolution, mit diesen Eigentümlichkeiten streng gerechnet werden muß. Wir sind durchaus bereit, die Dritte Internationale zu erweitern, die Erfahrung der proletarischen Bewegung in allen Ländern in Betracht zu ziehen, das Programm der Dritten Internationale auf Grund der Theorie des Marxismus und der Erfahrung des revolutionären Kampfes in der ganzen Welt zu korrigieren und zu ergänzen. Wir lehnen aber entschieden jede Mitarbeiterschaft mit den rechten Führern der Unabhängigen und der Longuetisten ab, die die Bewegung zurück in den Sumpf der gelben Zweiten Internationale ziehen.

Indem das Exekutivkomitee den Beschluß des Leipziger Kongresses in dem Teile, der von dem Bruch mit der zweiten Internationale spricht, begrüßt und die Delegation der U. S. P. zu Verhandlungen auffordert, drückt es die feste Ueberzeugung aus, daß durch die revolutionäre Erkenntnisfähigkeit der proletarischen Massen die Reihen der Führer der U. S. P. gesäubert werden, die Partei zur Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands gebracht wird und schließlich sich ihre besten Elemente unter dem gemeinsamen Banner der Kommunistischen Internationale organisieren werden.

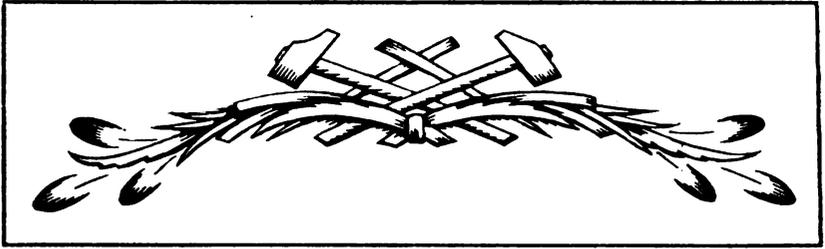
Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale schlägt den aufgeklärten Arbeitern Deutschlands vor, diese Antwort in öffentlichen proletarischen Versammlungen zu erörtern und genaue und klare Antworten auf die berührten Fragen von den Führern der U. S. P. zu verlangen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sendet dem heldenhaften Proletariat Deutschlands brüderliche Grüße!

Moskau, den 5. Februar 1920.

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.*

*Vorsitzender:
G. Sinowjew.*



An die Arbeiter aller Länder.

Zur polnischen Frage.

Die Regierungen von Frankreich, England und Amerika, die vier Jahre lang angeblich im Namen der Demokratie, der Freiheit und der Errichtung eines ewigen Völkerfriedens einen blutigen Krieg geführt haben, hetzen jetzt Polen zu einem Krieg mit Sowjetrußland auf, dasselbe Polen, das seine Freiheit und Unabhängigkeit nicht aus den Händen dieser imperialistischen Regierungen, sondern nur dank der Revolution in Rußland und Deutschland erhalten hat.

Das politische Vermächtnis von Clemenceau vor seinem Abschied bestand in der Forderung: Krieg mit Sowjetrußland bis zum letzten Blutstropfen des letzten polnischen Soldaten. An der ganzen langen Front, mit der die Polen, ohne im geringsten mit dem Willen der breiten Massen der Bevölkerung zu rechnen, Litauen, Weißrußland und die Ukraine durchschnitten haben, führen die polnischen Proletarier, verkleidet in eine von den englischen „Wohltätern“ geschenkte schottische Militäruniform, einen blutigen Kampf gegen die russischen Bauern und Arbeiter.

Jetzt, nach der endgültigen Niederlage von Judenitsch, Koltshak und Denikin scheint ein Krieg Polens gegen Rußland auf den ersten Blick wenig wahrscheinlich. Wenn diese weißen Generäle, die nicht bloß alle Kräfte der russischen Bourgeoisie, sondern auch alles, was vom feudal-zaristischen Regime übrig geblieben war, unter dem Banner des „unteilbaren Großrußland“ mobil gemacht hatten, und die sich nicht nur auf die Hilfe des internationalen Kapitalismus, sondern auch auf den glühenden Haß aller bürgerlichen Elemente des alten Russland gegen die Revolution stützten, — wenn sie nicht dem mächtigen Ansturm der Roten Armee standhielten, könnte dann wirklich das winzige, seinen eigenen Kräften

überlassene Polen es wagen, sich in einen Kampf mit der Arbeiter- und Bauernrepublik Rußland zu stürzen? Seitens der polnischen Regierung wäre das ein sinnloses, selbstmörderisches Abenteuer.

Und doch wollen wir, Genossen, der Wahrheit offen ins Auge sehen, — dieses Abenteuer ist möglich, und die Arbeiter der ganzen Welt müssen alles tun, was in ihren Kräften steht, um es zu verhindern.

Vor allen Dingen sind die Verbündeten aus allen Kräften bemüht, Polen zu diesem verzweifelten Schritt zu zwingen.

In Versailles waren sie bestrebt, Deutschland auf immer ökonomisch zu vernichten und ganz Mitteleuropa in kleine Teile zu zerbröckeln, — es so zu zergliedern, daß die Haie des internationalen Kapitals die Völker Deutschlands, Oesterreichs und des Balkans stückweise bequemer verschlingen könnten. Doch die Völker Europas sind keine Hindu und Neger. Und da die Ritter des französischen Kapitals das wissen, zittern sie aus Furcht vor den Folgen ihrer eigenen Politik. Die französischen Kapitalisten glauben nicht, daß das deutsche Volk, erdrosselt von der Versailler Schlinge, ruhig und geduldig das Joch einer schmähhlichen Knechtschaft tragen wird. Wie Bismarck nach der Zertrümmerung Frankreichs 1871 die ganze Zeit unter dem Alp der Möglichkeit eines französisch-russischen Bündnisses gegen Deutschland lebte, so sehen auch die heutigen Machthaber Frankreichs mit Schrecken das drohende Gespenst der gegen sie rebellierenden Völker Mitteleuropas vor sich. Und insbesondere zittern sie bei dem Gedanken daran, daß das russische Volk, nachdem es mit seinen zahllosen Feinden abgerechnet hat, sich brüderlich mit dem von dem Druck des Kapitals und des Junkertums befreiten deutschen Volk vereinen und den französischen und englischen Arbeitern später machtvolle Hilfe gegen ihre Unterdrücker angedeihen lassen kann.

Doch die französische Bourgeoisie empfindet noch andere Aengste. Ihr ist auch vor einem allzu starken „Großrußland“ der Grundherren und Kapitalisten bange. Wenn es der Reaktion in Rußland gelingen würde, mit Hilfe der Verbündeten das Arbeiter- und Bauernrußland zu überwinden, so wäre die russische Reaktion gezwungen, im Bunde mit dem zertrümmerten imperialistischen Deutschland über ihre Retter herzufallen, um auch für sich ein Stück der Beute zu entreißen, die die französischen, englischen, amerikanischen und japanischen Kapitalisten untereinander verteilt haben. Denn die russische Reaktion könnte die Arbeiter- und Bauernmassen nur durch den Glanz äußerer Eroberungen, nur durch das Trugbild eines „Großrußland“ zum Narren halten. Diese Angst vor einem künftigen Bund des revolutionären Proletariats von Rußland und Deutschland einerseits, diese Angst vor einer

möglichen Koalition des reaktionären Deutschland und des reaktionären Rußland anderseits bedingt die gesamte Politik der Verbündeten — und vor allen Dingen des bürgerlichen Frankreich — bezüglich Polen.

Früher sah das französische Kapital ruhig zu, wie die zaristische Regierung in Polen wirtschaftete. Die französische bürgerliche Presse verschwieg systematisch alle Grausamkeiten, die von den Machthabern der Selbstherrschaft in Polen verübt wurden. Jetzt aber, sobald der Soldatenstiefel Beselers vom Nacken des polnischen Volkes abgeworfen war, begann Frankreich ein besonderes Interesse für die junge polnische Republik an den Tag zu legen und sie vom ersten Augenblick an mit Kriegsmunition zu versehen. Da Polen als Keil zwischen Rußland und Deutschland eingeschoben ist, beschloß das französische Kapital, es zu einem militärischen Bollwerk gegen Deutschland zu machen und daraus einen Stützpunkt gegen Osten zu schaffen, um ein neues, für das bürgerliche Frankreich vorteilhaftes politisches „Gleichgewicht“ in Europa aufrecht zu erhalten.

Bei einem künftigen Zusammenstoß mit Deutschland, dessen Gespenst den Königen der französischen Börse keine Ruhe gibt, kann das kapitalistische Frankreich nicht auf die Hilfe seiner früheren Verbündeten rechnen. Das amerikanische Kapital zieht sich von den kleinlichen europäischen Intrigen zurück und konzentriert sein Interesse auf dem Stillen Ozean, auf dem Konflikt mit Japan, der der amerikanischen Bourgeoisie vielleicht noch einmal die Möglichkeit geben wird, die Volksmassen zum Kampf im Interesse des Kapitals, um neue Quellen des kapitalistischen Profits zu erheben. Die Lage des englischen Imperialismus wird mit jedem Tage immer schwieriger. In England selbst wächst ununterbrochen die Unzufriedenheit der breiten Bevölkerungskreise, die hervorgerufen wird durch den wirtschaftlichen Verfall und die neuen Steuern, die schwer nicht nur auf den Arbeitermassen, sondern auch auf dem Kleinbürgertum lasten. Irland steht am Vorabend der Revolution. In Aegypten, in Indien hören die Massenunruhen nicht auf, die sich in einen Aufstand gegen die englische Herrschaft zu entladen drohen . . . Der einzige Rettungsanker für das bürgerliche Frankreich im Fall eines Krieges mit den deutschen Arbeitern oder mit den deutschen Kapitalisten ist Polen. Es muß um jeden Preis zur Rolle eines Kettenhundes des französischen Kapitals im Osten verwendet werden.

Doch nicht nur für den möglichen künftigen Krieg mit Deutschland will das bürgerliche Frankreich Polen ausnutzen. Es will ihm jetzt die Obliegenheiten eines Henkers aufdrängen und es zwingen, mit seinen Händen die Sowjetmacht in Rußland zu er-

würgen, und zwar möglichst bald — vor dem Sieg der Arbeiterklasse in Deutschland. Wenn Sowjetrußland nach Erringung dieses Sieges vom Erdboden vernichtet ist, dann besetzt Marschall Foch ungehindert mit schwarzen und gelben Truppen das Kohlenbecken am Rhein und schneidet die proletarische Revolution in Deutschland von der wichtigsten Quelle des Lebens und der Kraft ab. Und nachdem sie getrennt mit der Revolution in Rußland und in Deutschland abgerechnet haben, hoffen die französischen Ausbeuter, ohne besondere Mühe auch mit dem Aufstand ihres eigenen Proletariats in Frankreich fertig zu werden.

Daher drängt die französische Bourgeoisie Polen so beharrlich, so fieberhaft zum Krieg mit Sowjetrußland. Sie ist auch noch deshalb so ungeduldig, weil sie fürchtet, daß die Arbeiter- und Bauernmacht in Rußland dermaßen erstarken könnte, daß der polnische Adel und das polnische Kapital endgültig die ganze Hoffnungslosigkeit dieses Kriegsabenteuers einsehen, und daß die Bewegung der polnischen Volksmassen, die mit jedem Tage wächst, die herrschenden Klassen in Polen zwingen könnte, sich von allen Kriegsabenteuern loszusagen.

Wie verhält man sich nun im „unabhängigen“ Polen dieser abenteuerlichen Politik des seinen unvermeidlichen Untergang ahnenden Kapitals gegenüber? Das unabhängige Polen wurde nicht aus dem Aufstand der polnischen Volksmassen geboren. Die Volksmassen Polens trugen anfangs geduldig das Joch der nationalen Unterdrückung und starben ohne zu murren für drei „Vaterländer“ auf einmal, oder sie kämpften in Person des vorgeschrittenen polnischen Proletariats — in geschlossenen Reihen, unter dem Banner des Sozialismus — mutig gegen den Krieg. Die in Polen herrschenden Klassen der Grundherren und Kapitalisten nutzten das Banner der Unabhängigkeit dazu aus, um während des Krieges mit den drei Regierungen, mit denen sie historisch verknüpft waren, um ihren eigenen Einfluß zu feilschen. Der polnische Grundherr in Galizien lamentierte über die „Unabhängigkeit“ Polens unter dem Szepter der Habsburger und entsagte dem Gedanken der Befreiung der Polen, die unter dem Joch der Hohenzollern ächzten, — denn Wilhelm Hohenzollern war ein Freund und Verbündeter desselben Karl Habsburgs, für den der polnische Adel den Thron des künftigen unabhängigen Polens bestimmt hatte. Jenseits der Schützengraben träumten die polnischen Kapitalisten und Grundherren davon, daß der russische Zar, nachdem er den deutschen Imperialismus besiegt hat, mit Hilfe der französischen Börsenhaie unter seinem Protektorat ein „unabhängiges“ Polen schafft. Die Pläne der Errichtung eines unabhängigen Polens mit Hilfe des österreichischen und deutschen Imperialismus endeten

damit, daß der Vorkämpfer dieser Pläne, Joseph Pilsudski, ein polnischer Kompromißler, der einst Revolutionär gewesen, während des Krieges jedoch zum Brigadier der polnischen Legionen geworden war, hinter das Gitter der Magdeburger Festung verschwand. Polen erlangte nur dadurch eine gewisse Unabhängigkeit, daß der Imperialismus in Rußland und in Deutschland unter dem Andrang der Volksmassen zusammenbrach. Die polnischen herrschenden Klassen, die zur Macht gelangten, stürzten sich in die Arme der siegreichen Mächte, da sie hofften, daß diese ihnen nicht nur helfen würden, die revolutionäre Bewegung in Polen zu unterdrücken und den Polen die Litauer, Weißrussen und Ukrainer in völligen Besitz überlassen, sondern auch die Wiederherstellung des polnischen Kapitalismus fördern würden.

Doch die Verbündeten, die um die Verstärkung der Kriegsmacht Polens besorgt waren, äußerten nicht das geringste Interesse für die Frage der Wiedererrichtung der polnischen Industrie. Sie gaben den Polen weder Maschinen noch Rohstoffe, noch Getreide. Die Züge, die aus Paris über Koblenz nach Warschau kamen, brachten nur Munitionsladungen, nur Werkzeuge zur Vernichtung des Menschen durch den Menschen. Die wirtschaftliche Lage Polens wird daher von Tag zu Tag hoffnungsloser. Die breiten Massen der Bevölkerung hungern, die Spekulanten und bestechlichen Beamten aber feiern ein sorgloses Festgelage. Die Woge der Volksempörung steigt mit jedem Tage.

Die Hoffnungen, daß Polen als Land ohne Staatsschulden dank der Unterstützung der Verbündeten im Ausland großen Kredit erhält, sind zunichte geworden. Die polnische Valuta steht niedriger, als die Valuta des zertrümmerten Deutschlands. Für alle Waren, die die Verbündeten liefern, müssen die Polen Wucherpreise zahlen. Die französischen, amerikanischen und englischen Spekulanten exportieren ungehindert aus dem ruinierten Polen die letzten Reste seiner Reichtümer.

Das alles erweckt Mißtrauen, Zorn und Haß gegen die Verbündeten nicht nur in den Volksmassen, sondern sogar unter einem Teil der Bourgeoisie und der polnischen Offiziere. Zusammenstöße zwischen polnischen und verbündeten Offizieren sind eine alltägliche Erscheinung.

Im polnischen Landtag sind die politisch analphabeten Großbauern in der Mehrheit. An der Spitze der Regierung stand anfangs ein bekannter Musiker, jetzt hat er einem Apotheker aus der Provinz Platz gemacht. Einer der einflußreichsten Männer, der Romantiker des polnischen Nationalismus, Joseph Pilsudski, ist ein Mann, der aus Haß gegen den Zarismus zum Revolutionär, später aber aus Haß gegen die Arbeiterrevolution während des Krieges zum reaktio-

nären General wurde. Jetzt nimmt er teil an der Regierung, die polnische Arbeiter niederschießt, und gehört zugleich der zweiten Internationale und der Polnischen Sozialdemokratischen Partei an, die durch den Mund Daszinskis im Landtag erklärte, daß der Druck der polnischen Reaktion schwerer auf den Schultern der Volksmassen laste als der Druck der Selbstherrschaft des Zaren.

Auf diesem Hintergrund spielen sich die jetzigen Ereignisse ab.

Die herrschenden Klassen Polens, die, von den Verbündeten angeregt, in Todesangst hin- und hereilen, können jeden Augenblick unbesonnen das gewagteste Kriegsabenteuer unternehmen. Daher, wiederholen wir, ist ein Krieg Polens gegen Sowjetrußland möglich.

Sowjetrußland, wir sind überzeugt davon, braucht diesen Krieg nicht zu fürchten. Wir sind sicher, daß die Volksmassen des Arbeiter- und Bauernrußlands, die tapfer alle Ueberfälle der Koltshak, Denikin und Judenitsch zurückgeschlagen haben, den polnischen Kapitalisten und Grundherren rechten Widerstand zu leisten wissen und den polnischen Abenteurern nicht gestatten werden, die Zeit der Wirren wieder aufleben zu lassen, da der polnische Adel im Kreml herrschte . . .

Die Kommunistische Internationale will aber nicht, daß die polnischen und russischen Arbeiter mit ihrem Blut die Abenteuer der Bourgeoisie bezahlen. Sowjetrußland wünscht Frieden, Sowjetrußland will den Krieg vermeiden, um dem durch den Krieg hervorgerufenen Ruin ein Ende zu machen um den Aufbau eines friedlichen Lebens zu beginnen. Die Kommunistische Internationale weiß, daß die Arbeitermacht in Polen nur dann stark sein wird, wenn die polnischen Arbeiter und Bauern selbst zum Sieg gelangen, selbst die Herrschaft der polnischen Kapitalisten und Grundherren stürzen . . .

Sowjetrußland hat schon mehrmals der Republik Polen vorgeschlagen, Unterhandlungen über den Frieden zu beginnen und nicht nur die völlige Anerkennung der Unabhängigkeit Polens betont, sondern auch seine völlige Bereitwilligkeit, alle Streitfragen auf friedlichem Wege beizulegen. Sowjetrußland hat alles getan, was in seinen Kräften stand, um einen neuen Krieg und neues Blutvergießen zu vermeiden.

Jetzt ist an Euch die Reihe, Genossen, Arbeiter aller Länder.

Die polnischen Arbeiter haben sich durch viele Kundgebungen und Streiks gegen den Krieg geäußert. Ehre gebührt den polnischen Arbeitern, die unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Pflicht erfüllt haben.

Französische und englische Arbeiter! Von Euch hängt es ab,

den gegen den Krieg kämpfenden polnischen Proletarier zu unterstützen. Rettet Polen von den Schrecken des Krieges. Helft den polnischen Arbeitern ihr Land vom Joch der Herren und von den Intrigen der Entente zu befreien. Helft Sowjetrußland einen neuen Krieg zu vermeiden.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ruft Euch zum Kampf gegen das von den französischen Imperialisten geplante neue Kriegsabenteuer.

Arbeiter Frankreichs! Macht dem niederträchtigen Aufhetzen Polens gegen die Sowjetrepublik ein Ende.

Arbeiter Polens! Zwingt Eure Bourgeoisie, dem neuen Abenteuer, dem Krieg mit dem Arbeiter- und Bauernrußland zu entsagen. Nur eine siegreiche internationale Revolution kann die wahre Unabhängigkeit Polens sichern.

Nieder mit den internationalen Räubern!

Es lebe das internationale Proletariat!

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale*

G. Sinowjew.

17. Februar 1920.



An die Proletarier aller Länder.

Zum weissen Terror in Ungarn.

Wir haben aus Ungarn folgende Nachrichten erhalten:

Die Grausamkeiten des weißen Terrors in Ungarn dauern fort.

In den Dörfern von Transdanubien werden alle erschossen, die während der wilden Orgie des Admirals Horthy, der das ganze Land mit Blut überschwemmt hat, heiler Haut davongekommen sind. Die ausschließlich aus Offizieren geworbenen Banden des tapferen Admirals zogen durch ganz Transdanubien, zerstörten die landwirtschaftlichen Rätekommunen und errichteten aufs neue die Herrschaft der Latifundienbesitzer und Großbauern. Wenn sich die Armee des magyarischen Koltschak irgend einem Dorfe näherte, sandte sie eine Patrouille aus, die in das Dorf eindrang, alle der Sympathie für die Rätewacht Verdächtigen festnahm und dann das Dorf zu einer Versammlung einberief. Dort erklärte der Führer der Patrouille, daß ihnen die „nationale Armee“ folge. Treffe diese bei ihrem Einzug in dem Dorfe noch Kommunisten am Leben, so werde das ganze Dorf angezündet und eingeäschert. Eiligst wurde aus den eingeschücherteten Großbauern ein „Volksgerecht“ gebildet, das mit einem Trinkgelage und dem Niedermetzeln aller Verhafteten endete. So wurden Tausende Bauern, die Mitglieder der lokalen Räte waren, viele Lehrer und unzählige Juden hingemordet.

In den Städten wurde der weiße Terror zum System. Die Arbeiter werden zwar nicht mehr auf den Straßen niedergeschossen wie tolle Hunde. Aber die Göttin der bürgerlichen Gerechtigkeit mit dem blutigen Schwert in der Hand und der Binde vor den Augen, die gleichsam dazu bestimmt ist, den Ausdruck von tierischer Wut und Haß in diesen Augen zu verbergen, betrat den in Eile zusammengestellten Thron und in den „Gerichten“ spielte sich eine endlose Reihe politischer Prozesse ab. Die niederträchtigsten Lakaien Friedrichs fallen mit heuchlerischer Miene unparteiischer Hüter des Gesetzes Tausende von Todesurteilen, ohne auch nur den elementarsten Forderungen der bürgerlichen Justiz Rechnung zu tragen. Die zagen Versuche einzelner Anwälte, darauf hinzuweisen, daß jedes Vergehen, das jemandem zur Last gelegt wird, vom Standpunkt des Gesetzes betrachtet werden müsse, das im Augenblick der Vollziehung dieses Vergehens in Kraft war, fanden seitens der „Richter“ entschiedenen Widerspruch.

Die Kommissäre, die Fabriken und Landgüter nationalisiert haben, werden als Räuber gerichtet; der Volkskommissär für Finanzwesen, der das Dekret bezüglich der Herausgabe von Rätegeld unterschrieben hat, wird als Falschmünzer gerichtet; der Wohnungskommissär, der den obdachlosen armen Familien die halbleeren Wohnungen der Bourgeoisie zur Verfügung stellte, wird des Hausfriedensbruchs angeklagt; die Mitglieder der revolutionären Tribunale werden für Mord und für Mordstiftung zum Strang verurteilt. Otto Korvin und Eugen Laszlo, die während des Räte-regimes einen Antrag stellten, zum Tode verurteilte weißgardistische Verschwörer zu begnadigen und das Urteil zu einer Kerkerstrafe umzuwandeln, sind zum Tode verurteilt worden, weil sie diese Verschwörer der „Freiheit beraubt“ hatten. Alle Räteangestellten, die der Räte-macht dienten, Schriftsteller, Künstler, Schauspieler, Professoren wurden zum Erschießen, zum Strang, zur Zuchthausstrafe verurteilt . . .

Diejenigen, die sogar bei der freiesten Deutung der Rechtsauffassung unmöglich irgend eines Verbrechens beschuldigt werden können, werden in Kerker gesteckt und in Konzentrationslager abgeschoben! 12 000 Personen, die auf einen bloßen Verdacht hin verhaftet wurden, schmachten im Konzentrationslager von Hajmasker, erleiden Hunger, Kälte und die gemeinste Verhöhnung. An anderen Orten in Ungarn schmachten noch Tausende von Arbeitern.

In den polizeilichen Folterkammern wird die Vorbereitung der Gerichtsverfahren betrieben. Alle Folterungen der Inquisition, alle grausamen Methoden der zaristischen Ochra-na werden angewendet, um den Verhafteten das Geständnis zu erpressen und sie zu falschen Aussagen zu zwingen. Die Angeklagten und die Zeugen werden mit Gummiknüppeln geschlagen, ihnen werden Nägel unter die Fingernägel gestochen, sie werden entkleidet und mit brennenden Zigaretten bearbeitet . . . Hier gibt es keinen Unterschied zwischen Unschuldigen und Schuldigen. So sind zwei Brüder Szanto am folgenden Tage nach einem „eindringlichen“ Verhör „gestorben“ — und nachträglich hat es sich erwiesen, daß sie nur aus Versehen verhaftet worden waren anstatt des bekannten Volksbeauftragten Szanto und seines Bruders. Aus Versehen wurde auch ein Namensvetter des Kommunisten Bettelheim halbtot geschlagen. Die Erfindungen und Verleumdungen der Weißgardisten dauern ununterbrochen fort. Ein gewisser Dirnfeld habe angeblich „gestanden“, daß er 160 Morde begangen und alle Leichen in den Ofen gesteckt und dort verbrannt habe. Doch sogar die weißgardistischen Richter mußten den Mann entlassen: infolge der erlittenen Torturen hatte er den Verstand verloren . . .

In weißgardistischer Uniform schreitet der Tod durch die

Städte und Dörfer Ungarns, und mit seiner Sense mäht er die Blüte des ungarischen Proletariats, die ungarischen revolutionären Intellektuellen nieder.

Arbeiter! Wisset: die Verantwortung für die Vernichtung der ungarischen Arbeiter tragen nicht nur die ungarischen Bourgeois, sondern auch die Bourgeoisie Frankreichs und Englands in erster Linie. Die Entente hat die rumänischen Banden gegen Räteungarn gehetzt. Die Entente hat das unglückliche Land den Klauen der ungarischen Blutsauger ausgeliefert.

Proletarier! Wisset: für das Handwerk der ungarischen Räuber sind die gelben „Sozialdemokraten“ verantwortlich. Sie haben der ungarischen Bourgeoisie geholfen, die Rätewacht in Ungarn zu stürzen. Sie, die so viel über den roten Terror jammerten, als die Arbeiter sich gegen die weißgardistischen Räuber verteidigten, schweigen jetzt, da die ungarische Bourgeoisie durch den weißen Terror die Blüte des ungarischen Proletariats physisch vernichtet.

Arbeiter Europas und Amerikas! Ihr allein könnt diesem niederträchtigen Gemetzel ein Ende machen, und es ist eure Pflicht, das möglichst bald zu tun.

Erhebt lauten Protest! Fordert Rechenschaft von euren Regierungen, die zu diesen Grausamkeiten anstacheln.

Bedenkt, daß jeder Tag, den ihr zögert, Hunderte und Tausende neuer Opfer kostet, jedes Opfer fällt aber eurem proletarischen Gewissen schwer zur Last.

Genossen! Erhebt Euch in einem machtvollen Antriebe und fordert drohend und gebieterisch die Zügelung der frech gewordenen, vom Arbeiterblut berauschten ungarischen Bourgeoisie.

Nieder mit den Henkern der Arbeiterklasse!

Es lebe das durch einheitlichen gemeinsamen machtvollen Willen zusammengeschlossene Weltproletariat!

Es lebe das heldenmütige ungarische Proletariat!

Es lebe die neue proletarische Revolution in Ungarn!

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale*

G. Sinowjew.

18. Februar 1920.



An den Kongress der französischen Sozialisten in Strassburg.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sendet den französischen Arbeitern, die sich immer mehr gegen die sozialpatriotischen und „unabhängigen“ Ideen empören, sich immer mehr von jeglichen bürgerlichen Verzerrungen der Prinzipien des Kommunismus freimachen, einen brüderlichen Gruß.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale äußert die Hoffnung, daß der Druck der französischen Arbeitermassen den Kongreß in Straßburg veranlassen wird, mit der II. Internationale zu brechen, — mit jener gelben Organisation, deren hervorragendster Vertreter in Deutschland Noske, jener deutsche Galifet ist, und die in Frankreich von ähnlichen Agenten der Bourgeoisie vertreten wird.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ruft alle kommunistischen Elemente Frankreichs auf, sich in eine einheitliche Organisation zusammenzuschließen und den Verrätern des Proletariats offen den Krieg zu erklären.

Hoch das revolutionäre Proletariat Frankreichs!

Hoch die Säuberung der proletarischen Reihen von den Anhängern der gelben zweiten Internationale!

Es lebe die proletarische Revolution!

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale
G. Sinowjew.*

17. Januar 1920.

An die Arbeiterinnen aller Länder.

Von der Kommunistischen Internationale.

Zum Frauentag sendet die Kommunistische Internationale den werktätigen Frauen der ganzen Welt einen brüderlichen Gruß.

Vom ersten Augenblick des räuberischen Krieges, der am 4. August 1914 losbrach, sind die werktätigen Frauen der ganzen

Welt gegen diesen Krieg aufgetreten. Die werktätigen Frauen haben sich gleichsam instinktiv in den Kampf gestürzt, um ihre Söhne und ihre Brüder vor dem herannahenden Elend zu beschützen.

Die italienischen Arbeiterinnen warfen sich nieder aufs Geleise, um die Militärzüge, die Hunderttausende von Proletariern zum Schlachten führten, an der Abfahrt zu verhindern.

Die russischen Arbeiterinnen kamen als erste hinaus auf die Straßen Petrograds, um gegen das imperialistische Gemetzel zu protestieren.

Die Arbeiterinnen einer ganzen Reihe anderer Länder versammelten sich als erste auf der internationalen Arbeiterinnenkonferenz, um die Bande proletarischer Brüderlichkeit wieder zu knüpfen, die die Sozialverräter, die Diener der imperialistischen Henker, zerrissen hatten.

Die Arbeiterinnen von Berlin kämpften heldenhaft auf den Barrikaden, als das Proletariat sich gegen die Sozialchauvinisten, die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, erhob.

Die Arbeiterinnen von Petrograd verteidigten mit der Waffe in der Hand Seite an Seite mit den Petrograder Arbeitern ihre Heimatstadt und taten sich hervor durch bewunderungswürdigen Mut.

Die Arbeiterinnen der ganzen Welt verharren auch jetzt in den ersten Reihen, da die werktätige Menschheit ein neues Blatt wendet und bereit ist, ein für allemal mit dem Joch des Kapitalismus abzurechnen und die Welt auf den Grundlagen des Kommunismus neu aufzubauen.

Die verräterische zweite Internationale, die vier Jahre lang den niederträchtigen bürgerlichen Krieg unterstützt hat, ist zweifellos zugrunde gegangen; sie ist wie ein Kartenhaus zusammengestürzt. An die III. Internationale schließt sich alles Ehrliche und Lebensfähige der Arbeiterklasse der ganzen Welt an.

Werkstätige Frauen der ganzen Welt! Reiht Euch ein in die Kampfestruppen. Schließt Euch der Kommunistischen Internationale an. Boykottiert diejenigen, die noch der verräterischen gelben Scheidemannsozialdemokratie angehören. Baut Eure Organisationen aus: legale, wo es möglich ist, illegale, wo die Bourgeoisie und die Sozialverräter das Bajonett an die Tagesordnung gerückt haben. Die entscheidende Stunde hat geschlagen. Das Geschick von Generationen wird entschieden.

In der ganzen Welt sind die werktätigen Frauen doppelt unterdrückt: sowohl als Proletarierinnen, wie als Frauen. Nur in Sowjetrußland sind die Frauen entknechtet. Nur die Arbeiterregierung hat alle Gesetze abgeändert, die die Rechte der Frauen einschränkten.

Wir wollen nicht mehr Sklaven des Kapitals sein. Wir er-

richten in der ganzen Welt die Arbeitermacht der Sowjets. Und die werktätigen Frauen werden in den ersten Reihen des kämpfenden Proletariats schreiten.

Es lebe die werktätige Frau!

Es lebe die kommunistische Arbeiterin!

Es lebe die internationale Verbrüderung des Proletariats!

Es lebe der Kommunismus!

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale*

G. Sinowjew.

Petrograd, 4. März 1920.

An die Arbeiter der ganzen Welt.

Die schwedischen Fabrikherren haben eine Aussperrung erklärt, die Tausende und Abertausende schwedischer Arbeiter dem Hunger preisgibt.

Die Nachricht darüber fand lebhaften Anklang in den Arbeitermassen Petrograds. Auf Initiative des Petrograder Gewerkschaftsrats wendeten sich die Sekretäre aller Produktionsverbände an die Werktätigen des roten Petrograd mit der Aufforderung, die schwedischen Genossen zu unterstützen.

Am 1. März begann in Petrograd die „Woche der Unterstützung für die schwedischen Arbeiter“. Alltäglich wurden in der ganzen Stadt stark besuchte Versammlungen veranstaltet, die mit Begeisterung beschlossen, zum Besten der ihres Verdienstes beraubten schwedischen Proletarier Lohnabzüge zu machen.

Die Werktätigen Petrograds, die selbst unter Hunger und Kälte leiden, geben mit Freuden alles, was sie können, den schwedischen Genossen. Spenden treffen ein von allen Seiten; von den Arbeitern der Petrograder Werke, von den Kämpfern aus der Roten Armee, von den Matrosen der revolutionären Flotte, von der Schuljugend, von den Kindern. Im Laufe von zwei Wochen wurden etwa 7 Millionen Rubel gesammelt.

Eine Gruppe kranker schwindsüchtiger Petrograder Arbeiter schreibt bei Uebersenden ihres Beitrags: „Wir, die wir am Rande des Grabes stehen, senden vom Krankenbett aus an die Arbeiter Schwedens, die für ein neues Leben kämpfen, unseren wärmsten brüderlichen Gruß und unsere kleine Gabe und wünschen ihnen vollen Sieg im Kampf.“

In Rußland entstand die III. Kommunistische Internationale — die Internationale der Handlung. Die russischen Arbeiter gingen vom Lippenbekenntnis zum Sozialismus als erste zu seiner Verwirklichung über, dadurch, daß sie die Diktatur des Proletariats errichteten, und jetzt setzen die Vorkämpfer des russischen Proletariats, die Petrograder Arbeiter, das hehre Vermächtnis des Kommunistischen Manifests — „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“! — in die Tat um, dadurch daß sie den schwedischen Arbeitern tätige Unterstützung leisten.

Die Kommunistische Internationale wächst und erstarkt mit jedem Tage, und die russischen Arbeiter wissen, daß sie nicht allein sind, daß ihnen immer größere Massen von Werktätigen der anderen Länder folgen, und daß der Tag nicht fern ist, wo die gesamte machtvolle Armee des Weltproletariats mit vereinten Kräften die Weltsovjetrepublik der Arbeit errichtet.

Es lebe die brüderliche Vereinigung der Werktätigen der ganzen Welt!

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale
G. Sinowjew.*

26. März 1920.

An die skandinavischen Arbeiter, an die Arbeiterklasse Norwegens, an die Norwegische Arbeiterpartei.

Von der Kommunistischen Internationale.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat mit tiefster Befriedigung von der vorzüglichen Agitationswoche Kenntnis genommen, die die Norwegische Arbeiterpartei zum Zeichen der Solidarität mit der Arbeiterklasse Rußlands veranstaltet. Auf allen Arbeiterversammlungen, die während dieser Woche stattfinden, werden, wie man uns mitteilt, einstimmige Forderungen bezüglich der Einstellung der Blockade Sowjetrußlands und der Wiederherstellung von Handelsverbindungen und diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland laut. Die Arbeiter sammeln Geld

zum Ankauf von Medikamenten für Sowjetrußland. Das Propagandakomitee des Jugendverbandes und der Studentenorganisationen leistet eine große Arbeit. Stadt um Stadt wird in diese Tätigkeit hineingezogen.

Die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale soll sich eben dadurch von der „Tätigkeit“ der II. Internationale unterscheiden, daß die Arbeiter eines Landes den Arbeitern eines anderen Landes durch die Tat helfen, und nicht bloß Paradebeschlüsse fassen.

Die Kommunistische Internationale ist überzeugt, daß die Arbeiter ganz Skandinaviens und der ganzen Welt das Beginnen der norwegischen Arbeiter unterstützen werden.

Die russischen Arbeiter sind erfüllt von Gefühlen brüderlicher Dankbarkeit für die Arbeiter Norwegens und bitten, Euch dies mitzuteilen, Genossen.

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter!

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale
G. Sinowjew.*

Petrograd, 20. Februar 1920.

Gruss an den internationalen Kongress des Transportarbeiter.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sendet den Transportarbeitern der ganzen Welt, die sich zu ihrem Kongreß versammelt haben, einen brüderlichen Gruß!

Unter den Transportarbeitern der einzelnen Länder hat schon lange eine Bewegung eingesetzt, die völlig dem Geist der Zeit entspricht. Der Verband der Transportarbeiter Englands nimmt Teil an dem Dreibund, der bestrebt ist, die englische Gewerkschaftsbewegung in eine neue Bahn zu leiten. Die Transportarbeiter Englands, Italiens und der anderen Länder haben eine ausgezeichnete Protestbewegung organisiert gegen die Intervention der Imperialisten in die Angelegenheiten Rußlands und gegen die Lieferung von Munition für den reaktionären russischen General Denikin seitens der Kapitalisten. Die vorzüglichen Streiks der Transportarbeiter, die bald hier bald dort stattfinden, lassen uns darauf

hoffen, daß die Transportarbeiter der ganzen Welt sich als erste von den Fesseln des alten Trade-Unionismus, der ganz und gar dem Einfluß der Bourgeoisie verfallen ist, freimachen werden.

Proletarier des Transports! Von Euch war während der vier Jahre des imperialistischen Gemetzels sehr viel abhängig, als jeden Tag auf den Wink der Bourgeoisie Tausende und Abertausende Proletarier aller Länder umkamen. Von Euch, Proletarier des Transports, ist jetzt noch mehr abhängig, wo die Arbeiter der ganzen Welt in einen unmittelbaren Kampf gegen den Kapitalismus treten. Ohne die Transportmittel in den Händen zu haben, können die Arbeiter die Herrschaft der Bourgeoisie nicht niederwerfen und erfolgreich zum Aufbau des Sozialismus schreiten.

Das ist es, warum jeder klassenbewußte Proletarier aufmerksam den Verlauf der Arbeit Eures Kongresses verfolgen wird. Wir wagen es, die Ueberzeugung auszusprechen, daß Euer Kongreß sich auf der Höhe jener Aufgaben erweisen wird, die die Epoche auf die Tagesordnung stellt.

Die Kommunistische Internationale hat eine Deklaration an die Arbeitergewerkschaften der ganzen Welt verfaßt. In dieser Deklaration, die wir Euch besonders übersenden, sind unsere Ansichten über die gegenwärtigen Aufgaben der Gewerkschaften dargestellt. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wird erfreut sein zu erfahren, daß diese Deklaration auf Eurem Kongreß Anklang gefunden hat.

Mit proletarischem Gruß

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale
G. Sinowjew.*

17. März 1920.

***An das Proletariat
der Balkan- und Donauländer, an die
Kommunistischen Parteien
Bulgariens, Rumäniens, Serbiens
und der Türkei.***

Von der Kommunistischen Internationale.

Die Kommunistische Internationale begrüßt mit Freuden die kommunistische Bewegung in den Balkanländern. Der glänzende

Sieg der Kommunistischen Partei Bulgariens bei den Wahlen zur Sobranje; die Massenstreiks und Demonstrationen der Arbeiter, die in der letzten Zeit in ganz Bulgarien stattgefunden und oft zu blutigen Zusammenstößen mit den Truppen geführt haben; die Flut ökonomischer und politischer Ausstände in Rumänien, die im Laufe eines Jahres fort dauern; die Aktionen des Bukarester Proletariats im Dezember 1918, die mit dem Niederschießen von Dutzenden Arbeitern abschlossen; der offizielle Anschluß der serbischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei an die III. Internationale — alle diese Ereignisse zeugen deutlich von der revolutionären Orientierung des Balkanproletariats, das seinen Willen geäußert hat, den Spuren des russischen Proletariats zu folgen, seine Diktatur und die Errichtung der Sowjetmacht zu erstreben.

Die endgültige Vernichtung der russischen Weißgardisten, die Gefangennahme Koltschaks, die völlige Zerstörung der Armee von Judenitsch, die Niederlage Denikins, das Heranrücken der russisch-ukrainischen Roten Armee an den Dnjestr, der Aufschwung der revolutionären Bewegung in Deutschland, und die sich immer mehr andeutende Zersetzung in den Reihen der kapitalistischen Staaten, — alles das dient der Entwicklung der proletarischen kommunistischen Bewegung auf der Balkanhalbinsel zu neuem Ansporn.

Die Kommunisten müssen siegen. Dieser Gedanke soll nicht nur dem Bewußtsein des Proletariats, sondern auch der werktätigen Bauernschaft der Balkanländer tief eingeprägt werden. Zu diesem Zweck sollen die kommunistischen Parteien und kommunistischen Organisationen der Balkan- und Donauländer alle Mißverständnisse zerstreuen, die die Gegner der Befreiung der Arbeiter und Bauern über unser Programm zu verbreiten bestrebt sind. Und in erster Linie soll ihr beliebtes Argument widerlegt werden, daß den Balkanländern infolge ihrer ökonomischen Rückständigkeit angeblich beschieden sei, außerhalb der proletarischen Revolution zu bleiben. Diesem bekannten Argument sollen die balkanischen kommunistischen Parteien und Organisationen eine Analyse der wirtschaftlich-politischen Verhältnisse gegenüberstellen, die sich während des Krieges und nach dem Kriege in den Balkanländern entwickelt haben, — Verhältnisse, die mit kategorischer Deutlichkeit beweisen, daß die werktätigen Massen der Balkan- und Donauländer keinen anderen Ausweg aus der entstandenen schwierigen Lage haben, außer der proletarischen Revolution.

Das Programm und die Methoden des Kampfes, die das Proletariat Rußlands im Lauf von drei Revolutionsjahren durch schwere blutige Erfahrung geschmiedet hat, entsprechen den Interessen der proletarischen Massen in allen Ländern, darunter auch denen in den Balkan- und Donauländern.

Ihrer geographischen und ökonomischen Lage nach sind die Balkan- und Donauländer bereits längst in die Sphäre der Interessen der imperialistischen Mächte hineingezogen. Der Drang des zaristisch-kapitalistischen Rußlands zum Mittelmeer, des imperialistischen Oesterreichs und Deutschlands zu den Ufern des Aegäischen Meeres, nach Kleinasien und Mesopotamien, der Kampf Englands, Frankreichs und Italiens um die Oberhand im Mittelmeer, in Aegypten, in Mesopotamien — alles das begegnete und verflocht sich auf der Balkanhalbinsel, die der Zentralknotenpunkt der Wege nach Süden und in den Nahen und Fernen Osten ist.

Der blutige Kampf der Räuber um die Oberhand auf dem Balkan währte Jahrzehnte lang. Als sie aber selbst vor Erschöpfung aufhörten, Krieg zu führen, setzten die herrschenden Klassen der Balkanländer, die zu ihren Agenten und Handlangern geworden waren, diesen Krieg bereits unter einander fort. Der letzte „große“ imperialistische Krieg begann auf dem Balkan. Sein Vorspiel war der Balkankrieg von 1912—1913, der ohne völligen Sieg irgend einer der beteiligten Gruppen endete und den Eintritt der imperialistischen Großmächte in den Krieg von 1914 veranlaßte, um endgültig die Frage der Herrschaft auf der Balkanhalbinsel, der Herrschaft über die großen Wege nach Asien und zum Mittelmeer zu entscheiden.

Um die Balkanstaaten in einen Krieg gegen einander hineinzuziehen, benutzten ihre imperialistischen Gönner die Gier ihrer Bourgeoisie nach territorialen Eroberungen und lockten sie mit der Aussicht auf „Großbulgarien“, „Großserbien“, „Großrumänien“. Sie hetzten die verschiedenen Nationalitäten gegen einander auf, liehen ihnen Geldmittel zur Ausrüstung, nahmen die Quellen ihrer Güter, die Bergwerke, die Häfen, den Rohstoff als Pfand und machten sie tatsächlich zu ihren Kolonien.

Der Krieg endete mit dem äußeren Sieg der Entente. Rumänien, Serbien und Griechenland bekamen ungeheuren, territorialen Zuwachs, der um zwei oder dreimal ihr Territorium vor dem Kriege übersteigt. Bulgarien wurde zum Teil unter seine räuberischen Nachbarn aufgeteilt. Die Türkei erwartet völlige Aufteilung und ihre Bevölkerung das Geschick des jüdischen Stammes: die Verwandlung in ein Volk ohne Territorium.

Die siegreichen Länder ihrerseits sollen die Gönnerschaft der Ententemächte mit dem Preis tatsächlicher Aufhebung ihrer ökonomischen und politischen Unabhängigkeit bezahlen. Außer den Milliardenanleihen, die sie machen mußten, um den Krieg zu führen, haben sich ihre Staatsschulden noch durch den entsprechenden Anteil an den Schulden der Türkei und Oesterreich-Ungarns vergrößert. Die englischen, amerikanischen und französischen Börsen-

männer, die um das Geschick ihrer Kapitalien und Wertpapiere besorgt sind, haben durch die Verträge von Versailles und Saint-Germain das Recht der Kontrolle und Einmischung in die Eisenbahn- und Zollangelegenheiten Rumäniens und Serbiens durchgesetzt. Während der Pariser Oberste Rat der serbischen militärischen Clique, der rumänischen Grundherrenklasse und dem vererbten rumänischen Beamtentum Millionen von Fremden — Bulgaren, Albanier, Ungarn, Deutsche, Ukrainer und Russen — zum Zerfleischen überließ, stellte er den fünf „Großmächten“ das Recht anheim, im Notfall die nationalen Minderheiten als Mittel zur Ausübung eines Druckes auf Serbien, Rumänien und Griechenland zu verwenden zwecks Erlangung aller ökonomischen und politischen Vorteile.

In ökonomischer und politischer Beziehung ist die Lage der Volksmassen im Lande der Sieger ebenso kritisch wie bei den Besiegten. Die kapitalistischen Regierungen der Balkan- und Donauländer, die alle ihre Mittel für den Krieg verausgabte, alle ihre ökonomischen Möglichkeiten erschöpft, die Industrie und Landwirtschaft ruiniert haben, brachten die Volksmassen zur Verelendung, zum völligen Aussterben, zur Herabsetzung des Arbeitslohns mit gleichzeitiger ungeheurer Teuerung der Lebensmittel und der Manufakturwaren.

Dies alles rief natürlich bei den untersten Volksschichten Widerstand hervor — und führte zunächst zu Ausständen. Die Hoffnungen der besiegten Balkanstaaten, die ihre Ländereien und ihre Völker ohne Widerspruch dem fremden Joch überlassen hatten, durch grausamste Repressalien bei sich „Ruhe und Ordnung“ aufrecht zu erhalten — diese Hoffnungen waren vergebens. Umsonst sind auch die Hoffnungen Rumäniens, Griechenlands und Serbiens, von ihren „Verbündeten“ für die ihnen während des Krieges erwiesenen Dienste diese Hilfe zu erhalten. Die Kapitalisten Englands und Frankreichs, die nicht fähig sind, mit dem Verfall im eigenen Lande fertig zu werden, die Industrie und den Transport bei sich zu Hause wiederzuerrichten, werden nicht imstande sein, den Balkanländern irgend welche Hilfe zu leisten. Im Gegenteil, künftig werden sie diese Länder noch mehr als Rohstoffquellen und Märkte für unnötige Waren betrachten. Die völlige Ausplünderung der Balkanstaaten, sowohl der „feindlichen“, wie der „verbündeten“, wird von ihnen des weiteren mit noch größerer Erbarmungslosigkeit fortgesetzt werden.

Der Kampf um das Ergreifen der rumänischen Naphtagebiete, den das amerikanische Kapital einerseits und das englisch-amerikanische andererseits führten, beweist klar, daß die Verbündeten durch-

aus nicht die Absicht haben, der balkanischen Bourgeoisie die Ausnutzung der Früchte ihres Sieges zu gewähren.

Die Zukunftsaussichten, die der Balkanvölker harren, sind dank der räuberischen Politik noch schlimmer als ihre gegenwärtige Lage. Die neue nationale Einteilung, die nach der Niederlage Oesterreich-Ungarns und nach der Zerstörung Bulgariens und der Türkei stattfand, verwickelt das Nationalitätenproblem auf der Balkanhalbinsel noch mehr, als es vor dem Kriege der Fall war. Unter die Herrschaft der Sieger gelangten noch weit mehr Elemente fremder Nationalität. Und die Politik der nationalen Unterdrückung, die Politik des unersättlichen Militarismus erweckt einen noch größeren Befreiungsdrang. Und der Befreiungskampf nimmt einen weiteren Umfang an.

Gegen die Herrschaft der serbischen bürokratisch-gutsherrlichen Oligarchie erheben sich sowohl die mazedonischen Bulgaren, wie die Albanier, die Montenegriner, die Kroaten, und die Bosnier. Gegen die rumänische Oligarchie werden nicht nur die bulgarischen und türkischen Bauern aus Alt- und Neudobruška kämpfen, deren Besitz die rumänischen Gutsherren ausplündern, sondern auch die Ungarn und die Deutschen in Transsylvanien, sowie die Russen und die Ukrainer in der Bukowina. Gegen die Herrschaft der griechischen Handels-, Spekulant- und Wuchererbourgeoisie werden sowohl die Albanier von Epirus als auch die türkischen und bulgarischen Bauern Thrakiens kämpfen.

Eine neue Periode erbitterter nationalistischer Agitation, nationaler Hetze und national-bürgerlicher Kriege bedroht die Balkan- und Donauvölker. Nur das Proletariat kann durch seinen Sieg eine neue Katastrophe abwenden und die werktätigen Arbeiter- und Bauernmassen von ökonomischer und nationaler Unterdrückung befreien. Nur der Sieg der proletarischen Diktatur vermag alle Volksmassen in der Föderativen Sozialistischen Balkan- (oder Balkan- und Donau-) Sowjetrepublik zu vereinen, sie zu befreien, sowohl von der gutsherrlich-kapitalistischen Ausbeutung ihrer eigenen und der ausländischen Bourgeoisie, als auch von der Kolonialknechtsschaft und den nationalen Zwistigkeiten. Die kommunistische Partei ist durch die Verhältnisse berufen, auf der Balkanhalbinsel eine noch größere Rolle zu spielen, als in den kapitalistischen Ländern mit gleichartiger Bevölkerung, wo es keine Nationalitätenfrage gibt. Alle Bestrebungen der balkanischen kommunistischen Parteien sollen auf die Verwirklichung dieser großen historischen Rolle des Kommunismus auf der Balkanhalbinsel gerichtet sein.

In der gegenwärtigen Vorbereitungsphase zur sozialistischen Revolution sollen die balkanischen kommunistischen Parteien

parallel mit der Arbeit innerhalb des Landes die größte Aufmerksamkeit einer festen Verbindung und Koordination der Aktionen der einzelnen balkanischen Parteien zuwenden. Die Erfahrung der Sozialistischen Republik Ungarn, die deshalb zusammenbrach, weil sie anstatt Unterstützung seitens der rumänischen, südslawischen und tschechoslowakischen Arbeiter auf die Bajonette ihrer weißen Regierungen stieß, soll anschaulich zeigen, daß der Sieg ohne engste Verbindung aller balkanischen Parteien untereinander unmöglich ist.

Die zweite Lehre aus der Erfahrung der Sowjetrepubliken, die sich die kommunistischen Parteien der Balkan- und Donauländer fest einprägen sollen, besteht in der Notwendigkeit, außer den Arbeitermassen breite Schichten der werktätigen Bauernschaft, die armen Bauern und den Mittelstand, in die kommunistische Bewegung hineinzuziehen. Der Sieg und die Festigung der Sowjetmacht in Rumänien, in Bulgarien, in Serbien, in Griechenland, in der Türkei, in allen Balkanländern wird von der Fähigkeit der Kommunisten, den Einfluß der Kommunistischen Partei auf die Bauernmassen auszudehnen, abhängen. Der heftige Klassenhaß der rumänischen, bessarabischen und bukowinischen Bauern gegen die Grundherren, der Haß der bosnischen und kroatischen Bauern gegen die türkischen Gutsherren, die die gleiche Macht bewahrt haben, die sie unter den Habsburgern inne hatten, das Hineinziehen der armen Bauern Bulgariens, Mazedoniens und Thraciens in die kommunistische Partei entscheidet den Sieg des Proletariats auf der Balkanhalbinsel.

Es gibt viele Vorböten der nahen Revolution auf der Balkanhalbinsel. Es genügt aber nicht, daß das Proletariat der Balkan- und Donauländer nur die Macht ergreift. Es muß auch verstehen, die Macht in seinen Händen zu erhalten. Es muß mit der Erfahrung des proletarischen kommunistischen Kampfes in allen vorgeschrittenen Ländern gut bekannt werden. Es soll nicht die Erfahrung der russischen Proletarier- und Bauernrevolution vergessen, die nicht nur dank der besonderen historischen, geographischen und politischen Bedingungen in Rußland sich gehalten hat, sondern auch dank der machtvollen Organisation der Kommunistischen Partei Rußlands, dank dem hohen Geistesniveau und der politischen Erziehung des organisierten Proletariats von Rußland, das Jahrzehnte lang einen ununterbrochenen revolutionären Kampf gegen den Zarismus führte. Das Proletariat Rußlands ergriff die Macht erst dann, als es sich die maximalen Vorbedingungen zum Sieg, die maximalen Vorbedingungen, um sich diesen Sieg zu bewahren, vorbereitet hatte. Das wird auf der Balkanhalbinsel erst dann möglich sein, wenn die kommunistische Partei in jedem Balkanlande wirklich den organisierten Willen des Proletariats vertreten wird und wenn alle

**kommunistischen Parteien aller Balkan- und Donauländer eine einige
revolutionäre Front bilden werden.**

Es leben die kommunistischen Balkanparteien!

Es lebe die Weltrevolution!

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale*

G. Sinowjew.

5. März 1920.



Abkommen über die Vereinigung der Kommunistischen Partei Amerikas und der Kommunistischen Arbeiter- partei Amerikas.

1. Zwecks Vereinigung der beiden kommunistischen Parteien Amerikas wird ein Einigungsbüro gegründet. Das Bureau besteht aus sechs Mitgliedern, von denen je drei die eine und die andere Partei vertreten.

2. Die unmittelbare Aufgabe des Büros ist die Einberufung eines Einigungskongresses. Die beiden Parteien beschicken den Kongreß auf gleicher Grundlage, und zwar im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl zum 1. Januar 1920. Bis zur Verwirklichung der vollen Vereinigung koordiniert und leitet das Büro die Tätigkeit der beiden Parteien, übernimmt die Veranstaltung von Kundgebungen, veröffentlicht gemeinschaftliche Druckwerke und verteilt gemeinschaftliche Parteimittel.

3. Auf dem Kongreß nehmen die beiden Parteien die gemeinschaftliche Benennung an: Die Vereinigte Kommunistische Partei Amerikas.

4. Der Kongreß bildet das höchste Organ der Partei.

5. In den Zwischenräumen zwischen den Tagungen des Kongresses dient ein von dem Kongreß gewählter Zentralausschuß als höchstes Organ.

6. Falls es notwendig ist, wird eine Parteikonferenz einberufen, deren Beschlüsse erst nach ihrer Bestätigung durch den Zentralausschuß in Kraft treten.

7. Solange der Kampf um die Macht währt, ist die Anwendung des Referendums nicht angeraten und sollte nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Die völlige Aufhebung der Referenda erscheint überaus wünschenswert.

8. Nationale Föderationen, deren Existenz sich aus der Notwendigkeit ergibt, unter den nicht englisch sprechenden Massen Propaganda in den betreffenden Sprachen zu führen, müssen zu diesem Zweck beibehalten werden. Jedoch dürfen diese Föderationen keine selbständigen Vollzugsfunktionen besitzen mit Ausnahme solcher, die ihnen von dem Parteikongreß oder von dem Zentralausschuß der Partei, deren Bestimmungen sie sich bedin-

gungslos zu unterwerfen haben, zugeteilt werden. Aufgabe der Föderationen ist nicht, die auswärtigen Arbeiter in abgesonderten Organisationen festzuhalten, in denen ihre eigene Sprache geführt wird, sondern sie so bald als möglich den amerikanischen Organisationen zuzuführen. Aus diesem Grunde steht dem Zentralausschuß der Partei das Recht zu, auswärts geborene Werkstätige, die die englische Sprache genügend beherrschen, zur Tätigkeit unter den englisch sprechenden amerikanischen Arbeitern heranzuziehen.

9. Parteigebühren werden nicht an die Zentralausschüsse der Föderation, sondern durch die Parteiorganisationen der Ortschaften und Staaten in die Parteikasse gezahlt. Die Föderationen können jedoch ihre Mitglieder mit Ergänzungsgebühren zu besonderen Zwecken besteuern.

10. Sämtliche von den nationalen Föderationen herausgegebenen Druckschriften und die von ihnen geführte Propagandatätigkeit unterliegen der Kontrolle des Zentralausschusses der Partei.

11. Die Föderationen haben kein Recht, Zweigorganisationen aufzuheben oder Mitglieder auszuschließen. Etwaige Klagen gegen Mitglieder oder Zweigabteilungen der Föderation müssen dem Zentralausschuß oder aber der örtlichen Parteiorganisation vorgelegt werden, die unter der Kontrolle des Zentralausschusses allein das Recht besitzt, Mitglieder auszuschließen und Zweigabteilungen aufzuheben.

12. Für jede anderssprachliche Gruppe in der Partei darf bloß eine Föderation bestehen. Alle Mitglieder der Partei, die sich nicht an den englisch sprechenden Organisationen beteiligen können, müssen in die entsprechende Föderation eintreten. Die Föderationen ihrerseits dürfen die Aufnahme eines Mitglieds oder einer Zweigorganisation nicht verweigern, ohne die Einwilligung des Zentralausschusses oder anderer zuständiger Organe eingeholt zu haben. Die Ausschließung eines nicht englisch sprechenden Mitglieds aus der Föderation zieht seine Ausschließung aus der Partei nach sich.

Notiz der Redaktion. Vorliegender Vertrag wurde von dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale unter Teilnahme der Vertreter beider obengenannten Parteien ausgearbeitet, und wir sind überzeugt, daß er von den beiden Parteien ausgeführt wird.

Das ist ein Beispiel, wie Kommunisten zu handeln haben; wenn unter ihnen ernste Meinungsverschiedenheiten entstehen, so ist das erste, was sie zu tun haben — Vertreter beider Standpunkte in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale zu entsenden und zu versuchen, unter Teilnahme der Kommunistischen Internationale die Streitfrage zu lösen. Der Beschluß der Kommunistischen Internationale sei Gesetz für jede kommunistische Organisation.



***Die Internationale
der Kommunistischen Jugend.***

***Manifest des ersten
Kongresses der Kommunistischen
Jugendinternationale.***

An die Arbeiterjugend aller Länder!

Jugendgenossen! Der Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus ist auf der ganzen Linie entbrannt.

In den gewaltigen Streiks, die Frankreich, England und Amerika erschüttern, in den revolutionären Wellen, die in steigendem Maße Deutschland, Oesterreich und Italien durchfluten, geht es nicht mehr um kleine Reformen und billige Konzessionen, sondern es geht um das Ganze, Große, um das Sein oder Nichtsein des bürgerlichen Staates, um Kopf und Kragen des Imperialismus!

Umsonst versuchen die kapitalistischen Gegenrevolutionäre durch eine beispiellose Reaktion, durch eine zügellose Hetze und Verfolgung aller revolutionären Arbeiter und Kommunisten und durch eine völlige Blockierung Sowjetrußlands ihrer drohenden Niederlage zu entgehen. Je gewaltiger die soziale Krise wird, je mehr die Desorganisation und Auflösung der kapitalistischen Produktion fortschreitet und je deutlicher sich die Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft zeigt, die Welt vor dem Chaos zu bewahren, um so brutaler versucht sie, durch politische Knebelung und militärische Diktatur die Arbeiter niederzuhalten, ihre eigene Macht neu zu festigen.

Umsonst! Unerschüttert steht Sowjetrußland. Die begeisterten Scharen seiner Roten Armee werfen die imperialistischen Söldnerheere an allen Fronten. In Westeuropa und Amerika schreitet die Radikalisierung der Arbeiter fort. Die steigende Not und der unerträgliche

Druck politischer und militärischer Diktatur treibt immer größere Massen zum Anschluß an die revolutionären Organisationen, in die kommunistischen Parteien. Immer häufiger wiederholen sich Massenstreiks und Ausstände, immer rascher folgen Aktionen und Erhebungen. Die revolutionäre Welle steigt. Doch wir täuschen uns nicht. Noch feiert die Reaktion Triumphe. Noch hat der Imperialismus die Möglichkeit, durch rücksichtslosen Gebrauch seiner militärischen und anderen Machtmittel die Verfolgung aller proletarischen Revolutionäre wilder zu gestalten, die revolutionäre Bewegung scheinbar ganz zu unterdrücken. Aber keine Macht der Welt kann mehr den endlichen Sieg der proletarischen Revolution verhindern.

Jugendgenossen! An dem Ausgang des gigantischen weltgeschichtlichen Ringens zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, zwischen Imperialismus und Kommunismus, ist die Arbeiterjugend besonders interessiert. Die Arbeiterjugend ist ein Teil der Arbeiterklasse und muß als solche alle Not und alles Elend einer unterdrückten Klasse mittragen. Noch mehr. Die Jugendlichen von heute sind die Staatsbürger von morgen! Sie in erster Linie müssen die fürchterlichen Folgen der sinnlosen Zerstörung und Verwüstung viereinhalb Jahre verbrecherischen Krieges tragen, die infolge der Vernichtung reicher Wirtschafts- und Kulturgüter eingetretene Not bis zur Neige auskosten und so für die Sünden ihrer Väter büßen.

Ein Weiterbestehen der kapitalistischen Staaten bedeutet obendrein unerträgliche Verschärfung der Ausbeutung, Verewigung der Lohnsklaverei, Weiterbestehen der politischen Entrechtung und geistigen Bevormundung der proletarischen Jugend. Es bedeutet neue Wirren und Kriege, in denen neue Massen gesunder junger Menschen für den kapitalistischen Profit gemordet werden. Nur eine Zerstörung der kapitalistischen Staaten, nur ein dauernder Sieg der proletarischen Revolution wird die Arbeiterjugend von der mörderischen Ausbeutung erlösen, ihr die volle politische Freiheit bringen, die Pforten zu allen Schätzen des Wissens und die Tore zur vollen Menschwerdung weit öffnen.

Jugendgenossen! Ihr habt schon vor Jahrzehnten, seit den Tagen der ersten Gründung sozialistischer Jugendorganisationen in richtiger Erkenntnis der zwingenden Notwendigkeit den regsten Anteil am proletarischen Klassenkampf genommen. Dazu führte Euch nicht nur die drückende wirtschaftliche Not, die Qual in Werkstatt und Fabrik, sondern in gleich starkem Maße der Euch eigene Drang zur Zertrümmerung alles Alten und zur schöpferi-

schen Neugestaltung aller Dinge. Die besten Eurer Organisationen haben sich von jeher bemüht, außer der Vermittlung einer theoretischen Bildung an die Jugendlichen durch eine rege antimilitaristische und revolutionäre Propaganda ihre Erziehung zu revolutionären Aktionen zu betreiben.

Bei Kriegsbeginn gaben schändliche Verräter die Internationale preis. Sie gingen mit den kapitalistischen Mörderregierungen den schmählichen Burgfrieden ein und lieferten die Arbeitermassen den Generälen und Volksschlächtern aus. In dieser Zeit völliger Zerrissenheit und tiefster, schmachvollster Erniedrigung des Proletariats waret Ihr es, Jugendgenossen, die als erste zur internationalen Sammlung aufriefet, sie in Bern 1915 für Euch durchführtet, getreu der Parole der Jugendinternationale den revolutionären Kampf gegen den Krieg aufnahm und die Fahne des internationalen Sozialismus hoch über alle Drahtverhaue und Schützengräben, über alle Schlachtfelder und Massengräber erhob. Der Kampf hat unzählige Opfer gefordert. Ihr habt sie freudig gebracht. Die Namen all der Tapferen, die ihre Treue und Hingabe zur Jugendinternationale mit Gefängnis, Zuchthaus oder gar mit ihrem Leben bezahlten: Karl Liebknecht, Catanesi, Marinuzzi, Thomas Meabe, Max Bersdorf, und der Hunderte anderer Genossen, die unter den mörderischen Kugeln barbarischer Standgerichte und feiger Meuchelmörder oder hinter düsteren Kerkermauern ihre jungen Seelen aushauchten, sind unvergeßlich eingeschreint in den Herzen von Millionen Arbeitern.

Jugendgenossen! Die gegenwärtige Periode revolutionärer Kämpfe für die Verwirklichung des Sozialismus erfordert mehr! Es gilt heute, die Konsequenz unserer bisherigen revolutionären Taktik für den politischen Tageskampf zu ziehen.

Die materiellen Bedingungen für die Weltrevolution sind reif. Der Sieg der Revolution hängt ab von der sozialistischen Erkenntnis, dem Willen und der Energie der Massen. Vor allem von den Massen der jugendlichen Arbeiter. Von dem Grad ihrer Entschlossenheit, in der revolutionären Periode alle Mittel des revolutionären Klassenkampfes, Demonstrationen, Streik, Massenstreiks, Bildung revolutionärer Arbeiter- und Bauernräte und letzten Endes den bewaffneten Aufstand anzuwenden.

Es ist die geschichtliche Aufgabe unserer Generation, Jugendgenossen, die proletarische Revolution durchzuführen und den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft zu beginnen.

Auf unsere Erkenntnis, auf unsere Entschlossenheit, auf unseren Kampfesifer und auf unser tatkräftiges Handeln kommt es vor allem an. Wir müssen uns entschlossen an die Seite der Kommunistischen Internationale stellen. Wie bisher in allen Phasen des proletarischen Klassenkampfes müssen wir an die Spitze der Massen treten, ihnen vorangehen und den tatkräftigsten Anteil an der Organisation und Durchführung der Aktionen zur Vorbereitung und unmittelbaren Errichtung der proletarischen Diktatur nehmen. Wir müssen die Kaders der Roten Armee stellen. Aus unseren Reihen müssen die Wissenschaftler, Techniker und Künstler des proletarischen Staates hervorgehen.

Jugendgenossen! Die Jugendinternationale ist Euch vorangegangen, Sie hat den Weg zur neuen Arbeit freigemacht. Nach Ueberwindung unzähliger Schwierigkeiten ist es den Vertretern von vierzehn proletarischen Jugendorganisationen möglich geworden, Mitte November in Berlin zu einem Internationalen Kongreß zusammenzutreten. In Berlin, dem Herd aller Reaktion, zu einer Zeit, da die sozialpatriotische Regierung gegen die für Rußland demonstrierenden Arbeiter Panzerautos und Flammenwerfer auffahren ließ!

Der Kongreß hat sich getreu den revolutionären Traditionen der Jugendinternationale voll und ganz auf den Boden der Grundsätze der Kommunistischen Internationale gestellt, den Anschluß an sie vollzogen und beschlossen, alle Kräfte für das Weitertreiben und die Durchführung der proletarischen Revolution einzusetzen.

Gleichzeitig hat der Kongreß durch eine Neuregelung der internationalen Organisation und des Büros die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen zu einer einheitlichen internationalen Tätigkeit geschaffen. Damit ist die Kommunistische Jugendinternationale konstituiert. Die Kampfsgemeinschaft der revolutionären Jugendorganisation ist hergestellt!

Der Kongreß richtet an die proletarischen Jugendorganisationen, an alle ihre Gruppen und Mitglieder den dringenden Appell, dem Beispiel der Jugendinternationale zu folgen und sich auf den Boden der in Berlin geschaffenen Grundsätze zu stellen, die innigste Kampfsgemeinschaft mit der Kommunistischen Internationale herbeizuführen, den Kampf für die Durchsetzung der proletarischen Revolution, für die Errichtung der proletarischen Diktatur und für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft in jedem Lande gegen die bürgerlichen Feinde, gegen die offenen und versteckten Sozialpatrioten,

gegen die Scheidemann, Ebert, Renaudel, Henderson, Tusar, Renner, Austerlitz, Miakits, Branting, Greulich, Gompers und gegen die Kautsky, Bauer und Robert Grimm und ihre Jugendvereinigungen mit aller Schärfe aufzunehmen. Mehr denn je gilt es heute, den proletarischen Klassenkampf international zu organisieren und einheitlich zu gestalten.

Der Kongreß ruft die jugendlichen Arbeiter aller Länder auf, die politische Teilnahmslosigkeit aufzugeben, den bürgerlichen und sozialpatriotischen Zöglingvereinen den Rücken zu kehren, sich den revolutionären Jugendorganisationen ihres Landes anzuschließen und wo solche noch nicht bestehen, ihre Gründung vorzunehmen.

Jugendgenossen! Jugendliche Arbeiter! Wir sind uns der Folgen unseres Aufrufs voll bewußt. Wir wissen, daß die Verfolgungen durch die kapitalistischen und sozialpatriotischen Regierungen in gesteigertem Maße einsetzen werden, daß Demagogen und greisenhafte Jugendpfleger über den Mißbrauch der Jugend zetern werden, daß eine Flut von Verleumdungen, daß sich ein Meer von Spott und Hohn über uns ergießen wird.

Wir nehmen den Kampf auf gegen eine Welt bürgerlicher Feinde, gegen die Verräter unserer Fahnen. Keine Kerker, Standgerichte und Galgen werden unsere Rufe ersticken. Unsere Taten und Opfer werden die Henker und Spötter verstummen machen.

Für den endlichen Sieg bürgt uns der ehrene Gang der Entwicklung, unsere geschichtliche Einsicht, unsere sozialistische Erkenntnis, die Begeisterung und die kühne Entschlossenheit unserer jungen Herzen.

Jugendliche Arbeiter aller Länder! Schließt die Reihen! Vereinigt Euch unter dem roten Banner der Kommunistischen Jugendinternationale!

Es lebe die Kommunistische Jugendinternationale!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Es lebe die kommunistische Weltrepublik!

Russischer Kommunistischer Jugendverband. Kommunistischer Jugendverband im Deutschen Wolgagebiet. Kommunistische Jugend Polen. Freie Sozialistische Jugend Deutschlands. Sozialistische Jugend Italiens. Sozialistischer Jugendverband Madrid. Der Sozialdemokratische Jugendverband Schweden. Der Sozial-

**demokratische Jugendverband Norwegen. Der Sozialdemokratische
Jugendverband Dänemark. Verband der Kommunistischen Prole-
tariatsjugend Deutsch-Oesterreichs. Tschecho-Slowakische Sozial-
demokratische Jugendorganisation Kreis Kladno. Kommunistische
Arbeiterjugend Ungarn. Arbeiterjugend Rumänien. Sozialistische
Jugendorganisation der Schweiz.**



Der internationale Kongress der Jugendorganisationen.

Im düsteren Hinterzimmer einer Berliner Vorstadtkneipe wurde der Kongreß der kommunistischen Jugendorganisationen verschiedener Länder eröffnet.

Einige der Vertreter hatten nicht weniger als vier Grenzen passiert, um zum Kongreß zu gelangen.

Die Eröffnung des Kongresses.

Der Kongreß wurde vom Vorsitzenden des provisorischen Komitees eröffnet.

In kurzen Worten weist der Vorsitzende auf die hohe Bedeutung der Tagung hin. Es gilt nicht nur, die Internationale auf einer neuen Grundlage zu reorganisieren, sondern vor allem für die Jugendorganisationen aller Länder ein positives politisches Programm zu geben. Die Arbeiterjugend hat in den letzten Jahren namenlose Opfer gebracht. Der Gedanke an sie, die Gefallenen, Gemordeten und Eingekerkerten wird unsere Kräfte verdoppeln im Kampf für eine bessere Zukunft.

Auf dem Kongreß waren folgende Organisationen vertreten:

Rußland (80 000 Mitgl., 2 Deleg.), Deutsche Wolgakolonien, Rußland (1800 Mitgl., 1 Deleg.), Deutschland (35 000 Mitgl., 3 Deleg.), Polen (8000 Mitgl., 1 Deleg.), Ungarn (15 000 Mitgl., 1 Deleg.), Oesterreich (1000 Mitgl., 1 Deleg.), Schweiz (2000 Mitgl., 2 Deleg.), Rumänien (6500 Mitgl., 2 Deleg.), Schweden (30 000 Mitgl.), Norwegen (12 000 Mitgl.), Dänemark (12 000 Mitgl., zus. 1 Deleg.), Italien (30 000 Mitgl.) und Spanien (5000 Mitgl., zus. 1 Deleg.), Böhmen, Kreis Kladno (9800 Mitgl., 1 Deleg.); sowie ein Vertreter der III. Internationale. Zusammen 14 Organisationen, 18 Delegierte für 219 100 Mitglieder.

Nach Wahl der Geschäftsleitung wurde die Tagesordnung wie folgt festgestellt:

1. Berichte aus den einzelnen Ländern.
2. Die weltpolitische Lage.
3. Das grundsätzliche und politische Programm der proletarischen Jugendorganisationen. Das Manifest.
4. Das Organisationsstatut.
5. Bericht der Tätigkeit des internationalen Sekretariats und des provisorischen Komitees.

6. Die Aufgaben der Jugendorganisationen nach der Uebernahme der Macht durch das Proletariat.

7. Wahlen.

8. Verschiedenes.

Ein Beauftragter des Exekutivkomitees der III. Internationale erinnerte den Kongreß in einer Begrüßungsansprache daran, wie die internationale Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen die erste große internationale Organisation der Arbeiterbewegung war, die sich offen gegen den imperialistischen Krieg wandte. Der Vertreter der Reichszentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands weist hin auf die treue Zusammenarbeit der deutschen Jugendorganisation mit der K. P. D.

Nach kurzen Worten eines deutschen, russischen und italienischen Delegierten gelangte das Schreiben eines Mitgliedes der Kommunistischen Partei Rußlands (der Bolschewiki) zur Verlesung.

Auch ein Schreiben von der Kommunistischen Partei Ungarns war eingelaufen.

Darauf gelangten zwei Adressen einstimmig zur Annahme, die das provisorische Komitee dem Kongreß vorgelegt hatte: „An das russische Proletariat“ und „Den Opfern im Kampfe“.

Damit war man zu Punkt 1 der Tagesordnung gekommen.

Berichte aus verschiedenen Ländern.

Die Berichte eröffnet Rußland.

Proletarische Jugendorganisationen entstanden dort erst nach der Februarrevolution in den Städten und im Ural. Der erste Kongreß fand im Oktober 1918 statt. In einem einheitlichen Programm und Statut wurden die Grundlinien der Arbeit festgelegt. Hier erfolgte die Vereinigung zum „Allrussischen Kommunistischen Jugendverband“.

Auf dem ersten Kongreß waren 175 Delegierte für 120 Gruppen und 22 000 Mitglieder anwesend. Die gegenwärtige Mitgliederzahl beträgt 80 000 in 600 Ortsgruppen. Das festgesetzte Alter ist 14—23.

Einen ergänzenden Bericht gibt der Vertreter der deutschen Kolonien an der Wolga.

In Ungarn brachte der Krieg die Hauptentwicklung. Er bewirkte eine Revolutionierung, die vollendet wurde durch den Eintritt radikaler intellektueller Jugendlicher.

Die Organisation wendete sich endgültig gegen die sozialdemokratische Partei. Freie Arbeitsmöglichkeit brachte die Oktoberrevolution. Auf einer Massenversammlung in Budapest wurde eine Landesorganisation gegründet, die bald 20 000 Mitglieder umfaßte. Während der Räterepublik ging die gesamte Organisation zur neugegründeten Kommunistischen Partei über. Der Sieg der Reaktion zerstörte die ganze Organisation. Heute aber fängt die Bewegung wieder an.

In Polen spielten die Gruppen junger sozialistischer Intellektueller 1905 eine große Rolle. Eine proletarische Jugendbewegung begann erst zur Zeit der deutschen Okkupation. Während der Herrschaft der Sozialpatrioten konnte von einer offenen Ausbreitung der Bewegung keine Rede sein. Die Organisationen wirkten im engen Kontakt mit den Soldatengruppen und der Kommunistischen Partei. Die seit der 5. Nummer wieder verbotene Zeitung „Der Genosse“ erscheint weiter.

In Deutsch-Oesterreich ging der „Verband jugendlicher Arbeiter“ in das Lager der Sozialdemokratie über und unternahm nichts gegen den Krieg. Die sich gegenüber dieser Taktik regende Opposition wurde aus dem Verbands ausgeschlossen.

Erst nach der Oktoberrevolution gelang der Zusammenschluß zu einer kommunistischen Jugendorganisation. Diese wirkt in engem Kontakt mit der Partei. Politischer Kampf und Agitation geht auch gegen den „Verband jugendlicher Arbeiter“.

In Böhmen steht die Organisation im Zusammenhang mit der noch ungespaltenen sozialdemokratischen Partei. Die Jugend ist revolutionär gestimmt. Der Prager Stadtverband und der Kreis Kladno mit 85 Sektionen und 9800 Mitgliedern sind zur III. Internationalen übergetreten.

In Rumänien ist die Jugendorganisation noch mit der sozialdemokratischen Partei verbunden. Die Jugend nimmt regen Anteil am politischen Leben. Das führt häufig zu Konsequenzen, die der Partei unangenehm sind, wenn die Jugendlichen zu radikaler Taktik drängen. Es fehlt an Propagandaliteratur. Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich in 4000 Exemplaren. Die Finanzierung geschieht durch die Partei.

In Schweden arbeitet die Jugendorganisation besonders seit dem letzten 5 Jahren mit großem Erfolg. Der Parteispaltung folgte eine Spaltung der Jugend, bei der nur 3 Gruppen verloren gingen. Seitdem führt die Jugend ausgesprochenen kommunistischen Kampf. Der Agitationsapparat ist großzügig ausgebaut. Die Bildungsarbeit wird im Zusammenhang mit der Arbeiterbildungszentrale geführt. Besondere Funktionäre sind für die Arbeit unter den Kindern angestellt. Das Organ „Stormklockan“ erscheint in 25 000 Exemplaren. Es besteht auch eine eigene Kinderzeitung.

Aufbau und Art der Tätigkeit ist ähnlich in Norwegen. Die Jugend hat sich dem linken Flügel der Partei angeschlossen.

In Dänemark ist die Loslösung der Jugendorganisation von der Partei erst in den letzten Wochen vollzogen worden. Die sozialdemokratische Partei Dänemarks wird daraufhin eine neue eigene Jugendorganisation ins Leben zu rufen suchen.

Die drei skandinavischen Organisationen haben ein interskandinavisches Komitee gegründet, das regelmäßig zusammentritt. Jedes Jahr sollen interskandinavische Vertretertage stattfinden.

Deutschland. — Die große sozialdemokratische Jugendorganisation

Deutschlands verfiel zu Beginn des Krieges gänzlich dem sozialpatriotischen Chauvinismus der Partei. Die wenigen radikalen Elemente versuchten vergeblich, als Opposition die Organisation umzugestalten. Im Januar 1917 vereinten sie sich auf der Reichskonferenz. Die Arbeit wurde unter der Leitung Liebknechts geführt. Parallel mit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei entstanden Jugendgruppen dieser Richtung, besonders in Berlin. Die Reichskonferenz Februar 1919 verschmolz beide Organisationen in der „Freien sozialistischen Jugend“. Die aktive Teilnahme an der Novemberrevolution und den Spartakuskämpfen trug zur Klärung der jugendlichen Massen bei. Auf der Reichskonferenz Weimar 1919 wurde beschlossen, eine neue Organisation zu gründen, die sich zum Spartakusprogramm bekannte. Das Zentralblatt „Junge Garde“ erscheint (seit September illegal) in 30 000 Exemplaren. Ein eigener Verlag arbeitet mit Erfolg.

In der Schweiz war die Jugendorganisation, als das internationale Sekretariat dort weilte, stark und gut organisiert. Die Ausweisung des Gen. Münzenberg und anderer Führer, sowie die einsetzenden Kämpfe gegen die Parteizentrale führten zu einer Schwächung der Organisation. In den letzten Monaten erst ist wieder ein neuer Aufschwung zu bemerken. Der letzte Landeskongreß nahm auch den Anschluß an die III. Internationale vor.

Frankreich. — Der Krieg brachte der sozialistischen Jugendorganisation einen schweren Schlag. Die Organisation des Seinedepartements machte Propaganda gegen den Krieg. Auf ihrem Kongreß am 16. Juni 1917 wurde ein provisorisches Komitee eingesetzt, das eine Landeskongferenz einberufen sollte. Diese tagte am 23. Juni 1918. Am 20. Mai 1919 trat eine neue Landeskongferenz zusammen. Diese beschäftigte sich hauptsächlich mit der Stellung der Jugend zur Partei. Es wurde auch die Frage der Teilnahme am Kampf gegen die Intervention in Rußland behandelt. Zahl der Mitglieder gegenwärtig 4000 in etwa 90 Gruppen, die sich der III. Internationale anschließen.

Italien. — Die Haltung der italienischen Jugendorganisation war von Anfang des Krieges an eine scharf antimilitaristische. Alle Ereignisse an der Front wurden für die Propaganda des Klassenkampfes ausgenutzt. Die Arbeit in der Armee ist seitdem auch der Schwerpunkt der ganzen Arbeit der Jugendorganisation geblieben. Die Zeitung „Avanguardii“ erscheint wöchentlich in 25 000 Exemplaren.

Spanien. — Die Madrider Organisation, die 1500 Mitglieder umfaßt, hat sich auf den Boden der III. Internationale gestellt.

Kurze Berichte werden abgegeben über Finnland, Griechenland, Belgien, Amerika, Schottland und Holland.

Die weltpolitische Lage.

Der Vertreter des Exekutivkomitees der III. Internationale erhielt das Wort zu einem Referat über die weltpolitische Lage.

Der Krieg hat endgültig alle beteiligten Länder ruiniert. Die Kapitalisten können die Weltwirtschaft nicht wieder in Stand setzen. Niemand will die ungeheuren Kriegskosten bezahlen. Die Bourgeoisie wird versuchen, die Lasten auf das Proletariat abzuwälzen. Die ganze Welt hat sich in zwei feindliche Lager gespalten. Die Sozialpatrioten sind endgültig zur Bourgeoisie übergegangen.

Vor dem Proletariat steht die Aufgabe der Machtübernahme. Diese Idee stellt die Kommunistische Partei auf. Ihr soll die Unterstützung der Mehrheit des Proletariats gesichert werden.

Der Kongreß nimmt einen Beschluß an, in dem er sich voll und ganz auf den Boden der Thesen des Referenten stellt.

Das Programm.

Die folgende Frage in der Tagesordnung ist das politische und grundsätzliche Programm. Zu einem Referat nimmt der Vorsitzende des provisorischen Komitees das Wort. Dem Referat folgten lebhafte Diskussionen. Das vom Kongreß angenommene Programm weist hin auf die Entwicklung der proletarischen Revolution in allen Ländern. Darauf wird auf die Gründe der Entstehung der Jugendbewegung hingedeutet. Ein großer Teil des Programms ist den Aufgaben der Jugendorganisationen gewidmet. — Die kommunistischen Jugendorganisationen führen einen energischen Kampf gegen die Sozialpatrioten und das sozialistische Zentrum einerseits und gegen die Anarchisten und Syndikalisten anderseits. In ihrem politischen Kampf stellen sich die Jugendorganisationen auf den Boden der III. Internationale. Die Organisationsbeziehungen zur Partei werden durch zwei Grundprinzipien bestimmt: 1) Selbständigkeit der Jugend; 2) enger Kontakt und gegenseitige Hilfe. Die kommunistische Jugendinternationale steht auf dem Boden der Entschließungen des ersten Kongresses der Dritten Internationale und bildet einen Teil dieser Kommunistischen Internationale.

Darauf wurde das Organisationsstatut angenommen.

Bericht des internationalen Sekretariats.

Der Bericht des internationalen Sekretariats und des provisorischen Komitees umfaßt die Periode seit 1915. Die durch den Krieg zerrissenen Fäden der Jugendinternationale wurden in Bern neu geknüpft. Die Berner Konferenz spielte eine große Rolle in der Geschichte der proletarischen Jugendbewegung.

Die internationale Konferenz in Bern, an der russische, polnische, deutsche, italienische, skandinavische, schweizerische und holländische Genossen teilnahmen, rief die Massen zu großen revolutionären Kämpfen gegen den imperialistischen Krieg auf.

Das Sekretariat gab sein Organ heraus und organisierte einen Tag des Protests gegen den Krieg. Später schlossen sich den Beschlüssen der Berner Konferenz an: Dänemark, Schweden, die Schweiz, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Oesterreich und Italien. Die Jugendinternationale schloß sich der Zimmerwalder Vereinigung an und nahm an dem ersten Kongreß teil.

Das Büro wurde Verfolgungen seitens der Regierungsbehörden ausgesetzt. Die Mitglieder wurden verhaftet, das Büro wurde zuerst nach Stockholm, dann nach Berlin verlegt.

Im August 1919 wurde das provisorische Büro zur Vorbereitung des Jugendkongresses gegründet.

Wahlen des Exekutivkomitees.

Nach dem Referat über die Aufgaben der proletarischen Jugendorganisationen nach Uebernahme der Macht durch das Proletariat schritt der Kongreß zu den Wahlen des Exekutivkomitees.

Es wurden 5 Genossen gewählt.

Das Organ des Exekutivkomitees behält die alte Benennung „Jugendinternationale“ bei.

Darauf wurde der Antrag angenommen, den ersten Sonntag im September jeden Jahres zum internationalen Jugendtag zu bestimmen. Als Tag zu besonderen Demonstrationen wurde der Todestag Karl Liebknechts, der 15. Januar, in Aussicht genommen. Es wurde auch ein Beschluß über die Gründung eines Liebknechtfonds gefaßt.

Die Sitzung wurde mit dem Absingen der „Internationale“ geschlossen.





O. W. Kuusinen.

Genosse Otto Wilhelm Kuusinen — einer der hervorragendsten Führer des finnischen Proletariats — hat an der Gründung der III. Kommunistischen Internationale teilgenommen und war der Gründer der Kommunistischen Partei Finnlands. In breiten Kreisen der Genossen ist er bekannt als Verfasser der vorzüglichen Schrift „Revolution in Finnland“.*)

Im Februar dieses Jahres verbreitete sich in Finnland und in Rußland ein hartnäckiges Gerücht, daß Gen. Kuusinen von einem Agenten der finnischen Polizei beim Ueberschreiten der finnisch-schwedischen Grenze ermordet worden sei. Zur aufrichtigen Freude aller, denen die Sache der proletarischen Revolution teuer ist, erwies sich dieses Gerücht als unwahr. Wir haben Grund zu glauben, daß die Spitzel anstatt des Gen. Kuusinen jemand anderen ermordet haben. Gen. Kuusinen ist, wie uns berichtet wird, am Leben und befindet sich außerhalb des Machtbereichs der finnischen Regierung.

Jedes Jahr des Lebens solcher Kämpfer wie des Gen. Kuusinen bringt den Todestag der internationalen Bourgeoisie näher, und wir wünschen dem Gen. Kuusinen von ganzem Herzen noch viele, viele Lebensjahre zum Nutzen der finnischen Proletarier und des gesamten Weltproletariats.

*) Uebersetzt in die deutsche, russische, französische und englische Sprache.



O. W. Kuusinen





M. A. Natanson





Helden und Märtyrer der proletarischen Revolution.

Mark Nathanson.

Etwa vier Jahre vor seinem Tode wurde ich mit Mark Nathanson bekannt. Wenn ich mich dennoch entschließe, über ihn zu schreiben, so geschieht es in der Absicht, noch einmal hervorzuheben, welche Anziehungskraft er sogar auf diejenigen ausübte, die ihn erst in seinen letzten Lebensjahren kennen lernten, auf Leute, die zu einer anderen Generation, zu einer anderen Weltanschauung gehörten, in einer anderen politischen und Parteiatmosphäre aufgewachsen waren.

Schon als ich Nathanson zum erstenmal in seinem mehr als bescheidenen Häuschen in einem schweizerischen Dörfchen besuchte, wurde ich von einer besonderen, ich möchte sagen rein persönlichen Achtung und Liebe zu ihm durchdrungen. Seiner historischen, uns allen bekannten Gestalt gesellte sich etwas rein individuelles hinzu. Mit seltener Ganzheit und Reinheit vereinigte er alle Charakterzüge des Revolutionärs in sich, der um seiner Ueberzeugungen willen im Zwangsgefängnis geschmachtet hat. Jede seiner Handlungen, ja jede seiner Bewegungen trug den Stempel der Seelengröße und des Idealismus. Jede Einzelheit nicht nur des öffentlichen, sondern auch des persönlichen Lebens dieses Greises mit der jugendfrischen Seele war von dem Streben nach Gleichheit und Brüderlichkeit durchdrungen, das den grundlegenden Charakterzug jedes Revolutionärs bildet, von tief und allseitig demokratischen Ansichten, Handlungen und Gefühlen, von Abscheu gegen jede Lüge und Heuchelei, von dem Kultus kameradschaftlicher Beziehungen, von jugendlichem Eifer, revolutionärer Begeisterung und Empörung.

Er verdient mehr, als bloß ein Soldat der Revolution genannt zu werden, obgleich er solch ein Soldat war, nicht nur weil er sein ganzes Leben in den Dienst der Revolution stellte, sondern auch dank seiner Disziplin, seiner Gewissenhaftigkeit, der mustergültigen Genauigkeit, mit der er selbst kleine Pflichten erfüllte, von denen

ihn seine langjährige revolutionäre Tätigkeit, sein vorgerücktes Alter und seine zerrüttende Gesundheit hätten befreien können.

In allen Zimmerwalder Sitzungen, — ich lernte ihn gerade als Mitglied der Zimmerwalder Kommission kennen — Konferenzen, Kongressen, bei allen Begegnungen geschäftlichen Charakters war er stets der erste. Alle Pflichten, die die Partei ihm auferlegte, erfüllte er mit klassischer Akkuratess. Oft fragte ich mich, wenn ich ihn sah oder seine Berichte oder Briefe las: welches Band konnte diesen nicht mehr jungen Mann, den Patriarchen einer anderen Partei, mit unserer Familie verbinden, in der die erdrückende Mehrheit Marxisten waren, deren Prämisse, Methoden, Ideologie Mark Nathanson fremd, geistig unannehmbar, vielleicht sogar unangenehm waren. Auf diese Frage, die mir seine Beziehungen zu Zimmerwald im wesentlichen und in vielen Einzelheiten erklären sollte, konnte ich bloß eine Antwort finden: Mark Nathanson war nicht nur ein Soldat, sondern ein Ritter der russischen Revolution, der russischen Narodniki, deren revolutionäres Ansehen er eifersüchtig bewachte. Er konnte nicht umhin, sich denjenigen anzuschließen, mit denen in den ersten Reihen zu kämpfen, die den Kampf mit der krassesten Erscheinung der alten Gesellschaftsordnung, mit der Diktatur des Imperialismus, der Diktatur der Gewalt, des Todes und der Lüge aufgenommen hatten, mit der Herrschaft alles dessen, gegen das die Revolutionäre aller Generationen, aller Schattierungen sich empört und bewaffnet hatten. . . Und als der Verrat, diese Verkörperung alles Niederträchtigen, sich auch in unsere Reihen und die Reihen seiner Gesinnungsgenossen einschlich, stellte sich dieser Ritter der Revolution, dieser jugendliche Greis mutig auf die Seite derer, die den Weltbrand entzündet hatten, verurteilte seine langjährigen Kampfgenossen und gab sie dem Zorn und der Verachtung preis. Er tat es aus Liebe zur Revolution, damit der Name seiner Partei unbefleckt in der Geschichte dastehe, damit die künftige Generation erfahre, daß selbst im Dunkel der Nacht ein Lichtfunken glühte, daß das Flämmchen der ihm teuren Partei auch in dem großen sozialen Flammenmeer mitwirkte, dem es beschieden ist, alles Alte, Morsche, Falsche bis auf den Grund einzuäschern. Und als die soziale Revolution ein neues Rußland auferstehen ließ, es zur Wiege des Sozialismus machte und an alle Bürger mit der Frage herantrat: für oder wider das Volk, an die Revolutionäre aller Schattierungen aber mit der Frage: für oder wider das Ende des Weltgemetzels, für oder wider den Bürgerkrieg, auch da kannte unser jugendfrischer Greis kein Zaudern. Als die Anzahl der ihm Nahestehenden zusammenschumpfte, als die Trennung der Klassen ihm die nächsten und teuersten Wesen entriß, selbst dann zitterte die

Hand nicht, mit der er festgewurzelte Sympathien aus seinem Herzen und Gedächtnis schnitt; er schloß sich bloß fester und enger denjenigen seiner Mitkämpfer und Schüler an, denen weder der Orkan der allgemeinen Zerstörung, noch auch der Wirbelwind des Verrats, der so nahe an ihnen vorbeizog, das Banner der Revolution zu entreißen vermocht hatte.

Bis zum Ende seines Lebens war Mark Nathanson die Verkörperung des Kämpens, dem das Ansehen der revolutionären Bewegung teurer war als alles andere. Das russische Volk und derjenige Teil der Internationale, der ihn kannte, wird dem entschlafenen Ritter der russischen Revolution stets die ihm gebührende Dankbarkeit und Anerkennung zollen.

Angelika Balabanoff.



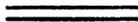
Dem Gedenken
des Generals A. P. Nikolajew,
der im September 1919 von den Weißgardisten in Jamburg
erhängt wurde.

An der Narwaer Front stand eine unserer Brigaden unter dem Kommando des ehemaligen Generals der alten Armee, Alexander Nikolajew. Zur Zeit unserer Niederlage bei Jamburg fiel Genosse Nikolajew gemeinsam mit anderen dem entmenschten weißgardistischen Banditen Balachowitsch in die Hände. Mehrere hundert Mann wurden von Balachowitsch niedergeschossen und erhängt. Unter den Opfern der Gegenrevolutionäre war auch der Brigadekommandeur Genosse Nikolajew. Von örtlichen Einwohnern erfuhren die Genossen, die Jamburg besuchten, (unter ihnen auch Genosse Sinowjew), Einzelheiten über den Tod des Genossen Nikolajew, die ihn als wahren Helden kennzeichnen. Der ehemalige General der Zarenarmee sagte sich von seiner Zugehörigkeit zur Roten Armee nicht los, nein, er schleuderte seinen Henkern vielmehr eine Herausforderung ins Gesicht und starb mit dem Ausruf: „Es lebe die Macht der Arbeiter und Bauern!“

Bei seinen Lebzeiten führte Genosse Nikolajew einen bescheidenen, nur einer beschränkten Anzahl von Personen bekannten Namen. Nun aber muß sein Name der ganzen Roten Armee, dem ganzen Lande vertraut werden. Genosse Nikolajew war einer derjenigen Vertreter des alten Offiziertums, deren Seele die tiefe Wahrheit der Arbeiterbewegung erfaßt hat und die sich für immer der Sache der Roten Armee und der Arbeiter- und Bauernrevolution ergeben haben.

Ewig lebe das Andenken Alexander Nikolajews in den Herzen der werktätigen Massen!

L. Trotzki.



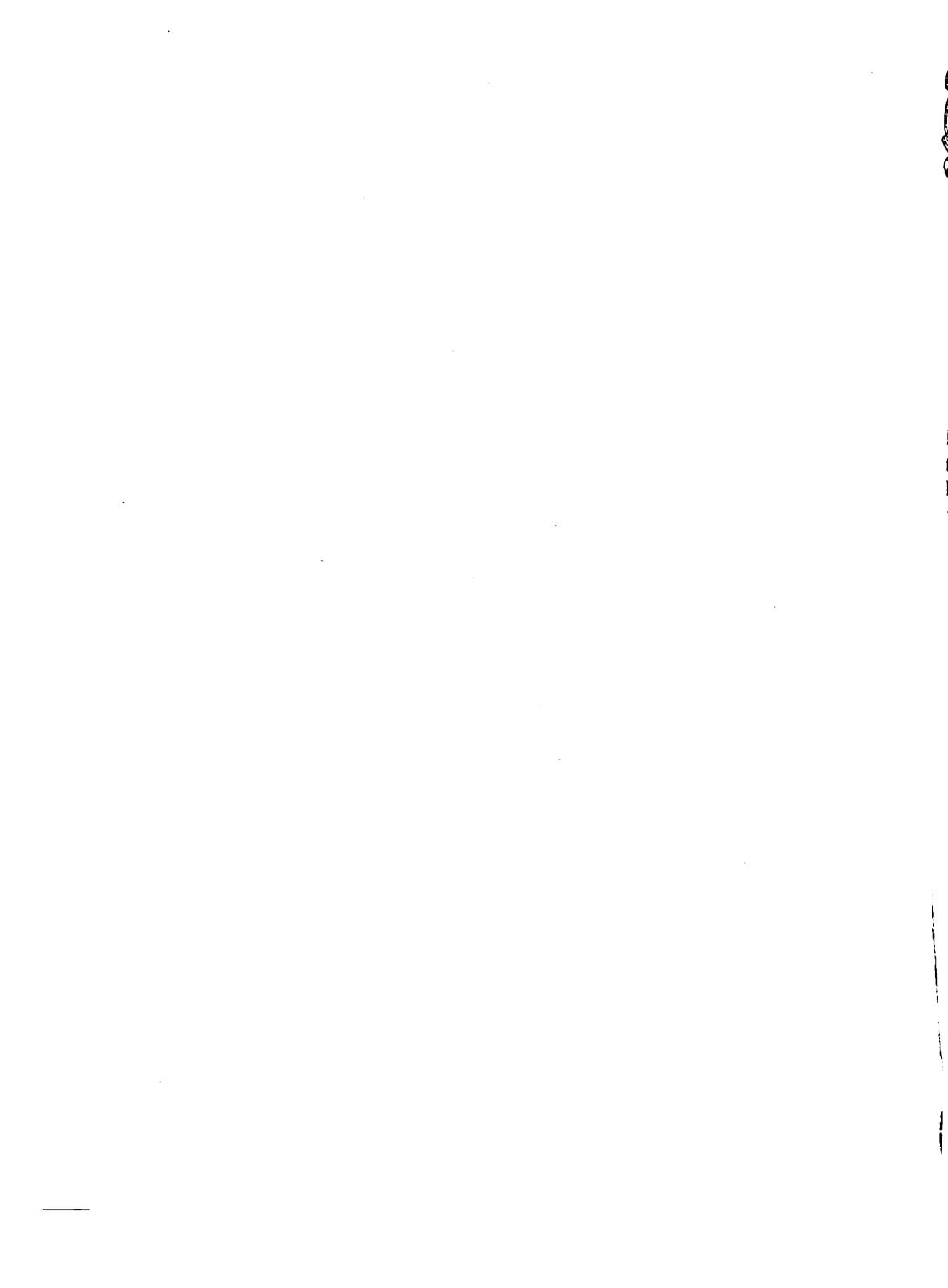


General Nikolajew





Karl Liebknecht
als Armierungssoldat





Frankreich.

Saure Siegesfrüchte.

Die Früchte des Sieges haben sich für Frankreich recht sauer erwiesen. Der Anfang des zweiten Jahres seit der Einstellung der Kriegsoperationen trifft Frankreich inmitten von unüberwindlichen Schwierigkeiten an. Die Pariser Presse beschäftigt sich unablässig mit der Erörterung der überaus schweren finanziellen Lage des Landes. Die Staatsschuld erreicht eine Höhe von 206 Milliarden 600 Millionen Francs, die Aktiven aber betragen nur 61 Milliarden, von denen zudem bloß ein Viertel einen Wert darstellen; die übrigen drei Viertel aber aus russischen und türkischen Obligationen und dergl. bestehen. Wie soll dieses ungeheure Defizit gedeckt werden? Die Regierung greift zur indirekten Besteuerung, deren ganze Last auf die unvermögenden Bevölkerungsmassen fällt. Wie einer der bürgerlichen Deputierten sich im „Matin“ (vom 24. Dezember) ausdrückt, ist das eine Politik des „Leibeinschnallens“. Um den französischen Wechselkurs ist es schlimm bestellt. Der belgische Franc kostet 10—15 Centimes mehr als der französische! Zum 4. Februar wurde eine Pfund Sterling mit 48 Francs eingeschätzt (vor dem Kriege war der Kurs 26 Francs), ein amerikanischer Dollar — mit 14 Francs 39 Centimes (anstatt der früheren 5 Francs). In finanzieller Hinsicht sind die Verbündeten also nicht gar liebenswürdig mit Frankreich verfahren... Nun ja, es kann auch geschehen, daß die Wölfe einander auffressen...

Der französische Arbeiter hat nun 1 Franc für ein Kilogramm Brot zu zahlen; das Postporto für einen Brief kostet ihn 25 Centimes anstatt 15; zur Benutzung der Eisenbahn wird er wohl kaum Gelegenheit haben, wenn ihm nicht unverhofft das große Los in den Schoß fallen sollte, denn die Taxe für den Personenverkehr ist um 45% für die III. Klasse, um 50% für die II. und um 55% für die I. Klasse erhöht worden (fürwahr, ein gerechtes Verhältnis!) Die Gütertaxe ist um 115% gestiegen; die Differenz muß natürlich der Verbraucher aus seiner Tasche bestreiten. Zugleich mit der Erhöhung der Tarife steigt auch der Preis der Eisenbahnaktien. Edg. Millhaud berechnet in der „Humanité“, daß die Eisenbahngesellschaften im Laufe von 20 bis 30 Jahren nicht weniger als 20 Milliarden aus der

Bevölkerung herauspumpen werden. Die Zerrüttung des Verkehrswesens beeinflußt den Gewinn also nicht im geringsten. Und doch wird die Zerrüttung von Tag zu Tag schlimmer. So finden wir z. B. folgende Witze in den Zeitungen: „Zug Nr. 3 wird vermutlich mit einer Verspätung von nicht mehr als 15 Stunden eintreffen“ („Le Journal“); „Der Zug, der laut Fahrplan um 8 Uhr 47 Min. abends abgeht, wird morgen abfahren“.

In Nizza mußte (im Januar d. J.) aus Mangel an Heizmaterial der Straßenbahnverkehr eingestellt werden. In Ardennes, Charlesville, Meslière, Moom wurden die Betriebe stillgelegt, weil es an elektrischer Kraft fehlte. Aus Mangel an Elektrizität wurden ferner am 20. Januar sämtliche Fabriken und Werke im westlichen Vorort von Paris, in Puteaux, Colombes, Levallois geschlossen.

Fürwahr, der Augenblick scheint einer Kriegserklärung an die Bolschewiki ganz und gar nicht günstig.

Das Fiasko des „Tigers“.

Das ist unserer Meinung nach auch der Grund der Veränderungen, die in der Politik Frankreichs eingetreten sind. Ende Dezember errichtete Clemenceau Stacheldrahtverhaue um das bolschewistische Rußland und schwor, er werde nie auf Unterhandlungen mit Lenin eingehen, sondern sich bis zum letzten Polen mit der Sowjetrepublik schlagen. Die Kammer unterstützte ihn mit 458 Stimmen. Die ganze Presse erklärte einmütig, seine Wahl zum Präsidenten der Republik sei sicher, 750 Abgeordnete würden wie ein Mann für ihn stimmen. Doch siehe da — völlig unerwartet wurde am 17. Januar Paul Deschanel gewählt. Die Erklärung zu diesem überraschenden Ausgang der Wahlen finden wir in dem „Matin“ in einem Leitartikel, den man mit vollem Recht einen „Schlag mit dem Eselshuf“ betiteln könnte. „Das erste Friedensjahr hat uns mehr gekostet als ein ganzes Kriegsjahr“, heißt es in dem Artikel. Das ganze Leben Clemenceaus war ein „ununterbrochenes Abenteuer“, eine „Reihe unbedachter, impulsiver Handlungen“. „Frankreich ist der Abenteuer müde“. Da haben wir es! Deshalb also hat „Frankreich“ jetzt den nichtssagensten, farblosesten „repräsentativsten“ der französischen Bourgeoisie, Deschanel, gewählt, der im Laufe seiner politischen Karriere zwar viel geredet, aber bis jetzt doch noch nichts gesagt hat. Millerand hat ein neues Kabinett gebildet, das aber seinem Wesen nach gar nicht neu ist. Wie die „Humanité“ sich ausdrückt, ist es ein „Renegatenministerium“. Fünf Mitglieder dieses Kabinetts, — Millerand, André, Lefèvre, Landry, J. L. Breton und Coupat — begannen ihre politische Laufbahn damit, daß sie den Sozialismus verrieten. Wir sehen also, daß die Tradition der Briand und Viviani noch nicht tot ist...

Wer weiß, vielleicht werden diese Renegaten morgen die Rußlandpolitik verleugnen, die sie heute verfechten. Die einflußreichen konser-

vativen Blätter bringen Unterredungen mit Ludendorff und von Kluck und erwägen den Plan eines französisch-deutschen Bündnisses zur Bekämpfung des Bolschewismus. Um gegen den gemeinsamen Feind, den Arbeiter, vorzugehen, ist Ludendorff „mit Freuden bereit“, sich „den Befehlen Fochs unterzuordnen“ (wir geben wörtlich wieder). Doch die Pläne dieser „Internationale des Säbels und des Goldsacks“ zerschellen an den Siegen der Roten Armee. Und selbst Millerand beginnt von einer Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland zu sprechen.

Ausstände. — Machenschaften der Reaktion.

Unablässige Ausstände erhalten das Feuer der Unruhe unter den werktätigen Massen. In Toulouse streikten Ende Dezember 15 000 Arbeiter der Schuhwarenbranche. Der Konflikt dauerte über einen Monat und rief unter den Arbeitern einen derartigen Solidaritätsausbruch hervor, daß die Unternehmer sich aus Furcht vor einem Generalausstand zu Zugeständnissen genötigt sahen. Der Schauspielerstreik in Paris nimmt einen sehr lebhaften Verlauf. Die Choristen des Großen Opernhauses geben Vorstellungen im Lokal der Allgemeinen Arbeiterföderation, und der berühmte Komponist Saint-Saens, dessen taktlose Ausfälle gegen Wagner erst kürzlich großen Aufruhr erregten, hat den Ausständischen verboten, seine Kompositionen aufzuführen. Also vergiftet die Bourgeoisie mit ihrem Odem sogar die großen Genies. Durch Androhung eines Generalstreiks, dessen Anfang sie auf den 10. Februar festsetzten, erzielten die Eisenbahner die Beibehaltung ihres Kriegszuschusses von 720 Francs. Die Grubenarbeiter, die eine Pension von 1500 Francs und eine Witwenunterstützung von 750 Francs fordern, bereiten sich zum Aufstand vor. Selbst dieses armselige Almosen — das wissen sie nur zu gut — werden sie sich nur durch harten Kampf erzwingen können. Auch die Pariser Druckereiarbeiter treffen Vorkehrungen zu einem Streik: steht doch die Lohnerhöhung in ihrem Gewerbe um 110% hinter der Lebensteuerung zurück.

Die Kapitalisten schrecken im Kampf gegen die Arbeiterbewegung vor keinerlei böartigen Ausfällen zurück. So entläßt z. B. Felix Potin 1000 Arbeiter und 150 Angestellte wegen Beteiligung am Ausstand; die Straßenbahngesellschaft übt jegliche Art von Druck auf ihre Angestellten aus, um sie zum Austritt aus ihrem Verbands zu bewegen (siehe „Bataille“ vom 17. Dezember). Die reaktionäre Regierung kämpft ihrerseits mit ähnlichen kleinlichen unklugen Methoden gegen die Revolution an. Die französischen Behörden verweigern dem Anarchisten Malatesto die Erlaubnis zur Rückreise nach Italien. Sie ziehen den Schriftsteller Victor Cyril und den Zeichner Galbez zur Verantwortung für die Veröffentlichung einer Zeichnung in dem Album „Die Gekreuzigten“ mit der Aufschrift: „Zwei Internationalen“. Dieses Bild zeigt auf der einen Seite einen französischen General, der von dem Oberkriegskommando den Befehl erhält, die von

den Deutschen besetzte Stadt Briey nicht zu bombardieren, da die Instandsetzung der in der Stadt befindlichen Fabriken zu viel kosten würde. Auf der anderen Seite des Bildes sehen wir, wie die Militärabteilung der Verbündeten in Odessa Jeanne Labourbe niederschießt; sie sieht der in Belgien von den Deutschen getöteten Miß Cavell zum Verwechseln ähnlich... Hier haben wir zwei Internationalen: die Internationale der Finanzkönige und die Internationale der Mörder.

Das Auftreten der Pariser Syndikate.

Die Internationale der Mörder braucht nach Helfershelfern nicht weit zu suchen; sie findet diese im Schoß der Arbeiterklasse selbst, unter den feigen und schwankenden Elementen. Die Gleichgültigkeit und Heuchelei dieser Elemente angesichts der internationalen Reaktion, die sich wütend auf die russische Revolution stürzt, beginnt unter den revolutionären Arbeitermassen aufrichtige Empörung hervorzurufen. 29 zur Minderheit gehörende Gewerkschaften (Syndikate) von Paris haben sich nunmehr vereinigt, um die Reformisten energisch an die Verpflichtungen zu erinnern, die die Allgemeine Arbeitskonferenz auf dem Kongreß von Lyon hinsichtlich der russischen Revolution übernommen hat. Sie fordern unverzüglich — ohne jedes Hinschleppen und ohne Phrasen — Durchführung der Resolution, die auf ihren Antrag hin am 7. November von dem Verband der Seinesyndikate angenommen wurde. Diese Resolution besagt:

„Der Zentralausschuß des Verbandes der Seinesyndikate beschließt, im gesamten Pariser Bezirk zu weitester Agitation zu schreiten, um die russische Revolution zu retten.

...Diese Agitation muß den Generalausstand zu ihrem logischen Abschluß haben.“

Es handelte sich um folgende Syndikate:

Bauarbeiter, Schreiner in der Eisenproduktion, Maurer, Schmiede, Maschinisten, Zimmerleute, Tischler, Metallarbeiter, Schleifer, Erdarbeiter, Wagenbauer, Eisenbahnangestellte der Paris-Lyon-Bahn, Eisenbahnangestellte der Paris-Rouen-Bahn, Illustrationsdrucker, Schuster, Kunst-drechsler, Gerber, Grabsteinhauer, Lehrer, Juweliere, Wasserleitungsarbeiter, Krystalschnitzer, Korbmacher, Ziegelarbeiter, Konfektionsarbeiter.

Erfolge der III. Internationale in Frankreich.

Die III. Internationale, deren mutige Verfechter Lorient, Monatte, Chauvelon und ganze Plejaden von revolutionären Arbeitern sind, zieht im Siegeszug durch Frankreich. In der „Vie Ouvrière“ vom 16. Januar finden wir Berichte über den ersten Bezirkskongreß der III. Internationale in Frankreich. Auf dem Kongreß waren unter anderem vertreten: der Verband der Rhonesyndikate, die Organisation der revolutionären soziali-

stischen Studenten, der sozialistische Jugendverband, das Komitee für sozialen Schutz, die sozialistische Förderung der Rhône und eine ganze Reihe von anderen örtlichen Gruppen und Organisationen der revolutionären Vorhut des französischen Proletariats. Die Genossen Métra und Gracieux verlasen interessante Berichte über die gegenwärtige Situation und die finanzielle Lage. In seinem Bericht betonte Gen. Métra „das gute Einvernehmen, das in sämtlichen Organisationen zwischen den von derselben Idee durchdrungenen Anarchisten und Sozialisten herrscht“. In bezug auf die sozialistischen Deputierten hielt der Kongreß es für notwendig, eine Maßnahme zu ergreifen, die ein gewisses Mißtrauen zum Ausdruck bringt: es wurde beschlossen, sie des Beschlußrechts im Vollzugsausschuß verlustig zu erklären.

Auf dem am 23. Februar stattgehabten Kongreß der Sozialisten der Seine trug die Gruppe Lorient einen glänzenden Sieg davon. Laut eingelaufenen Nachrichten wählte die Seineförderung zur Beschickung des Straßburger sozialistischen Kongresses einen Vertreter der Rechten (aus der Gruppe Renaudel), 9 Zentrumsmitglieder und 15 Anhänger der III. Internationale. Somit hat die Mehrheit der Pariser Sozialisten sich unzweideutig zugunsten der Kommunistischen Internationale ausgesprochen.

Die „Petite République“ führte vor kurzem den tief sinnigen Ausdruck Kautskys an: „Bolschewismus ist Banditismus“. Und während die französische Bourgeoisie diese ihre eigene „Meinung“ ausdrückenden Worte des deutschen Renegaten mit Begeisterung aufgriff, schrieb der bekannte Schriftsteller Pierre Hamp in der „Humanité“ wie folgt:

„Keine Macht in der Welt ist imstande, einen Graben zu graben, den er (der Bolschewismus) nicht überschreiten könnte, einen Damm zu errichten, den seine Strömung nicht mit sich reißen würde. Während die Armeen in ihrer Ohnmacht, den Geist der Revolution zu besiegen, bestrebt sind, die Idee des Bolschewismus auszurotten, zieht diese Idee mit lautem Ruf durch die Straßen von Paris, und die Wahlen zur französischen gesetzgebenden Kammer vollziehen sich unter der Losung: für oder wider den Bolschewismus. Die Bewegung, für die wir nichts als Verachtung haben und die wir mit solcher Leichtigkeit in Rußland niederringen wollen, bildet den Mittelpunkt des ganzen nationalen Lebens von Frankreich“. Diese Worte scheinen uns den gegenwärtigen Augenblick ganz vorzüglich zu charakterisieren: es gibt jetzt bloß zwei reale Kräfte in Frankreich, und zwar die Reaktion und die proletarische kommunistische Revolution.

Spanien.

Die revolutionäre Bewegung.

Der Klassenkampf in Spanien nimmt nunmehr eine Form an, die uns ohne jegliche Uebertreibung zu sagen gestattet, daß die revolutionäre Bewegung sich ihrem Höhepunkt nähert. Allem Anschein nach steht das ganze Land vor einer revolutionären Explosion, wengleich die mangelhafte Organisation des Proletariats diesen Ausbruch möglicherweise auf lange hinausschieben wird. Wir wollen hier einige Tatsachen anführen, die für die allgemeine Sachlage kennzeichnend sind.

Mitte Dezember bot sich folgendes Bild dar: in Bilbao nahm der als Protest gegen die Erhöhung der Brotpreise erklärte Bäckerstreik einen sehr erregten Verlauf; in der Provinz Vittoria requirierte die Bevölkerung eigenmächtig Getreide von den Bauern; im Hafen von Virgo geriet das Leben infolge von Aussperrung und Streiks in dem Fischergewerbe und in den Konservenfabriken völlig ins Stocken; in Andalusien entbrannte ein Eisenbahnerausstand, der zur Folge hatte, daß Sevilla ganz ohne Brot blieb; in Jaen kam es täglich zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Arbeitern; in Madrid fanden anlässlich des Straßenbahnstreiks bewaffnete Zusammenstöße, Straßenkundgebungen und Attentate auf Schutzleute statt; in den Zusammenstößen, die eine Folge der Aussperrung im Bauwesen waren, wurden 30 Mann verwundet und 2 getötet.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Ereignisse in Barzelona. Zwischen der Unternehmerorganisation und den um die anarchistisch gesinnten Gewerkschaften gruppierten Arbeitermassen findet dort ein erbitterter Kampf statt. Die terroristischen Handlungen der Syndikalisten und Anarchisten nehmen kein Ende; selbst die schärfsten Repressalien vermögen ihnen keinen Einhalt zu tun. Die Ermordung des berüchtigten Mitglieds der Sicherheitspolizei und ehemaligen deutschen Spions Bravo Bartillio, der einen syndikalistischen Arbeiter zu Tode gemartert hatte, diente als Signal für eine ganze Reihe von Attentaten. Fast täglich fanden in Kirchen, Cafés und Kaufläden Bombenexplosionen statt. In der ersten Hälfte des Monats Dezember konnten nicht weniger als 10 Explosionen gezählt werden. Am 25. Dezember brach in dem „Mustergefängnis“ (Carcel Modele) zu Madrid ein Aufstand aus. Die in das Gefängnis beorderte Gendarmerie (guardia civil) eröffnete Feuer auf die Sträflinge; 5 Mann wurden getötet und 80 verwundet. Einige Tage darauf veranstalteten die Syndikalisten einen Anschlag auf das im Automobil vorbeifahrende angesehene Mitglied der Unternehmerorganisation, Graupera. Einer der Polizisten, die den Kraftwagen begleiteten, wurde getötet; den Syndikalisten gelang es, zu entkommen. Fast zur gleichen Zeit wurden zwei Gendarmen von Unbekannten getötet. Die Wut der Hüter der Ordnung ging so weit, daß sie offen von einer Niedermetzelung der organisierten Arbeiter zu sprechen

begannen. — Einzelne Ausbrüche revolutionären Terrors dauern im ganzen Lande fort: In Saragossa fand in der Redaktion einer reaktionären Zeitung eine Bombenexplosion statt; in Gijon explodierte eine Bombe auf einer Automobilausstellung; in Valencia wurde ein berüchtigter Schutzmann ermordet; in Carthagenä überfielen die Arbeiter einen Ingenieur; in Sevilla erfolgte ein gleicher Anschlag. Die Blätter berichteten von Militärunruhen in Saragossa, wo die Alliierten mit dem Korporal Godoy an der Spitze das Kommando zu verhaften und einen Aufstand hervorzurufen versuchten. Mit der Führung des Aufstandes betrauten sie den revolutionären Anarchisten Anjel Chueca. Ein Offizier und ein Unteroffizier wurden getötet. Jedoch wurde die Ordnung bald wieder hergestellt. Chueca fiel im Kampf, außer ihm einige der aufständischen Soldaten. Wenn der Geist der Unzufriedenheit sich selbst in dem Heer in solcher Form äußert, so kann kein Zweifel bestehen, daß die Tage des Kapitalismus und der Monarchie gezählt sind.

Im Selbstschutz greift die spanische Bourgeoisie zu wirtschaftlichen und polizeilichen Repressalien. So fand am 22. Dezember in ganz Spanien eine Aussperrung statt. Arbeiterversammlungen wurden verboten, unter den Arbeitern Massenverhaftungen vorgenommen. Die Druckerei der Anarchisten „Germinal“ wurde von Polizisten demoliert. Das Blatt der Syndikalisten „Solidaridad Obrera“ (Arbeitersolidarität) wurde sistiert. In Barcelona verhafteten die Behörden die angesehensten Führer der Gewerkschaften und internierten sie auf einem Kriegsschiff.

Die Unternehmerorganisation in Barcelona versucht um jeden Preis folgende Maßnahmen durchzuführen; 1) den Arbeitern das Kollektivvertragsrecht zu entziehen; 2) jede Einmischung der Arbeiter in die Regelung der Arbeit zu beseitigen; 3) die Arbeiter zu angestrenzter Arbeit zu zwingen; 4) jedweder revolutionären Agitation ein Ende zu machen. Hauptsächlich aber weigert sie sich entschieden, die anarchistisch-kommunistischen Arbeiterverbände anzuerkennen.

Die Gewerkschaften ihrerseits erklären in ihrem Manifest, daß sie mit dem Unternehmerverband in keinerlei Verhandlungen zu treten wünschen; hierdurch geben sie unzweideutig ihr Ziel zu erkennen, das sich auf die Enteignung des Kapitals und die Vernichtung des Staates richtet.

In dieser Atmosphäre eines erbitterten sozialen Kampfes finden die in Spanien leider noch zu wenig bekannten Ideen der III. Internationale warmes Mitgefühl unter den Arbeitermassen. Ueberaus bezeichnend ist in dieser Hinsicht die Tatsache, daß auf dem sozialistischen Kongreß in Madrid am 11.—12. Dezember fast alle Redner — selbst bekannte Sozialverräter — sich in Lobpreisungen über die Sowjetrepublik ergossen. So wies Basteiro darauf hin, „welch begreiflichen Enthusiasmus die Sowjetrepublik in Arbeiterkreisen hervorruft“; er behauptete, er „billige das Vorgehen der Sowjetrepublik voll und ganz“ und schloß seine Rede . . . mit der Aufforderung, die II. Internationale zu unterstützen. Für den von

Gen. Anguiano beantragten Eintritt in die III. Internationale wurde die Hälfte aller Stimmen abgegeben (12 530 aus der Gesamtzahl von 26 530). Die Allgemeine Arbeiterföderation Spaniens beschloß auf ihrem Kongreß, sich „bis zur Gründung einer weltumfassenden syndikalistisch-revolutionären Vereinigung“ der III. Internationale anzuschließen. Der Kongreß der sozialistischen Jugend sprach sich ebenfalls für den Anschluß an die III. Internationale aus.

Vor kurzem wurde in Madrid eine zweimal im Monat erscheinende kommunistische Zeitschrift „Nuestra Palabra“ (Unser Wort) gegründet, die im Sinne der III. Internationale redigiert wird.

F. S.



Brief an Jean Longuet und an das „Komitee zur Wiederaufrichtung der Internationale“.

In verschiedenen Nummern des „Populaire“ und der „Vie Ouvrière“ werde ich als Zeuge vorgerufen. Höchst gerührt, daß Sie meiner freundlichst gedenken und sich vertrauensvoll an mich wenden, eile ich, mich dem Gericht zu stellen, um meine Pflicht als Zeuge zu erfüllen. Denn ich bin nicht nur Bolschewiki, sondern zugleich auch ein alter Freund des „Populaire“ und der „Vie Ouvrière“. Sie kennen ja meine tiefe Anhänglichkeit an den Pariser „Populaire“ und an die Freunde des „Populaire“. Besitze ich doch unter ihnen zahlreiche persönliche Freunde, die mir nicht nur dank unserer gemeinsamen Vergangenheit teuer sind, sondern auch, weil ich die tiefe, feste Hoffnung hege, sie eines Tages in unseren Reihen, in einem französischen Arbeiter- und Bauernrat, wiederzufinden.

Wollen wir die Bedeutung der Polemik zwischen Ihnen und unserem guten Freunde Lorient nicht überschätzen; wollen wir diese Polemik nicht auf die Frage zurückführen, wessen Darstellung der Sachlage in Frankreich getreuer ist, wer Sowjetrußland besser unterrichtet. Es steht außer Zweifel, daß wir infolge des moralischen Zerfalls in Europa nach dem Krieg und der über Rußland verhängten Blockade ungeachtet aller Bemühungen unserer Freunde, uns so gut wie irgend möglich zu unterrichten, oft über gewisse Einzelheiten im politischen Leben Frankreichs, über die tatsächliche Rolle dieser oder jener Person, dieses oder jenes Organs in Unwissenheit verharren. Uebrigens befinden sich die französischen Politiker in bezug auf die außerhalb Frankreichs vor sich gehenden Ereignisse in der gleichen Lage. Wie ich mich genau erinnere, wußten wir noch kurz vor meiner Abreise aus Paris herzlich wenig nicht nur über die Vorgänge im sogenannten „feindlichen“ Lager, sondern auch über die Geschehnisse im verbündeten nahegelegenen England.

Nichtsdestoweniger haben wir eine klare Vorstellung von der allgemeinen Lage in der ganzen Welt; überall haben sich jetzt in den nationalen Abzweigungen der alten Internationale drei charakteristische Gruppen gebildet. Auf der einen Seite stehen die alten

Sozialisten, die sich gleich zu Anbeginn des Krieges offen in den Dienst der Bourgeoisie stellten und die ihre ganze Kraft nur darauf richten, den wankenden Bau des Kapitalismus zu stützen und die Arbeiterklasse von ihrem wahren revolutionären Wege abzulenken, dadurch, daß sie sich dem Völkerbund oder der II. Internationale anschließen oder aber sich insgeheim oder offen an den bürgerlichen Regierungen beteiligen. Ihnen stehen die Kommunisten der III. Internationale gegenüber, die gemeinsam mit der kraftvoll verbliebenen revolutionären Arbeiterschaft sich um die russische kommunistische Revolution gruppieren und mutig den Kampf mit dem Kapitalismus unter der glorreichen Devise des Kommunistischen Manifestes aufnehmen: „Ergreifung der Macht durch das Proletariat und Errichtung der Diktatur der Arbeiterklasse“.

Zwischen diesen beiden offen und bestimmt auftretenden Strömungen finden wir in allen Ländern eine Mittelgruppe, die zwar erstklassige politische Kämpfer, nicht selten aber auch Renegaten und Verräter von gestern und morgen in ihren Reihen zählt. Diese Gruppe verschwendet ihre Kräfte im Bestreben, eine undurchführbare Einigung zwischen der alten und der neuen Welt zu erzielen.

Ob sie sich nun „Unabhängige“ nennen wie in Deutschland, oder „Sozialisten der vormaligen Minderheit“ wie in Frankreich oder aber sich noch andere Namen beilegen, beugen diese „Zentrumsmänner“ sich doch stets vor dem Fetisch der Einigkeit. Ihre eigene Ohnmacht halten sie für die Ohnmacht der Arbeiterklasse, die sie durch die stickige Atmosphäre des wurzelfaulen Parlamentarismus betrachten; sie können sich nicht entschließen, endgültig mit der kapitalistischen Gesellschaft zu brechen; zu gleicher Zeit fürchten sie, das Vertrauen der werktätigen Massen einzubüßen und geraten deshalb in die schiefe Lage, die Massen betrügen zu müssen.

Wollen wir aber zuvörderst eine persönliche Frage aufklären, die in Ihren Augen von großer Bedeutung zu sein scheint.

Werter Genosse Longuet, werter Genossen vom „Populaire“, hier in Rußland erkennen wir alle die wertvollen Dienste an, die der „Populaire“ durch seine Kampagne der Sowjetrepublik geleistet hat. Hat er doch in der durch den Krieg hervorgerufenen Atmosphäre der allgemeinen Verrohung als erster seine Stimme zur Verteidigung der für den Kommunismus kämpfenden Arbeiter und Bauern Rußlands erhoben. Besser als jeder andere kenne ich die Drohungen und Angriffe, die Ihre Kampagne Ihnen von Seiten der Feinde der Arbeiterklasse eingebracht hat. Ich habe auch meine Freunde darüber unterrichtet. In meinem ersten öffentlichen Bericht über die Lage in Frankreich, den ich in der Plenarsitzung des Moskauer Sowjets vortrug, sprach ich mit aufrichtiger Bewunderung davon. In einem Radiogramm, das Ihnen hoffentlich

zu Augen gekommen ist, begrüßte der Moskauer Sowjet die Kampagne des „Populaire“ mit tiefer Anerkennung. Heute aber handelt es sich nicht mehr um das Schicksal der Sowjetrepublik Rußlands, sondern um die internationale Bewegung der Arbeiterklasse in der ganzen Welt, unter anderem auch in Frankreich. Dank dem Platz, den die russische Revolution sich in den Herzen aller klassenbewußten Arbeiter und Bauern erobert hat, können die Arbeiter und Bauern Rußlands, auf ihre Gewehre gestützt, furchtlos dem Geschick ihrer Republik entgegensehen. Die Frage, die wir jetzt zu lösen haben, betrifft das Programm und die Taktik der internationalen Bewegung. Diese Frage entstand im Zusammenhang mit der Gründung der III. Internationale; sie bezieht sich folglich nicht mehr auf Rußland allein, sondern berührt unmittelbar die Lebensinteressen der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Wenn wir also die internationale Lage erwägen und unter diesem Gesichtswinkel die Bedeutung der verschiedenen sozialistischen Gruppen in der ganzen Welt einschätzen, finden wir, daß sie sich in allgemeinen Zügen überall gleichen, trotz der verschiedenen Eigenheiten in den Bedingungen der einzelnen Länder, denen in der laufenden politischen Arbeit selbstredend Rechnung zu tragen ist.

Vor mir liegt Ihr Entwurf zur Resolution für den Straßburger Kongreß. In § 3 behaupten Sie, daß die innere Lage in den meisten Ländern revolutionär ist und daß der Bestand der II. Internationale dieser revolutionären Lage nicht entspricht. Sie stellen fest, daß die französische sozialistische Partei nicht länger in einer internationalen Organisation verweilen kann, in der Deutschland nur noch durch ehemalige Mitarbeiter des Kaisers vertreten ist und aus der drei bedeutende Organisationen in vollem Bestande und eine Reihe von Fraktionen ausgetreten sind. Nach diesen Erklärungen gehen Sie in dem praktischen Teil Ihrer Resolution, wo es sich darum handelt, vor der Arbeiterklasse die Endziele des Kampfes und die Taktik der Partei zu entrollen, anstatt jeden Programms dazu über, die Arbeiterklasse zur Verteidigung der III. Republik aufzurufen, — einer Republik der Diktatur der Bourgeoisie, der Finanzklique und der bestechlichen Presse. Nachdem Sie die Unmöglichkeit festgestellt haben, in der II. Internationale zu bleiben und anerkannt haben, daß „keine einzige der grundlegenden Erklärungen der Moskauer Internationale den Hauptprinzipien des Sozialismus zuwider geht; daß die Idee der Diktatur des Proletariats, die den Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung gewährleisten soll, jeder revolutionären Weltanschauung zu Grunde liegt; daß das Institut der Arbeiterräte unzweifelhaft eines der zweckmäßigsten Mittel ist, um zu dieser Ergreifung der Macht zu gelangen“, ziehen Sie nicht die

einzig logische, klare und augenfällige Schlußfolgerung, mit der II. Internationale endgültig zu brechen und der III. Internationale beizutreten. Anstatt dessen erneuern Sie Ihren Aufruf zur „Beteiligung an den Unterhandlungen, die diese sozialistischen Parteien untereinander führen müssen“, d. h. die Parteien Scheidemanns, Noskes, Vanderveldes, Brantings, Renaudels, Thomas u. a. — Unterhandlungen, die der revolutionären Lage und der III. Internationale längst nicht mehr entsprechen.

Sie begrüßen brüderlich die russische Revolution und deren Siege (offensichtlich fürchten Sie, die Siege der Roten Armee direkt zu bewillkommen). Dieser Gruß ist augenscheinlich dazu bestimmt, Paul Faure, Dunois, Renoult und andere vortreffliche revolutionäre Kommunisten, die der „widersinnigen Deutung des Einigkeitsbegriffs zum Opfer gefallen sind“, wie Raymond Lefèvre in einem kraftvollen Artikel in der „Vie Ouvrière“ schreibt, zu befriedigen. Doch dieser Begrüßung der russischen Revolution gehen so viele alte, bösartige Klauseln über die „Unmöglichkeit, alle Einzelheiten der Ereignisse und Resultate der russischen Revolution zu erfahren“, voraus. Diese Einwände sollen augenscheinlich dazu dienen, die Revolution den Delegierten der Wiener Oberschichten und allen denjenigen mundgerecht zu machen, die sich fürchten, allzu große Solidarität mit der bolschewistischen Diktatur an den Tag zu legen. Es fehlt auch nicht an anderen Ausdrücken, die in einer internationalistischen Resolution recht befremdend klingen, wie z. B. der Aufruf an den „Mut unserer kühnen Rasse“, der augenscheinlich für unsere Freunde aus dem Departement Limoge bestimmt ist. Glauben Sie denn wirklich, daß die Arbeiterklasse Sie verstehen, achten und Ihnen folgen wird, wenn Sie ihr mit solchen an den Haaren herbeigezogenen Formeln, mit Resolutionen kommen, die voller Zweideutigkeit, Verheimlichungen und Kratzfüße nach rechts und nach links sind?

Wollen wir einander recht verstehen. Kein einziger russischer oder anderer Bolschewik verlangt von einem ausländischen Sozialisten, daß er sofort zur im voraus bestimmten Stunde auf die Straße gehe und unverzüglich eine Revolution veranstalte. Die „Kommunistische Internationale“ hat in einer Reihe von Artikeln unzählige Male erklärt, daß sie die Verschiedenheit der in den einzelnen Ländern bestehenden Lage anerkenne. Die Führer der III. Internationale fordern in diesen Artikeln durchaus nicht, daß unsere auswärtigen Freunde der Ausnutzung des Parlamentarismus, der Wahlen und aller anderen alltäglichen Kampfmittel der Arbeiterklasse entsagen. Ich erinnere mich des wahrhaft kommunistischen und revolutionären Wahlprogramms, das die Gruppe Lorient im Frühjahr 1919 aufstellte und das ich selbst mit beiden Händen zu-

gleich unterschrieb. Aber haben wir die Lage als revolutionär anerkannt, so müssen wir mit einem bestimmten und unzweideutigen Programm revolutionärer Aktion vor die Arbeiterklasse treten, müssen wir ihr eine revolutionäre Taktik ohne Kompromisse und Schwachheit weisen, eine klare und erprobte Taktik, die der Marxismus noch vor dem Kriege ausgearbeitet hat. Die grundlegenden Forderungen dieser Taktik sind: eine von unzweifelhaft revolutionärem Geist durchdrungene parlamentarische Tätigkeit und kraftvolle Propaganda von der Rednertribüne aus unter den Arbeitermassen, nicht aber Rednerkunststücke im Parlament; beharrliche Organisations- und Propagandatätigkeit unter den Arbeitern und Bauern, in den Gewerkschaften und Genossenschaften, aber auch im Heer und in der Flotte; Verknüpfung aller einzelnen Fragen des alltäglichen Kampfes, deren Aufzählung in Ihr Programm der inneren politischen Arbeit gehört, mit der allgemeinen revolutionären Lage und der sich hieraus unvermeidlich ergebenden revolutionären, bewaffneten Aktion; die revolutionäre Vertiefung jedes einzelnen Konflikts, jeder einzelnen Handlung usw.

Es versteht sich von selbst, daß man für einen solchen Kampf seine Ellenbogen frei haben und auch Kampfgenossen besitzen muß, die sich über Ziele und Mittel des alltäglichen Kampfes im Inneren des Landes wie auch im Rahmen des internationalen Kampfes einig sind.

Es ist klar, daß der Fetischismus der Einigkeit, den sie stets anrufen, jedes Vorgehen paralyisiert. Longuet will die Einigkeit mit Cachin bewahren, Cachin mit Lafont, Lafont mit Renaudel, Renaudel mit Thomas usw. Man gelangt zu einem Viererreigen, der sich immer im selben Kreise dreht und der nicht umhin kann, alles abzustoßen, was es in der Arbeiterklasse an Mutigem, Tatkräftigem und Klassenbewußtem gibt, der allen denjenigen widerwärtig ist, die bestimmtes, freimütiges, revolutionäres Vorgehen wünschen. Oder aber ist diese Einigkeit nur ein Vorwand, um das Fehlen jeden Willens zur Tat zu bemänteln. Falls dem so ist, muß ihr baldmöglichst die Maske abgerissen werden, um die in der Partei schlummernde Tatkraft zu befreien. Vielleicht ist auch diese Einigkeit bloß krankhafte Einbildung, die sich durch Mangel an Zuversicht in die eigenen Kräfte der Partei und der Arbeiterklasse erklärt. In diesem Fall muß sie ohne jedes Zaudern, ohne weitere Verzögerung beiseite geschoben werden.

Werte Genossen und Freunde! Ist es wirklich erwiesen, daß Ihr durch einen Bruch mit den „Mehrheitssozialisten“ und ein enges Bündnis mit der Gruppe Lorient zu gemeinschaftlichem Kampf Euch selbst schwächen und Euren Einfluß auf die Arbeiterklasse schmälern würdet? Seht Euch lieber das tragische Schicksal Merr-

heims an, der — falls wir richtig informiert sind — immer tiefer und tiefer sinkt, seit er mit dem linken Flügel der Gewerkschaften gebrochen und Jouhaux Monate vorgezogen hat. Seht doch nur, wie dieser Zimmerwalder, der einst die Achtung und die Sympathie aller revolutionären Elemente der Arbeiterklasse besaß, jetzt einem mutigen Blatt, wie der „Vie Ouvrière“ seine Mitarbeiterschaft entzieht, aber auf unausgesetzte Beratungen, beinahe sogar auf die Mitarbeiterschaft mit Clemenceau oder zum mindesten mit den Stützen Clemenceau, wie Jouhaux u. a. durchaus nicht verzichtet. Gelangt Ihr nicht dank Eurer Berufung auf diese Einigkeit zu dem schädlichen „Konfusionismus“, den Ihr in Eurer eigenen Resolution steinigt, der jede Tatkraft und jeden Tatenwunsch der Arbeiterklasse lähmt und eine solche Unklarheit in jedes Programm bringt, daß Thomas und Renaudel freien Spielraum haben, ihre Politik der Unterjochung der Arbeiterklasse im Interesse der Bourgeoisie erfolgreich weiterzuführen?

Gestattet mir, es Euch klar und unverhohlen zu sagen: Lorient hat ein Recht, stolz darauf zu sein, daß die Ereignisse ihm Recht geben und die französische Bewegung sich immer mehr der kommunistischen Lehre nähert, die er vom ersten Tage des Krieges an verfochten hat. Ja, Lorient hat sich nicht geirrt, als er in seinem Brief erklärte, vertrauensvoll auf meine Zeugenschaft warten zu wollen. Er wußte — und das muß der ganzen Arbeiterklasse Frankreichs laut gesagt werden, — daß diesem ehrlichen, mutigen Vorkämpfer und seiner ganzen Gruppe die allgemeine Achtung und der unumschränkte Beistand der Kommunisten der ganzen Welt gesichert sind. Am allerwichtigsten aber ist die Tatsache, daß die Ereignisse, die sich — wenn vielleicht auch nicht mit wünschenswerter Schnelligkeit, so doch mit unwiderstehlicher Kraft und Folgerichtigkeit — in der ganzen Welt entwickeln, dem Programm und der Taktik der III. Internationale und Lorient und seiner Gruppe in Frankreich recht geben. Jeder französische Revolutionär muß in stande sein, sich über die kleinen persönlichen Schikanen zu erheben, die oftmals in der Polemik auftauchen, die in den Ereignissen enthaltene Lehre aufzufassen. Schlußfolgerungen aus ihnen zu ziehen, seine wahren Freunde aufzufinden und mit dieser „heiligen Einigkeit der Partei“ zu brechen, von der Raymond Lefèvre so geistreich spricht, — mit der heiligen Einigkeit, die wohl oder übel zum Verrat gegen die Arbeiterklasse führt.

Der Gedanke des Verrats ist der „Gruppe der Wiederaufrichtung der Internationale“ zweifelsohne verhaßt. Meinerseits kann ich dem Gedanken nicht Raum geben, daß diese guten Revolutionäre, deren Unterschriften ich auf dem Resolutionsentwurf sehe, noch lange in dieser schiefen Lage bleiben werden, die —

wir wollen es nur sagen — der Arbeiterbewegung gefährlicher ist als der offene unzweideutige Verrat seitens der gegenwärtigen Führer der II. Internationale. Ich nehme Abschied von Euch und rufe Euch zu: Auf Wiedersehen in der III. Internationale!

A. Kemerer (V. Taratouta).

P. S. Es ist mir besonders schmerzlich, daß kein einziges Mitglied der so zahlreichen früheren französischen Minderheitsgruppe die Möglichkeit gefunden hat, Sowjetrußland zu besuchen, wo wir hier doch täglich Genossen aus allen Ländern der Welt treffen. Ich wende mich besonders an Dich, teurer Paul Faure, und an Euch, meine teuren Freunde Amedée Dunois und Daniel Renault. Ich kenne ja Eure lebhaftige Begeisterung für das Werk der Sowjets. Ich kann mir gar nicht erklären, daß Ihr Euch so demütig dem polizeilichen Verbot fügt. Kommt doch einmal hierher und seht Euch Sowjetrußland an, das verblutend, Hungerqualen ausgesetzt, wie sie nie ein Land gekannt hat, geschwächt durch den ihm aufgezwungenen unerbittlichen Krieg, doch so erhaben und schön, unermüdlich und siegreich dasteht in seinem machtvollen Schöpfertum. Kommt und seht die Kommunistische Partei an der Arbeit und ihre Führer, von einem ganzen Volk verehrt. Kommt und seht Euch die Rote Armee an, die einzige Armee in der Welt, die, fern davon, sich zu zersetzen, von Tag zu Tag an militärischer Macht und kommunistischem Bewußtsein zunimmt. Kommt und seht, wie diese Armee, von kommunistischer Begeisterung beseelt, von schweren Kriegsgefechten an Ruhetagen zur Arbeit in den Fabriken und auf den Feldern übergeht. Kommt und seht Euch unsere 4000 nationalisierten Fabriken an, die 80% unserer Produktion vor dem Kriege herstellen und die ausschließlich von Arbeitern geleitet werden, die jetzt weder Fabrikherren noch Ausbeuter kennen. Kommt und seht Euch die Tausende von technischen Fachleuten, früheren Besitzern und Direktoren an, unter ihnen auch eine Anzahl Franzosen, deren Sabotage wir Niedergerungen haben und die bezwungen sind von der Kraft und dem Willen dieses Volkes, das dabei ist, seinen kommunistischen Aufbau zu errichten.

Noch einmal: Auf baldiges Wiedersehen im roten Kreml!

A. Kemerer (V. Taratouta).

Grüsse an die Dritte Kommunistische Internationale.

Dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sind vom Tage der Gründung der III. Internationale bis Ende März 1920 von folgenden Personen, Gruppen und Organisationen Grüße zugegangen:

1. Von dem Petrograder Komitee der Kommunistischen Partei Rußlands.
2. Von dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands.
3. Von der 6. Schützendivision.
4. Von der Mannschaft der Wolchow-Ilmen Flotille.
5. Von dem 8. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands.
6. Von den Volkskommissären der Republik Ungarn.
7. Von einer Gruppe irländischer Revolutionäre.
8. Von dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Belgiens.
9. Von dem N-schen Schützenregiment.
10. Von dem Kongreß der Kommunistischen Partei Finnlands.
11. Von der Konferenz der muselmännischen Kommunisten Turkestans.
12. Von der Konferenz der N-schen Armee.
13. Von der Garnison der Kronstädter Festung.
14. Von dem 8. Pugatschewschen Kreiskongreß der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten.
15. Von den Wassertransportarbeitern der Kashiner Werft.
16. Von dem Serpuchower Kreiskongreß der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten.
17. Von den Abteilungen der N-schen Division.
18. Von dem zweiten Gesamtrussischen Kongreß der Kommunistischen Organisationen der Ostvölker.
19. Von den Rotarmisten-Kommunisten der 16. Abteilung der Luftflotte.
20. Von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Stadt Shitomir.
21. Von dem I. Norddünagouvernementskongreß des Kommunistischen Jugendverbandes.
22. Von Jim Larkin (aus Newyork).

23. Von verschiedenen Abteilungen der Roten Armee.
24. Von den Kursteilnehmer des Petrograder Rats der Luftflottenkommandokurse.
25. Von der I. Twerschen Stadtkonferenz der Rotarmisten und Kursteilnehmer.
26. Von dem 7. Kongreß der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten des Orlovschen Kreises (Gouv. Wjatka).
27. Von dem 3. Außerordentlichen Kongreß der Kommunisten von Buchara.
28. Von dem 2. Schuisker Kreiskongreß der Sowjets.
29. Von der Sonderabteilung der Nschen Front.
30. Von dem Vorstand des Tschembarsker Kreiskongresses der Sowjets.
31. Von dem I. Rjasaner Gouvernementskongreß des Kommunistischen Jugendverbandes von Rußland.
32. Von dem Tobolsker Kongreß der Vertreter der Revolutions- und Exekutivkomitees der Gemeinden.
33. Von dem 8. N-schen Reserveschützenregiment.
34. Von den Eisenbahnern des Pskowschen Knotenpunktes.
35. Von dem 3. Sibirischen Gouvernementskongreß.
36. Von dem Moskauer Sowjet der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten.
37. Von den Ukrainischen Borotbisten.

